This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

**Usage guidelines**

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

**About Google Book Search**

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

**Über dieses Buch**

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

**Nutzungsrichtlinien**

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

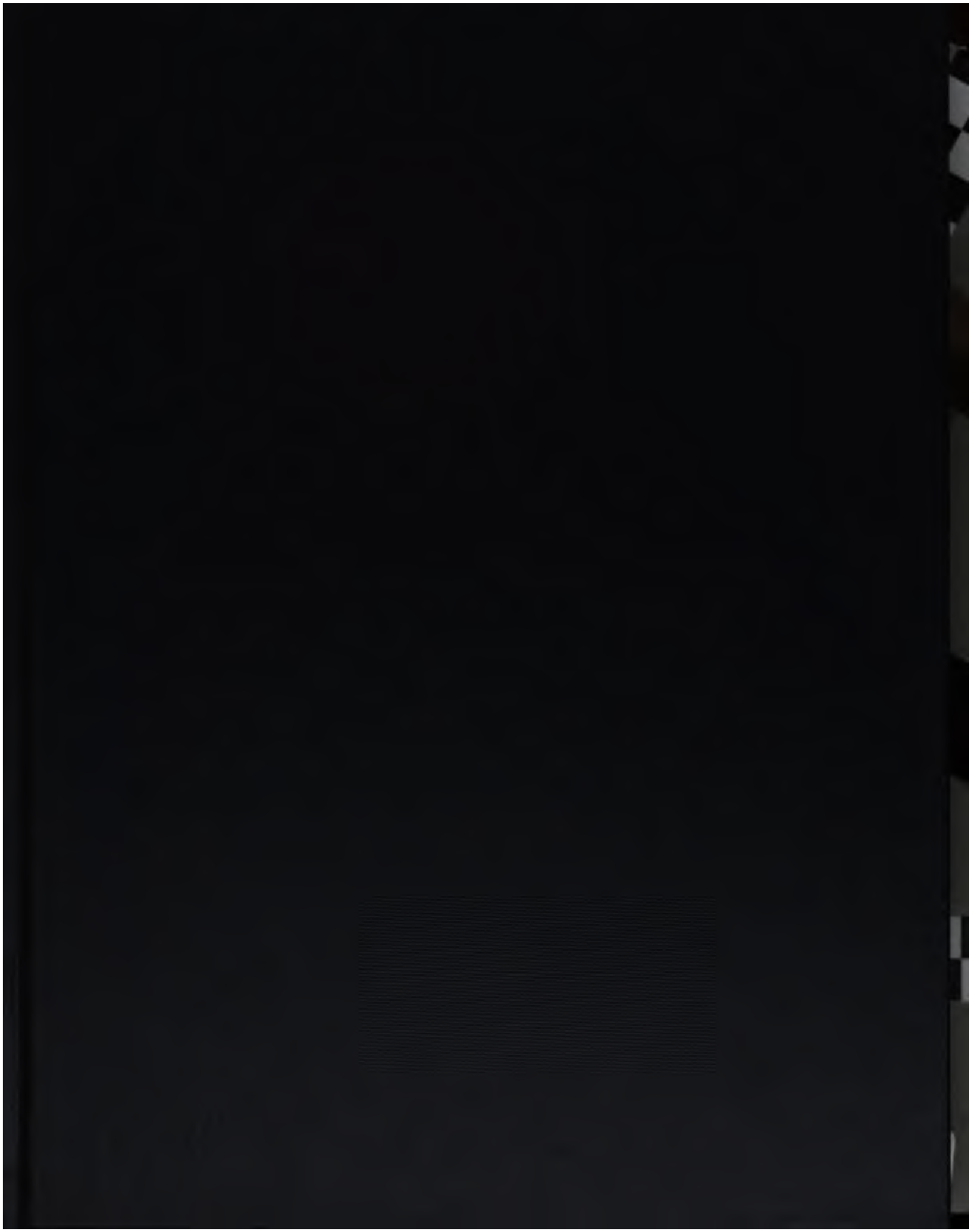
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

**Über Google Buchsuche**

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.



HARVARD
COLLEGE
LIBRARY

# DRESDEN

1871 - 1902

KÖNIG GEORG

# Geschichte der Stadt Dresden in den Jahren 1871 bis 1902.

## Werden und Wachsen einer deutschen Großstadt.

Von Ratsarchivar Professor Dr. Otto Richter.

Mit 24 Kunstblättern,
18 Buchschmuckbildern
und einem Stadtplane.

Zur Deutschen Städteausstellung herausgegeben
vom Rate der Königlichen Haupt- und Residenzstadt Dresden.

Dresden, von Zahn & Jaensch.
1903.

# Vorwort.

Der Gedanke, der ersten deutschen Städteausstellung eine Geschichte Dresdens in der Zeit seiner Entwicklung zur Großstadt darzubieten, rührt vom Herrn Oberbürgermeister Beutler her. Die Kosten der Herstellung des Buches trägt die Stadtgemeinde, der Inhalt aber und die Verantwortung dafür gehört dem Verfasser allein. Es mag gewagt erscheinen, daß ein Einzelner es unternimmt, das Leben einer modernen Stadt in seinen vielgestaltigen Verzweigungen zu schildern. Jedoch die bei ähnlichen Werken bisher übliche Verteilung des Stoffes unter eine Anzahl Fachleute hat meist Ergebnisse geliefert, die nicht zur Nachahmung ermutigten: solche Sammlungen von Aufsätzen machen mit ihrem Mangel an innerem Zusammenhang und ihrer Verschiedenartigkeit von Auffassung und Schreibweise selten einen befriedigenden Eindruck. Den Anforderungen geschichtlicher Darstellung vermag jedenfalls der Einzelne besser gerecht zu werden, auch wenn er auf manchen Gebieten nur als Laie urteilen kann. Dem Verfasser kam es zu statten, daß er fast die ganze geschilderte Zeit als aufmerksamer Beobachter in Dresden verbracht hat. Überdies haben ausgezeichnete Kenner der örtlichen Verhältnisse seinen Entwurf geprüft und mit ihrer fördernden Kritik begleitet. Es darf daher gehofft werden, daß sich in den tatsächlichen Angaben Unrichtiges nur wenig findet. Im Urteile mag der Verfasser trotz redlichen Strebens nach Unbefangenheit bisweilen irren. Es war seine Absicht, im allgemeinen nur das zu berühren, was mit wesentlichen Fortschritten in der Entwicklung der Stadt zusammenhängt, und von den handelnden Personen nur die hervorzuheben, deren Wirken von Interesse und Bedeutung für das Ganze gewesen ist. Die Frage, was und wer dahin zu rechnen, ist nicht immer leicht zu beantworten. Je weiter sich der Wanderer von der Stadt entfernt, um so

höher sieht er zurückschauend die Türme über das Häusermeer emporsteigen. Wer die Geschehnisse der eignen Zeit schildern will, wird nie den Standpunkt gewinnen, von wo aus sich das Große vom Kleinen sicher unterscheiden läßt; erst Späterlebende können feststellen, was wirklich hervorragend und von dauernder Bedeutung gewesen ist. Einen Vorteil aber hat der zeitgenössische Geschichtsschreiber doch: von Charakter und Beweggründen bekannter Persönlichkeiten wird er mehr wissen, als später aus schriftlichen Aufzeichnungen zu erkennen ist, die meist lückenhaft und nicht selten geradezu die Wahrheit zu verschleiern bestimmt sind.

Daß der Inhalt des Buches von wesentlich anderer Art als der früherer Stadtgeschichten ist, wird niemanden wundern. In den modernen Großstädten sind die Aufgaben der Gemeindebehörden nicht mehr bloß ordnende und überwachende, die Stadtverwaltungen haben ihren Einfluß auf die mannigfaltigsten Kulturgebiete ausgedehnt und sind selbst Unternehmer großer gewerblicher Betriebe geworden, sodaß ihre Tätigkeit neben Industrie, Handel und Verkehr im Vordergrunde des städtischen Lebens steht. Dies mußte sich naturgemäß, auch abgesehen von der nächsten Bestimmung des Buches, in einem starken Überwiegen der Verwaltungsgeschichte äußern. Daß das politische Parteiwesen eine eingehende Darstellung gefunden hat, ist vielleicht manchem willkommen; in späterer Zeit würde sich kaum ein zutreffendes Bild dieser in Personen und Strebungen stets wechselnden Verhältnisse zeichnen lassen. Am meisten werden die das geistige Leben behandelnden Abschnitte der Nachsicht bedürfen: der Verfasser ist sich bewußt, hier häufig an der äußern Schale der Entwicklung haften geblieben zu sein; bis auf ihren Kern vorzudringen wird überhaupt dem zeitgenössischen Betrachter selten gelingen. Ohnehin weisen manche Gebiete, namentlich Literatur und Wissenschaft, einen lokalen Charakter bloß in den für ihre Pflege bestehenden äußeren Einrichtungen auf; im übrigen könnte ihre Schilderung nur in Ausschnitten aus der allgemeinen Schriftsteller- und Gelehrtengeschichte bestehen, wie sie hier nicht am Platze sein würden.

Als Quellen dienten dem Verfasser hauptsächlich die amtlichen Veröffentlichungen der Stadt- und Staatsbehörden, die Sitzungsberichte des Rates, der Stadtverordneten und des Landtags, Gelegenheitsschriften, Geschäfts- und Vereinsberichte, Tagesblätter und Zeitschriften, in manchen Dingen aber auch Rats-

akten, ſchriftliche und mündliche Mitteilungen von Zeitgenoſſen und eigne Erinnerungen. Vom Nachweis der Quellen iſt abgeſehen worden, da er, ohne viel zu nützen, bei der Fülle der Einzelheiten einen unverhältnismäßig breiten Raum beanſprucht hätte; die Quellenangaben erſchienen auch um ſo entbehrlicher, als bei dem faſt gänzlichen Mangel benutzbarer Vorarbeiten überall auf den Rohſtoff zurückgegriffen werden mußte, den der Kundige im einzelnen Falle unſchwer aufzufinden vermag. Bei der Anordnung des Stoffes iſt darnach geſtrebt worden, das Vorwärtsſchreiten auch zeitlich zur Erſcheinung zu bringen, ohne ſachlich Zuſammengehöriges allzuſehr auseinander zu reißen. Möge der Leſer den Eindruck gewinnen, daß unſere Stadt in der Tat mit ihrer Zeit vorwärtsgeſchritten iſt.

# Inhaltsübersicht.


Seite

I. Rückblick . . . . . 1–11

Dresdens Aufsteigen seit dem 16. Jahrhundert 1. — Glanzzeit unter August dem Starken 2. — Verfall im siebenjährigen und napoleonischen Kriege 2. — Revolutionsjahre 3. — Zustände vor 1866 4. — Handel und Gewerbe 5. — Staatsbehörden 6. — Rat und Stadtverordnete 7. — Politische Parteien seit 1866 9.

II. Ereignisse der siebziger Jahre . . . . . 12–25

Gründung des deutschen Reichs 12. — Friedensfeier 13. — Truppeneinzug 14. — Reichstagswahlen 15. — Goldne Hochzeit König Johanns 16. — Regierungsantritt König Alberts 17. — Parteiverhältnisse 18. — Nationalfesttag 19. — Presse, Verwaltungsgesetzgebung 20. — Reichstagswahlen 21. — Silberne Hochzeit König Alberts, Anwesenheit des Fürsten Bismarck 23. — Einweihung des Siegesdenkmals 24.

III. Aufschwung von Industrie, Handel und Verkehr . . . 26–33

Unternehmungslust nach dem Kriege 26. — Gründungen und Börse 27. — Überproduktion und „Krach" 28. — Großindustrie 29. — Ausstellungen, Kunstgewerbe 31. — Post, Eisenbahn, Schiffahrt 32.

IV. Stadterweiterung und Straßenbahnen . . . . . 34–47

Fabriken und Fabrikbezirke 34. — Wachstum der Bevölkerung 35. — Wohnungsmangel, Baugesellschaften 36. — Durchbruch der Wettinerstraße 38. — Albertbrücke 39. — Elbuferregulierung 40. — Marschallstraße und Grunaer Straße, Johannstadt, Albertstadt 42. — Pferdeeisenbahnen 44.

V. Die Stadtverwaltung seit 1871 . . . . . 48–63

Leitende Personen 48. — Verhältnis zwischen Rat und Stadtverordneten, Oberbürgermeister Stübel 49. — Wasserwerk 50. — Schleusenbau 53. — Straßenpflaster 54. — Gartenanlagen 55. — Badeanstalten 56. — Zentralschlachthof, Milchprüfung 57. — Wohnungspolizei 58. — Schulwesen 59. — Armenpflege 61. — Arbeitsanstalt 62. — Gewerbeschiedsgericht, Standesämter, Statistisches Bureau, Vermessungsamt, Stadtbibliothek, Verwaltungsbericht 63.

Seite

VI. Ereignisse der achtziger Jahre . . . . . 64–83
Verfassungsjubelfeier 64. — Feier der Städteordnung 65. — Anwesenheit Kaiser Wilhelms I., Albertvereinsfest 66. — Lutherfeier 68. — Deutsches Turnfest 69. — Kaiser Wilhelms I. Tod 70. — Erster Besuch Kaiser Wilhelms II., Tod der Prinzessin Maria Anna 71. — Vermählung der Prinzessin Maria Josepha, Wettinfest 72. — Zweiter Besuch Kaiser Wilhelms II. 76. — Tod Graf Moltkes 78. — Kongresse 78. — Parteiverhältnisse und Reichstagswahlen 79.

VII. Streit zwischen Rat und Stadtverordneten . . . . 84–94
Agitation des Hausbesitzervereins, Stadtverordnetenwahlen 84. — Beratung des Haushaltplans 85. — Fernbleiben des Rates von den Stadtverordnetensitzungen 88. — Grundsätze für die Finanzverwaltung 89. — Steuerreform 90. — Grubenräumungstarif 93. — Folgen des Streites, Ausgleich 94.

VIII. Aufschließung der Stadt nach Osten . . . . . 95–104
Festungsgelände 95. — Ringstraßenprojekt 96. — Bebauung der militärfiskalischen Grundstücke, vierte Elbbrücke 97. — Durchbruch der König Johann-Straße 98. — Einverleibung von Strehlen 102, und Striesen 103. — Stadtgebiet 104.

IX. Das letzte Jahrzehnt der Amtsführung Stübels . . 105–121
Wachsende Bedeutung des Bauwesens 105. — Unbesoldete Stadträte, Stadtbauräte 106. — Kanalisation 107. — Pflasterung 109. — Hochbauverwaltung 110. — Anleihen, Steuern 111. — Erträgnisse der Gasfabriken 112. — Gesundheitsverhältnisse, Krankenhäuser 114. — Genesungsanstalten, Fleischbeschau 116. — Chemisches Untersuchungsamt, Schlittschuhbahnen, Volksbrausebäder, Treppenbeleuchtung 117. — Organisation des Schulwesens 117. — Rathausbauprojekt 119. — Personalveränderungen 120.

X. Ereignisse der Jahre 1890 bis 1895 . . . . . 122–130
Choleragefahr, Sanitätskonferenz 122. — Elbhochflut 123. — Begrüßung des Fürsten Bismarck 123. — Reichstagswahlen 126. — Vermählung des Prinzen Friedrich August, Militärjubiläum König Alberts 127. — Vermählung des Prinzen Johann Georg, Tod Stübels 128. — Amtsantritt Beutlers 129.

XI. Umgestaltung der Bahnhofsanlagen . . . . . 131–141
Ältere Bahnhofsprojekte 131. — Verkehrssteigerung 132. — Plan neuer Bahnhofsanlagen 135. — Rangierbahnhof, Elbhafen 136. — Hauptbahnhof 137. — Straßenveränderungen 138. — Marienbrücke, Weißeritzverlegung 139. — Neustädter Bahnanlagen 140. — Eisenbahnbrücke 141.

XII. Verkehr und Elektrizität . . . . . 142–153
Fernsprechwesen 142. — Elektrische Beleuchtung 143. — Errichtung eines städtischen Lichtwerks 144. — Straßenbahnwesen 147. — Elek-

Seite

trische Straßenbahnen 148. — Städtische Kraftwerke 149. — Betrieb der Elektrizitäts- und Gaswerke 150. — Verkehrsverhältnisse 151.

XIII. Die Stadtverwaltung unter Beutlers Leitung . . . 154–180

Rat 154. — Stadtverordnete, Ausscheiden Ackermanns 155. — Bauordnung 156. — Bebauungspläne 157. — Wohnungsordnung 159. — Grundrenten- und Hypothekenanstalt, Schleusenbau, Schwemmkanalisation 160. — Zweites Wasserwerk 161. — Städtischer Schlacht- und Viehhof 163. — Marktwesen, Markthallen 164. — Stadtkrankenhaus Johannstadt 166. — Sportplatz an der Lennéstraße 167. — König Albert-Park 168. — Volkspark in Räcknitz, Spielwiesen bei Antons 169. — Volksbäder, Realschulen, Gewerbeschule 170. — Vitzthumsches Gymnasium 171. — Reformgymnasium, Neustädter Töchterschule, Umfang des Schulwesens 172. — Anleiheschuld und Stadtvermögen 173. — Einverleibung von Pieschen, Trachenberge, Gruna 174. — Einverleibung der übrigen Vororte 175. — Rathausbauplan 179.

XIV. Ereignisse bis zum Jahre 1902 . . . . . 181–187

Vierteljahrhundertfeier des Sedantages 181, und der Reichsgründung 182. — Besuch Kaiser Wilhelms II., hundertjähriger Geburtstag Wilhelms I., siebzigster Geburtstag König Alberts 182. — Tod Bismarcks, Brand der Kreuzkirche 184. — Weißeritzüberschwemmung, Parteiverhältnisse, Reichstags- und Landtagswahlen 185. — Tod König Alberts 186. — Thronbesteigung König Georgs 187.

XV. Bauten und Stadtverschönerung . . . . . 188–215

Stadtbild 188. — Theaterplatz, Hoftheater 189. — Albertinum 191. — Kunstakademie- und Ausstellungsgebäude 192. — Finanzministerium, Ständehaus und Brühlsche Terrasse 194. — Umbau des Schlosses 197. — Fernheizwerk 198. — Carolabrücke 200. — Ministerialgebäude, Polytechnikum 201. — Gerichtsgebäude, Polizeigebäude 202. — Städtische Bauten, Architektenstreit 203. — Markthalle, Ausstellungspalast 204. — Kirchen 206. — Wohnhausbauten, Viktoriahaus 207. — Vereinshaus, Freimaurerinstitut, Kaiserpalast, Geschäftshäuser 208. — Südviertel, Münchner und Nürnberger Straße 209. — Monumentalmalerei, Bildhauerei 210. — Bildwerke und Zierbrunnen 211. — Denkmäler 212. — Großer Garten, Stadtgartenwesen 214.

XVI. Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse . . 216–232

Aufschwung des Wirtschaftslebens seit 1880, Exportverein 216. — Ausstellungen, Aktiengesellschaften 217. — Gewerbezählung, Großindustrie 218. — Handwerk, Bevölkerungsverhältnisse 220. — Wohnungsmangel, Arbeiterwohnhäuser 222. — Gemeinnützige Bauvereine 223. — Wohlstand 224. — Wirtschaftlicher Niedergang im Jahre 1900 225. — Bankwesen 226. — Sparkasse, Arbeiterversicherung 227. — Krankenkassen, Krankenhäuser 228. — Wohltätigkeitsanstalten, Stiftungen, gemeinnützige Vereine 229. — Volksfeste 230.

Seite

XVII. Das kirchliche Leben . . . . . 233–238

Zustände in den sechziger Jahren 233. — Teilung der Parochien 234. — Einrichtung neuer Gottesdienste 235. — Geistlichkeit, Kirchenbesuch 236. — Kirchliche Vereine, Katholiken 237.

XVIII. Wissenschaft und Kunst . . . . . 239–259

Wandlungen im Geistesleben 239. — Technische Hochschule 240. — Tierärztliche Hochschule 242. — Gehe-Stiftung 243. — Bibliotheken und Sammlungen 244. — Wissenschaftliche und literarische Vereine 245. — Schriftsteller 246. — Theater 247. — Oper 248. — Musikalische Kapelle, Gesangvereine 249. — Maler und Bildhauer 250. — Kunstakademie 251. — Neue Kunstrichtungen 252. — Kunstausstellungen 254. — Kunstgewerbe, Kunstsammlungen 257. — Kunstpflege 258.

# Bilderverzeichnis.


Titelbild: König Georg. Nach einem Ölgemälde von Hermann Prell.

Seite 14. Empfang der heimkehrenden Truppen am 11. Juli 1871. Nach einem Ölgemälde von Fr. Wilh. Heine.

„ 52. Wasserwerk an der Saloppe. Nach einem Wasserfarbenbilde von Erwin Oehme.

„ 56. Bürgerwiese (mit Venusgruppe). Nach einem Wasserfarbenbilde von Erwin Oehme.

„ 100. Pirnaischer Platz (mit König Johann-Straße und Kaiserpalast). Nach einer Zeichnung von Arthur Fritzsche.

„ 120. Altmarkt (mit Rathaus und Siegesdenkmal). Nach einer Zeichnung von Hubert Schefer.

„ 124. Begrüßung des Fürsten Bismarck am 18. Juni 1892. Nach einem Ölgemälde von Max Pietschmann.

„ 128. Oberbürgermeister Dr. Stübel. Nach einer Photographie.

„ 140. Hauptbahnhof. Nach einer Zeichnung von Wilhelm Kreis.

„ 154. Oberbürgermeister Beutler. Nach einer Photographie.

„ 156. Stadtverordnetenvorsteher Ackermann. Nach einer Photographie.

„ 168. Sportplatz an der Lennéstraße. Radierung von Otto Fischer.

„ 182. König Albert. Nach einem Ölgemälde von Hermann Prell.

„ 190. Theaterplatz (mit Hoftheater, König Johann-Denkmal und Fernheizwerk). Nach einer Zeichnung von Arthur Fritzsche.

„ 198. Das königliche Schloß, Westseite und Nordseite. Nach zwei Zeichnungen von Wilhelm Kreis.

„ 200. Carolabrücke (mit den Ministerialgebäuden). Nach einer Zeichnung von Felix Voretzsch.

„ 204. Ausstellungspalast. Nach einer Zeichnung von Felix Voretzsch.

„ 206. Jakobikirche. Nach einer Zeichnung von Martin Pietzsch.

„ 208. Viktoriahaus. Nach einer Zeichnung von Hubert Schefer.

Seite 210. Die Brunnen auf dem Albertplatze. Radierung von Otto Fischer.
„ 214. Der Carolasee im Großen Garten. Radierung von Otto Fischer.
„ 254. Dresden-Altstadt oberhalb und unterhalb der Augustusbrücke. Nach zwei Ölgemälden von Gotthardt Kuehl.

---

## Buchschmuck nach Zeichnungen von Otto Fischer:

Seite 1. Zwingerpavillon.
„ 12. Germaniastatue.
„ 26. Kettenschleppdampfer.
„ 34. Albertbrücke.
„ 48. Wettiner Gymnasium.
„ 64. Dresda im Wettinfestzuge.
„ 84. Stadtverordnetensaal.
„ 95. Dampfstraßenwalze.
„ 105. Wasserwerk in Tolkewitz.
„ 122. Stübelbrunnen.
„ 131. Halle des Hauptbahnhofs.
„ 142. Straßenbahnwagen.
„ 154. Krankenhaus Johannstadt.
„ 181. Kreuzkirchenbrand.
„ 188. Gänsediebbrunnen.
„ 216. Altstädter Markthalle.
„ 233. Inneres der Kreuzkirche.
„ 239. Technische Hochschule.

---

## Radierungen und Heliogravüren

gedruckt von Giesecke & Devrient, typographischem Institut in Leipzig.

---

## Lichtdrucke und Photolithographien

von der Kunstanstalt Wilhelm Hoffmann, Aktiengesellschaft in Dresden.

---

## Stadtplan

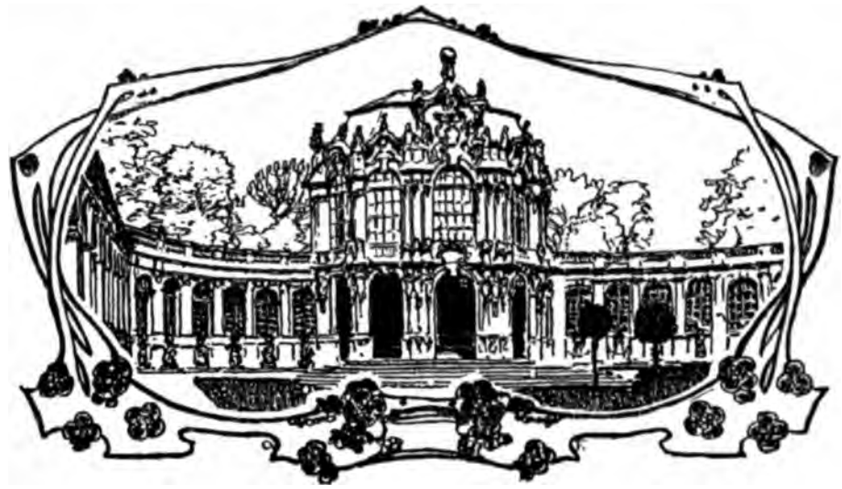
bearbeitet vom Stadtvermessungsamte, ausgeführt von der Königlichen Hofbuchdruckerei C. C. Meinhold & Söhne in Dresden.

---

## Buchdruck

von der Buchdruckerei der Dr. Güntzschen Stiftung vormals E. Blochmann & Sohn in Dresden.

# Geschichte der Stadt Dresden in den Jahren 1871 bis 1902.



# I.

## Rückblick.

Dresden ist unter den deutschen Großstädten keine neue Erscheinung. Die Bedeutung, zu der es sich in den letzten drei Jahrzehnten emporgeschwungen hat, gibt ihm noch kaum den Rang zurück, den es im 17. und 18. Jahrhundert einnahm. Aber seine einstige Blüte, hervorgelockt durch die Sonnenstrahlen landesfürstlicher Gunst, war vergänglich; jetzt dagegen ist Bürgerfleiß der natürliche Nährboden, aus dem der Stadt dauernd neue Kraft erwächst.

Das erste Aufsteigen Dresdens begann, als Herzog Moritz mit der Erwerbung der Kur Sachsen die Stadt zum Mittelpunkte eines achtunggebietenden Staatswesens machte. Die von ihm und seinen Nachfolgern ausgeführten prächtigen Bauten und die starken neuen Festungswerke, hinter denen Kunst und Gewerbe sicheren Schutz genossen, verschafften ihr eine Stellung, die selbst durch den unseligen, das Vaterland verheerenden großen Krieg nur vorübergehend erschüttert werden konnte. Schon bald nach dem westfälischen Frieden genoß Dresden den Ruf der schönsten und lebensfrohesten Stadt Deutschlands und wetteiferte fast an Anziehungskraft mit Paris. Unbekümmert um den wirtschaftlichen Verfall, in den die Leiden des Krieges das Land gestürzt hatten, entfaltete der prachtliebende Kurfürst Johann Georg II. einen Glanz der Hofhaltung, wie man ihn seither in Sachsen nicht gekannt hatte. Hofdienerschaft und Leib-

garden wurden vermehrt, ausländische Künstler herbeigezogen und beschäftigt, kostspielige Komödien-, Ball-, Reit- und Schieß-Häuser erbaut, das Schloß prächtig ausgeschmückt, der herrliche Große Garten angelegt und dazu verschwenderische Feste und Aufführungen in bunter Abwechslung veranstaltet. Aber noch glänzendere Zeiten kamen, als mit der Erwerbung der Krone Polens durch August den Starken Dresden ein Ausgangspunkt europäischer Großmachtspolitik wurde. Mit unerhörtem Glanze umgab sich der neue Königshof, sein Wohnsitz sollte zu einem würdigen Rahmen königlicher Prachtentfaltung umgestaltet werden. Großartige Bauten wurden vom Könige entworfen und ausgeführt, vor allen der Zwinger, dieses Meisterwerk des Barockstils, dessen edler Formenreichtum noch heute jedes kunstsinnige Auge entzückt. Die Vornehmen des Hofes schmückten, seinem Beispiele folgend, die Stadt mit Palästen, die Vorstädte mit Landhäusern und Gärten. Selbst die bedächtige Stadtbehörde sah sich in den Strom der Baulust und der Kunstfreude hineingezogen: sie errichtete ein neues Rathaus und die gewaltige Frauenkirche, jenes Wahrzeichen protestantischen Geistes, das der Dresdner mit Stolz sein eigen nennt. Und welch ein Treiben entfaltete sich in dieser Königsstadt! Aufs neue strömten in ihr Künstler und Kunsthandwerker des Auslandes zu lohnender Tätigkeit zusammen, der Adel Sachsens und Polens wetteiferte mit dem Hofe in Sinnenrausch und Festeslust, auf den Straßen wie in den Palästen gab es Bilder orientalischen Reichtums und Wohllebens. Die Residenz war zu einer wahren Schaubühne der Kunst und des Luxus geworden, ganz Europa sandte ihr bewundernde Zuschauer. Aber diese lustige Bühne, auf der nach Augusts des Starken Tode statt seines schwachen Nachfolgers der allmächtige Minister Graf Brühl die Hauptrolle spielte, wandelte sich zuletzt in ein furchtbares Kriegstheater. Wie eine Vergeltung für den leichten Sinn, der ein Jahrhundert hindurch hier gewaltet und auch die Staatsangelegenheiten beherrscht hatte, fuhr der siebenjährige Krieg alles verwüstend über das Land und stürzte auch unsere Stadt von ihrer Höhe. Was im dreißigjährigen Kriege die Rettung gewesen, ihre Eigenschaft als Festung, das gereichte ihr jetzt bei der fortgeschrittenen Kriegskunst zum Verderben. Als Belagerte brannten die Preußen in den Jahren 1758 und 1759 den größten Teil der Vorstädte nieder, und 1760 schossen sie als Belagerer noch Hunderte von Häusern innerhalb der Festung zusammen. Die halbe Stadt glich nach dem Kriege einem Trümmerhaufen, der Wohlstand der Bürgerschaft war vernichtet, die Einwohnerzahl, die sich zwischen 1699 und 1755 von 21 000 auf 63 000 gesteigert hatte, um den vierten Teil zurückgegangen. Jahre verflossen, ehe wieder fleißige Hände sich zu regen wagten. Noch 1768 sah der junge Goethe die ganze Moritzstraße in Asche liegen, und wenn der Wiederaufbau der ehrwürdigen Kreuzkirche erst 1792 vollendet

wurde, so läßt dies ahnen, wie unsäglich mühsam die Einwohnerschaft zu Kräften kam. Aber kaum war durch Fleiß und Sparsamkeit wieder ein bescheidener Wohlstand gewonnen, da zerstörten die napoleonischen Kriege ihn aufs neue. Von jahrelanger Last der Einquartierung fremder Heere fast erdrückt, sah die unglückliche Bevölkerung noch kurz vor dem Sturze des Eroberers durch Kriegsgetümmel, Hunger und Krankheit ihre Not aufs höchste getrieben. Armut und Verschuldung waren das Erbteil, das die Befreiungskriege den Bürgern Dresdens hinterließen, und dämpften ihre Freude an der nationalen Wiedergeburt. Grund und Boden galt in den nächsten Jahrzehnten so gut wie nichts; was gebaut wurde, trug den Stempel der Ärmlichkeit. Erst im Jahre 1832 erreichte die Stadt die Einwohnerzahl wieder, die sie vor dem siebenjährigen Kriege gehabt hatte. Da erwachte in der wiederaufatmenden Bürgerschaft zum ersten Male auch ein freier politischer Sinn; die in der neuen Staats- und Gemeindeverfassung gewährten Volksrechte schienen die Aussicht auf einen endlichen Aufschwung des Geistes- und Wirtschaftslebens zu verbürgen. Aber ein maßloser Radikalismus bemächtigte sich hier wie im Lande der im Parteigetriebe noch unerfahrenen Gemüter und steuerte dem staatlichen Umsturze entgegen. Im Mai 1849 tobte unter Blutvergießen, Brand und Zerstörung der Bürgerkrieg durch Dresdens Gassen, und als dann Ruhe eintrat, war es die Ruhe des Friedhofs. Wahrlich, keine deutsche Hauptstadt hat in den letzten anderthalb Jahrhunderten soviel Unheil über sich ergehen sehen wie die unsere: mit den Dresdner Schicksalen von 1760, 1813 und 1849 können nur die Pariser von 1793, 1814 und 1870 in Vergleich treten!

Mit der Niederwerfung des Aufstandes ward das politische Leben, das während der vierziger Jahre in Sachsen reger gewesen war als in den meisten andern deutschen Staaten, fast vernichtet. Die siegreiche Staatsgewalt begnügte sich nicht damit, ein kräftiges konservatives Regiment, wie es zur Wiederherstellung der Ordnung notwendig war, einzuführen, sondern ließ sich zu einer kleinlichen Reaktion hinreißen, die jede Betätigung liberaler Gesinnung schonungslos verfolgte. Die Wortführer des Volks waren teils geflüchtet, teils hinter Schloß und Riegel gesetzt, teils wenigstens mundtot gemacht. Politisches Leben regte sich nur noch in engen Kreisen; wer diesen nicht nahe stand, konnte es für erloschen halten. Das öffentliche Interesse schien wieder überwiegend von Theater und Musik, die allein in hoher Blüte standen, beherrscht zu werden. Die Bevölkerung zeichnete sich nach wie vor durch Fleiß und Sparsamkeit, Harmlosigkeit und bescheidene Lebenslust aus, selbst in den untersten Schichten war sie gesittet, schmiegsam und höflich. Selbständigkeit der Gesinnung freilich hatte sich unter dem wiederholt erduldeten schweren Ungemach nicht entwickeln können.

Zu dem politischen Drucke, der erst mit dem Ende der fünfziger Jahre nachließ, gesellte sich wirtschaftlicher Stillstand. Gewerbe und Handel arbeiteten fast nur für den Bedarf der Einwohner und der die Stadt zahlreich besuchenden Fremden. Zwar fehlte es nicht an Ansätzen zu einer Gewerbtätigkeit im großen. Jedoch es gab keine Ansammlung bestimmter einzelner Betriebe, die den Bezug der Rohstoffe erleichtert, den Absatz der Erzeugnisse fördert und vor allem den Austausch der Arbeitskräfte ermöglicht, sondern die vorhandenen Fabriken gehörten den verschiedensten Zweigen an und konnten der Stadt keinen besonderen Ruf auf industriellem Gebiete verschaffen. Die Haupterwerbszweige waren immer noch das Handwerk, der Kleinhandel und der Gastwirtschaftsbetrieb – sie alle erwarteten ihr Heil von einem lebhaften Fremdenverkehr. Dieses Gepräge des wirtschaftlichen Lebens kam auch im Straßenverkehr zur Erscheinung. Vor den mit Sorgfalt und Geschmack ausgestatteten Geschäftsläden bewegte sich auf den Bürgersteigen vorwiegend eine wohlgekleidete Menge von Spaziergängern, und unbehelligt von vielen Lastwagen richteten auf dem etwas unebenen Pflaster fleißige Holzspalterfamilien dem Bürger seine Heizvorräte zu. Am Abend war es still in den Gassen und das Bedürfnis nach künstlicher Beleuchtung kein dringendes, so daß man nicht an das Anzünden der Gaslaternen dachte, sobald nur der Kalender Mondschein in Aussicht stellte. Noch zu Anfang des Jahres 1866 konnte Heinrich von Treitschke, selbst ein Sohn Dresdens, die Stadt als einen großen Badeort bezeichnen, als eine Ruhestätte für Pensionäre und reiche Fremde, die der Reiz der Natur und der Kunstschätze anziehe. Wenn er dabei – in seiner heißblütigen Art stark auftragend – ausrief, er werde den Tag segnen, da endlich einmal die Stadt hineingerissen werde in die volle Strömung staatlichen Lebens und ihre Bürger gezwungen würden, ernstere Fragen zu besprechen als die Nebenbuhlerschaft von Dawison und Devrient, von roten und grünen Dienstmännern – so war dieser Tag näher als er selbst wohl zu hoffen gewagt.

Nach der großen Entscheidung des Jahres 1866 gehörte Sachsen zu den Besiegten, aber die Niederlage schlug zu seinem Heile aus. Auch Dresden stand an einem Wendepunkte seiner Entwicklung. Noch bevor der schrille Klang der preußischen Pickelpfeife die Bewohner der Stadt aus ihrem Stilleben aufgeschreckt hatte, war es im engeren Kreise erkannt worden, daß ein Aufblühen von Gewerbe und Handel auch hier nur von einer gründlichen Umgestaltung der politischen Verhältnisse zu erhoffen sei. Am 9. April 1866 hatte Preußen beim deutschen Bundestage den Antrag auf Entwerfung eines Bundesreformplans und dessen Vorlegung an ein aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenes Parlament eingebracht – bereits am 18. April wies die Dresdner Handelskammer in einem

der Regierung erstatteten Berichte darauf hin, daß ein deutsches Parlament oder zunächst wenigstens ein Zollvereinsparlament am besten im stande sein würde, auch in wirtschaftlichen Fragen den berechtigten Wünschen des deutschen Volkes Geltung zu verschaffen: sie seien hauptsächlich gerichtet auf Gemeinsamkeit in der Gewerbegesetzgebung, in den Niederlassungsbestimmungen, in den Münz-, Maß- und Gewichtsordnungen, im Versicherungs- und Bankwesen und in der Konsularvertretung. Noch vor Ablauf eines Jahres waren diese Wünsche durch die Verfassung des Norddeutschen Bundes als wirkliche Aufgaben der Gesetzgebung festgelegt, um so freudiger durfte die Handelskammer das Jahr 1866, trotz aller für Sachsen trüben Erfahrungen, als den Beginn einer besseren Zeit für das Wirtschaftsleben Deutschlands und auch Dresdens preisen.

Eine Lebensfrage für das Gedeihen von Handel und Industrie war die Errichtung einer Bank in Dresden gewesen. Sachsen hatte noch in den sechziger Jahren nur in Leipzig und Chemnitz Banken aufzuweisen, in Dresden befanden sich lediglich unbedeutende Filialen der 1838 gegründeten Leipziger und der Weimarischen Bank. Die Hauptstadt des Landes wurde an den auswärtigen Börsen als ein abgelegener kleiner Handelsplatz betrachtet; selbst seine besten Papiere fanden nur dann Aufnahme, wenn sie auf einen andern Wechselplatz zur Zahlung angewiesen waren. Das Bedürfnis nach einer eignen Bank war daher dringend: schon 1839 wollte man eine Dresdner Bank gründen, der Plan scheiterte aber daran, daß von den aufgelegten 6000 Aktien nur etwa 1000 gezeichnet wurden. Seit 1854 beriet ein besonderer Ausschuß von Ratsmitgliedern und Stadtverordneten über die Frage der Errichtung einer städtischen Bank, ohne daß dies freilich, bei dem herrschenden Mangel an Unternehmungsgeist, zu einem Ergebnisse führen konnte. Im Jahre 1861 nun wurden durch das deutsche Handelsgesetzbuch und das freisinnige sächsische Gewerbegesetz der Betätigung des Kaufmanns die Wege geebnet und durch die Herabsetzung der Elbzölle 1863 die große Wasserstraße, auf der sich von Dresden aus längst ein lebhafter Zwischenhandel mit Materialwaren, Getreide, Obst, Holz, Kohlen und Steinen vollzog, in der Hauptsache ihrer Fesseln entledigt. Sachkundige waren überzeugt, daß die Stadt bei ihrer günstigen Lage an Strom und Schienenwegen einer großen Entwicklung des Geschäftslebens fähig sei, sobald nur dem Verkehr eine bedeutende Geld- und Kreditanstalt fördernd zur Seite stehe. Da kam endlich unter der Firma „Sächsische Bank zu Dresden" eine Aktiengesellschaft mit einem Grundkapitale von 5 Millionen Talern zu stande, die das Recht der Ausgabe unverzinslicher Noten erhielt und ihren Betrieb am 1. November 1865 eröffnete. Welches Vertrauen man überall dem neuen Unternehmen entgegenbrachte, ging daraus hervor, daß bei der in Dresden, Berlin und Köln voll-

zogenen öffentlichen Aktienzeichnung die aufgelegte 1 Million 119 mal überzeichnet wurde.

Die erhoffte Hebung von Handel und Industrie blieb nicht aus, vollzog sich aber nur langsam, denn die seit 1866 herrschende Befürchtung eines Krieges mit Frankreich ließ noch kein rechtes Vertrauen im Geschäftsleben aufkommen. Zudem war die Errichtung neuer Fabrikanlagen erschwert durch den Schanzengürtel, mit dem die Preußen die Stadt umgeben hatten. Gerade in den Teilen der Vorstädte, die sich von selbst als Fabrikbezirke herausgebildet hatten, vor dem Falkenschlage, vor dem Ziegelschlage und in der Neustadt unterhalb der Marienbrücke, wären neue Anlagen bei einer Belagerung der Stadt der größten Gefahr ausgesetzt gewesen. Ein langer Fortbestand der Befestigungen hätte daher den industriellen Aufschwung der Stadt notwendigerweise lahmlegen müssen. Einstweilen erweiterten wenigstens die vorhandenen Industrieanlagen allmählich ihren Betrieb. Die 1854 gegründete Steingutfabrik von Villeroy & Boch hatte 1866 schon über 400 Arbeiter, die Zigarrenfabrikation beschäftigte 1250 Arbeitskräfte, das Braugewerbe war durch die Felsenkeller-, Waldschlößchen- und Feldschlößchenbrauerei ansehnlich vertreten, Bedeutung gewannen auch schon die Maschinenfabrikation, die Papierfabrikation, die Herstellung photographischer Papiere, die Strohhutflechterei und die Gerberei. Ein neuer Industriezweig wurde durch die Ende 1866 eröffnete Drogen-Appreturanstalt von Gehe & Co. eingeführt, die fortan die Apotheken in aller Herren Ländern mit Waren versorgte. Die Fabrikation von Nähmaschinen hatte bereits einen stattlichen Umfang: im Jahre 1867 wurden hier gegen 11000 Nähmaschinen hergestellt, die Fabrik von Clemens Müller war die größte des Kontinents. Auch die Dresdner Pianoforte-Industrie genoß im In- und Auslande guten Ruf: sie lieferte 1870 schon 760 Flügel und Pianos. Zu den vorhandenen großen Schokoladefabriken von Jordan & Timäus und Petzold & Aulhorn kam 1870 die von Hartwig & Vogel hinzu, die Spiritus- und Preßhefenfabrik von Bramsch ging an eine Aktiengesellschaft über und vergrößerte ihren Betrieb. Bei der Zunahme des Güteraustausches war es von Wert, daß inzwischen auch die dafür bestimmten Verkehrsanlagen eine zeitgemäße Erneuerung erfuhren: die Eisenbahnverwaltung hatte 1864 zwischen der Falkenstraße und dem Rosenwege einen Zentralgüterbahnhof anzulegen begonnen und ihn am 22. Oktober 1866 der Benutzung übergeben.

Die Staats- und Stadtbehörden folgten nur zögernd dem Zuge der Zeit. Die Regierung war, bei aller sonstigen Fürsorge für das Gedeihen der Industrie, naturgemäß wenig geneigt, Unternehmungen zu fördern, die den vorwiegenden Charakter der Stadt als Residenz des Königshauses hätten beeinträchtigen

können; die Aussicht auf zahlreiche Fabriken und eine stark anschwellende Arbeiterbevölkerung hatte für sie wenig Anmutendes. Die Königliche Polizeidirektion, der am 1. Mai 1853 an Stelle der städtischen Polizeideputation das Polizeiwesen mit Ausnahme einiger als Wohlfahrtspolizei bezeichneter Zweige übertragen worden war, betrachtete die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung als ihre einzige Aufgabe, zur Verbesserung öffentlicher Einrichtungen fühlte sie sich nicht berufen. Um das Verkehrsleben erwarb sie sich nur das eine Verdienst, daß sie den Droschkenkutschern den alten Ruf der Höflichkeit und Ehrlichkeit zu erhalten wußte, hingegen lag ihr schon die Sorge für größere Schnelligkeit des Droschkenbetriebes fern.

Im Rate herrschte noch das Kleinstädtertum. Es fehlte nicht an tüchtigen Persönlichkeiten, aber keine von ihnen besaß Schwung und Unternehmungsgeist genug, um die träge Masse mit sich fortzureißen. Der Oberbürgermeister Pfotenhauer war ein gescheiter und gewandter Verwaltungsbeamter, jedoch auch er hatte nicht mehr die Spannkraft, um nach zwei Jahrzehnten stockender Entwicklung noch neue Bahnen einzuschlagen. Die Ratsherren wagten nicht an weitaussehende Aufgaben der Verwaltung heranzutreten, weil ihnen die möglicherweise dadurch bedingte Erhöhung der Steuern als das größte aller Übel erschien. Selbst der Oberbürgermeister teilte diese Anschauung; wird doch von ihm erzählt, daß er einmal das Ansinnen, höhere Stadtsteuern zu erheben, mit den Worten zurückgewiesen habe: „Ich will mit meinen Bürgern in Frieden leben!“ So ließ der Rat die Dinge an sich herankommen und bewies im grunde fast die gleiche Harmlosigkeit wie der Leiter der Einquartierungsbehörde, der im Jahre 1866, als man ihn wegen völlig ungenügender Vorsorge in seinem Geschäftskreise zur Rede setzte, geantwortet haben soll: „Wer denkt denn, daß Krieg wird?“

Mehr Regsamkeit entwickelten schon die Stadtverordneten. Zwar waren unter ihnen Männer maßgebend, die sehr oft die Verwaltungsangelegenheiten nicht nach den Forderungen des Lebens, sondern nach parteipolitischen Schlagworten behandelten: die Achtundvierziger, deren Wirken bei ihren doktrinären Neigungen vielfach zur Unfruchtbarkeit verurteilt war. Die Berichte über die Stadtverordnetenverhandlungen, die man seit 1865 im Amtsblatte, dem „Dresdner Anzeiger“, erscheinen ließ, geben davon manche Probe. Als im Jahre 1866 die Errichtung von Anschlagsäulen geplant wurde und die Polizei das bescheidene Recht der Aufsicht über die Zettelankleber in Anspruch nahm, beschloß man gegen die darin liegende Beschränkung der Freiheit der Person, des Eigentums und der Berufswahl, die verfassungs- und gesetzwidrig sei, Beschwerde zu erheben und fand hierin auch die Zustimmung des Stadt-

rats. Der Advokat Dr. Schaffrath, in den vierziger Jahren neben Braun der hervorragendste Vorkämpfer für Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Rechtspflege, nachher der gesuchteste Verteidiger im Lande – Saxo dialecticus, wie ihn einst Schwetschke in seinen Dunkelmännerbriefen aus dem Frankfurter Parlament nannte – äußerte damals: Ob die Anschlagsäulen eine Zierde, nützlich und billig seien, stehe für ihn in zweiter Linie; ihm gewähre vor allem der Beitritt des Stadtrats zu der Beschwerde eine Genugtuung, weil er das nach dem Jahre 1850, wo der Sinn für Recht und Verfassung in Sachsen erkaltet sei, nicht erwartet habe. Von der Nutzlosigkeit der Beschwerde sei er zwar überzeugt, aber dann habe man doch alles getan, um Verfassung und Recht zu schützen!

Jedoch es gab auch einzelne Männer in der Gemeindevertretung, die vom schaffensfreudigen Geiste der Neuzeit erfüllt waren und bisweilen für bedeutsame Reformvorschläge eine Mehrheit zu gewinnen wußten. Der tüchtigste unter ihnen war der Vorsitzende des Finanzausschusses, Advokat Dr. Paul Alfred Stübel. Der Sproß einer Dresdner Patrizierfamilie, ein Mann von lebhaftem Geiste und feiner Bildung, dem seine Wohlhabenheit gestattet hatte, sich in der Welt umzusehen, überragte er die meisten seiner Mitarbeiter an Kenntnissen und durchdringendem Blick und hatte sich in den zehn Jahren seit 1856, während deren er dem Stadtverordnetenkollegium angehörte, Erfahrung, Ansehen und Einfluß erworben. Im Alter von 39 Jahren wurde er am 25. Juli 1866 zum besoldeten Stadtrat gewählt und erhielt die Leitung des Stadtbauamts übertragen, einen Geschäftskreis, in dem durchgreifende Umgestaltungen und dazu eine frische Kraft am nötigsten waren. Schon vorher hatte er dem städtischen Bauwesen, dessen Vorstand am meisten auf die äußere Gestaltung der Stadt einwirken konnte, seine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Im Verein mit dem Stadtverordnetenvorsteher Finanzprokurator Gustav Ackermann hatte er 1865 angesichts des erbärmlichen Zustandes von Straßenpflaster und Schleusen eine völlige Neugestaltung des städtischen Tiefbauwesens angeregt und es durchgesetzt, daß man an dessen Spitze einen selbständigen Ingenieur berief, der nicht mehr einem der Sache nicht kundigen Architekten, wie dem Stadtbaudirektor, unterstellt sein sollte. Die Tätigkeit Stübels im Rate machte sich bald bemerklich. Wichtige Unternehmungen, die aus dem Stande der Beratungen und Erwägungen bisher nicht hatten herauskommen können, wie der Durchbruch der Wettinerstraße und die Erbauung eines Wasserwerks, wurden nach Verlauf einiger Jahre in Angriff genommen. Das Vorwärtsschreiten auf diesem Gebiete lag so vor aller Augen, daß im November 1871 bei der Beratung einer Vorlage über den Durchbruch der Viktoriastraße nach

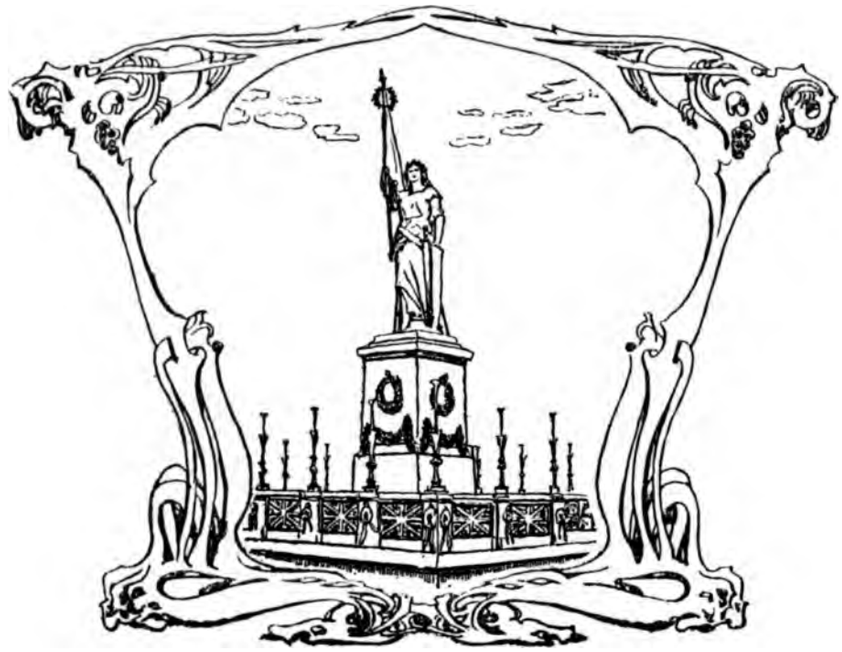
der Schulgaſſe bei den Stadtverordneten „die überall in den letzten Jahren ſichtbare Initiative im ſtädtiſchen Bauweſen, die die Stadt zumeiſt der ſchaffenden Kraft und dem Talente des Bauamtsvorſtandes Dr. Stübel zu verdanken habe", ausdrücklich anerkannt und ungewöhnlicherweiſe für ihn ein Dankesvotum wegen „ſeiner außerordentlichen und verdienſtlichen Tätigkeit" beantragt ward. So hatte die Ära Stübel in der ſtädtiſchen Verwaltung lange vor ſeiner Erwählung zum Oberbürgermeiſter begonnen.

Am einſchneidendſten mußte die neue Geſtaltung der ſtaatlichen Verhältniſſe nach 1866 auf das politiſche Parteiweſen wirken. Waren die Wahlen bisher im weſentlichen von den Schlagworten liberal und konſervativ beherrſcht worden, ſo trat nun ein neuer Gegenſatz hinzu: national und partikulariſtiſch. Es war erklärlich, daß in dem Augenblicke, wo ſich Preußen eben erſt auf grund des Rechts der Eroberung mehrere deutſche Staaten einverleibt hatte, auch in Sachſen viele Gemüter in der Furcht vor der Gefahr einer Annexion befangen waren. Für die auf den 12. Februar 1867 feſtgeſetzten Wahlen zum konſtituierenden Reichstage des Norddeutſchen Bundes, während deren das Land und auch Dresden noch von preußiſchen Truppen beſetzt war, wurde von den ſächſiſchen Konſervativen das Stichwort ausgegeben: Gegen die Annexion! Man verkündete: Konſervativ heißt jetzt, wer den Fortbeſtand unſeres Sachſens will! Das war eine von den Übertreibungen, wie ſie der Parteikampf von jeher gezeitigt hat: ſie meinten in Wirklichkeit die ungeſchmälerte Erhaltung aller ſtaatlichen Rechte, von denen ſie am liebſten nicht das geringſte zu gunſten der Reichseinheit geopfert hätten. Denn den Fortbeſtand des Staates focht jetzt niemand mehr an, weder die preußiſche Regierung, die mit Sachſen einen bündigen Friedensvertrag geſchloſſen hatte, noch die preußenfreundliche nationalliberale Partei, die allerdings vor dem Friedensſchluſſe, namentlich in ihrem Hauptſitze Leipzig, annexioniſtiſche Anwandlungen gezeigt hatte. In Dresden waren die Nationalliberalen ſehr ſchwach vertreten und gewannen nur langſam Boden, weil ſie die Macht der geſchichtlich erwachſenen Verhältniſſe zu wenig würdigten und im Eifer für das Deutſchtum alle, auch die berechtigten, ſächſiſchen Beſonderheiten verwarfen. Einen kleinen Kreis von Männern dieſer Geſinnung hatte der Herausgeber der „Konſtitutionellen Zeitung", Advokat Siegel, um ſich vereinigt; ſie nannten ſich von ihrem Verſammlungslokale, dem „Goldnen Ring" am Poſtplatze, der „Ringklub" oder ſcherzhaft der „Siegelring". Die Partei hielt es nicht für geraten, für die Reichstagswahl eigne Kandidaten aufzuſtellen; ſie trat vielmehr unter dem Namen einer „Freiſinnig-deutſchen Partei" für die Kandidaten der Fortſchrittspartei ein, indem ſie, wie das nach dem eben überwundenen Drucke der Beuſtſchen Zeit ſelbſtverſtändlich war, das

Schwergewicht auf die liberale Seite ihres Programms legte. Es war seltsam genug zu sehen, wie die Konservativen diese Bundesgenossenschaft der beiden liberalen Parteien benutzten, um die Fortschrittler, die ihnen an Partikularismus wahrlich nichts nachgaben, des Annexionismus zu verdächtigen. Das fortschrittliche „Wahlkomitee des Volksvereins" stellte als Kandidaten für den vierten Reichstagswahlkreis, der Dresden-Neustadt mit der umliegenden Landschaft umfaßte, den Advokaten Dr. Schaffrath, für den fünften Wahlkreis Dresden-Altstadt den im Jahre 1849 aus seiner Stellung als Vorstand des Stenographischen Instituts entlassenen Professor Dr. Wigard auf; beide versicherten in ihren Wahlreden, sich die Verteidigung der Volksrechte gegen die Allmacht des militärischen Absolutismus zur Hauptaufgabe machen zu wollen. Die Kandidaten des konservativen „Sächsischen Wahlkomitees" waren der Generalstaatsanwalt Dr. Schwarze und der Vorstand des Gewerbevereins, Eisenbahn-Betriebsoberinspektor Tauberth, deren Eigenschaft als abhängige Beamte viel Anlaß zur Anfeindung gab. Mit einigem Mißbehagen sahen die alten Parteien einen dritten Mitbewerber auf dem Plane erscheinen: die Arbeiterpartei. Im Jahre 1861 hatte der Schuhmachermeister Knöfel einen „Bildungsverein für Gewerbtreibende" gegründet, der 1862 unter dem Vorsitze des Kupferschmiedemeisters Försterling den Namen „Arbeiterbildungsverein" annahm. Nach dem Auftreten Lassalles und der Gründung des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins" ließ sich Försterling für dessen Bestrebungen gewinnen und brachte, da in dem Arbeiterbildungsvereine die Fortschrittler noch die Mehrheit behaupteten, einen neuen Arbeiterverein zu stande, der sich dann das Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, wie es Ende 1866 zu Erfurt festgestellt wurde, zu eigen machte. Die neue Partei setzte überschwengliche Hoffnungen auf das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht, das jetzt zum ersten Male erprobt werden sollte; mit seiner Hilfe hoffte sie die Macht der Gesetzgebung bald in die Hände des aufstrebenden vierten Standes zu bringen. In beiden Dresdner Kreisen stellten die Lassalleaner ihren Führer Försterling als Kandidaten auf. So konnte es nicht fehlen, daß die Wahlbewegung viel lebhafter wurde, als man es bisher gewohnt gewesen. Mit Wählerversammlungen zwar war man noch sparsam. Die Konservativen hielten gar keine, aber veröffentlichten Listen von Unterschriften zu ihren Wahlaufrufen, sandten auch manchen Wählern Zettel mit der Empfehlung ihrer Kandidaten durch Dienstmänner ins Haus. Die Plakatsäulen wurden von allen Parteien benutzt. Gedruckte Stimmzettel gab es noch nicht; der Stadtrat schickte jedem Wähler ein mit dem Stadtwappen versehenes und auf der Rückseite mit einer Wahlanweisung bedrucktes Blatt Papier zu, auf das der Wähler den Namen des von ihm Gewählten selbst aufschreiben

sollte. Der Ausfall der Wahl zeigte, daß in der Stadt die Fortschrittler, auf dem Lande die Konservativen noch immer das Übergewicht hatten. Im vierten Wahlkreise wurde Schwarze mit 10 180 von 13 422 Stimmen gewählt; Schaffrath, der seine Anhänger durch eine Verzichterklärung verwirrt hatte, erhielt nur 2 871, Försterling 257 Stimmen. Im fünften Wahlkreise siegte Wigard mit 8 251 Stimmen; auf Tauberth fielen 5 259, auf Försterling 531 Stimmen. Doch wurde der in der Neustadt unterlegene Schaffrath in dem überwiegend aus kleinen Städten zusammengesetzten sechsten Wahlkreise Dresden-Land links der Elbe mit großer Mehrheit gewählt.

Schon bis zur nächsten Reichstagswahl am 31. August 1867 war eine kleine Verschiebung in den Parteiverhältnissen eingetreten. Wigard hatte im konstituierenden Reichstage gegen die Verfassung des Norddeutschen Bundes gestimmt, weil sie seinem Ideal einer demokratischen Reichsverfassung nicht entsprach. Die Nationalliberalen erklärten deshalb, nicht wieder für ihn eintreten zu können, und stellten eigne Kandidaten auf: im vierten Wahlkreise den Advokaten Judeich, im fünften den Versicherungsdirektor Pfähler. Auch die konservative Partei, die sich jetzt die bundesstaatlich-konstitutionelle nannte, trat diesmal gegen Wigard mit einem Kandidaten in der Person des Finanzprokurators Hofrat Ackermann hervor, während umgekehrt die Fortschrittspartei den bisherigen Abgeordneten Schwarze mit der Kandidatur des Kaufmanns August Walter bekämpfte. Die Beteiligung der Wähler war ungemein schwach; offenbar hielt man die Möglichkeit eines andern Ergebnisses als bei der vorigen Wahl für ausgeschlossen. Schwarze und Wigard wurden in der Tat wiedergewählt. Im Landkreise Dresden links der Elbe fand im Frühjahr 1869 eine Nachwahl statt, weil Schaffrath, unmutig über den geringen Einfluß seiner Partei im Reichstage, das Mandat niederlegte. Es kam zu einer Stichwahl zwischen dem Finanzprokurator Ackermann und dem nationalliberalen Redakteur Siegel, bei der jener 4 907, dieser 2 159 Stimmen erhielt. Ackermann hat den sechsten Wahlkreis von da an bis zum Jahre 1893 ununterbrochen vertreten.



## II.

# Ereigniſſe der ſiebziger Jahre.

Wer es miterlebt hat, wie in den großen Kriegs- und Ruhmestagen des Jahres 1870 die Bevölkerung Dresdens von jubelnder Begeiſterung überſtrömte, wer es geſehen, wie dieſe ſonſt ſo zurückhaltenden Männer Arm in Arm vaterländiſche Lieder ſingend durch die Straßen zogen – der ſagte ſich, daß ein ſolcher Wandel des Weſens nicht plötzlich über ſie gekommen ſein konnte, ſondern ſich in ihrem Innerſten längſt vorbereitet haben mußte. Und in der Tat, das Empfinden für Deutſchlands Ruhm und Größe hatte ſchon in den Jahren der Uneinigkeit und Erniedrigung warm in den Herzen geglüht, bei dem großen Sängerbundesfeſte im Sommer 1865 war es auch einmal vorübergehend aufgeflackert, nun ſchlug es in hellen Flammen empor und entzündete eine nationale Geſinnung, die im Laufe der Jahrzehnte in immer weitere Kreiſe drang und ſchließlich für das ganze öffentliche Leben beſtimmend ward. Noch vor der Ausrufung des Kaiſertums begrüßte in der Stadtvertretung ein Mann der altſächſiſchen Richtung das werdende Reich und verknüpfte damit die Hoffnung auf einen fortſchreitenden Aufſchwung Dresdens zur Großſtadt: bei der Einweiſung des vollſtändig neugewählten Stadtverordnetenkollegiums am 4. Januar 1871 ſchloß der Bürgermeiſter Neubert ſeine Rede mit den Worten:

„Das, was wir alle erſehnen, den goldnen Frieden – das begonnene Jahr wird ihn doch hoffentlich bringen, und wenn er einzieht, dieſer Friede, zieht er nicht ein in Deutſchlands Nordbund, er zieht ein in das, was wir zu hoffen berechtigt ſind, in das inmittelſt allſeitig geeinigte Deutſchland, in das neu erſtandene bereits proklamierte Deutſche Reich! Die Segnungen des Friedens aber werden dann auch unſerm Sachſenlande und ſeiner Hauptſtadt in reicher Fülle zufließen, und in dieſen Segnungen, in der neuen Blüte unſeres zur Großſtadt emporſtrebenden Dresdens werden wir bald den Ausgleich finden für die Laſten der Gegenwart!“ Und am 27. Januar erließen Rat und Stadtverordnete eine Begrüßungsſchrift an den Kaiſer Wilhelm, worin ſie der Zuverſicht Ausdruck gaben, „daß die Herrlichkeit des Deutſchen Reichs zum Wohl und Segen des deutſchen Vaterlandes und aller ſeiner Söhne unter der neubegründeten Schirmherrſchaft beglückend und kräftig aufblühen werde“.

Mit wachſender Freude ſah man das Ende des gewaltigen Kriegs näher rücken. Ein Zug von 39 eroberten franzöſiſchen Geſchützen, darunter 10 der einſt ſo gefürchteten Mitrailleuſen, wurde am 2. März feierlich eingeholt und im Zwingerhofe ausgeſtellt. Zum erſten Male ſeit zwei Jahrhunderten ſah das ſächſiſche Volk reiche Kriegsbeute, von ſeinen Söhnen im Kampfe für das Vaterland gewonnen, vor ſich ausgebreitet – ein Anblick, der für das jüngere Geſchlecht etwas Berauſchendes hatte. Am 3. März verkündeten 101 Kanonenſchüſſe die tags vorher vom Kaiſer vollzogene Unterſchrift der Friedenspräliminarien. Und als am Abend des folgenden Tages die Studierenden der Polytechniſchen Schule und der Kunſtakademie in einem Fackelzuge die Einholung des aus dem Zauberſchlafe erwachten Kaiſers Friedrich Barbaroſſa darſtellten, da geſtaltete ſich angeſichts der wunderbaren Fügung der jüngſten Zeit die alte Sage in den froh erregten Gemütern zu neuer Wirklichkeit. Den Höhepunkt der freudigen Stimmung aber bezeichnete das am Sonntag dem 5. März auf dem Altmarkte gefeierte Sieges- und Friedensfeſt. Unter dem Geläute aller Glocken verſammelte ſich mittags die Einwohnerſchaft um das von Robert Henze geformte Standbild der Germania; eine gewaltige Menge, die den Platz füllte und ſelbſt die Dächer der Häuſer dicht beſetzt hielt, ließ andächtig den Geſang des Liedes „Nun danket alle Gott“ himmelan ſteigen. In kräftigen Worten gab der Oberbürgermeiſter Pfotenhauer vom Rathauſe herab den Gefühlen der Verſammlung Ausdruck und brachte ein tauſendfach widerhallendes Hoch auf Deutſchland und ſeinen Kaiſer aus. Zuletzt erſcholl der Kriegsgeſang von der Wacht am Rhein, jetzt den Frieden begrüßend –, dann trennte man ſich, tief ergriffen von der machtvoll einfachen Feier. Am Abend wetteiferten Palaſt und Hütte in feſtlicher Beleuchtung, König Johann und die Gemahlinnen

der im Felde ſtehenden Prinzen Albert und Georg durchfuhren die Straßen, um an der allgemeinen Freude teilzunehmen.

Schon in den nächſten Wochen trafen die beiden Prinzen zu einem kurzen Beſuche in Dresden ein und wurden von den Behörden wie von der Einwohnerſchaft herzlich begrüßt, aber noch mußte das Volk monatelang der Wiederkehr ſeiner Söhne aus Feindesland harren. Da endlich kam ein Jubeltag, wie ihn Dresden nie zuvor geſehen: am 11. Juli hielt das ſiegreiche ſächſiſche Heer ſeinen Einzug. Auf ein farbenprächtiges Bild ſchaute hellſtrahlend die Juliſonne herab: bis in ihre entlegenſten Teile war die Stadt mit Blumen und friſchem Grün, mit Flaggen, Bildern und Teppichen geſchmückt, die Straßen durchwogte ein freudig erregtes Volk, das aus dem ganzen Lande herbeigeſtrömt war, um den tapferen Kriegern einen frohen Empfang zu bereiten. Im Großen Garten und bis herein zum Böhmiſchen Bahnhofe ſtanden ſeit dem Morgen die Truppen, 20 260 Mann mit 8 500 Pferden. Feſtjungfrauen ſchmückten am Eingange des Gartens die Fahnen der Regimenter mit Lorbeerkränzen und ſpendeten Eichenkränze für die 72 Geſchütze. Bei der „Pikardie“ teilte König Johann dem Kronprinzen Albert ein Schreiben des deutſchen Kaiſers mit, worin dieſer ihn zum Generalfeldmarſchall ernannte, und überreichte ihm den aus dem königlichen hiſtoriſchen Muſeum entnommenen Marſchallſtab, den der Polenkönig Johann Sobieski gegen die Türken beim Entſatze Wiens im Jahre 1683 ruhmvoll geführt hatte. Unter Glockengeläute erſchien gegen 12 Uhr die Spitze des Zuges am Eingange der Prager Straße. Es war ein Augenblick unvergeßlicher Spannung, als der Königsſohn, mit den höchſten kriegeriſchen Ehren geſchmückt, gefolgt vom Stabe der Maasarmee, in den Triumphbogen einritt. Ein Sturm der Begeiſterung durchbrauſte die Luft, von Balkonen und Fenſtern herab wie aus der Mitte der die Straße beſetzt haltenden Tauſende wurde der Feldherr mit Blumen überſchüttet, und unter fortdauerndem Jubel tauſchte das Volk Begrüßungen mit den einziehenden Kriegern aus. Wie durch eine lange feſtliche Halle bewegte ſich der Triumphzug durch die Prager, Waiſenhaus-, Johannes- und Landhausſtraße nach dem Neumarkte. Hier angelangt ritt Kronprinz Albert an die Tribüne heran, auf der die verwundeten Kameraden verſammelt waren, nahm einen Lorbeerkranz von ſeinem Marſchallſtabe und heftete ihn unter den Beifallsrufen der Volksmenge einem der Invaliden an. Alsdann nahm er an der gegenüberliegenden Tribüne der Feſtjungfrauen einen poetiſchen Gruß und einen Lorbeerkranz entgegen. Der Oberbürgermeiſter trat mit den beiden Bürgermeiſtern und dem Stadtverordnetenvorſteher an den Zug heran und begrüßte den Feldherrn mit einer Anſprache, die in den Jubelruf ausklang: „Hoch lebe der heldenmütige Führer der Sachſen und der Maas-

heiten nicht wieder in den Hintergrund traten. Die Wahlen zum erſten deutſchen Reichstage waren mitten in dem Feſtesjubel über den Friedensſchluß, am 3. März 1871, vor ſich gegangen. Unter dem überwältigenden Eindrucke der letzten großen Errungenſchaften ſchienen die Konſervativen ſogar ihrer Abneigung gegen die Nationalliberalen entſagen zu wollen: ſie taten ſich mit ihnen zu einem „Wahlverein für die Stadt Dresden“ zuſammen, der im vierten Wahlkreiſe wieder den bisherigen Vertreter Dr. Schwarze, im fünften dagegen den nationalliberalen Advokaten Albert Stein als Kandidaten aufſtellte. Die Fortſchrittspartei hielt an Dr. Wigard und dieſer an ſeinen 1848er Anſchauungen feſt: er erklärte offen, er nehme das geeinigte Deutſchland nur als Abſchlagszahlung und hoffe, daß auch die deutſch-öſterreichiſchen Stämme darin noch Platz finden würden; noch heute ſei er gegen das deutſche Kaiſertum, jedoch ſei in dieſer Frage die Anerkenntnis der Mehrheit für ihn beſtimmend. In der Sozialdemokratie hatte inzwiſchen die von Liebknecht und Bebel geführte internationale Richtung geſiegt; auf grund ihres Eiſenacher Programms war 1869 auch in Dresden ein „Sozialdemokratiſcher Arbeiterverein“ entſtanden, die im Arbeiterbildungsverein noch vorhandene Minderheit von Fortſchrittlern war ausgetreten und hatte den „Fortbildungsverein für Arbeiter“ gegründet. Die Beteiligung an der Wahl war nur ſchwach: im vierten Wahlkreiſe betrug ſie 34, im fünften 39 vom Hundert der Stimmberechtigten. Schwarze wurde wiedergewählt, auch Wigard drang in der Stichwahl gegen Stein aufs neue durch. Die Sozialdemokraten erzielten auch diesmal geringen Erfolg: in der Neuſtadt erhielt Liebknecht ebenſo wie in der Altſtadt der Schriftſteller Walſter nur etwa den ſechſten Teil der abgegebenen Stimmen. — Daß Wigard gerade in dieſen Tagen der allgemeinen Begeiſterung für das neugewonnene Reich wiedergewählt wurde, erſchien faſt wie ein unlösbarer Widerſpruch. In Wirklichkeit war das Wahlergebnis mehr von perſönlicher als von politiſcher Bedeutung. Von den Wählern teilten nur die wenigſten ſeine Stellungnahme gegen das Kaiſertum, aber ſie mochten denken, daß er dieſem ſchwerlich ſchaden und ihnen doch wie bisher ein geſinnungstüchtiger Vertreter ſein könne.

Die Bande, die Sachſens Volk mit ſeinem angeſtammten Fürſtenhauſe verknüpften, hatten ſich nur noch befeſtigt, denn kein Zwieſpalt beſtand mehr zwiſchen den nationalen Wünſchen und der einzelſtaatlichen Politik und die Krone erſtrahlte heller im Glanze neuerworbenen Ruhmes. In alter Weiſe teilte namentlich Dresdens Bürgerſchaft Freud und Leid mit dem königlichen Hauſe. Ein großes Familienfeſt war es, als das hochbetagte Königspaar im November 1872 die Feier ſeiner goldnen Hochzeit beging. Während der Feſttage war die reich geſchmückte und abends glänzend erleuchtete Stadt von einer

zahlloſen Menſchenmenge durchflutet; um den hochgeſteigerten Verkehr in der Nähe des Schloſſes zu erleichtern, hatte man oberhalb der Auguſtusbrücke eine Schiffbrücke geſchlagen. Zur Beglückwünſchung des Königspaares trafen viele Abordnungen mit reichen Feſtgeſchenken aus dem Lande ein. Die Ständekammern begründeten zwei Stiftungen, jede mit 100 000 Talern Kapital, die eine unter dem Namen König Johann-Stiftung für Bildungszwecke, die andere als Königin Amalien-Stiftung zum Beſten des weiblichen Geſchlechts beſtimmt. Eine Vereinigung aus dem ganzen Lande ließ 43 000 Taler als Ertrag einer öffentlichen Sammlung zu einem „Goldnen Stipendienfonds“ für Studierende darbringen. Rat und Stadtverordnete überreichten am 8. November als Gabe der Reſidenzſtadt 20 000 Taler zu einer „Johann-Amalien-Stiftung“ für wohltätige Zwecke; davon beſtimmte das Königspaar nachher zwei Drittel der Zinſen zur Unterhaltung zweier würdiger alter Ehepaare im Bürgerhoſpital und ein Drittel zur Unterſtützung der Kinderheilanſtalt. In ſeiner Antwort auf die Anſprache des Oberbürgermeiſters machte der König die erfreuliche Eröffnung, daß nach einer Entſcheidung des Kaiſers die von 1866 herrührende Beſtimmung Dresdens als Feſtung nicht länger aufrechterhalten bleiben, ſondern alle Schranken, die der Entwicklung der Stadt durch die Befeſtigungen auf Altſtädter Seite und durch die Schanze bei Neudorf auferlegt ſeien, unverzüglich wegfallen ſollten. Am Nachmittag des 9. November trafen Kaiſer Wilhelm, Kaiſerin Auguſta und Kronprinz Friedrich Wilhelm ein und wurden als willkommene Feſtgäſte auf dem Leipziger Bahnhofe empfangen. Die Stadt hatte ihnen zu Ehren auf dem Kaiſer Wilhelm-Platze einen Feſtbau errichtet. Bei der Fahrt nach dem Schloſſe, die ſich unter dem Geläute der Glocken vollzog, wurden das Kaiſerpaar, das Königspaar und die beiden Kronprinzen vom Volke lebhaft begrüßt. Am 10. November ward das königliche Jubelpaar, umgeben von einem Kranze fürſtlicher Perſonen, im Schloſſe feierlich eingeſegnet; Prunktafel und Feſtvorſtellung im Hoftheater erhöhten den Glanz des Jubeltages. Die kaiſerlichen Gäſte reiſten am Abend des 11. November nach Berlin zurück. Einen reizvollen Abſchluß fand das ſchöne Feſt am folgenden Abend durch einen Lampionzug der Bürgerſchaft mit Liedervorträgen der Geſangvereine auf dem Schloßplatze.

Es war das letzte Mal geweſen, daß der „Gelehrte auf dem Königsthrone“ ſein Volk um ſich verſammelt ſah. Schon im nächſten Frühjahre hatte er mit Krankheit zu kämpfen, ſo daß der Kronprinz Albert zeitweilig die Regierung führen mußte; am 29. Oktober 1873 früh gegen 5 Uhr ſchied der edle Fürſt zu Pillnitz aus dem Leben. In der Vollkraft der Mannesjahre beſtieg König Albert den Thron. Am 30. Oktober empfing er in Pillnitz eine Abordnung der ſtädtiſchen Körperſchaften Dresdens, die ihm den Ausdruck der Teilnahme

an dem Verluſte des königlichen Vaters und die Segenswünſche der Stadt zu ſeinem Regierungsantritt überbrachte.

Durch den Ruf ſeiner Kriegstaten war der neue König von Anfang an volkstümlicher als irgend ein ſächſiſcher Fürſt vor ihm. Und gerade ſeine Regierung ſollte ſich zu einem Zeitalter völlig ungeſtörten friedlichen Schaffens geſtalten. Sie kennzeichnete ſich nach innen durch lebhafte Förderung von Induſtrie und Handel in Verbindung mit erfolgreicher Pflege von Naturwiſſenſchaft und Technik, wie durch eine mächtige Hebung des Städteweſens, nach außen durch rückhaltloſe Hingabe an die Reichsgewalt, die der König ſelbſt mit hatte aufrichten helfen. Im Volke aber faßte der anfangs ſo begeiſtert aufgenommene Reichsgedanke nicht ſogleich feſte Wurzel. Die Konſervativen betätigten bei dem Ausbau des Reiches, der von den Einzelſtaaten mancherlei Opfer forderte, weit weniger Freudigkeit als bei deſſen Gründung. Faſt verdroſſen ſtanden die Anhänger der Fortſchrittspartei beiſeite. Der nationale Gedanke war ihnen noch nicht in Fleiſch und Blut übergegangen, er mußte ſich das Übergewicht über den bisher allein herrſchenden liberalen erſt noch erkämpfen. Nur ſelten ließen ſich beide Standpunkte völlig vereinigen. Ein ſolcher Fall lag vor, als im Oktober 1873 auf Antrag mehrerer, beſonders der Fortſchrittspartei angehöriger Ratsmitglieder die ſtädtiſchen Körperſchaften, beide einſtimmig, beſchloſſen, eine Dankadreſſe an den Kaiſer Wilhelm aus Anlaß ſeines Antwortſchreibens an den Papſt Pius IX. zu erlaſſen, in der es hieß: „Ew. Majeſtät Antwort hat in würdigſter und zugleich kräftigſter Weiſe des Papſtes ungerechte Anſprüche zurückgewieſen und die Hoffnung aller Deutſchen erfüllt, welche in Ew. Majeſtät nicht nur den tapfern und ſiegreichen Kriegshelden, ſondern auch den entſchloſſenen Vorkämpfer für die ungehemmte Entwicklung des auf chriſtliche Duldſamkeit und geſetzliche Freiheit gegründeten deutſchen Staatsweſens verehren wollen. In allen deutſchen Herzen lebt jetzt die feſte Zuverſicht, daß unter Ew. Majeſtät Führung der Sieg religiöſer Freiheit über Glaubenszwang, der Sieg des Rechtsſtaates über Prieſterherrſchaft geſichert daſtehe.“ — In der Regel aber räumte die Fortſchrittspartei nationalen Rückſichten keinen Einfluß auf ihre politiſchen Entſchließungen ein. Kein Wunder daher, wenn es die Anhänger einer ausgeprägt nationalen Richtung in erſter Linie darauf abgeſehen hatten, dieſe Partei aus der vorherrſchenden Vertretung der Bürgerſchaft in Reichstag und Landtag wie in der Stadtverordnetenverſammlung zu verdrängen. Bei der Reichstagswahl im Januar 1874 gelang es den Fortſchrittlern noch einmal, Dresden-Altſtadt zu behaupten und ihren Kandidaten Stadtrat Minckwitz durchzubringen, jedoch erzielten die Sozialdemokraten für den Dr. med. Jacoby in Königsberg und die Nationalliberalen für den Reichs-

oberhandelsgerichtsrat Goldschmidt in Leipzig schon bedrohlich hohe Stimmenzahlen. Die Nationalliberalen erkannten dabei die Notwendigkeit, an Stelle der nur für den vorübergehenden Zweck gebildeten Wahlkomitees künftig einen dauernden Zusammenschluß der Gleichgesinnten herbeizuführen. Die Mitglieder des Goldschmidtschen Wahlkomitees gründeten am 24. Februar 1874 den „Deutschen Reichsverein" und hofften in diesem alle reichstreuen Bestandteile der Wählerschaft, gleichviel ob liberal oder konservativ, zur Bekämpfung der Reichsfeinde vereinigen zu können. In der Tat schlossen sich ihnen anfangs viele, namentlich preußische Konservative an, während die Angehörigen der Fortschrittspartei fern blieben und schon wenige Wochen später einen „Deutschen Fortschrittsverein" begründeten. Der Reichsverein trat zum ersten Male in die Öffentlichkeit, indem er an des Kaisers Geburtstage ein Festmahl auf dem Belvedere der Brühlschen Terrasse veranstaltete; diese Feier des 22. März wiederholte sich in den nächsten beiden Jahren und fand dann ihre Fortsetzung in den seit 1877 von Rat und Stadtverordneten veranstalteten öffentlichen Festmählern im Saale der Harmoniegesellschaft. Einen Nachklang der patriotischen Stimmung des großen Krieges brachte jedes Jahr die Feier des Nationalfesttages. Am Mittwoch dem 2. September 1874 ward sie zum ersten Male begangen. Eine öffentliche Morgenandacht auf dem Neumarkte leitete den Tag ein, vormittags wurden in allen Kirchen Gottesdienste, in den Schulen Festakte abgehalten. Der Nachmittag vereinigte eine frohbewegte Menge bei Gesangs- und Musikaufführungen auf der Brühlschen Terrasse, König Albert und Prinz Georg wurden dort freudig begrüßt. Bei einer Abendfeier im Saale des Gewerbehauses trug Friedrich von Bodenstedt einen poetischen Prolog vor, Staatsminister von Gerber hielt die Festrede; mit einem Bankett unter dem Vorsitze des Oberbürgermeisters Pfotenhauer fand das Fest seinen Abschluß. Im nächsten Jahre, am 2. September 1875, hatten die Veranstaltungen ein noch volkstümlicheres Gepräge: an die Festgottesdienste schloß sich mittags Musikaufführung vom Rathausbalkon und eine Huldigung der Militärvereine vor dem Könige im Schloßhofe; am Nachmittage zogen die Turnvereine mit den Gesangvereinen nach der Sängerfestwiese beim Waldschlößchen und hielten dort Schau- und Wettturnen, wobei die Sieger durch den Oberbürgermeister mit Eichenkränzen belohnt wurden.

Die bei solchen festlichen Gelegenheiten hervortretende nationale Begeisterung stand aber noch immer nicht ganz im Einklange mit der politischen Alltagsstimmung. Es fehlte an einer Presse, die gewillt und angesehen genug war, die an sich leicht lenksame Bevölkerung zu einem ernsten Einleben in die neuen Verhältnisse zu erziehen. Diese Aufgabe übernahm weder die seit dem

1. Oktober 1872 erſcheinende fortſchrittliche „Dresdner Preſſe“, die Ende 1877 wieder einging, noch das ausgeprägt partikulariſtiſche Organ des „Konſervativen Vereins im Königreich Sachſen“, die vom Freiherrn von Ungern-Sternberg redigierte „Neue Reichszeitung“, die 1874 von Leipzig nach Dresden übergeſiedelt war, aber Ende März 1879 ihr Erſcheinen auch wieder einſtellen mußte. Das farbloſe amtliche „Dresdner Journal“ war außerhalb der Hof- und Beamtenkreiſe ohne allen Einfluß. Der „Dresdner Anzeiger“, das Amtsblatt des Rates, hatte erſt 1870 begonnen, ſich ein wenig mit Politik zu beſchäftigen und über den Rang eines bloßen Ankündigungsblattes ſich zu erheben. Die ſeit 1850 beſtehende „Konſtitutionelle Zeitung“, die immer nur geringe Verbreitung hatte, ging Ende März 1874 ein. Zwar kam gleich nachher, Anfang Juli 1874, im Anſchluſſe an ein ſeit drei Jahren erſcheinendes „Dresdner Börſen- und Handelsblatt“ mit Unterſtützung des Reichsvereins eine neue Zeitung nationalliberaler Richtung, die „Dresdner Zeitung“ heraus, aber dieſe vermochte doch auch im weſentlichen nur in den Kreiſen der Gelehrten, Kaufleute und Induſtriellen Boden zu faſſen. Die große Maſſe ſchöpfte noch immer ihr politiſches Wiſſen ausſchließlich aus den ſeit 1856 beſtehenden „Dresdner Nachrichten“, einem in Sachſen ſtark verbreiteten, halb fortſchrittlichen halb konſervativen Blatte, das in ſeinen ſich meiſt an die demokratiſche „Frankfurter Zeitung“ anlehnenden Leitartikeln alle Beſtrebungen zur Stärkung der Reichsgewalt und ihre Träger befehdete. Die Macht der geſchichtlichen Tatſachen und die Größe der an der Spitze des Reiches ſtehenden Perſönlichkeiten waren es, die das Volk in den Bann nationaler Anſchauungen zwangen, die Erfolge der neuen Wirtſchaftspolitik des Fürſten Bismarck machten ſeit dem Ende der ſiebziger Jahre auch die noch zum Partikularismus neigenden Konſervativen zu ſeinen Anhängern. Seitdem wurden auch die „Dresdner Nachrichten“, deren Redakteur Dr. Bierey noch im Jahre 1877 wegen Beleidigung des Reichskanzlers eine zweimonatige Feſtungshaft auf dem Königſtein verbüßt hatte, zu einer eifrigen Verfechterin ſeiner Politik.

Der Aufſchwung des politiſchen Lebens in Deutſchland hatte auch in der ſächſiſchen Landesgeſetzgebung erfreuliche Früchte gezeitigt: das verſtändnisvolle Zuſammenwirken der Staatsregierung, namentlich des Miniſters Hermann von Noſtitz-Wallwitz, mit der liberalen Mehrheit der Zweiten Kammer brachte eine Reihe von Geſetzen zu ſtande, in denen die weſentlichen Forderungen der Neuzeit, beſonders in Hinſicht auf Selbſtverwaltung und Beteiligung des Laientums an den öffentlichen Angelegenheiten, ſich verwirklichten. Auf grund dieſer im April 1873 erlaſſenen Geſetze traten am 15. Oktober 1874 eine neue Verfaſſung der Verwaltungsbehörden, neue Städte- und Gemeindeordnungen, eine veränderte

Gestaltung der obersten evangelisch-lutherischen Kirchenbehörde und zeitgemäße Einrichtungen im Volksschulwesen ins Leben. Die revidierte Städteordnung schränkte die staatlichen Aufsichtsrechte über die Gemeindeverwaltung ein und begründete eine größere Unabhängigkeit der Städte. Ihre wichtigste Errungenschaft war die Verallgemeinerung des Bürgerrechts: während dieses bisher an Grundbesitz oder gesichertes wirtschaftliches Auskommen gebunden und mit hohen Kosten verknüpft war, sollte es künftig gegen geringe Gebühr allen zu teil werden, deren Verhältnisse die Sicherheit böten, daß sie ein dauerndes Interesse am Gemeindewohl und die Fähigkeit besäßen, für dieses zu wirken. Zufolge dieser Bestimmung erwarben im Jahre 1874 nahezu 4000 Personen das Bürgerrecht, während in der Zeit vorher die Zahl der Neubürger jährlich nur etwa den zehnten Teil davon betragen hatte. Auf grund der Städteordnung wurde unterm 2. Dezember 1874 ein neues Ortsstatut der Stadt Dresden festgestellt, das die Zahl der Gemeindevertreter von 60 auf 72, je zur Hälfte ansässige und unansässige, erhöhte und die bisherigen Ersatzmänner beseitigte. Am 3. Februar 1875 erfolgte unter ungewöhnlich starker Beteiligung der Bürger die vollständige Neuwahl des Stadtverordnetenkollegiums. Bei dieser Wahl gelang es der nationalen Partei, eine ansehnliche Zahl ihr nahestehender Männer in den Stadtverordnetensaal zu bringen; sie übten dort bis in den Anfang der achtziger Jahre den maßgebenden Einfluß aus und verhalfen, im Gegensatze zu den engen Anschauungen der Fortschrittspartei, großstädtischen Verwaltungsgrundsätzen zum Durchbruche.

Der Reichsverein entfaltete unter der Führung des Advokaten Georg Schubert eine immer wachsende Rührigkeit und veranstaltete auch außerhalb der Wahlzeiten, was bisher nicht üblich gewesen war, öffentliche Versammlungen, in denen hervorragende Parlamentarier, so 1876 Bamberger und Miquel, als Redner auftraten. Die Reichstagswahl am 10. Januar 1877 führte zu einer Kraftprobe zwischen den Nationalliberalen und den alteingesessenen Fortschrittlern und Konservativen. Ihnen allen stand als gefährlicher Feind die Sozialdemokratie gegenüber, deren Lehren in der unaufhörlich anschwellenden Masse der Fabrikarbeiter auf guten Boden fielen. Sie besaß in dem Sozialdemokratischen Arbeiterverein zwar nur eine kleine Kerntruppe und in dem seit dem März 1871 erscheinenden „Dresdner Volksboten", später „Dresdner Volkszeitung" genannt, eine schwache Artillerie, verstand aber durch unermüdliche Werbetätigkeit von Mann zu Mann bei den Wahlen auch viele ihr sonst nicht angehörige Arbeiter und Kleinbürger unter der roten Fahne zu vereinigen. Im vierten Wahlkreise wurde der freikonservative Generalstaatsanwalt Schwarze zwar wiedergewählt, doch erhielt sein sozialdemokratischer Gegner

Schriftſteller Liebknecht in der Stadt Dresden ſelbſt ſchon über 100 Stimmen mehr als er. Im fünften Wahlkreiſe ſtellten die Fortſchrittler den Dr. Minckwitz, die Konſervativen den Hauptmann Käuffer, die Nationalliberalen den Gymnaſialprofeſſor Dr. Mayhoff und die Sozialdemokraten den Drechſlermeiſter Bebel als Kandidaten auf. Der bisherige Abgeordnete Minckwitz erhielt von allen Bewerbern die wenigſten Stimmen, zwiſchen Bebel und Mayhoff hatte Stichwahl zu entſcheiden. Dieſe fand nach einer für Dresden unerhört lebhaften Wahlbewegung am 26. Januar ſtatt. Hatte man 1871 gedruckte Stimmzettel zur Abholung in einer Anzahl namhaft gemachter Geſchäftsläden niedergelegt, 1874 auch Stimmzettelverteiler an den Wahllokalen aufgeſtellt, ſo verſandten jetzt zum erſten Male die Nationalliberalen Briefe mit Stimmzetteln an alle Wähler und leiſteten in Zeitungsankündigungen und perſönlichen Beſuchen zur Herbeiſchaffung ſäumiger Wähler das möglichſte. Die Sozialdemokraten errangen mit der kleinen Mehrheit von 910 Stimmen den Sieg. Allem Anſcheine nach hatten ſich viele fortſchrittliche und konſervative Wähler nicht entſchließen können, dem nationalliberalen Kandidaten ihre Stimme zu geben, nicht wenige mochten ſich ſogar für Bebel entſchieden haben. Die „Dresdner Nachrichten“ ſchrieben hinterher: „Der Ausfall der Stichwahl beſagt nur, daß der Haß Dresdens gegen die Nationalliberalen ſtärker iſt als die Furcht vor der Sozialdemokratie.“ Immerhin bedeutete das Wahlergebnis von 1877 für die nationalliberale Partei einen anſehnlichen Erfolg, aber ſie hatte damit auch den Höhepunkt ihres Wirkens in Dresden erreicht. Von da an ging, in Übereinſtimmung mit der politiſchen Entwicklung im Reiche, ihr Einfluß zurück. Nachdem die Konſervativen, denen es bisher an einer ſtändigen Leitung fehlte, am 3. Mai 1878 einen eignen „Konſervativen Verein“ gegründet hatten, zog dieſer allmählich auch die dem Reichsvereine angehörigen Parteigenoſſen an ſich und übernahm die politiſche Führung. Ein konſervatives Parteiblatt, der „Sächſiſche Volksfreund“, erſchien ſeit Mitte 1879 an Stelle der eingegangenen „Reichszeitung“, anfangs nur wöchentlich, ſpäter täglich, konnte ſich aber freilich auch nur bis zum März 1884 halten. Als die Auflöſung des Reichstags im Sommer 1878 Neuwahlen notwendig machte, regte die Fortſchrittspartei Verhandlungen über die Aufſtellung eines gemeinſamen Kandidaten aller ſtaatstreuen Parteien an. Die Konſervativen und Nationalliberalen, jetzt endlich geeinigt, ſchlugen dazu den Oberbürgermeiſter Stübel vor, aber die Fortſchrittler lehnten, auf einem Manne ihrer Richtung beſtehend, ſeine Kandidatur ab. Als darauf Stübel zurücktrat, wurde von den verbündeten beiden Parteien ein erfahrener Politiker, der Staatsminiſter Freiherr von Frieſen, auf den Schild erhoben, aber auch dieſen ſchlug Bebel in der Stichwahl am 9. Auguſt wieder mit 916 Stimmen Mehrheit aus dem Felde.

Der Ausgang dieſer Wahl war nur ſchwer in Einklang zu bringen mit den begeiſterten Huldigungen, die kurz vorher dem Fürſtenhauſe bereitet worden waren. Das Königspaar hatte am 18. Juni 1878 die Feier ſeiner ſilbernen Hochzeit begangen, und das ganze Land war dem Feſte mit freudigem Anteil gefolgt. Am Abend des 15. Juni begrüßte die „Dresdner Liedertafel“ auf der Elbe vor dem Waſſerpalais in Pillnitz das Jubelpaar mit denſelben Liedern, die ſie bei deſſen Vermählung vor 25 Jahren dort hatte erklingen laſſen. Den folgenden Tag brachten 3000 Bauern in ländlichen Trachten vor dem Bergpalais feſtlich aufziehend ihre Gaben dar, und die akademiſchen Sängervereine „zu St. Pauli“ und „Arion“ aus Leipzig veranſtalteten eine Geſangshuldigung. Am 17. Juni trafen Abordnungen aus dem ganzen Lande mit Feſtgeſchenken in der reichgeſchmückten Reſidenzſtadt ein und wurden am Hofe empfangen und bewirtet, am Abend entfaltete ſich auf dem Schloßplatze das ſeltene Schauſpiel einer Parade von mehr als 3000 Bergleuten der ſächſiſchen Hüttenwerke, Erz- und Kohlengruben. Der eigentliche Feſttag ward in allen Schulen durch Feſtakte begangen, in der katholiſchen Hofkirche fand ein feierliches Hochamt ſtatt, dem das Königspaar mit ſeinen zahlreichen fürſtlichen Gäſten beiwohnte, Prunktafel und Feſttheater reihten ſich an. Am Abend huldigte die Dresdner Einwohnerſchaft dem Jubelpaare durch einen Fackelzug mit Geſangsaufführung vor dem Hoftheater. Die Stadt hatte als Feſtgeſchenk eine reich ausgeſtattete Chronik des Königshauſes und ſeiner Reſidenz während der letzten 25 Jahre dargebracht, während das Königspaar zum Gedächtnis der Feier unter dem Namen „Albert-Carola-Stiftung“ eine Freiſtelle für ein bedürftiges Ehepaar im Bürgerhoſpitale ſtiftete.

Der ſchöne Verlauf des Feſtes gab davon Zeugnis, daß ſich in der letzten Zeit die Beziehungen zwiſchen Sachſens Königshaus und Volk nur noch inniger geſtaltet hatten. Gleichzeitig aber wuchs mit jedem Jahre auch die Freude am neugewonnenen Reiche und die Dankbarkeit und Zuneigung gegen ſeine Begründer. Am 25. September 1879 weilte Fürſt Bismarck während des Vormittags etwa vier Stunden auf dem Böhmiſchen Bahnhofe in Dresden; er kam von Wien, wo er mit dem Grafen Andraſſy dreitägige Verhandlungen gepflogen hatte, als deren Ergebnis ſich bald nachher das deutſch-öſterreichiſche Bündnis offenbarte. Zahlreiche Verehrer des großen Staatsmannes benutzten die Gelegenheit, ihn zu begrüßen. Ein Stück ſeines Einigungswerkes trat gerade in dieſen Tagen vor aller Augen: die gemeinſame deutſche Gerichtsverfaſſung ward am 1. Oktober eingeführt. Das neue Dresdner Landgericht begann ſeine Tätigkeit, während gleichzeitig in Leipzig das Reichsgericht eröffnet wurde. Hofrat Ackermann wies in der Stadtverordnetenſitzung auf die Bedeutung des Tages für die erſtrebte deutſche Rechtseinheit hin.

Der zehnte Jahrestag des Sieges von Sedan brachte der Stadt noch eine Feier, mit der das Jahrzehnt der deutſchen Einigung einen würdigen Abſchluß erhielt: die Einweihung des Siegesdenkmals. In ihm fand die patriotiſche Stimmung der ſiebziger Jahre, aus der es hervorgegangen, ihren künſtleriſchen Ausdruck. Nach dem Abſchluſſe des Präliminarfriedens vom 28. Februar 1871 hatte ſich ein „Verein für patriotiſche Dankbarkeit“ gebildet und ſich an den Rat mit der Bitte gewandt, ihm den Mittelpfeiler der Auguſtusbrücke für ein Siegesdenkmal einzuräumen, das aus zwei von Robert Henze geformten Viktorien auf hohen Säulen beſtehen ſollte. Der Rat erachtete die Maſſe dieſes Denkmals im Verhältnis zu der mächtigen Brücke für zu gering und lehnte das Geſuch ab. Nur das Modell wurde als Feſtſchmuck für den Truppeneinzug auf der Brücke aufgeſtellt, ebenſo wie die von Henze geſchaffene Figur der Germania mit Fahne und Schild auf der Mitte des Altmarktes. Als Siegesdenkmal beabſichtigte der Rat einen Obelisken auf dem Albertplatze zu errichten, fand aber damit bei den Stadtverordneten, die nichts ohne Mitwirkung des Patriotiſchen Vereins unternommen wiſſen wollten, keinen Anklang. Man einigte ſich dann auf die Ausſchreibung eines Wettbewerbs, auf den Rat des dafür eingeſetzten Sachverſtändigenausſchuſſes gab man jedoch dieſes Vorhaben wieder auf und erteilte den Auftrag dem Schöpfer des Feſtſchmuckes, für deſſen Germania die öffentliche Meinung längſt geſprochen hatte. Henze lieferte einen Entwurf, der allgemeinen Beifall fand, nur das Poſtament wurde durch Profeſſor Nicolai umgeſtaltet. Am 31. Auguſt 1875 genehmigten die Stadtverordneten den Plan und entſchieden ſich dem Vorſchlage des Künſtlers entſprechend für die Aufſtellung des Denkmals auf dem Altmarkte. Die Hauptfigur Germania und die vier Seitenfiguren, darſtellend Kriegswiſſenſchaft, Heeresmacht, Frieden und barmherzige Liebe, ließ man zu Florenz in carrariſchem Marmor ausführen. Die Koſten betrugen 186500 Mark; dazu waren 15000 Mark durch Sammlungen aufgebracht, der Hauptteil wurde je zur Hälfte aus dem ſtädtiſchen Reſervefonds und dem Dr. Güntzſchen Verſchönerungsfonds beſtritten. Nun erfolgte am 1. September 1880 die Enthüllung. Ein ſonniger Himmel ſpannte ſich über der Feſtverſammlung, in der den Kriegervereinen und den Abordnungen der ſächſiſchen Heeresteile Ehrenplätze zufielen. Nach den in allen Kirchen abgehaltenen Feſtgottesdienſten erſchien König Albert mit ſeiner Gemahlin, dem Prinzen Georg und den übrigen Gliedern des Königshauſes auf dem Platze. 800 Sänger und Muſiker trugen Händels Halleluja vor. Oberbürgermeiſter Stübel weihte das Denkmal zu einem „unvergänglichen Zeichen ehrender Erinnerung“ „den Söhnen dieſer Stadt, welche in den Reihen der heimkehrenden Kampfgenoſſen ſchmerzlich vermißt, auf dem Felde der Ehre gefallen

oder ehrenvollen Wunden erlegen ſind", ſowie „dem deutſchen Heere, welches nicht nur Sieg auf Sieg und ehrenvollen Frieden, ſondern auch des deutſchen Reiches langerſehnte Wiederherſtellung erkämpft hat". Während ſodann Wagners Kaiſermarſch geſpielt wurde, legten 99 Jungfrauen zum Gedächtnis der 99 gefallenen Söhne Dresdens, deren Namen das Denkmal trug, Kränze nieder. Abends war es durch elektriſche Scheinwerfer und durch Ranken von Gasglocken in reizvoller Weiſe beleuchtet, eine begeiſterte Volksmenge wogte auf dem Platze. Das Feſt bildete den Schlußakt in einer Reihe großer nationaler Geſchehniſſe.

## III.

# Aufschwung von Industrie, Handel und Verkehr.

Die großen Siegesjahre hatten dem deutschen Volke zu neuer Festesfreude auch neue Arbeitslust beschert. Das gesteigerte nationale Selbstbewußtsein und das Vertrauen in die Machtstellung des neugewonnenen Reiches ließen für Kriegsbefürchtungen, wie sie seit 1866 auf Handel und Wandel gelastet hatten, keinen Raum mehr und gaben dem Unternehmungsgeiste einen mächtigen Antrieb. Waren, die das Ausland bisher aus Frankreich bezogen hatte, wurden während des Krieges in Deutschland bestellt, ein neues Absatzgebiet eröffnete sich in den eroberten Reichslanden Elsaß-Lothringen, die beschleunigte Wiederherstellung der aufgebrauchten Kriegsausrüstung brachte vielen Gewerben Aufträge in Fülle. Die Fortschritte in der Maschinentechnik, die Wirkungen der Niederlassungs- und Gewerbefreiheit, sowie das Flüssigwerden bedeutender Kapitalien durch die Rückzahlung von Reichs- und Staatsanleihen aus den Mitteln der französischen Kriegsentschädigung verhalfen dem seit Jahren angebahnten Übergange zahlreicher Industrien zum Großbetriebe mit einem Schlage zum Durchbruch. In noch höherem Maße als der Verbrauch von Gütern sich steigerte, vergrößerten und vermehrten sich die zu ihrer Herstellung dienenden Anlagen. Mit Leichtigkeit wurden die dazu nötigen bedeutenden Geldsummen durch die Börse und die in großer Zahl neu entstehenden Banken beschafft, die

für ihre Vermittlerdienste hohe Gewinne einheimsten. Man gründete massenhafte Aktiengesellschaften, die teils neue industrielle Anlagen errichteten, teils schon bestehende übernahmen und erweiterten.

Auch Dresden erlebte eine wahre Flut solcher „Gründungen". Während in den 35 Jahren 1836 bis 1870 hier nur 23 Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapitale von zusammen 42 Millionen Mark entstanden waren, darunter die Sächsische Bank mit 15 Millionen und 3 Versicherungsgesellschaften mit 12 Millionen, wurden allein in den 3 Jahren 1871 bis 1873 in Dresden und den Vororten 40 Handels- und Industriegesellschaften mit 87 Millionen Aktienkapital, ungerechnet die von ihnen aufgenommenen Prioritäten- und Hypothekenanleihen, gegründet! Den Löwenanteil davon, 51¾ Millionen, nahmen 6 neue Banken in Anspruch, die ihren Erwerb selbst wieder hauptsächlich in Gründungen und dem aufblühenden Spiel mit Börsenpapieren zu finden hofften; ihnen traten 6 Baugesellschaften mit 15¾ Millionen Kapital zur Seite, deren Absicht im wesentlichen auch nur auf Grundstücksspekulation hinauslief. So entfiel von den großen in Aktiengesellschaften angelegten Summen nur etwa der vierte Teil auf eigentliche industrielle Unternehmungen: darunter die 4 Bierbrauereien Gambrinus, Bayrisch Brauhaus, Hofbrauhaus Cotta und Plauenscher Lagerkeller, die 4 Tabak- und Zigarrenfabriken Union, Collenbusch, Müller & Co. und Dreßler, ferner die Sächsische (vormals Schlicksche) Dampfschiffs- und Maschinenbauanstalt, die Lederfabrik Robert Bierling, die Thielesche Leder- und Militäreffektenfabrik, die vereinigten Strohhut- und Federfabriken und das Hotel Bellevue.

Die Wirkungen des Gründungsfiebers und der Spekulationswut kamen besonders dem Börsenverkehr zu gute. Die Dresdner Börse, die, zuerst 1857 im Elimeyerschen Hause am Jüdenhofe abgehalten, bisher sehr unbedeutend gewesen war, nahm einen plötzlichen Aufschwung, der sich in der Errichtung eines eignen Börsengebäudes auch äußerlich kundgab. Während 1858 an der Dresdner Börse nur 15 Papiere eingeführt waren, betrug deren Zahl 1875, als man das neue Gebäude eröffnete, 237. Die Umsätze fanden ganz überwiegend in Industriepapieren statt, namentlich spielten die Aktien von Brauereien, einheimischen wie auswärtigen, und daneben die von Papier- und Maschinenfabriken eine große Rolle. Eine krankhafte Gewinnsucht hatte in dieser „Gründerzeit" alle Volkskreise ergriffen. Jedermann wollte seinen Anteil an dem Segen der Börse, und Geld war für alle Unternehmungen, auch die gewagtesten, in Überfluß zu haben. An Arbeitskräften aber, namentlich gut geschulten, mangelte es bei dem plötzlich gesteigerten Bedarf empfindlich, und die Arbeitslöhne erreichten daher eine nie dagewesene Höhe. Dies weckte in

dem Arbeiterstande denselben Übermut, der in den vermögenden Klassen herrschte, so lange das Spekulieren einen leichten Gewinn abwarf. Wenn der Emporkömmling der Börse sich in stolzer Karosse auf Gummirädern spreizte und den Champagner in Strömen fließen ließ, so mochte der Maurer glauben, in der Droschke zum Werkplatze fahren und statt des Waldschlößchen-Braunbieres echtes Kulmbacher trinken zu dürfen. Wenig Arbeit und viel Vergnügen war das Ziel aller. Der in den neu aufkommenden Variété-Theatern gepflegte Tingeltangelgeist schien die Herrschaft an sich reißen zu wollen. Aber der Taumel fand ein jähes Ende.

Wie der augenblickliche Verbrauch an Gütern, so waren auch die Zurüstungen übertrieben, die man getroffen hatte, um den künftigen Bedarf zu decken. Bei der Planung neuer Gewerbsanlagen war man davon ausgegangen, daß der hohe Verbrauch nicht nur andauern, sondern sich noch steigern werde. Allerdings konnte in den ersten Jahren die Warenerzeugung der Nachfrage vielfach nicht genügen, doch schon 1873 hielten sich beide die Wage. Als nun aber 1874 die Erzeugnisse der vielen neubegründeten oder erweiterten Fabriken auf den Markt kamen und gleichzeitig die Kaufkraft der besitzenden Klassen nachließ, weil die neuen Aktien keinen Zinsertrag abwarfen, da verkehrte sich der flotte Geschäftsgang in sein Gegenteil. Die ungesunde Überspannung des Kredits und das wüste Börsenspiel riefen eine Geldkrisis hervor, und diese erweiterte sich zu einer allgemeinen Handelskrisis, da die Gewerbstätigkeit durch das Aktienwesen in enger Verbindung mit den Banken stand und der Großbetrieb der Fabriken erhöhten Geldbedarf bedingte. Alle besitzenden Klassen wurden schließlich in Mitleidenschaft gezogen, denn alle waren an dem Spiele beteiligt. Einige wenige Leute hatten große Summen gewonnen, während die Mehrzahl ihr Vermögen in ertragslosen Anlagen begraben sah.

Auch bei den Handels- und Gewerbsunternehmungen in Dresden beliefen sich die Kapitalverluste und Zinsenausfälle auf Millionen. Vor allen erwiesen sich die seit 1871 wie die Pilze aufgeschossenen neuen Banken als nicht lebensfähig. Die Sächsische Maklerbank, die Dresdner Handelsbank, der Dresdner Kassenverein, der Sächsische Bankverein, die Sächsische Kreditbank und die aus der Firma Günther & Rudolph hervorgegangene Dresdner Wechslerbank wurden alle in den Jahren 1873 bis 1877 unter großen Verlusten aufgelöst; selbst die 1872 auf der Grundlage des alten Bankhauses Michael Kaskel errichtete Dresdner Bank, die sich später zu einem Welthause emporgeschwungen hat, sah sich 1874 veranlaßt, ihr Aktienkapital von 24 auf $9^3/_5$ Millionen Mark herabzusetzen. Nicht viel besser erging es den Baugesellschaften. Aber auch die solidesten Handels- und Fabrikgeschäfte vermochten sich den verderblichen Wirkungen des

anfänglichen Arbeitermangels und der übermäßigen Steigerung der Löhne, der Überſchwemmung des Warenmarktes, der dann folgenden Abſatzſtockung und des damit verbundenen Preisſturzes nicht zu entziehen. Umſatz und Gewinn wurden von Jahr zu Jahr geringer, die Leiſtungen der Arbeiter ſchlechter und dabei nicht billiger, auch der Abſatz nach dem Auslande ging wegen ähnlicher Kriſen, nach Nordamerika und Rußland auch wegen bedeutender Zollerhöhungen, mehr und mehr zurück. Immerhin litt die Dresdner Gegend mit ihrer vielverzweigten Gewerbstätigkeit nicht ſo ſehr wie ſolche Bezirke, die bei einſeitiger Pflege eines großen Fabrikzweiges vorwiegend für die Ausfuhr arbeiteten. Ein Notſtand bei der Arbeiterbevölkerung trat daher hier nicht ein, den Schaden trugen faſt allein die beſitzenden Klaſſen, die ſich zum Tanze um das goldne Kalb hatten verführen laſſen.

Viele Unternehmungen, die einer geſunden Grundlage oder einer tüchtigen Leitung entbehrten, waren vom „Krach“ verſchlungen worden. Eine Beſſerung der wirtſchaftlichen Verhältniſſe begann ſich ſeit 1877 anzubahnen. Aber noch hatten viele Gewerbszweige, namentlich Handwerksbetriebe, ſchwer zu kämpfen. Die Aufſaugung mancher Kleingewerbe durch die Großinduſtrie ging ſtetig weiter, die freiwerdenden Kräfte ſuchten Unterkunft in dem ohnehin ſchon überfüllten Handelsgewerbe, Hauſierer und Baſare kamen der herrſchenden Neigung zu billigem Einkauf entgegen und drückten die Güte der Waren herab. Überproduktion und ſchlechte Preiſe bildeten die ſtehende Klage. Die Aufwärtsbewegung erſtreckte ſich zunächſt vorwiegend auf das Börſen- und Bankgeſchäft, die Schiffahrt und eine Anzahl großinduſtrielle Gewerbe, die zum Teil ſchon lange hier geblüht hatten.

Die Leiſtungen der Dresdner Kunſtmöbelfabriken von A. Türpe und O. B. Friedrich erfreuten ſich fortdauernd eines weitverbreiteten Rufes; in der Zeit der „Hauſſe“ vermochten ſie die Nachfrage kaum zu befriedigen, aber auch in den Jahren des Niedergangs fanden ihre Erzeugniſſe guten Abſatz. Ebenſo nahm die Pianofortefabrikation unter der Führung der Kaps, Röniſch, Roſenkranz nach wie vor einen hohen Rang ein: die 5 größeren Fabriken mit etwa 600 Arbeitern lieferten 1880 über 3000 Inſtrumente im Werte von $2^1/_2$ Million Mark, wovon etwa zwei Drittel nach außerdeutſchen Ländern gingen. Drei große Nähmaſchinenfabriken mit faſt 1000 Arbeitern waren anhaltend voll beſchäftigt und hatten einen jährlichen Abſatz von mehr als 50 000 Maſchinen. Die in den vorangegangenen Jahrzehnten begründeten Maſchinenfabriken und Eiſengießereien von Beyer, Roſt, Barnewitz, Thomaß, ſowie die Schlickſche Dampfſchiffs- und Maſchinenbauanſtalt hatten ſich alle aus kleinen Anfängen zu ſtattlichen Betrieben, zum Teil mit mehreren hundert

Arbeitern, emporgerungen. Die 1860 angelegte Siemensche Glasfabrik wies eine jährliche Erzeugung von etwa 15 Millionen Flaschen im Werte von $1^1/_2$ Million Mark auf; sie verdankte ihr Emporblühen hauptsächlich der Anwendung der von Friedrich Siemens erfundenen Regenerativ-Gasfeuerung. In der Strohhutfabrikation stand Dresden an der Spitze der deutschen Städte: die Aktienfabrik hatte schon 1879 108 Strohhutnähmaschinen in Betrieb. Als Hauptsitz der Fabrikation photographischer Papiere lieferte Dresden den größten Teil des Bedarfs in Deutschland und versandte diese Erzeugnisse auch nach allen zivilisierten Ländern der Erde; im April 1874 wurden die hier vorhandenen 7 Fabriken zu einem Aktienunternehmen vereinigt, dessen Arbeit so erfolgreich war, daß es nach 15jährigem Bestehen das ganze ursprüngliche Aktienkapital und das Firmenkonto in Höhe von 2 600 000 Mark abgeschrieben und $1^1/_2$ Million Mark Dividende verteilt hatte. Die Goldschlägerei unterhielt etwa 300 Arbeitskräfte, namentlich waren die 22 Goldschlägereien, die sich mit der Fabrikation von unechtem Blattgold beschäftigten, mit Aufträgen überhäuft und verschafften Dresden in dieser Ware die erste Stelle auf dem Festlande. Zu einer bedeutenden Höhe hatte sich auch die Schokoladenfabrikation emporgearbeitet: der Verbrauch von Kakao in den 5 großen Dresdner Fabriken, durchschnittlich 550 000 Kilogramm im Jahre, betrug um 1880 nahezu ein Drittel der gesamten Einfuhr von Kakaobohnen in den freien Verkehr des Zollvereins. Die 1874 von Dresden aus in Angriff genommene fabrikmäßige Herstellung von Salizylsäure nach Dr. Kolbes patentiertem Verfahren und ihre Einführung in den Verbrauch machte schnelle Fortschritte und erforderte eine umfassende Erweiterung der Fabrikanlage in Radebeul; die Firma Dr. von Heyden, seit 1882 Aktiengesellschaft, lieferte, ihre Erzeugnisse bald nach allen Weltteilen und half den guten Ruf der deutschen chemischen Industrie befestigen. Endlich genoß Dresden durch die von Seidel und von Liebig begründete Kultur von Rhododendren, Azaleen und Kamelien das Ansehen einer der ersten Gärtnerstädte Europas. – Während das Dresdner Gewerbe noch in den sechziger Jahren ganz überwiegend der Betriebsform des Handwerks angehörte, gab es 1875 schon gegen 1100 Großbetriebe (mit mehr als 5 Gehilfen), in denen 25 000 Personen ihre Beschäftigung fanden; weitere 25 000 waren in 13 000 Kleinbetrieben tätig. Und zu dieser Höhe war die Zahl der Arbeitskräfte in Gewerbe und Handel angewachsen, obwohl gleichzeitig die Dampfmaschine in großem Maßstabe den Wettbewerb mit der Menschenhand aufgenommen hatte.

Noch als die Kaufkraft des Vaterlandes schwer darniederlag, hatte die Warenausfuhr nach dem Auslande sich wieder merkbar zu heben begonnen. Die neuerrungene Machtstellung des Reiches fing an, ihren günstigen Einfluß

auf die auswärtigen Handelsbeziehungen auszuüben, und der gewaltige Aufschwung der Technik verschaffte den Leistungen der deutschen Industrie wachsende Anerkennung auf dem Weltmarkte. Sie fühlte den Drang in sich, auf Ausstellungen ihre Kräfte mit denen ihrer Wettbewerber zu messen. An der Wiener Weltausstellung vom Jahre 1873 waren zahlreiche Dresdner Firmen beteiligt. Aber auch im Lande selbst suchte die Industrie ihre Leistungsfähigkeit zu zeigen und durch Ausstellungen ihren Abnehmerkreis zu erweitern. Schon im Sommer 1871 hatte der Gewerbeverein in dem von ihm erbauten, am 29. November 1870 eingeweihten Vereinshause an der Ostra-Allee eine Gewerbe- und Industrieausstellung des Dresdner Handelskammerbezirks veranstaltet. Im Sommer 1875 unternahm er auf Betreiben seines rührigen Vorstandes August Walter trotz des Darniederliegens der Geschäfte eine allgemeine Sächsische Gewerbe- und Industrieausstellung, für die er neben dem Gewerbehause auch den angrenzenden Herzogin-Garten nebst dem Orangeriehause benutzen durfte. An dieser Ausstellung, die vom 6. Juni bis 15. September dauerte, beteiligten sich 1250 Gewerbtreibende aus 203 sächsischen Ortschaften. Sie belohnte den Verein, der die Gefahr der Veranstaltung allein getragen hatte, mit einem Reingewinn von 135 000 Mark. Nicht so glänzend wie dieser äußere Erfolg war der innere: die Ausstellung zeigte, daß sich die meisten Gewerbtreibenden noch in den alten ausgefahrenen Gleisen bewegten und daß namentlich ihre Geschmacksbildung viel zu wünschen übrig ließ. Das einzige Mittel, darin eine Besserung herbeizuführen, war die Hebung des gewerblichen Unterrichts, die gerade damals von den Staatsregierungen in Angriff genommen wurde. In Dresden wurde am 1. Oktober 1875 in dem ehemaligen Gebäude des Polytechnikums am Antonsplatze eine staatliche Kunstgewerbeschule nach Wiener Muster als selbständige Anstalt eröffnet. Sie hat im Laufe der Zeit unter Karl Graffs Leitung in der Verfeinerung des Geschmacks und der Ausbildung technischer Fertigkeiten bedeutendes geleistet und sich um manche in Dresden blühende Gewerbe, wie Kunsttischlerei, Kunstschlosserei, Keramik, Verdienste erworben. Die von ihr geförderten kunstgewerblichen Bestrebungen bewegten sich ganz in den historischen Stilarten; eine Ausstellung alter kunstgewerblicher Arbeiten, die am 6. Juni 1875 im Kurländer Palais eröffnet wurde, sollte dafür anregend und fruchtbringend wirken, blieb aber bei den Gewerbtreibenden noch ziemlich unbeachtet. Sie war eine Vorbereitung auf das Königliche Kunstgewerbemuseum, das im Anschluß an die Kunstgewerbeschule begründet und am 17. September 1876 der Öffentlichkeit übergeben wurde.

Das rege Leben, das in Fabriken, Werkstätten und Kaufmannsstuben erwacht war, kam nach außen hin am unmittelbarsten im öffentlichen Verkehr

zur Erscheinung. An alle Verkehrsanstalten traten erhöhte Anforderungen heran. Das Telegraphenwesen hatte bisher nicht entfernt auf der Höhe der Zeit gestanden; noch in den Tagen des Norddeutschen Bundes machten Post und Telegraphie einander Schwierigkeiten, anstatt sich gegenseitig in die Hände zu arbeiten. Dresden besaß lange ein einziges Telegraphenamt auf der Waisenhausstraße, erst 1867 wurde eine zweite Station in der Neustadt errichtet. Naturgemäß war der Telegrammwechsel besonders lebhaft in der Blütezeit der Börsenspekulation: im Jahre 1870 betrug die Zahl der in Dresden aufgegebenen und angekommenen Telegramme 241 000, sie steigerte sich 1873 auf 400 000, fiel aber nach dem wirtschaftlichen Zusammenbruch 1875 auf 352 000 zurück und ging auch 1880 erst wieder bis zu 387 000 hinauf, obwohl inzwischen durch die Vereinigung der Telegraphie mit der Post der Verkehr ungemein erleichtert worden war. Das Postwesen war in Sachsen gut verwaltet gewesen. Aber die Vorteile eines großen Reichsganzen mußten doch gerade auf diesem Gebiete in die Augen springen. Mit einer gewissen Wehmut hatte der Dresdner die beliebte gelbe Briefträgerkleidung aus dem Straßenbilde verschwinden sehen — als jedoch am 31. August 1871 die Postwagen zum ersten Male mit der Aufschrift „Kaiserlich deutsche Reichspost" durch die Stadt fuhren, erweckte dieser äußerliche Beweis der gewonnenen nationalen Einheit Freude und Genugtuung. Eine eigne kaiserliche Oberpostdirektion trat in Dresden am 1. Januar 1872 ins Leben und übernahm die bisher von Leipzig aus besorgten Postverwaltungsgeschäfte für die Kreisdirektionsbezirke Dresden und Bautzen. Die Steigerung des Postverkehrs war außerordentlich: die Zahl der an Dresdner Empfänger eingegangenen Briefe, Postkarten, Drucksachen und Warenproben, die man 1870 auf etwa $4^1/_3$ Million Stück berechnet hatte, ging bis 1875 auf etwa 11 Millionen hinauf und wuchs dann langsam weiter. In ähnlicher Weise hob sich auch der Personen- und Güterverkehr auf der Eisenbahn: auf den Dresdner Bahnhöfen waren 1870 gegen 2 373 000 Personen angekommen und abgefahren, 1875 belief sich ihre Zahl auf 4 708 000; das Gewicht der angekommenen und abgegangenen Güter war in denselben Jahren von 34 auf 56 Millionen Zentner gestiegen. Die Eisenbahnen hätten damals die Gütermengen schwerlich bewältigen können, wenn nicht auch der Elbstrom als natürlicher Verkehrsweg noch mehr nutzbar gemacht worden wäre. Die Frachtbeförderung war hier bisher nur von Privatschiffern und von der Elb-Dampfschiffahrts-Gesellschaft mit drei Dampfern und einer Anzahl Schleppkähnen betrieben worden. Dazu trat die Kettenschleppschiffahrts-Gesellschaft, ein großes Aktienunternehmen, das unter der Leitung des Ingenieurs Ewald Bellingrath seinen Betrieb am 1. November 1869 auf der Strecke zwischen Loschwitz und Merschwitz eröffnete

und bis 1871 auf die ganze Oberelbe von der böhmiſchen Grenze bis Magdeburg ausdehnte. Seine geräuſchvollen Kettendampfer weckten den Strom zu nutzbringendem Leben, verurſachten jedoch dem zu ſinniger Naturbetrachtung neigenden Bewohner des Elbtals arge Störung. In dieſer Kettenſchleppſchiffahrt kam die ebenſo gewaltige als rückſichtsloſe Kraft des neuen Erwerbslebens recht augenfällig zur Erſcheinung.

## IV.

# Stadterweiterung und Straßenbahnen.

Kein Wunder, daß die ſchnelle Entwicklung der Induſtrie auch im Äußern der Stadt ſtarke Veränderungen hervorbrachte. Im Jahre 1871 wurden 649 Neu- und Umbauten zu gewerblichen Zwecken ausgeführt; dieſe Zahl ſtieg im folgenden Jahre auf 931 und hielt ſich auch noch bis 1875 auf der Höhe von mehr als 800 jährlich. Die Dampfkraft war in den ſechziger Jahren nur in vereinzelten Dresdner Fabriken eingeführt geweſen, 1875 zählte man in der Stadt bereits 230 feſtſtehende Dampfkeſſel. Zahlreiche Fabrikſchornſteine wuchſen aus der Häuſermaſſe empor und ſtörten das Bild friedlichen Genießens, das die Gartenſtadt Dresden bisher geboten hatte. Kohlenrauch, dieſer unvermeidliche Duft von der Induſtrieblüte, drohte ganz Elbflorenz einzuhüllen. Man ſtand vor der Frage, ob die Fabriken in beſtimmte Stadtteile zu verweiſen ſeien. Schon die ſächſiſche Gewerbeordnung vom Jahre 1861 hatte es für zuläſſig erklärt, in den Gemeinden Fabrikbezirke zu errichten. In Dresden war bei der Feſtſtellung der Bebauungspläne für einzelne Wohnviertel die Anlage von Fabriken ausdrücklich ausgeſchloſſen worden. Aber die Staatsregierung wünſchte die Abgrenzung ein für allemal ortsgeſetzlich geregelt und die Beſchränkungen auf einige Teile der innern Altſtadt ausgedehnt zu ſehen, um die königlichen Schlöſſer und Kunſtſammlungen vor Schädigungen durch Rauch und Ruß zu bewahren. Auch die Induſtriellen erſtrebten die Herſtellung von Fabrikbezirken, weil ſie davon eine Sicherung gegen alle Beſchwerden der Anwohner

erhofften. Anfang 1866 waren Rat und Stadtverordnete in ihren Erörterungen so weit gelangt, daß sie die Feststellung von Fabrikbezirken grundsätzlich beschlossen. Aber die weiteren Beratungen wurden durch den Krieg unterbrochen und erst 1876 nach sehr dringlichen Erinnerungen durch die Regierung, bei denen der Rat den Vorwurf einer nun schon mehr als zehnjährigen „Verschleifung" der Sache zu hören bekam, wieder aufgenommen. Das nun endlich bearbeitete Ortsgesetz über die Feststellung von Fabrikbezirken trat unterm 5. Februar 1878 in Kraft. Von da an durften Fabriken mit größeren Dampfkraftanlagen rechts der Elbe nur westlich von der Schlesischen Eisenbahn, links der Elbe westlich von der Verbindungsbahn und der Chemnitzer Straße errichtet werden. Damit wurden die Stadtteile, die wegen der günstigen Lage in der Nähe der Wasserwege und der Eisenbahnen, sowie am Ausgange des kohlenreichen Plauenschen Grundes von der Industrie schon bisher aufgesucht worden waren, die Leipziger und die Wilsdruffer Vorstadt, gesetzlich als Fabrikbezirke festgelegt. Auch für die seit einem Jahrhundert in der Entwicklung stehengebliebene Friedrichstadt eröffnete sich nun die Aussicht auf einen neuen Aufschwung, zumal da sie 1875 mit der Eröffnung der von einer Privatgesellschaft gebauten Berlin-Dresdner Eisenbahn bessere Verbindungen nach den westlichen Landgemeinden und der südlichen Altstadt hin erlangt hatte.

Die werdende Großstadt mit ihrer lohnenden Arbeit und ihren Genüssen übte auf die Bevölkerung des Landes und weit darüber hinaus eine starke Anziehungskraft aus. Die im Jahre 1871 gezählten 177089 Einwohner Dresdens vermehrten sich bis 1875 auf 197295 (einschließlich des Militärs), und zwar hauptsächlich durch Zuwanderung. Von ihnen waren nur 73210, das ist 37,11 vom Hundert, in Dresden geboren; unter den übrigen befanden sich 22493 aus andern deutschen Staaten und 8026 Reichsfremde. Binnen vier Jahren hatten sich die Staatsfremden von 21592 auf 30519, das ist um 41,3 vom Hundert, vermehrt, während die Zunahme der Gesamtbevölkerung nur 11,4 vom Hundert betrug. In den verkehrsreichen Straßen wurden die Wohnungen der unteren Geschosse mehr und mehr in Geschäftsräume umgewandelt. Die Menschenmassen aber, die sich vor den immer glänzender ausschauenden Läden drängten, wohnten nur zum geringsten Teile in diesen Straßen: von dem Bevölkerungszuwachse entfiel auf die innere Stadt so gut wie nichts, während er in den äußeren Stadtteilen bis zu 30 vom Hundert anstieg. Besonders zahlreich aber ließen sich die herzuströmenden Industriearbeiter mit ihren Familien in den benachbarten Dorfgemeinden nieder, wo Baugrund und Mietpreise noch wesentlich billiger waren als im Stadtgebiet. Die Bevölkerung der nächstgelegenen 14 Ortschaften nahm von 1871 bis 1875 um 96,7 Prozent zu, bei einzelnen Gemeinden

betrug die Zunahme über 200 Prozent. So stieg Löbtau an Einwohnerzahl von 2482 auf 6248, Cotta von 1036 auf 3386, Pieschen von 1733 auf 4701, Striesen von 1996 auf 4894. Und dieses Wachstum der Bevölkerung ging auch in der Zeit des Darniederliegens von Industrie und Handel unaufhaltsam weiter: bei der Volkszählung am 1. Dezember 1880 hatte Dresden schon 220818, Löbtau 9273, Pieschen 6573 und Striesen 7225 Einwohner aufzuweisen.

Nicht ganz in dem gleichen Maße wie die Bevölkerung wuchs in der Stadt die Zahl der Wohnungen. Die Herstellung von Wohnungen für Arbeiter – und aus solchen bestand doch zum großen Teile der Bevölkerungszuwachs – galt nicht als ein so gewinnbringendes Unternehmen, daß der Spekulant dazu viel Anreiz verspürte. Überdies blieben eben zahlreiche verheiratete Arbeiter in den Vororten, für die unverheirateten aber, die nur Schlafstellen suchten, bot sich zur Not noch Raum in den vorhandenen Wohnungen, von denen nun viele, zumal unter dem Drucke der steigenden Mietpreise, stärker ausgenutzt wurden. Damals begann das Schlafstellenwesen jene ungesunde Ausdehnung anzunehmen, die sich allmählich in den Großstädten mit Industriebevölkerung zu einer sittlichen Gefahr ausgewachsen hat. Eine Ursache gesteigerter Nachfrage nach guten Wohnungen waren aber die mit der Zunahme des Wohlstandes gewachsenen Ansprüche der bemittelten Klassen. Die Bautätigkeit war deshalb in der ganzen Stadt eine sehr rege: wenn 1871 die Zahl der neu erbauten Wohnhäuser 144 betragen hatte, so waren es 1872 schon 249, und annähernd auf dieser Höhe hat sie sich dann noch einige Jahre gehalten.

Eine neue Erscheinung für Dresden war die Bildung von Aktiengesellschaften zu dem Zwecke, Baustellen für Wohnhäuser herzurichten und zu verkaufen. Die erste dieser großen Bauunternehmerinnen war die „Dresdner Baugesellschaft". Sie bildete sich im November 1871 und eröffnete ihre Geschäfte im Januar 1872, also zu einer Zeit, wo die außergewöhnliche Steigerung des Grundwertes erst begann und Bauland noch für mäßige Preise zu erlangen war. Die Gesellschaft erkaufte zunächst die von der Bautzner, Glacis-, Wasser- und Carlstraße begrenzte, über 44000 Quadratmeter große Landfläche; die Herstellung der nach dem Bebauungsplane darüber hinweg zu führenden drei Straßen, der Kurfürsten-, Tieck- und Melanchthonstraße, wurde im Frühjahr 1873 vollendet. Auf Altstädter Seite erwarb die Gesellschaft gegen 42000 Quadratmeter Land zwischen der geplanten Grunaer, der Pillnitzer, Elias- und Mathildenstraße und legte darauf die Seidnitzer, Kaulbach- und Blochmannstraße und inmitten der Fläche den Seidnitzer Platz an. Diese der Bebauung neu erschlossenen Stadtteile besaßen oder erhielten sehr bald ausreichende Verbindung mit dem Stadtinnern, so daß man in absehbarer Zeit auf den Verkauf der Baustellen

und der von der Gesellschaft selbst errichteten Wohnhäuser rechnen durfte. Auf die Erwerbung entfernter gelegener Ländereien, wie sie damals bereits der Gegenstand von Spekulationen wurden, ließ sich die Baugesellschaft nicht ein; sie berechnete, daß das zu Bauzwecken verfügbare Land innerhalb des Schanzengürtels noch etwa 4 Millionen Quadratmeter groß sei und, abgesehen von den etwa 3 Millionen Quadratmetern der Friedrichstadt und des Ostravorwerks, selbst bei dreifach größerem Zuwachs Dresdens als dem des Jahres 1872 noch für etwa 16 Jahre ausreiche. Dieser vorsichtigen Haltung verdankte es die Gesellschaft, daß sie vor großen Verlusten bewahrt blieb.

Nicht mit der gleichen Gewissenhaftigkeit ging die „Zentralbank für Landerwerb und Bauten" vor, die am 14. Oktober 1872 durch eine Vereinigung von Spekulanten mit einem Aktienkapitale von 6 Millionen Mark gegründet worden war. Sie erwarb den größten Teil der zwischen dem Großen Garten und der Blasewitzer Straße gelegenen weiten Landfläche, nahezu 1 Million Quadratmeter, das Meter zu etwa 8 Mark, um sie nach einem vom Architekten Ernst Giese bearbeiteten Plane zu zergliedern. Für die Bebauung dieses entlegenen, einer unmittelbaren Zugangsstraße zum Stadtinnern entbehrenden Landes lag jedoch noch kein Bedürfnis vor. Der Bebauungsplan kam Ende 1874 zu stande, und nun erst konnte die Bank die Herstellung der Straßen in Angriff nehmen. Inzwischen war aber an die Stelle überschwenglicher Erwartungen von der Entwicklungsfähigkeit Dresdens eine völlige Hoffnungslosigkeit im Baugewerbe getreten und der Verkauf der Baustellen vollzog sich äußerst langsam. Unter diesen Umständen brachte die starke Belastung des Gesellschaftsbesitzes mit Hypotheken und die Knappheit der Betriebsmittel die Zentralbank in eine ernste Lage. Sie betrieb, um ihre Ländereien aufzuschließen, eifrig den Durchbruch der Grunaer Straße und erwarb zu dessen Erleichterung selbst einige Grundstücke auf der Durchbruchslinie. Aber bei der fortdauernden Stockung des Geschäfts mußte sie 1878 zur Liquidation verschreiten; ihren gesamten Besitz in dem von ihr erschlossenen Stadtteile, der in Übereinstimmung mit einem schon 1859 gestellten Antrage der Anwohner am 6. November 1877 den Namen „Johannstadt" erhalten hatte, trat sie 1881 an den neugegründeten „Bauverein Johannstadt" ab. Nie hatten die Aktionäre einen Pfennig Dividende erhalten, obwohl ihnen im Gründungsaufrufe gleich für das erste Geschäftsjahr eine Verzinsung der Aktien zu 5 Prozent aus dem Baufonds versprochen worden war. Schließlich ging auch noch das ganze Aktienkapital verloren. Die einzigen, die bei dem Unternehmen gewonnen hatten, waren die Gründer gewesen.

Nicht viel besser war es der Spekulation auf der andern Seite des Großen Gartens ergangen. Im November 1872 hatte sich mit einem Kapitale von

2 100 000 Mark eine Aktiengesellschaft „Bauverein Großer Garten" gebildet und die Landflächen zwischen dem Zoologischen Garten und der Sächsisch-Böhmischen Staatseisenbahn, etwa 160 000 Quadratmeter, das Meter zum Preise von 19 Mark, erworben. Auch hier, an der verlängerten Park- und Wiener Straße, fanden die Baustellen nur wenig Abnehmer. Schon 1876 mußte sich der Bauverein entschließen, das Geschäft zu liquidieren und Aktien beim Verkaufe von Baustellen anzunehmen; 1879 wurden die letzten Baustellen verkauft. 5 120 Aktien waren durch Annahme beim Verkauf von Baustellen eingezogen worden, auf die letzten 1 880 Stück zu 300 Mark entfiel ein Vermögensanteil von je 5 Mark und 55 Pfennigen. – Auch die 1872 gegründete Baugesellschaft „Dresdner Westend", die ausgedehnte Fluren im Vororte Plauen erworben hatte, wurde von dem Geschick einer verlustreichen Liquidation ereilt.

Selbst bei stärkerem Bedarfe von Wohnungen wäre eine günstige Verwertung von Bauland in der Nähe der Stadtgrenzen nur dann zu erwarten gewesen, wenn man zuvor ausreichende Verbindungen mit dem Stadtkerne geschaffen hätte. In dieser Hinsicht aber war es im Anfange der siebziger Jahre noch schlecht bestellt: sowohl die Ost- wie die Westvorstadt entbehrte einer geraden Verbindung mit dem Altmarkte. Schon im Jahre 1846 hatte der Ingenieur Preßler in seinem Entwurfe zu einem Zentralbahnhofe, den er auf der Stelle der Weißeritzpromenaden in der Friedrichstadt plante, die Anlegung einer geraden Hauptstraße zur Fortsetzung der Schäferstraße nach dem Postplatze vorgesehen. Dieser Gedanke fand Anklang, obwohl das Bahnhofsprojekt selbst scheiterte. Anfang 1853 regten die Stadtverordneten die Durchführung dieses Straßenzuges an; das Ministerium begrüßte den Plan auf das lebhafteste und schlug die Herstellung einer Allee wie in der Neustädter Hauptstraße vor. Einzelne Grundstücksbesitzer suchten um die Genehmigung zur Erbauung von Wohnhäusern nach, und ein Bebauungsregulativ dafür wurde unterm 1. Juli 1856 aufgestellt. Aber in der geplanten Straße, die 1863 den Namen Wettinerstraße erhielt, entstanden nur vereinzelte Häuser, und ein einheitlicher Straßendurchbruch kam als Privatunternehmen trotz mannigfacher Anläufe und der Zusicherung eines Vorschusses von 40 000 Talern von seiten der Stadt nicht zu stande. Rat und Stadtverordnete waren darüber einig, daß die Durchführung des Planes den Verkehr mit der Friedrichstadt ungemein erleichtern und den Gesundheitszustand der zum Teil tief und feucht gelegenen, von den ärmsten Bevölkerungsschichten bewohnten Wilsdruffer Vorstadt wesentlich verbessern würde. Sie beschlossen im Dezember 1870, den Durchbruch für ein dringendes Ortsbedürfnis zu erklären und die Anwendbarkeit des Enteignungsverfahrens zu beantragen. Dieses ward genehmigt, verzögerte sich aber bei einzelnen Grundstücken bis Mitte 1873,

und nun erſt konnte die Freilegung der Straße beginnen. Im Jahre 1875 wurde ſie in voller Ausdehnung dem Verkehr übergeben.

Gleichzeitig mit dem Durchbruche der Wettinerſtraße wurden zwei andere Pläne erwogen und verwirklicht, die mit der Wichtigkeit für den Verkehr zugleich eine große Bedeutung für die ſchönheitliche Ausgeſtaltung des Stadtbildes vereinigten: die Erbauung einer dritten Elbbrücke und die Anlegung von Elbkais oberhalb der Auguſtusbrücke. Auch dieſe Pläne hatten eine lange Vorgeſchichte. Im Juli 1858 richtete ein franzöſiſcher Zivilingenieur Neville, der mit dem Bankier Kaskel in Verbindung ſtand, an den Rat das Geſuch, ihm für eine Aktiengeſellſchaft die Konzeſſion zur Erbauung einer eiſernen Brücke zwiſchen der Pirnaiſchen Vorſtadt und der Antonſtadt zu erteilen; die Stadt ſollte das dazu erforderliche Land unentgeltlich hergeben, die Zufahrtſtraßen auf ihre Koſten herſtellen und bei der Regierung die Erlaubnis zur Erhebung eines Brückenzolles auch von Fußgängern erwirken. Gegen die Konzeſſionierung eines ausländiſchen Unternehmers erhob der Advokat Oskar Teucher Einſpruch und erklärte, daß er ſelber ſich mit dem Plane der Erbauung einer dritten Elbbrücke, und zwar an der Carlſtraße, trage und in wenigen Wochen Entwürfe und Koſtenanſchläge einreichen werde. Stadtbehörden und Staatsregierung ſtellten ſich freundlich zu dem Plane eines Brückenbaues in Privatunternehmung, weil ſie glaubten, daß bei dieſer die Erhebung von Brückenzoll weniger Unzufriedenheit erregen würde als bei einer Ausführung auf öffentliche Koſten. Obwohl der Advokat Teucher die finanzielle Sicherung ſeines Vorhabens nicht nachweiſen konnte, wurde ihm, nachdem Neville ſeine Sache im Stich gelaſſen hatte, die erbetene Konzeſſion zugeſagt. Es vergingen aber Jahre, ehe die techniſchen Vorfragen hinſichtlich der Stellung der Brücke und ihrer Einfügung in den allgemeinen Stadtbauplan erledigt werden konnten. Als 1865 die Beratungen über den Brückenbau wieder aufgenommen wurden, hatte der Stadtrat den Mut gefunden, das Werk ſelbſt zu unternehmen, und bewog den Advokaten Teucher, der inzwiſchen Ratsmitglied geworden war, auf ſeine Konzeſſion zu gunſten der Stadtgemeinde zu verzichten. Dieſe beſchloß nun, eine ſteinerne Elbbrücke zwiſchen der Bohrwerk- und der Glacisſtraße, wo damals eine Dampffähre den Perſonenverkehr vermittelte, zu errichten und die Koſten durch eine unverzinsliche Anleihe von 1 Million Talern in der Form eines ſtädtiſchen Papiergeldes aufzubringen. Die Regierung erklärte aber die Ausgabe eines ſolchen Papiergeldes für völlig unſtatthaft. Dies und die kriegeriſchen Ereigniſſe des Jahres 1866 machten den Beratungen auf lange Zeit ein Ende. Erſt 1871 kam die Sache wieder in Fluß, indem der Rat von einer Anleihe, welche die Stadt aufzunehmen beabſichtigte, 300 000 Taler für den Brückenbau aus-

warf. Bevor aber die Pläne dafür ausgearbeitet werden konnten, mußte man sich mit einem andern Unternehmen auseinandersetzen, das den Brückenbau nahe berührte.

Das Finanzministerium hatte nämlich inzwischen auf grund eines Entwurfs des Wasserbauinspektors Schmidt beschlossen, eine durchgreifende Regelung der Elbufer oberhalb der Augustusbrücke auszuführen, durch die der ungenügende Zustand der Ausschiffungsplätze und der Zufahrtstraße beseitigt und eine bessere Ausnutzung der Uferstrecken erzielt werden sollte. Der Dampfschifflandeplatz an der Brühlschen Terrasse war nur ein Uferstreifen von 21,5 Metern Breite, der als Fahrstraße und Fußweg und zugleich als Güterablagerungsplatz dienen mußte und auch noch durch Baulichkeiten eingeengt war; der Fahrweg nach dem Schloßplatze herauf hatte einschließlich des Fußsteiges nur 8 Meter Breite. Die weiter aufwärts gelegenen Ausschiffungsplätze böschten sich flach nach der Elbe zu ab, die aus den städtischen Schleusen kommenden Abfallwässer liefen offen darüber hinweg und verbreiteten sich bei niedrigem Wasserstande über die fast bis zur Mitte des Stromes vorgelagerten Heger. Nach Schmidts Plan gedachte man nun durch Aufführung von Kaimauern bis zur Höhe von 2,25 Metern über den Nullpunkt, Auffüllung des dahinterliegenden Raumes mit Kies und Abpflasterung der ganzen Fläche den Anblick der Verwilderung zu beseitigen, große Strecken für Lagerplätze zu gewinnen und die unmittelbare Einleitung der Schleusenwässer in den Fluß zu erreichen. Die Regelung des rechten Elbufers sollte lediglich für das Bedürfnis der Schiffahrt sorgen und daher ganz auf Kosten des Staatsfiskus erfolgen. Für das linke Ufer aber, bei dem auch schönheitliche und gesundheitliche Vorteile erstrebt wurden, wünschte das Ministerium eine Beteiligung der Stadtgemeinde an der Kostendeckung. Rat und Stadtverordnete, von dem Werte einer solchen Anlage überzeugt, erklärten sich sofort bereit dazu, und es wurden die beiderseitigen Pflichten und Rechte in einem Vertrage vom 28. Juni 1873 festgestellt. Danach war der Kai vom Elbberge bis zur Augustusbrücke, der ausschließlich fiskalischen Grund und Boden berührte, mit Einschluß der nach der Brücke anzulegenden Fahrstraße auf Staatskosten herzustellen, doch übernahm die Stadt die Unterhaltung und Beleuchtung dieser Straße. Der Kai vom Elbberge bis hinauf zur sogenannten Hofewiese unterhalb „Antons“ wurde auf gemeinschaftliche Kosten des Staats und der Stadt errichtet und zwischen beiden derart geteilt, daß dem Staatsfiskus die Ausschiffungs- und Lagerplätze oberhalb der geplanten dritten Elbbrücke, der Stadtgemeinde die unterhalb gelegenen gehörten. Mit der Uferregulierung fiel auch das im Jahre 1868 erbaute große Sonntagsche Eckhaus am unteren Ausgange der kleinen Ziegelgasse, das die Aussicht von der Brühlschen Terrasse nach den Loschwitzer Höhen

hin entstellte. Der Uferbau wurde im Mai 1874 begonnen und war 1879 vollendet.

Sobald der Plan der Uferregulierung feststand, hatte der Rat, im September 1872, seinem Oberingenieur Karl Manck den Auftrag erteilt, den Entwurf zur dritten Elbbrücke auszuarbeiten. Auf Mancks Vorschlag wurde die Absicht, die Brücke in die Richtung der Glacisstraße zu legen, aufgegeben und dafür die Richtung auf die zwischen den Ausmündungen der Glacis- und der Kurfürstenstraße geplante schmale Häuserfront, 18 Meter weiter stromaufwärts, gewählt, wodurch die Kurfürstenstraße für den ihr künftig zweifellos zufallenden starken Verkehr einen geradlinigen Zugang zur Brücke erhielt. Auf dem linken Elbufer erreichte man durch diese Aufwärtsschiebung, daß die Verlängerung der Brückenachse auf die Kreuzung der Blumen-, Blasewitzer, Elias- und Ziegelstraße traf, so daß das wertvolle fiskalische Land an der Ziegelstraße nicht durchschnitten wurde und die bisher geplante Straße durch den Eliaskirchhof hindurch wegfallen konnte. Der Bau der Brücke begann am 14. Juni 1875, der Grundstein wurde am 23. September gelegt. Man wendete unter Zuhilfenahme eines französischen Ingenieurs die hierzulande noch neue pneumatische Fundierungsmethode mittels Caissons statt der bisher üblichen Pfahlrost- oder Zementbetongründung an. Die Brücke erhielt eine Länge von 316 Metern, die Fahrbahn wurde 12, die beiden Fußbahnen je 3 Meter breit. Die Strombrücke bestand aus 4 Bögen von je 31 Metern Weite; die beiden Ufer wurden mit je 5 Bögen von 12 bis 17 Metern überspannt. Als einzige Verzierungen erhielt die ganz in Sandstein ausgeführte Brücke am mittleren Pfeiler stromaufwärts ein vom Professor Donndorf in Stuttgart geformtes großes Reliefporträt König Alberts, stromabwärts das Dresdner Stadtwappen, beide in Marmor; im übrigen wollte der Erbauer die ästhetische Wirkung des Werkes nicht durch künstlerischen Schmuck, sondern durch die Linienführung und die harmonische Verteilung der Massen erzielen. Am 19. November 1877 wurde die Brücke, die zu Ehren des Königs den Namen Albertbrücke erhielt, mit einer einfachen Feier eingeweiht und dem Verkehr übergeben. Die Baukosten betrugen 2075000 Mark – 400000 Mark weniger als veranschlagt war. Da die Stadtteile, welche die Brücke verband, noch wenig entwickelt waren, dauerte es eine Reihe von Jahren, ehe sich ein lebhafter Personenverkehr auf ihr entfaltete; für den Verkehr der Lastwagen aber, der bisher einzig auf die Marienbrücke angewiesen war, gewann sie sofort Bedeutung.

Auf dem linken Elbufer bot sich genügender Raum, um die Zugänge zur neuen Brücke in einer auch späteren Bedürfnissen genügenden Ausdehnung anzulegen. Unmittelbar vor der Brücke entstand der stattliche „Sachsenplatz", die breite „Sachsenallee" verband ihn mit den landeinwärts gelegenen älteren Straßen.

Nach dem Ausgange des Elbberges herab wurde das nur auf der einen Seite zu bebauende „Terrassenufer" angelegt, dessen hohe Häuser freilich die Aussicht nach Loschwitz hin noch mehr beschnitten als zehn Jahre vorher das vielgeschmähte Sonntagsche Haus. Gleichlaufend dazu, vom oberen Ende des Elbberges bis auf den Sachsenplatz, war schon 1867 eine 17 Meter breite Straße im Bauplan festgestellt worden, deren Durchführung nun dringlich wurde. Im April 1876 beantragten die Besitzer der davon berührten Grundstücke selbst die Wiederaufnahme des Planes. Der Rat nahm die Sache kräftig in die Hand, erwarb das dem Durchbruch noch entgegenstehende Brocksche Grundstück am Elbberge und erhöhte die Straßenbreite auf 20 Meter. Die neue Straße, seit 1877 Marschallstraße genannt, war 1881 fertiggestellt.

Wichtiger noch war eine Verkehrsader, die zu derselben Zeit im inneren Teile der Pirnaischen Vorstadt geöffnet wurde. Die Zentralbank für Landerwerb hatte schon bei ihrer Gründung den Plan eines Durchbruchs der Grunaer Straße nach dem Pirnaischen Platze gefaßt, er war aber an der ablehnenden Haltung eines der beteiligten Grundstücksbesitzer gescheitert. Nach dessen Tode nahm die Gesellschaft 1877 die Verhandlungen wieder auf, und es kam im folgenden Jahre unter Vermittlung des Rates ein Vertrag zwischen den Anliegern und sodann ein Bebauungsregulativ für den inneren Teil der Grunaer Straße zu stande. Die Herstellung der Straße wurde im Frühjahr 1880 vollendet. Damit war der von der Zentralbank angelegten Johannstadt der unmittelbare Zugang zur Altstadt eröffnet, freilich ohne daß die Bank die ihrem Landbesitze daraus erwachsenden Früchte noch hätte ernten können.

Zu gleicher Zeit mit der Johannstadt erhielt Dresden auch eine „Albertstadt", die, ungleich jenem notleidenden Unternehmen einer kapitalarmen Spekulationsgesellschaft, von dem über die Millionen gebietenden Militärfiskus wie mit einem Schlage fertig hingesetzt wurde. Zunächst war 1870 für das Schützenregiment Nr. 108 eine neue Kaserne am Alaunplatze erbaut worden, zu deren Kosten die Stadt im Hinblick auf die ihr in Aussicht gestellte Erleichterung der Einquartierungslast 30 000 Taler beitrug; am 3. November 1871 hielt das tapfere Regiment bei der Rückkehr aus Frankreich dort seinen Einzug. Für alle Militäranstalten in der Alt- und Neustadt, nur mit Ausnahme der Gebäude für das Kriegsministerium, das Generalkommando und die Hauptwachen, wurden dann seit dem Frühjahr 1873 auf dem Höhenzuge der Dresdner Heide von der Radeberger Straße bis zum Neustädter Friedhofe Neubauten errichtet: zwischen der Waldschlößchenbrauerei und dem Prießnitzgrunde zwei Kasernen für die beiden Grenadierregimenter mit einer Hauptwache, nördlich davon das Kadettenhaus und das Hospital, zwischen der Prießnitz und der Schlesischen Eisenbahn

das Arſenal mit Magazinen und ſonſtigen Verwaltungsgebäuden, zwiſchen der Schützenkaſerne und dem Arſenale eine Kaſerne für das Pionierbataillon, jenſeits der Schleſiſchen Eiſenbahn Kaſernen für das Gardereiterregiment, ein Feldartillerieregiment und das Trainbataillon. Dieſe Anlagen, deren Koſten etwa 20 Millionen Mark betrugen, nahmen eine Fläche von $1^1/_2$ Million Quadratmetern in Anſpruch und wurden durch eine faſt 3 Kilometer lange und 30 Meter breite „Heerſtraße“ verbunden, die den Prießnitzgrund auf einem 20 Meter hohen Viadukte, der „Carolabrücke“, überſchritt. Der Schöpfer dieſer neuen Anlage war der Kriegsminiſter General von Fabrice, nach ſeinen Angaben wurden die Bauten von der Militärbaudirektion unter Zuziehung des Profeſſors Nicolai ausgeführt. Am 19. März 1877, dem Tage, an welchem die Grenadierregimenter ihre Kaſernen bezogen, genehmigte der König, daß die Soldatenſtadt, die fortan einen ſelbſtändigen Gutsbezirk bildete, mit ſeinem Namen geſchmückt werde. Die Beziehungen der Stadt zur Garniſon waren von da an ſehr locker. Auf ſtädtiſchem Gebiete wurde nur eine den Übergang über die Albertbrücke beherrſchende Kaſerne am Sachſenplatze errichtet und am 30. September 1882 von dem Jägerbataillon Nr. 13 aus Meißen bezogen.

Es waren nun umfangreiche Grundſtücke in der Altſtadt und namentlich in der Neuſtadt frei und von der Militärverwaltung dem ſächſiſchen Staatsfiskus zurückgegeben worden; ihren Wert veranſchlagte man damals auf $11^7/_8$ Millionen Mark. Die Verwertung dieſer Grundſtücke aber ließ ſehr lange auf ſich warten. Die Neuſtadt, die von der Wegverlegung der Militäranſtalten einen Aufſchwung der Bautätigkeit und des Geſchäftslebens erhofft hatte, ſah ſich bitter enttäuſcht: lange Jahre noch blieben die alten Militärgebäude in ruinenhaftem Zuſtande ſtehen, ehe ſich der Staatsfiskus zur Verwendung oder Veräußerung der Grundſtücke entſchloß.

Mit der Hinausſchiebung der Vorſtädte und der Vergrößerung der Nachbargemeinden begann ſich zwiſchen der Stadt und ihrem Außengebiete ein lebhafter Verkehr zu entwickeln, zu deſſen Bewältigung ſich die vorhandenen Beförderungsmittel bald als ungenügend erwieſen. An den in Dresden einmündenden Eiſenbahnen waren die Stationen meiſt weit über die nächſten Vororte hinaus gelegen, Plauen allein beſaß eine Halteſtelle, aber auch nur an ſeinem äußeren, von dem neuen Wohnviertel abgelegenen Ende. Für die an der Elbe liegenden Ortſchaften vermittelte in der guten Jahreszeit die Dampfſchifffahrt in ausreichender Weiſe die Verbindung mit der Stadt, um ſo vollſtändiger aber ſahen ſie ſich während des Winters von ihr abgeſchnitten. Das Fuhrweſen war ſchwach ausgebildet; nur auf einigen Nebenlinien verkehrten Omnibuſſe und noch dazu in ſo wenigen Fahrten, daß ſie nie in großem Umfange

benutzt werden konnten. Als daher im Jahre 1864 Berlin die erste Pferdeeisenbahn in Deutschland erhalten hatte, dachte man auch in Dresden daran, sich das neue Verkehrsmittel zu nutze zu machen. Freilich aus eigner Kraft brachte man es nicht zu stande. Zwar planten schon 1869 mehrere Unternehmer eine Pferdeeisenbahn, die Plauen und Blasewitz mit Dresden verbinden sollte, aber sie schienen es nur auf die Erlangung der Konzession und deren Weiterverwertung abgesehen zu haben. Wie in Berlin war es ein Ausländer, der die Sache ernstlich in die Hand nahm: Arnold von Etlinger aus London. Bei den im Jahre 1871 mit ihm gepflogenen Verhandlungen zeigte es sich, was für eine Zaghaftigkeit solchen Unternehmungen gegenüber in Dresden noch herrschte. Selbst erfahrene Geschäftsleute, die dem Stadtverordnetenkollegium angehörten, stellten sich auf den Standpunkt, daß man froh sein müsse, einen ernsthaften Bewerber zu finden, da die Einträglichkeit der Bahn noch keineswegs feststehe, und daß man ihm daher nicht zu schwere Bedingungen auferlegen dürfe. Aus solchem Gewerbebetriebe, der in weitgehendem Maße die öffentlichen Straßen benutzte, finanzielle Vorteile für die Stadtgemeinde zu ziehen, war eine Forderung, die damals ganz allein der Advokat Schaffrath erhob. In dem mit Etlinger am 30. Oktober 1871 abgeschlossenen Vertrage wurde diesem die ausschließliche Berechtigung zur Erbauung einer eingleisigen Pferdeeisenbahn von Plauen nach dem Böhmischen Bahnhofe und von da durch die Stadt nach Blasewitz erteilt und ihm die Benutzung der Straßenfläche auf 50 Jahre gestattet, der Stadt aber das Recht vorbehalten, nach Ablauf dieser Zeit entweder die Bahn mit den Betriebseinrichtungen käuflich zu erwerben oder ihre Abtragung zu verlangen. Die dem Unternehmer auferlegten Verpflichtungen bestanden im wesentlichen nur darin, daß er die Unterhaltung des Bahnkörpers zwischen den Gleisen und einer Elle daneben und die Reinigung dieser Fläche zu übernehmen und eine Gebühr für die Straßenbenutzung in der Höhe der von ihm auf sein Eisenbahnunternehmen zu entrichtenden Staatssteuer an die Stadtkasse zu zahlen hatte. Im Dezember 1871 trat Etlinger seine Rechte und Pflichten an die neubegründete Kontinental-Pferdeeisenbahn-Aktiengesellschaft in Berlin ab; auf diese wurde auch die ihm gemachte Zusage übertragen, daß ihm zur Erbauung von Pferdeeisenbahnen auf anderen Straßen vor allen Bewerbern unter gleichen Bedingungen der Vorzug gegeben werden solle. Am 19. März 1872 begann der Bau der Linie Dresden–Blasewitz, am 25. September wurde sie eingeweiht. Die Eröffnung der Strecke vom Böhmischen Bahnhofe nach Plauen folgte am 12. März 1873.

Inzwischen hatte Etlinger bereits im November 1871 um die Genehmigung zur Anlegung weiterer Pferdebahnlinien nachgesucht, namentlich vom

Georgplatze über den Neumarkt und die Augustusbrücke nach dem Neustädter Markte, ferner von da nach dem Waldschlößchen und durch die Heinrichstraße über die Bahnhöfe nach Neudorf und der Lößnitz. So hätte Dresden schon zeitig ein ausgebreitetes Straßenbahnnetz haben können, wenn nur die Verkehrspolizei damals auf der Höhe der Zeit stand. Im Januar 1873 hatte der Rat zunächst die Linie Neustädter Markt-Waldschlößchen genehmigt. Da stellte sich die Polizeidirektion auf den Standpunkt, daß der Neustädter Markt und die Hauptstraße sich ihres lebhaften Verkehrs wegen nicht für die Aufnahme der Pferdeeisenbahn eigneten, sondern daß als Ausgangspunkt der Kaiser Wilhelm-Platz zu nehmen und von hier aus einerseits durch die Königstraße nach dem Waldschlößchen, andrerseits durch die Leipziger Straße nach den Bahnhöfen und der Lößnitz zu bauen sei. Allen Vorstellungen der städtischen Körperschaften zum Trotz beharrte die Polizeidirektion bei ihrer Ansicht und begründete sie noch damit, „daß nicht nur im allgemeinen die Verkehrsinteressen durch den Betrieb neuer Bahnstrecken, und zwar lediglich um des pekuniären Vorteils eines einzigen Unternehmers willen, in unzulässiger Weise geschädigt würden, sondern auch gerade die Benutzung der Hauptstraße für um so bedenklicher zu erachten sei, als die letztere nicht durchgängig von gleicher Breite und schon für den bisherigen Wagenverkehr, der besonders durch die in der Nähe befindlichen Bahnhöfe, eine Postanstalt, ein königliches Theater und durch die häufigen militärischen Truppenbewegungen vermehrt werden, unzureichend sich erweise!" Der Rat gab sich lange vergeblich Mühe nachzuweisen, daß gerade das allgemeine Verkehrsinteresse die möglichste Vermehrung der Verkehrsmittel fordere und daß man Straßenbahnen, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen, nicht in verkehrsarme Gegenden, wie den Kaiser Wilhelm-Platz und die Königstraße, sondern durch die belebtesten Straßen führen müsse. Jahre vergingen, ehe sich die Polizeidirektion den Neustädter Markt als Ausgangspunkt von Straßenbahnen gefallen ließ. Noch länger verhinderte sie aber „aus sicherheits- und verkehrspolizeilichen Gründen" die Führung einer Pferdebahnlinie über die Augustusbrücke, und als endlich eine Entscheidung der Kreishauptmannschaft ihren Widerspruch beseitigte, stellte sie immer noch die Bedingung, daß die Pferdebahnwagen nicht gleichzeitig herüber und hinüber fahren, also auf der Brücke sich nicht begegnen dürften; erst 1881 ließ sie diese Bedingung fallen.

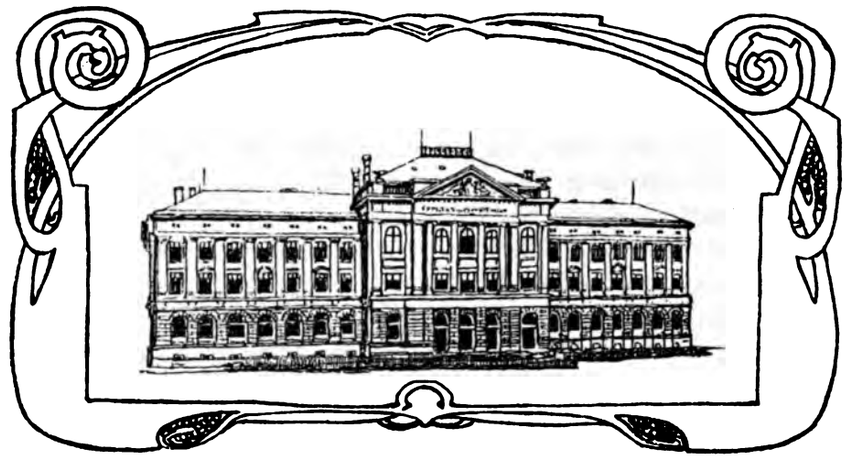
Die langwierige Auseinandersetzung mit der Verkehrspolizei hatte dem Rate Zeit verschafft, sich über die Behandlung künftiger Straßenbahnunternehmungen grundsätzlich schlüssig zu machen. Während er bisher der Stadt möglichst schnell zu dem neuen Verkehrsmittel zu verhelfen gesucht und deshalb dem Unternehmer geringe Pflichten auferlegt hatte, kam in den 1879 auf-

geſtellten allgemeinen Bedingungen für die Anlage von Straßeneiſenbahnen nun auch ein wenig die Anſchauung zum Ausdruck, daß es nur recht und billig ſei, wenn ſich die Stadtgemeinde von einem vorausſichtlich gewinnbringenden Unternehmen für die ihm gewährten Rechte auch Vorteile ausbedinge. Die Genehmigung zur Benutzung der Straßen ſollte nur bis zum 30. Oktober 1921, der Ablaufszeit des Vertrags für die Linie Plauen–Dresden–Blaſewitz, erteilt und die jährliche Benutzungsgebühr für jedes Kilometer Bahnſtrecke auf mindeſtens 100 Mark feſtgeſetzt werden. Für jede künftige Straßenbahn ward als Regel feſtgeſetzt, daß ſie ſofort zweigleiſig anzulegen und die Mitbenutzung der Gleiſe bis zu 400 Metern Länge auch den Unternehmern anderer Linien gegen Erſtattung der anteiligen Anlagekoſten freizuſtellen ſei. Schon nach zwei Jahren ging man bei dem wirklichen Abſchluſſe von Verträgen weit über dieſe allgemeinen Bedingungen hinaus. Im Sommer 1881 erhielt der Ingenieur Alfred Parriſh aus London die Konzeſſion zur Anlegung und zum Betriebe der drei Pferdebahnlinien Annenkirche – Löbtau, Poſtplatz – Medinger Lagerkeller und Albertplatz–Waldſchlößchen: er mußte die Verpflichtung übernehmen, eine jährliche Gebühr von 500 Mark für das Kilometer, ſowie 3000 Mark jährliche Abfindungsſumme für den Brückenzoll zu zahlen und die ganze Fahrbahn der Auguſtusbrücke auf ſeine Koſten in ſtand zu halten; die Stadt behielt ſich vor, nach Ablauf von zehn Jahren die Streckengebühr und den Brückenzoll bis auf das Doppelte, nach weiteren zehn Jahren den Brückenzoll bis auf das Dreifache zu erhöhen. Die Pferdebahnlinie über die Auguſtusbrücke nach dem Waldſchlößchen wurde im Juni, die nach Löbtau und die nach dem Arſenal im Juli 1881 dem Verkehr übergeben. Urſprünglich hatte man die Linien nach dem Waldſchlößchen und dem Arſenal wegen der Steigungen in der Schiller- und Königsbrücker Straße vom Neuſtädter Markte aus als Drahtſeilbahnen geplant, doch war die Anwendung des Drahtſeilſyſtems unterblieben, weil ſich der Rat mit Parriſh über die Baubedingungen nicht hatte einigen können.

Der weitere Ausbau des Straßenbahnnetzes ging nun flott von ſtatten. Im Jahre 1882 wurden die Linien vom Neumarkte nach dem Zoologiſchen Garten und weiter bis Strehlen, vom Georgplatze nach den Neuſtädter Bahnhöfen, ſowie nach der Markgrafenſtraße, vom Poſtplatze nach Pieſchen und vom Böhmiſchen Bahnhofe bis zur Reichenbachſtraße, im Jahre 1883 die Linie Schäferſtraße–Strieſen eröffnet. Bei der Konzeſſionierung dieſer Linien waren die Anforderungen der Stadtgemeinde wieder etwas höher gegangen: die ausbedungenen Kilometergebühren bewegten ſich für die einzelnen Strecken zwiſchen 100 und 1100 Mark. Parriſh trat ſeine Rechte an die Londoner Aktiengeſellſchaft The Tramways Company of Germany ab. Dieſe pachtete dazu von

der Kontinental-Pferdeeiſenbahn-Aktiengeſellſchaft die Linie Plauen–Dresden–Blaſewitz und hielt ſo das ganze Dresdner Straßenbahnnetz in Händen. Ende 1883 waren 10 Bahnlinien im Betriebe, davon wurden 4 mit einſpännigen, 6 mit zweiſpännigen Wagen befahren. Die Länge der Strecken betrug über 42 Kilometer, davon mehr als drei Viertel mit Doppelgleiſen; Wagen, großenteils mit Deckſitzen verſehen, waren 111, Pferde, durchgängig von vortrefflicher Beſchaffenheit, 524 vorhanden. Im Jahre 1883 wurden im ganzen faſt 7½ Million Perſonen befördert, die meiſten auf der Blaſewitzer, der Arſenal- und der Waldſchlößchen-Linie; auf jeden Kopf der Bevölkerung kamen durchſchnittlich 32 Fahrten im Jahre. So hatte ſich das Pferdebahnweſen ſchon im erſten Jahre nach der Erweiterung des Netzes lebhaft entwickelt, und die Geſellſchaft konnte an ihre Aktionäre, unter denen ſich nur wenige Einheimiſche befanden, gute Dividenden verteilen.

In den zwanziger Jahren hatten die Dresdner Behörden beim Aufkommen der Gasbeleuchtung die lockenden Anerbietungen engliſcher Unternehmer grundſätzlich zurückgewieſen und, zuerſt in Deutſchland, die Einrichtung und den Betrieb der Gasfabrik ſelbſt in die Hand genommen, zum dauernden, ſtetig wachſenden Vorteile der Stadt. So weitſchauend hatten ſich ihre Nachkommen 1871 nicht gezeigt, als ſie die Anlage der Straßenbahnen Ausländern überließen. Nun klagten ſie, daß dieſe ſich keine Verdienſte um die Stadt, ſondern nur Geld zu erwerben ſuchten und auf die Wünſche und Bedürfniſſe der Einwohnerſchaft keine Rückſicht nahmen. Alle Verkehrserleichterungen, von denen die Geſellſchaft keinen unmittelbaren Gewinn erwartete, verweigerte ſie hartnäckig, ſo namentlich die allgemeine Einführung des Zehnpfennig-Tarifs für kurze Strecken und der Anſchlußfahrkarten für verſchiedene Linien. Dem geduldigen Zuwarten des Rates gegenüber drangen die Stadtverordneten darauf, daß jede Gelegenheit benutzt werde, um der Geſellſchaft Zugeſtändniſſe abzuringen. Als daher einmal der Rat auch nur die Einlegung einer Weiche in der Blaſewitzer Straße geſtattet hatte, ohne dafür die Zuſtimmung der Stadtverordneten einzuholen, legten dieſe gegen ein ſolches Verfahren einſtimmig Verwahrung ein. Zur Nachgiebigkeit war die engliſche Geſellſchaft aber nicht eher zu bringen, als bis man ihr den Wettbewerb anderer Unternehmer gegenüberſtellte.



## V.

# Die Stadtverwaltung seit 1871.

Neue Aufgaben brauchen neue Männer. Im Dienst ergraute Beamte sind in Zeiten, wo alles auf Umgestaltung der bestehenden Verhältnisse hindrängt, nicht immer die besten Leiter der Gemeinwesen. Ihrer Erfahrung in den Geschäften entspricht zumeist nicht mehr ihre Tatenlust, sie fügen sich nur zögernd den Forderungen der Zeit und ihr berechtigtes Selbstgefühl verführt sie leicht zu abweisender Haltung gegen die Bestrebungen jüngerer Kräfte, wie sie in die öffentlichen Körperschaften fortwährend neu eintreten und ihre Anschauungen zur Geltung zu bringen suchen. Ein solches altgewordenes Geschlecht fanden die bewegten siebziger Jahre an der Spitze der Dresdner Stadtverwaltung: Friedrich Wilhelm Pfotenhauer, der Oberbürgermeister, war schon seit Anfang 1849 Oberhaupt der Stadt und führte die Geschäfte noch unermüdet und gewissenhaft – aber der Geist, der die Verwaltung beherrscht und von dem sie ihre Anregungen empfängt, war er längst nicht mehr. Der zweite Bürgermeister Heinrich Moritz Neubert, seit 1851 Ratsmitglied, war ein feiner Kopf, aber mehr der stillen Beschäftigung mit schwierigen Rechtsfragen als der Lösung praktischer Verwaltungsaufgaben zugeneigt; er trat Ende 1875 in den Ruhestand und erhielt für seine Verdienste, besonders auch um die Erforschung der älteren Geschichte Dresdens, das Ehrenbürgerrecht verliehen. Und der dritte Bürgermeister Dr. Theodor Julius Hertel, der dem Rate schon seit 1837 angehörte, beschränkte sich ganz auf die Verwaltung der städtischen Finanzen; er handhabte sie sehr selbständig, aber ohne rechten Plan, bis eine Beschwerde

der Stadtverordneten, welche die Einsetzung eines Untersuchungskommissars durch die Kreisdirektion zur Folge hatte, 1870 zur Feststellung gewisser Grundsätze über die Finanzverwaltung führte.

Im Anfange der siebziger Jahre wurde von den Stadtverordneten viel über Mangel an Entgegenkommen beim Rate und namentlich darüber geklagt, daß er die an ihn gerichteten Anfragen über den Stand einzelner städtischer Angelegenheiten häufig sehr lange oder ganz und gar unbeantwortet lasse. Umgekehrt freilich schenkte auch die Gemeindevertretung den Wünschen des Rates nicht die gebührende Beachtung. Trotz wiederholter Erinnerungen verabschiedeten die Stadtverordneten den Haushaltplan für 1873 erst am letzten Tage des Jahres; die Kreisdirektion rügte diese Art, die Geschäfte zu erledigen, und wies den Rat an, künftig solche unzulässige Verzögerungen, nötigenfalls durch Beschwerdeführung bei der Aufsichtsbehörde, rechtzeitig zu beseitigen. Zwischen den beiden städtischen Körperschaften bestand eine kühle Entfremdung, aus der leicht gegenseitige Schroffheiten hervorgingen. Im April 1874 sprachen einmal die Stadtverordneten bei Bewilligung der Baukosten des Terrassentors ihre „Mißbilligung" darüber aus, daß unerwartet ihrer Zustimmung die Kosten der Fußbahnlegung und Pflasterung bereits bestritten worden seien. Darauf beschloß der Rat weiter nichts als ihnen zu erklären, daß das Recht der Mißbilligung dem Rate gegenüber ihnen nicht zustehe. Es war offenbar ebenso nachteilig für das Verhältnis zwischen Rat und Stadtverordneten wie für den Geschäftsgang, daß die beiden Körperschaften nur schriftlich und durch Mitteilung von Akten mit einander verkehrten. Durch die neue Städteordnung erhielten die Ratsmitglieder das unbeschränkte Recht, an den Gesamtsitzungen der Stadtverordneten teilzunehmen, jedoch machten sie von diesem Rechte anfangs nur vereinzelt Gebrauch.

Erst mit dem Wechsel in der Leitung der Geschäfte lebten sich die neuen Verkehrsformen ein. Pfotenhauer starb am 2. April 1877. Am 24. April wurde der bisherige dritte Bürgermeister Dr. Stübel in gemeinsamer Sitzung der städtischen Körperschaften mit 79 von 89 Stimmen zum Oberbürgermeister gewählt; 5 Stimmen fielen auf den Stadtverordnetenvorsteher Hofrat Ackermann, der sich zwar um das Amt nicht beworben hatte, aber in weiten Kreisen damals doch als der Nebenbuhler Stübels galt. Bei der Einweisung, die am 28. April durch den Kreishauptmann von Einsiedel erfolgte, bekannte sich der neue Oberbürgermeister zu dem Grundsatze: „unbefangen und sorgfältig prüfen, nach Recht und Gesetz zum Wohle der Stadt beschließen und ohne Zögern das Beschlossene ausführen." Er betonte, daß er den größten Wert auf mündliche Behandlung der Geschäfte lege und die regelmäßige Teilnahme von Vertretern des Rats an den Stadtverordnetensitzungen für nötig halte.

Bei dem Gelöbnis, vertrauensvoll mit den Staatsbehörden zusammenarbeiten zu wollen, versagte er sich nicht den Ausdruck des Bedauerns darüber, daß die Polizei nicht dem Rate gehöre. Das wunderliche Verhalten der Polizeidirektion gegenüber den Straßenbahnen war in seinen Augen nur ein neuer Ausfluß ihres alten verkehrspolizeilichen Unvermögens gewesen: schon im Jahre 1869 hatte er selbst einmal einen scharfen Artikel im „Dresdner Anzeiger" über die Regelung des Verkehrs auf dem Neustädter Markte veröffentlicht, wofür ihm freilich der Rat auf die Beschwerde des Polizeidirektors Schwauß einen Verweis hatte erteilen müssen.

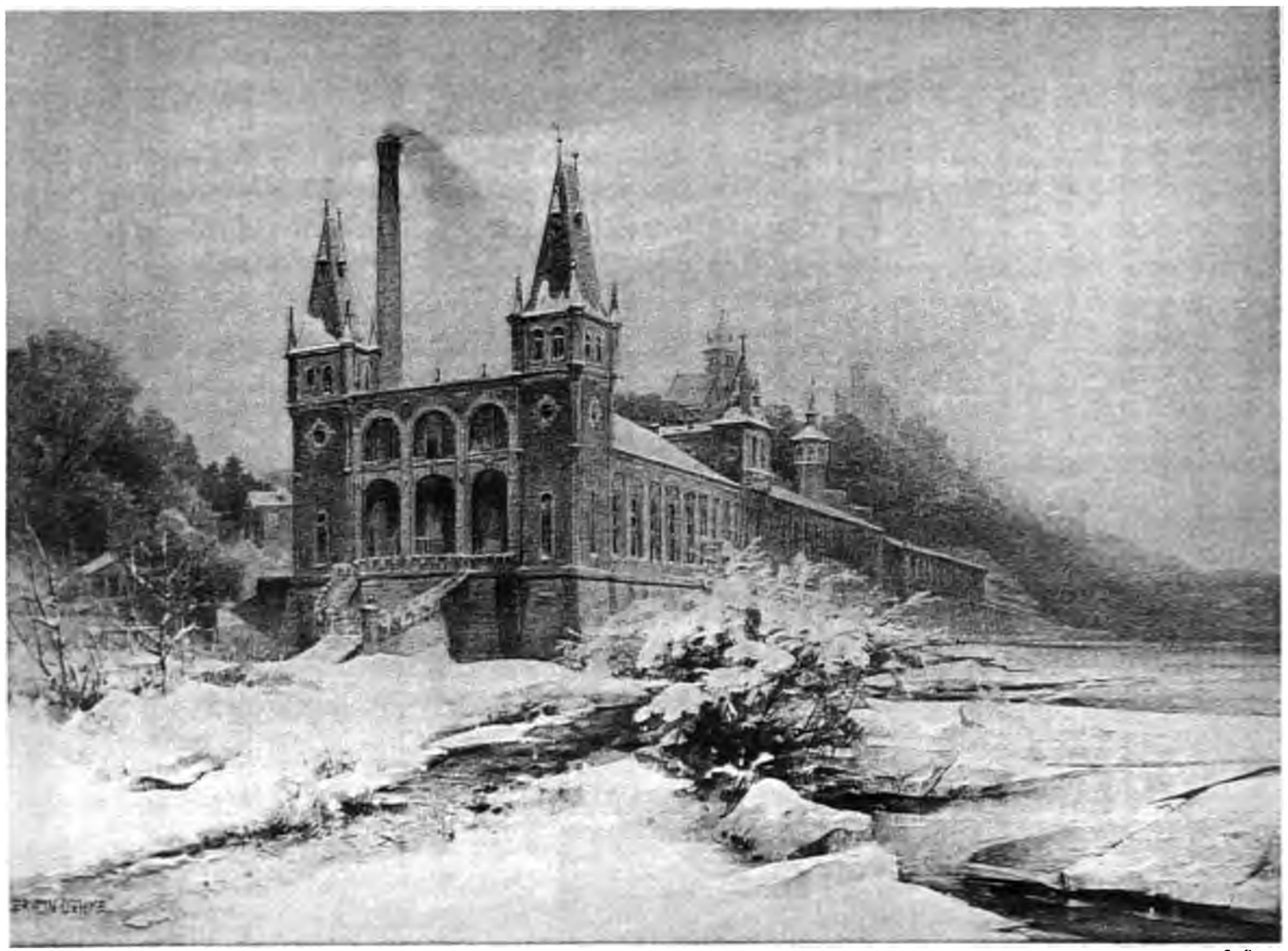
Als Stübel das Oberbürgermeisteramt antrat, konnte er bereits auf manchen Erfolg seiner Tätigkeit im Dienste der Stadt zurückblicken. Vor allem war es ihm gelungen, die große Aufgabe einer allen gesundheitlichen Anforderungen entsprechenden Wasserversorgung einer glücklichen Lösung zuzuführen. Die von ihm geleitete Herstellung eines Wasserwerks war ein Unternehmen, wie es in solcher Größe die Stadtgemeinde überhaupt noch nicht gewagt hatte. Der dafür vorgesehene Aufwand ging in die Millionen, während es sich bei den wichtigsten früheren Unternehmungen, der Einführung der Gasbeleuchtung und der Ersetzung der hölzernen Röhrwasserleitungen durch steinerne, doch jedesmal nur um einige Hunderttausend Taler gehandelt hatte.

Seitdem sich eine lebhaftere Gewerbstätigkeit in der Stadt entfaltete, mußte sich der Bürgerschaft von selbst die Überzeugung aufdrängen, daß die alten Röhrwasserleitungen das nötige Nutzwasser nicht mehr lange würden liefern können. Dies bewog die Stadtverordneten im Januar 1860 dem Rate zur Erwägung anheim zu geben, ob und auf welche Weise sich die Stadt ausreichend mit Röhrwasser versorgen lasse. Der Rat brauchte volle drei Jahre, ehe er sich zu dem Beschlusse aufraffte, Gutachten Sachverständiger über diese dringliche Frage einzuholen. Daraufhin gingen in den nächsten acht Jahren fünf Entwürfe zu Wasserleitungsanlagen ein und wurden von der städtischen Bau- und Wasserleitungsdeputation unter dem Vorsitze Stübels durchberaten. Der Wiener Techniker Fölsch empfahl in seinem Entwurfe vom Februar 1864, bei der Schankwirtschaft „Saloppe" und bei Blasewitz zwei Dampfwerke zu erbauen, die künstlich filtriertes Elbwasser den Stadtteilen rechts und links der Elbe unter natürlichem Drucke zuführen sollten. Oberingenieur Löhmann in Dresden vertrat in seinem Plane vom August 1867 die Errichtung eines einheitlichen Dampfwerkes vor der Saloppe ebenfalls zur Zuleitung künstlich filtrierten Elbwassers. Ein Projekt des Baurats Henoch in Berlin vom Juli 1868 wollte der Stadt Quellwasser aus dem Prießnitz- und Rödergebiete zugeführt und dazu das Weißeritzwasser noch ferner für öffentliche Zwecke benutzt wissen. Der städtische

Oberingenieur Manck schlug im Oktober 1869 vor, Quellwasser aus der Dresdner Heide und, soweit dies nicht ausreiche, filtriertes Elbwasser hereinzuleiten, dessen Hebung ebenfalls durch ein Dampfwerk bei der Saloppe erfolgen sollte. Der Ingenieur Bernhard Salbach endlich, der auf Antrag Stübels im Juni 1870 mit Aufstellung eines Planes beauftragt worden war, beabsichtigte die Beschaffung natürlich filtrierten Grundwassers aus dem Elbufervorlande bei der Saloppe, von wo es durch Dampfkraft in Hochreservoirs beim „Fischhause" in der Heide hinaufzutreiben und sodann unter natürlichem Drucke der Stadt zuzuleiten wäre. Die Leistungsfähigkeit des Werks war bei den ersten vier Projekten auf etwa 14 000 bis 19 000, bei dem Salbachschen auf 23 000 Kubikmeter Wasser in 24 Stunden berechnet, während die Kosten von Salbach mit $1^1/_2$ Million Talern nicht viel höher als von den übrigen veranschlagt waren. Im Verlaufe der Beratungen, aus denen eine umfangreiche Literatur von Gutachten, Berichten und Streitschriften hervorging, hatte man zuerst das Projekt von Fölsch fallen lassen, da es keine genügende Sicherheit für die Erfüllung der an Masse und Güte des Wassers zu stellenden Anforderungen bot. Ferner mußte der Henochsche Plan schon deshalb aufgegeben werden, weil die Quell- und Zuflußgebiete der Prießnitz und Röder nicht bloß, wie vorausgesetzt, dem Staatsfiskus, sondern auch Landgemeinden und Einzelpersonen gehörten, die sie schwerlich an die Stadtgemeinde abgetreten haben würden. Eine Anzahl namhafter Staatstechniker empfahl schließlich den Entwurf Salbachs zur Ausführung, Löhmann und Manck zogen zu dessen gunsten die ihrigen zurück. Salbachs Projekt versprach nach dem Ergebnis der angestellten Bohrungen die Lieferung eines vorzüglichen Trinkwassers und zugleich eines zu allen wirtschaftlichen, gewerblichen und öffentlichen Zwecken geeigneten Nutzwassers. Für Salbach fielen auch die günstigen Erfahrungen ins Gewicht, welche die Stadt Halle mit dem von ihm nach den gleichen Grundsätzen erbauten Wasserwerke gemacht hatte. Die Entscheidung fiel in der Stadtverordnetensitzung vom 22. Februar 1871. Während der Wiener Gemeinderat bei gleicher Gelegenheit im Juni 1866 volle zehn Abendsitzungen hindurch verhandelt und 59 Redner hatte zu Worte kommen lassen, um sich dann mit knapper Mehrheit für das stark angegriffene Hochquellenprojekt zu entscheiden, beschlossen die Dresdner Stadtverordneten der Ratsvorlage entsprechend ohne Widerspruch und einstimmig, den Plan Salbachs auf Kosten der Stadtgemeinde auszuführen und die Mittel dazu durch eine Anleihe aufzubringen; an dem glatten Verlaufe der wichtigen Abstimmung hatte der von Ernst Jordan erstattete überzeugende Bericht großen Anteil. Mit dem Beschlusse der städtischen Körperschaften war zugleich das Angebot einer englischen Gesellschaft, Bau und Betrieb des Wasserwerks zu

übernehmen, abgewiesen; darauf hatte besonders auch Stübel hingearbeitet, indem er die in anderen Städten mit Privatwasserwerken gemachten übeln Erfahrungen eindringlich vorführte.

Genaue Pläne und Kostenanschläge für das Werk wurden von Salbach am 31. August 1871 eingereicht und bereits im September von Rat und Stadtverordneten genehmigt. Bald darauf begann der Bau. Die Einzelheiten der Ausführung nahmen die Tätigkeit der städtischen Körperschaften in der nächsten Zeit fortdauernd in Anspruch und die erforderlichen Geldmittel wurden reichlich zur Verfügung gestellt, denn das Wasserwerk war in der Tat, wie der Stadtverordnetenvorsteher Ackermann 1872 in seiner Jahresschlußrede sagte, das Schoßkind der städtischen Verwaltung. Aber auch die Einwohnerschaft widmete dem Baue lebhaften Anteil. Die Wasserhebungsanlage war so gedacht, daß gleichweit von dem Saloppenberge elbauf- und abwärts in der Kiesschicht des Ufervorlandes 4,7 Meter unter der Oberfläche und 2 Meter unter dem tiefsten Elbwasserstande eine Galerie von durchlässigen gußeisernen Röhren in einer Länge von 1 438 Metern das Wasser sammeln und in zwei vor dem Hebungswerke gelegene Hauptbrunnen leiten sollte, aus denen es durch die in einem Maschinenhause am Elbufer aufgestellten sechs Dampfmaschinen in zwei Hochreservoirs beim Fischhause zu heben war. Durch fünf in Tätigkeit gesetzte Maschinen wollte man eine Höchstleistung von 50 000 Kubikmetern Wasser täglich erzielen. Die beiden Hochreservoirs, 1200 Meter von der Hebungsanlage entfernt und mit ihrem höchsten Wasserstande 60 Meter über dem Nullpunkte des Pegels an der Augustusbrücke gelegen, waren auf einen Fassungsraum von 9 600 Kubikmetern veranschlagt. Von hier sollte das Wasser in zwei Hauptleitungen zur Stadt strömen. Der Bau ging rasch und glücklich von statten. Am 2. März 1875 wurde das erste Maschinenpaar zur Wasserhebung in Tätigkeit gesetzt und Mitte April stand das ganze Rohrnetz unter dem normalen hohen Drucke. Die amtliche Übernahme des Werkes durch die Stadt erfolgte am 1. Mai 1876. Die Anlagekosten betrugen bis Ende 1876 etwas über $7\frac{1}{2}$ Million Mark, davon fast 4 Millionen für das Rohrnetz, das damals 130 Kilometer Röhren von 0,75 bis 0,1 Meter lichter Weite und außerdem etwa 60 Kilometer Anschlußleitungen an 4 419 Grundstücke umfaßte. Im Jahre 1876 wurden 3 502 598 Kubikmeter Wasser gefördert, die höchste Tagesleistung am 17. August waren 26 688 Kubikmeter. Das Werk erwies sich in jeder Hinsicht als gelungen und ist von Anfang an für den Gesundheitszustand der Stadt von unberechenbarem Nutzen gewesen. Daß seine wohltätigen Wirkungen sogleich der ganzen Bevölkerung zu gute kamen, war den auch das finanzielle Gedeihen des Werks sichernden statutarischen Bestimmungen zu verdanken, die



bahn entlang dem Altmarkte zwischen Wilsdruffer Straße und Webergasse erfolgt. Zur Asphaltierung einer ganzen Fahrstraße gab dann die verwitwete Königin Marie die Anregung. Sie äußerte 1870 den Wunsch, die Augustusstraße vom Finanzhause bis zur Einfahrt in das von ihr bewohnte Brühlsche Palais auf ihre Kosten mit Asphalt belegen zu lassen. Der Rat trug damals Bedenken, der gestellten Bedingung gemäß die Unterhaltung der Asphaltbahn auf die Stadtkasse zu übernehmen, weil die auf kleinen Strecken ausgeführten Gußasphaltarbeiten sich bisher als nicht dauerhaft gezeigt hätten. Nachdem aber die englisch-deutsche Felsenharz-Pflasterungs-Gesellschaft nachgewiesen hatte, daß der von ihr angewandte komprimierte Asphalt sich in London und Paris gut bewähre, ging die Stadtverwaltung im Sommer 1872 auf die Pflasterung der Augustusstraße mit solchem Asphalt ein. Die Kosten wurden größtenteils von der Königin und vom Finanzministerium getragen. Im Jahre 1874 regten die Stadtverordneten die Asphaltierung der Landhausstraße zwischen Friesen- und Schießgasse an, damit die während der Tagung der Kammern bisher übliche Schließung der Straße für den Wagenverkehr entbehrlich werde. Die Ausführung dieser Absicht mußte aufgeschoben werden, da vorher der Umbau der Schleuse nötig war; 1877 entschloß man sich aber, die Straße mit Holzpflaster zu belegen, das nach Erfahrungen in England und Amerika wegen seiner geringeren Glätte den Vorzug vor dem Asphalt verdienen sollte. Auch die westliche Fahrbahn des Altmarktes am Rathause vorbei wurde mit Holz gepflastert. Dieses erwies sich jedoch als nicht haltbar, und so mußten beide Straßen später doch noch mit Asphalt belegt werden.

Die Wohltat eines geräuschdämpfenden Pflasters, die man der inneren Stadt zuzuwenden bestrebt war, besaßen die neu angelegten Stadtteile, besonders die Villenviertel, bereits in ihren beschotterten Straßen. Von Wichtigkeit war aber hier das Gedeihen schattenspendender Alleen, und dieses ließ noch zu wünschen übrig. Die städtischen Anlagen stachen gegen die gutgepflegten königlichen Gärten so ungünstig ab, daß die Dresdner Gärtnervereine sich zu Vorstellungen an die städtischen Körperschaften bewogen fühlten. Bei der Beratung einer Vorlage über die Bepflanzung des Bismarckplatzes und der Reichsstraße im Dezember 1873 rügten daraufhin die Stadtverordneten, daß der Rat die gesundheitliche Bedeutung städtischer Baumpflanzungen noch zu wenig würdige, und bedauerten die vielfachen Mißerfolge, die durch den Mangel an Sorgfalt bei der Pflanzung wie bei der Wahl der Bäume nach Sorte, Alter und Größe, vor allem aber durch die ungenügende Pflege des ganzen Baumbestandes innerhalb der Straßen herbeigeführt worden seien; sie ersuchten den Rat, sich zur Beseitigung der Übelstände mit Sachleuten in Verbindung zu setzen. Der Rat

holte ein Gutachten des königlichen Gartendirektors Krause ein, und dieses bestätigte die von den Stadtverordneten behaupteten Mängel im städtischen Baumpflanzungswesen. Alsbald wurden Mittel bewilligt, um Bäume in größerer Anzahl zur Einschulung in die städtische Baumschule anzukaufen. Seitdem widmete der Bauamtsvorstand Dr. Stübel dem Gartenwesen seine ganze Sorgfalt und gewann dafür eine so tiefgehende Neigung, daß er die damit verbundenen Geschäfte auch nach seiner Ernennung zum Oberbürgermeister noch lange Zeit weiterführte. In dem bisherigen Hofgärtner Degenhard zu Großsedlitz, dem 1875 die erledigte Stelle des Stadtgärtners übertragen worden war, hatte er den geeigneten Mann gefunden, um die städtischen Gartenanlagen, namentlich die Bürgerwiese, zu einem hervorragenden Schmucke Dresdens zu gestalten.

Aufgaben der öffentlichen Gesundheitspflege begannen damals die Stadtverwaltung überhaupt lebhaft zu beschäftigen. Im September 1871 stellte der Stadtverordnete Dr. med. Wigard einen Antrag auf Errichtung städtischer Badeanstalten in der Elbe wie auch in geschlossenen Räumen. Die Stadtverordneten beschlossen darauf in Anerkennung der Nützlichkeit und Notwendigkeit öffentlicher Bäder den Rat um Erörterungen zu ersuchen, ob nicht durch Privatunternehmung mit städtischer Beihilfe billige Elb- und Wannenbäder beschafft werden könnten. Der Rat wollte die Errichtung von Warmbadeanstalten bis zur Eröffnung der Wasserleitung vertagt wissen und ließ, auf erneutes Andringen der Stadtverordneten, im Frühjahr 1873 zunächst nur zwei Bassinbäder in der Elbe, eins für Männer bei Antons Garten und eins für Frauen an der Wiesentorstraße, herstellen. Im nächsten Jahre forderten die Stadtverordneten wiederholt den sofortigen Beginn der Vorarbeiten zur Errichtung von Warmbadeanstalten und es wurden dafür 200 000 Mark auf die geplante neue Anleihe angewiesen. Weiter aber gedieh die Sache nicht: es fand sich, daß die bewilligten Gelder an anderer Stelle noch notwendiger gebraucht wurden! Schon bei den Beratungen über die Errichtung einer Berufsfeuerwehr im Jahre 1863 hatte sich der Rat von der Notwendigkeit eines Hauptdepots für das Feuerwehrkorps überzeugt. Volle zwölf Jahre war die Sache verschleppt worden, nun ließ sie sich schlechterdings nicht länger aufschieben. Man beschloß ein Gebäude für das Feuerwehrdepot und zugleich für den städtischen Marstall und das Leichenwageninstitut auf dem ehemaligen Grundstücke des Jakobshospitals am See zu errichten und führte dieses in den Jahren 1876 und 1877 aus. Dazu wurden jene 200 000 Mark verbraucht, und von Warmbadeanstalten war für lange Zeit nicht mehr die Rede.

Ein besseres Ergebnis lieferten die schon seit 1850 gepflogenen Erörterungen über die Verlegung der bestehenden beiden Schlachthäuser an der Zwingerstraße

vom Mai bis September 1873, hauptsächlich in der Gerbergasse, herrschte, dank den Verbesserungen der Wasserversorgung und der Entwässerung nicht wieder gekommen.

Neben den verschiedenen Gebieten der öffentlichen Gesundheitspflege haben in dieser Zeit nur noch das Schulwesen und die Armenpflege bedeutsame Neugestaltungen erlebt. Das Volksschulwesen wurde durch Landesgesetz vom 26. April 1873 völlig neu geordnet. Dieses Gesetz teilte die Volksschulen in einfache, mittlere und höhere ein und brachte für Knaben den Fortbildungsschulzwang. Eine Lokalschulordnung vom 24. September 1878 regelte die Befugnisse, die den Organen der politischen und der Schulgemeinde gesetzlich zukamen. In Dresden bestanden bis Ostern 1876 drei Arten von Volksschulen: Bürger-, Bezirks- und Gemeindeschulen. Nach dem neuen Gesetze galten die Bürgerschulen als höhere, die Bezirksschulen als mittlere Volksschulen. Aber auch die Gemeinde- oder Armenschulen erhoben sich über den Stand der einfachen Volksschule; es lag daher kein Grund mehr vor, sie gesondert aufrecht zu erhalten, und da sie überdies bei dem Streben der ärmeren Bevölkerung, ihrer Jugend eine bessere Ausbildung zu verschaffen, in der Schülerzahl immer mehr zurückgingen, wurden sie jetzt mit den Bezirksschulen verschmolzen. Der Erfolg dieser Maßregel war keineswegs eine Herabdrückung der Bezirksschulen, sondern lediglich eine geistige und sittliche Hebung der bisher in den Gemeindeschulen untergebrachten Jugend. – Die Fortbildungsschule mußten alle Knaben nach ihrer Entlassung aus der Volksschule drei Jahre lang besuchen, sofern sie nicht in höhere Schulanstalten oder Fachschulen übergingen. Am 7. September 1875 begannen die Fortbildungsschulen ihren Unterricht. In den ersten Jahren hatten die Lehrer viel über Widersetzlichkeit, Zerstörungswut und andere Untugenden der Schüler zu klagen, die ebensosehr durch deren Ärger über ihre Wiedereinziehung zur Schule wie durch den damals herrschenden Geist der Zuchtlosigkeit verschuldet waren; jedoch schon 1879 waren geregelte Zustände eingekehrt, unter denen die neue Einrichtung segensreich wirken konnte. – Dem Mangel an ausreichenden Schulräumen, über den man in den sechziger Jahren viel geklagt und der sogar lange Zeit hindurch die Verminderung der Unterrichtsstunden erfordert hatte, wurde nun immer mehr abgeholfen; zu Ostern 1881 erhielten gleichzeitig eine Bürgerschule und drei Bezirksschulen neue, zeitgemäß eingerichtete Gebäude. Bei dem schnellen Steigen der Bevölkerung hat seitdem der Bau neuer Schulhäuser ununterbrochen fortgedauert und die Steuerkraft der Gemeinde stark in Anspruch genommen.

Die Verhältnisse der höheren Unterrichtsanstalten wurden durch Landesgesetz vom 22. August 1876 geregelt. Wesentliche Umgestaltungen hatte dies

nicht zur Folge. Der wachsende Zudrang zu den gelehrten Berufen machte aber die Errichtung neuer höherer Schulen dringend nötig. Durch das vom Staate errichtete Königliche Gymnasium in der Neustadt, das am 27. April 1874 eingeweiht wurde, war dem Bedürfnisse noch keineswegs genügt. In der Kreuzschule, dem einzigen städtischen humanistischen Gymnasium, mußten bei der Anmeldung für Ostern 1878 nicht nur alle Auswärtigen, die sich um die Aufnahme bewarben, sondern auch 68 Söhne von Dresdner Einwohnern zurückgewiesen werden. Die städtischen Körperschaften beschlossen daher die Begründung eines zweiten städtischen Gymnasiums; es wurde am 22. April 1879 unter dem Namen „Wettiner Gymnasium" mit zwei Klassen im ehemaligen Stadtwaisenhause neben der Kreuzschule eröffnet und erhielt nachher ein eignes Gebäude am Wettinerplatze, das am 17. Oktober 1884 in Gegenwart des Königs Albert und der königlichen Prinzen eingeweiht wurde. Auch die höhere Töchterschule, früher eine von der Stadt unterstützte Privatschule, die 1868 in städtische Verwaltung übernommen worden war, konnte am 1. Mai 1876 ein neues Schulgebäude an der Langen Straße beziehen und brachte es nach zwei Jahren auf die doppelte Schülerzahl.

Einen wesentlichen Anteil an dem damaligen Aufschwunge des städtischen Schulwesens und besonders an der erfolgreichen Durchführung der neuen Organisation hatte der Stadtrat Otto Leonhard Heubner, ein Mann von feiner Bildung und idealer, durch schwere Lebenserfahrung geläuterter Gesinnung. Einst Kreisamtmann in Freiberg, war er nach dem Maiaufstande 1849 als ehemaliges Mitglied der provisorischen Regierung zum Tode verurteilt, aber zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden und hatte von dieser Strafe zehn Jahre verbüßt, als ihm der Rest geschenkt wurde. Er hatte sich später in Dresden als Advokat niedergelassen und war nach zweijähriger Tätigkeit als Stadtverordneter 1871 zum Stadtrat gewählt und mit der Leitung der Kirchen- und Schulverwaltung betraut worden. Die Volksschullehrer, damals größtenteils seine politischen Gesinnungsgenossen, brachten ihm eine ungemeine Verehrung entgegen; in Betätigung freiheitlicher Denkungsweise ließ er sie seine Leitung so wenig als möglich fühlen und handhabte die Zügel der Schulregierung lockerer als es später dem Rate mit der in einem großen Gemeinwesen nötigen straffen Ordnung vereinbar erschien.

Entsprechend der schnellen Entwicklung der Stadt hatte das Schulwesen in den sechzehn Jahren der Heubnerschen Verwaltung eine bedeutende Ausdehnung gewonnen. Während die Stadt 1871 vier höhere und siebzehn Volksschulen mit 384 Lehrern und 16381 Schülern unterhalten hatte, standen 1887 fünf höhere, dreißig Volksschulen und acht Fortbildungsschulen mit 606 Lehrern und 27378

Schülern unter der unmittelbaren Verwaltung des Rats; der Aufwand für das ſtädtiſche Schulweſen war inzwiſchen von 723 000 auf 1 533 000 Mark geſtiegen. Mit dem Umfange der Schulen hatte ſich aber zugleich auch ihr innerer Wert gehoben, ſo daß die Dresdner Schuleinrichtungen, die noch 1865 von den Stadtverordneten als ſchlecht und hinter denen Leipzigs weit zurückſtehend bezeichnet worden waren, keinen Vergleich mehr zu ſcheuen brauchten.

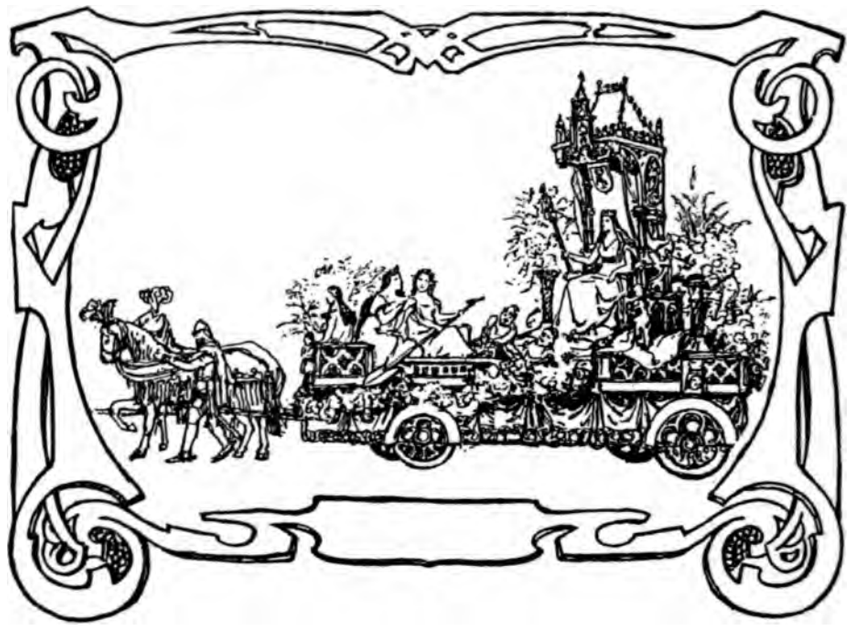
Die „Erwägungen", die in den ſechziger Jahren über Reformen auf den verſchiedenſten Gebieten der Stadtverwaltung gepflogen wurden, aber nicht leicht zu greifbaren Ergebniſſen führten, erſtreckten ſich auch auf die Armenverſorgung, nachdem die Stadtverordneten 1867 deren Neuordnung angeregt hatten. Ein dazu eingeſetzter gemiſchter Ausſchuß kam 1870 nur zu dem Beſchluſſe, die Beratung bis zum Erſcheinen des in Ausſicht ſtehenden Reichsgeſetzes über den Unterſtützungswohnſitz zu vertagen. In ganz Deutſchland wurde man damals auf das Syſtem von der Heydts in Elberfeld aufmerkſam, das auf dem Grundſatze ſorgſamer Einzelpflege und unabläſſiger Überwachung des Armen beruhte. Wegen der ausgezeichneten Erfolge, die dieſes Syſtem ſchon ſeit zwei Jahrzehnten am Orte ſeiner Entſtehung aufzuweiſen hatte, wurde es nach und nach von zahlreichen deutſchen Städten angenommen. In Dresden brauchte man ſich um ſo weniger zu bedenken, es einzuführen, als es hier keine Schwierigkeit machen konnte, die dazu erforderliche große Zahl freiwilliger Armenpfleger aus der Bürgerſchaft zu gewinnen. Eine auf das Elberfelder Syſtem gegründete Ortsarmenordnung kam 1879 zu ſtande und trat am 1. April 1880 in Kraft. Während bisher in den 39 Armendiſtrikten für 1914 ſtändig unterſtützte Perſonen und Parteien nur 39 Armenvorſteher mit 35 Armenpflegern als Gehilfen tätig geweſen waren, wurden jetzt 400 Bürger als Armenpfleger angeſtellt; je 6 bis 15 von ihnen bildeten einen Pflegerverein unter dem Vorſitz eines von ihnen aus ihrer Mitte gewählten Obmannes. Eine Verbilligung der Armenpflege trat zwar durch die neue Ordnung nicht ſogleich ein, das erſte Jahr erforderte ſogar eine Mehrausgabe von 75 000 Mark, dafür aber wurden ungleich größere ſittliche Erfolge erzielt. Freilich waren voll befriedigende Ergebniſſe von dem neuen Verfahren auch nur dann zu erwarten, wenn die von Vereinen und Einzelperſonen geübte Wohltätigkeit mit der öffentlichen Armenfürſorge Hand in Hand ging. Denn eine Privatwohltätigkeit, die ohne Plan und Prüfung Almoſen gewährte, mußte dazu führen, das Proletariat zu vermehren und arbeitsſcheue Leute in die Stadt zu ziehen, die ſich hier zwei Jahre lang durch milde Gaben erhielten, um dann als Unterſtützungswohnſitzberechtigte der Gemeinde dauernd zur Laſt zu fallen. Der Vorſtand des Armenamts, Stadtrat Kunze, der die Reform mit Sorgfalt durchzuführen beſtrebt war, ſetzte ſich daher

zur Herbeiführung eines einheitlichen Vorgehens mit den Wohltätigkeitsvereinen und einer Anzahl als hervorragend wohltätig bekannten Einzelpersonen ins Vernehmen. Das wichtigste Ergebnis der Besprechungen war zunächst die Gründung des „Vereins gegen Armennot und Bettelei", der sich unter Professor Viktor Böhmerts Leitung kräftig entwickelte und die Plage der Hausbettelei in wenigen Jahren fast völlig unterdrückte. Ende 1882 wurde dann die Frage des Anschlusses der Wohltätigkeitsvereine an die amtliche Armenpflege wieder aufgenommen und eine Vereinbarung getroffen, wonach fast alle diese Vereine mit dem Armenamte in dauernde Verbindung traten. Zur Anstellung von Erörterungen auf eingegangene Unterstützungsgesuche, zur Erteilung von Auskünften und zur Buchung aller gewährten Unterstützungen trat am 1. März 1883 im Armenamte eine besondere Geschäftsstelle in Wirksamkeit, deren Benutzung der gesamten Einwohnerschaft empfohlen wurde. Seit dieser Regelung wuchsen auch die Kosten der Armenpflege nicht mehr in gleichem Maße wie früher. Der ganzen Reform folgte der Oberbürgermeister Stübel mit lebhaftem Anteil; er betrachtete die Fürsorge für die Armen nicht nur als eine Pflicht der Gemeinde, sondern nahm sie geradezu als deren unveräußerliches Recht in Anspruch. Als die kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 die Gesetzgebungsgewalt und die Mittel des Reichs zum Eintreten für die hilfsbedürftigen, kranken und alten Arbeiter aufrief, sprach er in der nächsten Neujahrsrede bei den Stadtverordneten unter deren Beifall den Wunsch aus, daß es der Stadt nicht beschieden sein möge, um den Preis der in Aussicht gestellten Beihilfe für jene Aufgaben Einbuße an der Selbständigkeit ihrer Verwaltung zu erleiden, einer Selbständigkeit, der die deutschen Stadtgemeinden in erster Linie ihre gedeihliche Entwicklung verdankten — ein merkwürdiger Beweis, wie wenig anfangs selbst so wohlmeinende und unterrichtete Männer die Tragweite des gewaltigen sozialen Friedenswerks zu ermessen vermochten!

Noch manche andere organisatorischen Aufgaben von geringerer Bedeutung wurden von der Stadtgemeinde gelöst. Für die der Armenverwaltung unterstellte Arbeitsanstalt hatte man neue, zweckmäßig eingerichtete Gebäude an der Königsbrücker Straße errichtet, die mit 190 männlichen und 72 weiblichen Häuslingen am 15. Mai 1878 bezogen wurden. Nach dem neuen Regulativ sollte es die Aufgabe der Anstalt sein, liederliche, trunksüchtige oder arbeitsscheue Personen, die der öffentlichen Fürsorge anheimfielen, und solche, die sich der Pflicht des Unterhalts ihrer Familie entzogen, aufzunehmen, sittlich zu bessern und an Arbeitsamkeit zu gewöhnen. — Auf grund der Reichsgewerbeordnung trat Anfang 1874 zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Gewerbtreibenden und ihren Gehilfen und Lehrlingen ein Gewerbeschiedsgericht ins Leben. — In

Ausführung des Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und der Eheschließung wurden drei Standesämter errichtet, die am 2. Januar 1876 ihre Tätigkeit eröffneten. – Einer Anregung des Advokaten Kretzschmar folgend hatte der Rat bereits 1869 in Aussicht genommen, zur Pflege der städtischen Statistik ein statistisches Bureau zu errichten; während der ereignisvollen nächsten Jahre war der Plan wieder in den Hintergrund getreten und erst am 1. Mai 1874 konnte das neue Bureau seine Arbeiten beginnen. – Während die Ausführung der Vermessungsarbeiten für die Baupolizei und die Bauverwaltung bisher zum Schaden der Sache zwei selbständig nebeneinander stehenden Beamten, dem Ratsingenieur und dem Ratsgeometer, übertragen gewesen war, wurde vom 1. Januar 1876 an zur Besorgung aller beim Rate vorkommenden Feldmeß- und Stadtplanarbeiten ein fachmännisch gebildeter Vermessungsinspektor mit zwei Hilfsarbeitern angestellt. – Der mangelhafte Zustand der literarischen Hilfsmittel beim Rate gab die Veranlassung, eine öffentliche Stadtbibliothek zu begründen, die einerseits die für den städtischen Dienst erforderliche juridische und verwaltungsrechtliche Literatur pflegen, andrerseits aber auch dem Bürger Gelegenheit zu geschichtlicher und politischer Fortbildung bieten sollte; die Bibliothek wurde in dem ehemaligen Polizeihause auf der Scheffelstraße eingerichtet und am 3. Oktober 1881 der öffentlichen Benutzung übergeben.

Der Verwaltungsbericht des Rates, den der neue Oberbürgermeister zum ersten Male für das Jahr 1877 veröffentlichte, bot ein Bild rüstigen Vorwärtsstrebens auf vielen Gebieten der städtischen Verwaltung. Der schaffensfrohe Geist jener Jahre des nationalen Aufschwungs und die freiheitlichen Errungenschaften der neuen Städteordnung hatten in allen, die an der Gemeindeverwaltung mitzuarbeiten berufen waren, einen regen Wetteifer erzeugt, die Stadt in ihren öffentlichen Einrichtungen auf die Höhe zu bringen, die ihrer stark wachsenden Einwohnerzahl – nun schon 200 000 – und ihrem wirtschaftlichen Aufblühen entsprach. Namentlich auch in der Gemeindevertretung waren die Männer zahlreich, die sich den städtischen Angelegenheiten mit hingebendem Eifer widmeten. Zwei der hervorragendsten von ihnen wurden im Jahre 1878 mit dem Ehrenbürgerrechte belohnt: der Vorsteher Hofrat Ackermann bei der Vierteljahrhundertfeier seiner Wirksamkeit als Stadtverordneter und der zweite Vizevorsteher Fabrikant Jordan bei seinem Ausscheiden aus der Körperschaft.



## VI.

# Ereigniſſe der achtziger Jahre.

Während die zahlreichen Feſte der ſiebziger Jahre ausſchließlich die Errungenſchaften der jüngſten großen Zeit gefeiert hatten, war es den achtziger Jahren vorbehalten, den Blick wieder auf eine weiter zurückliegende Vergangenheit zu lenken. Ein halbes Jahrhundert war verfloſſen, ſeit im Sachſenlande eine Volksbewegung, deren innere Berechtigung auch die regierenden Kreiſe anerkannten, eine Reihe heilſamer Geſetze, vor allen eine dem Zeitgeiſte entſprechende Landesverfaſſung und eine freiheitliche Städteordnung, hervorgerufen hatte. König Albert wollte Tage ſo wichtiger Erinnerung nicht mit Schweigen übergangen wiſſen und berief am 4. September 1881, dem fünfzigſten Jahrestage der Verkündung der Landesverfaſſung, den Landtag zu einer feierlichen Sitzung nach Dresden zuſammen. Die vom Könige verleſene Thronrede hob hervor, wie ſich unter dem Einfluſſe der neuen Verfaſſung alle Gebiete des Staatslebens gedeihlich entwickelt und völlig neu geſtaltet hätten; „und wenn die Stände unſerer Verfaſſung in dieſem halben Jahrhundert es verſtanden haben, gleichzeitig als Vertreter der mannigfaltigen Intereſſen des Volkes, wie als treue und zuverläſſige Stützen bei der Erhaltung des Vaterlandes zu dienen, wenn ferner die auf dem Inhalte unſrer Verfaſſung

ruhende halbhundertjährige Arbeit zur Förderung der Gerechtigkeit, zur Hebung der Sittlichkeit des Volkes und zur Entwicklung seiner geistigen und wirtschaftlichen Kräfte geführt hat, so darf man sagen, daß die vor fünfzig Jahren gegründete Verfassung die Erwartungen ihrer Einführung erfüllt und als ein Segen unseres Volkes sich erwiesen hat". Der Landtag richtete an den König eine Adresse und ward sodann von ihm zu einem festlichen Mahle in die Albrechtsburg in Meißen entboten.

Ein zweiter Gedenktag ging die Stadt selbst an: sie feierte am 31. Mai 1882 das fünfzigjährige Jubelfest der Einführung der sächsischen allgemeinen Städteordnung in Dresden, eines Gesetzes, das im Gegensatze zu der obrigkeitlichen Bevormundung früherer Jahrhunderte die gesamte Bürgerschaft zur Verwaltung ihres Gemeinwesens heranzog, die ihrem Schaffensdrange und der Entfaltung eines unabhängigen Bürgersinnes entgegenstehenden Schranken beseitigte und die Städte wieder zu selbständigen Gliedern des Staatskörpers erhob. Der Rat veranstaltete vormittags einen Festgottesdienst in der Kreuzkirche und abends eine Musikaufführung auf dem Altmarkte, sowie ein Gartenfest auf dem Lincke'schen Bade, zu dem alle bei der städtischen Verwaltung beteiligten Kreise der Einwohnerschaft, etwa 5 400 Personen, geladen waren. – Aus Anlaß der Feier beschloß der Rat, dem Staatsminister Dr. Hermann von Nostitz-Wallwitz für seine Verdienste um die Entwicklung der Gemeinde und besonders um die 1873 im Sinne der Selbständigkeit der Gemeindeverwaltungen durchgeführte Revision der allgemeinen Städteordnung das Ehrenbürgerrecht zu verleihen. In der Stadtverordnetenversammlung fand diese Verleihung bei den der Fortschrittspartei angehörigen Mitgliedern Widerspruch, weil die revidierte Städteordnung nicht auf Anregung des Ministers, sondern der liberalen Mehrheit der Zweiten Kammer geschaffen sei; der Oberbürgermeister Stübel betonte aber, dem Minister gebühre die Anerkennung dafür, daß er die revidierte Städteordnung im freiheitlichen Sinne abgefaßt und nie den entferntesten Versuch gemacht habe, die Selbständigkeit der Gemeinden zu beschränken. Die Verleihung wurde gegen die 17 Stimmen der Fortschrittler genehmigt und deren Antrag, gleichzeitig dem Stadtverordneten Dr. Wigard als einem Repräsentanten der liberalen Richtung das Ehrenbürgerrecht zu verleihen, abgelehnt.

Die Gemeindevertretung ließ es sich auch nach diesen beiden allgemeinen Gedenkfesten nicht nehmen, am 11. Mai 1887 noch besonders den Tag zu feiern, an dem vor fünfzig Jahren zum ersten Male die nach den Vorschriften der allgemeinen Städteordnung von der Bürgerschaft frei gewählten Stadtverordneten zusammengetreten waren. Sie veranstaltete aus diesem Anlasse eine Festsitzung in Gegenwart des gesamten Rates und sodann ein Mahl auf dem

Königlichen Belvedere. Zum dauernden Gedächtnis des Tages wurde auf Antrag der Stadtverordneten dem Prinzen Georg, der in der gewiſſenhaften Ausübung ſeines Wahlrechts den Bürgern ſtets mit gutem Beiſpiele vorangegangen war, das Ehrenbürgerrecht der Stadt verliehen.

Es waren naturgemäß nur wenige, die ſolchen Erinnerungen an Vorgänge des Verfaſſungslebens einen tieferen Anteil entgegenbrachten. Stärker noch als Ideen vermögen Helden von Fleiſch und Blut die Herzen des Volkes zu bewegen. Und ſolcher Helden nannte das Vaterland damals mehr als einen ſein Eigen: ihnen voran Kaiſer Wilhelm, den greiſen Begründer des Reiches. Das waren Feſttage des ganzen Volkes, als der alte Kaiſer im September 1882 in der Hauptſtadt ſeines treuen Mitkämpfers König Albert weilte, um von hier aus den großen Truppenübungen des ſächſiſchen Armeekorps in der Rieſaer Gegend zu folgen. Am 14. September nachmittags kam der Kaiſer auf dem Schleſiſchen Bahnhofe an, fuhr mit dem König durch die Antonſtraße und wurde am Albertplatze durch Geſang der Schulkinder begrüßt. Der Oberbürgermeiſter hieß ihn dort willkommen und verſicherte, es dränge ihn, in dieſer feierlichen Stunde der feſten Überzeugung Ausdruck zu geben, daß unſer Dresden keiner deutſchen Stadt nachſtehe in ſeiner Treue zu des Kaiſers Majeſtät und zu des Reiches Herrlichkeit. Unter dem Geläute der Glocken erfolgte die Weiterfahrt durch die in eine Triumphſtraße umgewandelte Hauptallee über die Auguſtusbrücke und den Schloßplatz, wo eine mit Kornblumennetzen überſpannte Ehrenpforte den hohen Gaſt empfing. Auf dem ganzen Wege bis zum königlichen Schloſſe, der von einem Spalier aller ſtädtiſchen Vereine und Schulen und von einer unüberſehbaren, in ſtrömendem Regen ausharrenden Volksmenge eingeſäumt war, wurden der Kaiſer und nach ihm die großen Heerführer aus dem Einigungskriege, Kronprinz Friedrich Wilhelm, Prinz Friedrich Karl und beſonders Feldmarſchall Graf Moltke, ſtürmiſch begrüßt. Die beiden nächſten Tage widmete der Kaiſer ganz ſeinen ſoldatiſchen Pflichten; bei jeder Fahrt aber erwarteten ihn in den reichgeſchmückten Straßen frohgeſtimmte Scharen aus Stadt und Land, um ihm durch jubelnden Gruß ihre Verehrung kundzutun. Am 17. September, einem Sonntage, der ſich durch das ſprichwörtlich gewordene „Kaiſerwetter“ auszeichnete, beſichtigte der Kaiſer, begleitet vom König, vormittags in der Werkſtatt des Bildhauers Schilling das Modell zu dem Nationaldenkmal auf dem Niederwalde, dann die Jägerkaſerne an der Albertbrücke und fuhr nach der Albertſtadt, um das ſeinen Namen tragende Grenadierregiment Nr. 101 zu beſuchen. Um 2 Uhr fand auf dem Alaunplatze eine Parade der ſächſiſchen Militärvereine ſtatt, zu der über 400 Vereine in Stärke von etwa 20 000 Mann mit mehr als 300 Fahnen angetreten waren. Nachmittags begab

sich der königliche Hof mit seinen Gästen zu dem vom Albertvereine veranstalteten Feste im Großen Garten. Den Glanzpunkt des Festes bildete eine Aufführung, die sich auf dem Platze zwischen dem Palais und einem am Teiche aufgestellten Prachtzelte vollzog: die Huldigung der Künste vor dem Kaiser, dargestellt von der Dresdner Kunstgenossenschaft. Reichgeschmückte Züge von Rittern, Kriegern und Jägern, Künstlern, Bürgern und allerlei Volk brachte das vom Maler Gey gedichtete Festspiel auf den Schauplatz. Die sieben freien Künste in Frauengestalt legten vor dem Kaiser Lorbeerkränze nieder, und der Darsteller Lukas Cranachs gab den Empfindungen der Festversammlung und des ganzen Volkes gegenüber dem greisen Oberhaupte des Reiches Ausdruck:

„Blickt her, Jahrhunderte! Was ihr erhofft,
Ersehnt, erstrebt, es ist kein Traumbild mehr,
Lebendig, lebenschaffend ist's geworden!
Des Völkerfrühlings goldne Morgensonne
Stieg auf! Deutschland! Alldeutschland! Vaterland!
In lichter Ruhmesglorie schau ich dich!
Geeinigt, fest gegründet wie ein Felsen,
Ein Markstein in der Weltgeschichte steht's –
Durch Dich, o Heldenkaiser, Friedensfürst!
Des kühnsten Hoffens herrlichste Erfüllung
Schaut hier, ihr Völker. Deutschlands Stämme, seht
Des deutschen Kaisers hohe Majestät,
Um ihn geschart die edlen deutschen Fürsten,
Mit ihm vereint im Herzensfreundschaftsbunde
Des Sachsenlandes königlichen Helden –
Welch hehres Bild! – des Volkes Herz erglüht
In unaussprechlich heißem Dankgefühle.
O woll' es Gott dem Herrn der Herr'n gefallen,
Daß seiner Friedenssonne milde Strahlen
Des hochehrwürd'gen Kaisers Lebensabend
Auf immerdar vergolden!"

Das ganze Spiel war von einer Begeisterung durchweht, die dem Kaiser, wie er selbst es aussprach, tief zu Herzen ging. Und Kronprinz Friedrich Wilhelm versicherte, ein so glänzendes und weihevolles Künstlerfest noch nicht erlebt zu haben. In lustigem Gegensatze zu dem Festspiele stand eine von dem Künstlerverein „Mappe" dargestellte Zigeunerbande, 160 Köpfe stark mit 15 Pferden und 10 Wagen und Karren, die durch ihr malerisch verlumptes Äußeres die lebhafte Heiterkeit der fürstlichen Gäste erregte. Das ganze Gartenfest nahm einen prächtigen und ungetrübten Verlauf. Nach der Hoftafel am Abend sagte Kaiser Wilhelm dem Oberbürgermeister und dem Stadtverordnetenvorsteher seinen Dank für den Empfang, den er in Dresden gefunden. Nicht nur überrascht und erfreut, sondern wahrhaft gerührt sei er über die Art und

Weiſe, wie er in allen Teilen der Stadt immer von neuem begrüßt worden ſei, und lebhaft ſei er in dieſen Tagen erinnert worden an eine Äußerung ſeines hochſeligen Bruders, daß die Einheit Deutſchlands ſehr wohl ſich vereinigen laſſe mit der hiſtoriſchen Vielheit. – Am Abend des 18. September brachten die Dresdner Männergeſangvereine unter dem Geleite von 10 000 Bürgern und Schülern mit bunten Lampen und Wachsfackeln dem Kaiſer vor dem Hoftheater eine Serenade dar, während deſſen der Platz und die Elbufer in glänzender Beleuchtung erſtrahlten. Die Abreiſe Kaiſer Wilhelms und der übrigen fürſtlichen Gäſte, zu denen auch die Prinzen Wilhelm und Heinrich gehört hatten, erfolgte am 20. September früh. In einem Schreiben beauftragte der Kaiſer den Oberbürgermeiſter, der Einwohnerſchaft Dresdens ſeinen innigſten Dank für die genoſſene ausgezeichnete Aufnahme zu übermitteln.

Die ausgeprägt vaterländiſche Geſinnung, die dieſe Kaiſertage zu einem herzerfreuenden Volksfeſte geſtaltet hatte, war auch wirkſam, als es im folgenden Jahre galt, den vierhundertſten Geburtstag Dr. Martin Luthers würdig zu feiern. Daß die Erinnerung an den großen Reformator nicht bloß von der Kirche, ſondern in allen bürgerlichen Kreiſen als das Feſt eines Nationalhelden begangen wurde, war beſonders dem Oberbürgermeiſter Stübel zu danken; er gab damit ein Beiſpiel, wie ein einzelner angeſehener Mann durch überzeugungstreues Hervortreten die Maſſe für eine edle Sache zu erwärmen vermag. Schon am 30. Oktober erſchien ein Aufruf zur Errichtung eines Luther-Denkmals in Dresden: „Laßt uns auch in unſrer Stadt ein Denkmal errichten, das von unſrer Begeiſterung für Luther reden möge für alle Zeiten. Laßt ſein erhabenes Bild in der Kraft und Schönheit, wie es einſt Meiſter Rietſchels Hand hier geſchaffen, in Erz uns gießen und auf einem öffentlichen Platze unſrer Stadt auch zu deren Ehre aufrichten.“ An dem feſtlichen 10. November war die Stadt reich geſchmückt, in allen höheren Unterrichtsanſtalten und in den Volksſchulen wurden Feſtakte, in allen Kirchen liturgiſche Abendgottesdienſte abgehalten und im Saale des Gewerbehauſes fand eine vom Rate veranſtaltete Gedenkfeier ſtatt. Der folgende Sonntagmorgen vereinigte alle Kirchgemeinden zu Feſtgottesdienſten, deren Teilnehmer ſich in feierlichem Aufzuge in die Gotteshäuſer begaben. In dem Zuge vom Rathauſe nach der Kreuzkirche gingen die Vertreter der königlichen Behörden, an ihrer Spitze die Staatsminiſter, Rat und Stadtverordnete, die Vorſtände gewerblicher Körperſchaften und die ſtädtiſchen Beamten und Lehrer. Abends war die Stadt glänzend beleuchtet. Die Vereine und die ſtudierende Jugend, zuſammen gegen 11 000 Perſonen, veranſtalteten einen Fackelzug nach dem Neumarkte. Dort fand an Rietſchels Lutherſtandbild, das im Gipsabguß vor der Frauenkirche aufgeſtellt war, eine kurze Feier ſtatt;

das mächtige Gotteshaus war von 4 500 Lichtern und 1 000 Lampen beleuchtet und erglühte in Rotfeuer, als zum Ende der Feier Glockengeläute ertönte. Seinen Abschluß fand das Fest am 12. November mit der Grundsteinlegung zu der Martin Luther-Kirche in der Antonstadt. — Schon nach zwei Jahren, am 31. Oktober 1885, konnte das eherne Denkmal auf dem Platze vor der Frauenkirche enthüllt werden. Es war nach Rietschels Modell zum Wormser Lutherstandbild gegossen, jedoch mit Benutzung einer durch edlen Ausdruck hervorragenden Gesichtsmaske, die Rietschel verworfen hatte, weil sie bei der bedeutenderen Höhe des Wormser Denkmals nicht kräftig genug zu wirken versprach. Oberbürgermeister Stübel übernahm das Denkmal des Reformators für die Stadt mit dem Wunsche: Möge sein verklärtes Bild als unser Leitstern in allen Stürmen unerschüttert stehen!

Der Sommer 1885 führte die Jugend Deutschlands zum sechsten deutschen Turnfeste nach Dresden. Zum ersten Male wieder hatte Sachsen sie zu Gaste geladen seit jenem ersten Turnfeste in Leipzig, bei dem Heinrich von Treitschke als Festredner dem allgemeinen Sehnen nach der Einigung des Vaterlandes einen so ergreifenden Ausdruck gab. Welch ein Umschwung seit diesem 1863er Feste! Statt patriotischen Verlangens herrschte jetzt frohes Genießen des Errungenen, aber mit nicht geringerer Kraft wie zuvor machte sich die Vaterlandsliebe als Grundton der festlichen Stimmung geltend. Mit Recht hob der Oberbürgermeister Stübel bei seiner Begrüßung der Gäste am Abend des 19. Juli hervor, daß solche Feste durch die Einigung des Vaterlands keineswegs entbehrlich geworden seien, sondern die Aufgabe hätten, vermittelnd und ausgleichend zu wirken auf die vielfach sich kreuzenden Strömungen im politischen und wirtschaftlichen Leben des Volkes; zugleich wies er der deutschen Turnerschaft den Beruf zu, die Veranstaltung allgemeiner nationaler Feste in die Hand zu nehmen. Sonntag den 20. Juli mittags bewegte sich ein gewaltiger Festzug, dessen Vorbeimarsch volle zwei Stunden dauerte, durch die reich geschmückte Stadt: 20 000 Turner mit mehr als 1 000 Fahnen marschierten, vom Volke jubelnd begrüßt, vom Albertplatze nach dem Festplatze an der Grunaer Straße, dem späteren Ausstellungsplatze. Dort führten in Anwesenheit des Königspaares und unter dem Beifalle einer ungezählten Zuschauermenge 5000 Turner Freiübungen aus. Am nächsten Tage wurde in der prächtigen, leichtgebauten Festhalle ein großes Mahl und abends eine Festkneipe der Deutsch-Österreicher abgehalten, die sich zu einer Kundgebung der Zusammengehörigkeit und Verbrüderung der Deutschen und Österreicher gestaltete. Der 22. und 23. Juli waren von Wetturnen und Spielen ausgefüllt; die Verteilung von Eichenkränzen an die Sieger bildete den Schluß des schönen Festes.

In der Weise, wie Stübel die nationalen Feste mit Hilfe der Turnerschaft gestaltet wissen wollte, wurde in Dresden der Sedantag am 2. September 1888 begangen: ein Festzug der Vereine und Schulen, etwa 12000 Köpfe stark, bewegte sich, nach einem Vorbeimarsch vor dem Siegesdenkmale, hinaus nach den zum Festplatze hergerichteten Wiesen im großen Ostragehege; dort wurden Musik- und Gesangsaufführungen, Jugendspiele und Wetturnen abgehalten, und eine ungeheure Volksmenge nahm an den patriotischen Veranstaltungen frohen Anteil. Aber zu einer dauernden Einrichtung wurden Feste dieser Art noch nicht, weil es an einer über die nötigen Kräfte und Mittel verfügenden ständigen Leitung fehlte.

Eine lange Reihe von Festlichkeiten hatte das deutsche Volk seit 1871 in ungetrübter Freude erlebt – nun brachte ihm das Jahr 1888 die erste nationale Trauer: am 9. März früh ½9 Uhr starb Kaiser Wilhelm I. Als die Nachricht von dem Hinscheiden des 91jährigen Helden sich verbreitete, ging es wie ein leises Weh durch alle deutschen Herzen. So innig hat noch nie ein großes Volk seinen Fürsten betrauert! In wenig Stunden hatten die Straßen das Trauerkleid schwarz beflorter Flaggen angelegt. Am Abend wurde in der Kreuzkirche eine Trauerandacht gehalten; das Gotteshaus konnte die Zahl der Andächtigen nicht fassen, und in tiefer Rührung ließ sich die Gemeinde zum Gebet auf die Knie nieder. Eine Woche lang wurden jeden Mittag die Glocken geläutet, alle Lustbarkeiten blieben auf Anordnung der Regierung bis nach der Beisetzung der Leiche eingestellt. Am Beisetzungstage, dem 16. März, fanden in allen Kirchen des Landes Gedächtnisgottesdienste statt; Rat und Stadtverordnete begaben sich in feierlichem Zuge nach der Kreuzkirche. Der Oberbürgermeister war als Vertreter der Stadt zur Beisetzung nach Berlin entsandt. Zahlreiche Trauerfeierlichkeiten wurden in den nächsten Tagen von Vereinen und Anstalten abgehalten. Die Stadt richtete in Gemeinschaft mit den übrigen 72 größeren Städten Sachsens am 15. März an den Kaiser Friedrich ein Beileidsschreiben, das den Gefühlen der Bürgerschaft in den Worten Ausdruck gab:

„Schmerzerfüllt, tieftrauernd umsteht Deutschlands Volk die Bahre seines großen Kaisers. Geschmückt mit dem Lorbeer unvergleichlicher Siege hat Kaiser Wilhelm das geeinte Vaterland auf die höchste Stufe des Ruhmes und der Macht erhoben und in ihm, auf Recht, Wahrheit und Treue begründet, einen Hort des Weltfriedens aufgerichtet. In heißer Liebe schlugen ihm, dem Schöpfer des neuen Reiches, der das Sehnen seines Volkes zu herrlicher Erfüllung geführt, die Herzen aller Deutschen entgegen, in Ehrfurcht und Vertrauen neigten sich die Völker des Erdkreises vor seinem Kaiserworte. Nun ist er dahingegangen, der edle Fürst, der bis zum letzten Atemzuge nicht müde ward, für

das Wohl seines treuen Volkes seine ganze Kraft einzusetzen. Den Teuren, den Eure Kaiserliche Majestät in inniger Sohnesliebe beweinen, betrauern wir tieferschüttert als den Vater des Vaterlandes. Möge der Allmächtige Eurer Majestät Gesundheit und Kraft verleihen, um erfolgreich den hohen Aufgaben zu leben, welche Eure Majestät im Geiste des erhabenen Dahingeschiedenen sich vorgezeichnet haben, dem schwergeprüften kaiserlichen Hause zur Freude, dem deutschen Vaterlande zum Segen!"

Diese Wünsche konnten nicht in Erfüllung gehen, sie waren nur Trostesworte: schon am 15. Juni, nach einer Regierung von 99 Tagen, erlag der edle Kaiser Friedrich seinem schweren Leiden, und wieder hüllte sich das deutsche Volk und mit ihm unsre Stadt in Trauer. Hoffnungsfreudig aber schlugen die Herzen nun dem jugendfrischen Kaiser Wilhelm II. entgegen. Er fand eine herzliche Aufnahme, als er am Vormittag des 27. August zu einem Besuche König Alberts nach Dresden kam. Zu seinem Empfange, der sich der Trauer wegen ohne jeden Prunk vollzog, waren auf dem Berliner Bahnhofe mit dem Könige und den Prinzen die Generale und Minister, sowie Rat und Stadtverordnete anwesend. Der Oberbürgermeister brachte ihm den Willkommengruß der Stadt dar: „Zu Eurer Majestät wollen wir stehen in guten und in bösen Tagen, das gelobe ich im Namen der Stadt Dresden!" Der Kaiser hob in seinen Dankesworten anerkennend die Treue der Sachsen zu Kaiser und Reich hervor, die besonders schön bei dem Empfange seines Großvaters in Dresden zum Ausdruck gekommen sei. Alsdann überreichte er dem an der Spitze der Ehrenkompagnie stehenden Prinzen Georg, den er am 4. Juli zum Generalinspekteur der zweiten Armeeinspektion und zugleich zum Generalfeldmarschall ernannt hatte, einen kostbaren Marschallstab. Der Kaiser fuhr mit dem Könige zu Wagen in schneller Gangart durch die Stadt, ihm voraus der Oberbürgermeister mit dem Stadtverordnetenvorsteher. In den vom Wagenzuge berührten, festlich geschmückten Straßen waren Vereine, Innungen und Schulen mit Fahnen und Musik aufgestellt und eine zahllose Menschenmenge versammelt, die die Monarchen jubelnd begrüßte. Der Kaiser besuchte sein Grenadierregiment in der Kaserne und begab sich dann mit dem Könige nach Pillnitz, von wo er abends die Rückreise nach Berlin antrat.

So war das Volk in dieser Zeit oft von den Vorgängen im Kaiserhause bewegt worden, aber es hatte doch auch nicht an traurigen und freudigen Anlässen gefehlt, dem angestammten Fürstenhause die alte Treue zu bekunden. Am 5. Februar 1884 war im Alter von 40 Jahren die Gemahlin des Prinzen Georg, Prinzessin Maria Anna gestorben, geschätzt um ihres Wohltätigkeitssinnes und ihrer aufopfernden Mutterliebe willen; dem Mitgefühl der Bürger-

ſchaft an ihrem frühzeitigen Hinſcheiden gab eine Abordnung der ſtädtiſchen Körperſchaften durch Teilnahme an ihrer Beiſetzung ſtillen Ausdruck. Zu lebhaften Kundgebungen der Anhänglichkeit kam es aber, als 1886 die jüngere ihrer beiden hinterlaſſenen Töchter, Prinzeſſin Maria Joſepha, mit einem Gliede des befreundeten öſterreichiſchen Kaiſerhauſes, Erzherzog Otto, den Ehebund ſchloß. Am Abend des 30. September brachte ihr die Sängerſchaft Dresdens und der Umgegend, 76 Vereine mit etwa 1200 Sängern, im Parke des Prinzenpalais an der Langen Straße eine Geſangshuldigung dar. Eine ſtädtiſche Abordnung überreichte am folgenden Tage als Hochzeitsgeſchenk ein ſilbernes Tafelgefäß für Blumen. Am 2. Oktober erfolgte die ſtandesamtliche Trauung im Palais durch den Miniſter von Noſtitz-Wallwitz, ſodann der Brautzug nach dem königlichen Schloſſe, die Kranzaufſetzung in den Gemächern der Königin und endlich die Einſegnung in der katholiſchen Hofkirche durch den apoſtoliſchen Vikar Biſchof Bernert. Als das Brautpaar nach der Trauung auf dem Schloßbalkon erſchien, wurde die Prinzeſſin von der Volksmenge ſtürmiſch begrüßt. Ähnliche Kundgebungen bei der Abreiſe bezeugten das Bedauern der Einwohnerſchaft, daß die Prinzeſſin, die ſich durch ihr freundliches Weſen viele Herzen gewonnen hatte, ihre Vaterſtadt verlaſſen mußte.

Überreich wahrlich waren die verfloſſenen 18 Jahre an großen Feſten geweſen, und doch wurde all der Glanz und Jubel noch übertroffen von dem, was das Jahr 1889 brachte. Der Staatsarchivar Dr. Poſſe hatte in wiſſenſchaftlichen Veröffentlichungen darauf hingewieſen, daß Heinrich von Eilenburg, der im Jahre 1089 mit der Mark Meißen belehnt wurde, ein Wettiner war. Der Gedanke, die Erinnerung an die vor acht Jahrhunderten erfolgte Beſitzergreifung des Landes durch das Haus Wettin feſtlich zu begehen, kam dann auch in der Öffentlichkeit zum Ausdruck und fand Beifall. Eine Verſammlung angeſehener Männer aus dem ganzen Lande ſetzte im Einverſtändniſſe mit der Staatsregierung am 2. Dezember 1888 einen Landesausſchuß zur Vorbereitung der Feier ein. Der von dieſem Ausſchuſſe erlaſſene Aufruf wurde überall freudig aufgenommen. Für die Feier in Dresden trat am 6. Januar 1889 ein beſonderer Feſtausſchuß zuſammen. Er nahm in Ausſicht, einen Aufzug zu veranſtalten, um die geſchichtliche Entwicklung Sachſens in den vergangenen acht Jahrhunderten vorzuführen; die Beteiligung daran ſollte dem ganzen Lande offen ſtehen. Dieſer ſtreng hiſtoriſche Feſtzug aber, für den die Dresdner Künſtlerſchaft alsbald die Entwürfe gefertigt hatte, fand nicht den erhofften Anklang: man wendete dagegen ein, daß er zu wenig Raum laſſe für die Darſtellung der Gegenwart und daß auf dieſem Wege die von allen Seiten gewünſchte gemeinſame Huldigung nicht erreicht werden würde. Da die geringe

Zahl der aus dem Lande eingegangenen Anmeldungen dieſe Befürchtung beſtätigte, gab der Dresdner Ausſchuß den Plan des hiſtoriſchen Feſtzugs auf und beſchloß an ſeiner Stelle einen freien Huldigungszug ins Werk zu ſetzen, der ebenſo Bilder aus Sachſens Vergangenheit wie Darſtellungen der gegenwärtigen ſchaffenden Kräfte des Landes vorführen ſollte. Der Aufruf zur Verwirklichung dieſes neuen Planes hatte einen überraſchenden Erfolg. Stadt und Land, Kunſt und Wiſſenſchaft, Ackerbau, Gewerbe, Induſtrie und Handel wetteiferten ihre Mitwirkung anzubieten, und viele Tauſende fleißiger Hände waren von da an im ganzen Lande beſchäftigt, die einzelnen Gruppen des Zuges zu geſtalten und auszuſtatten.

Als die Feſttage nahten, hüllte ſich die Reſidenzſtadt in ein Feſtgewand, wie ſie es nie zuvor getragen: wohin das Auge blickte, überall Ehrenpforten, Palmen und Blumen, ein Meer von wogenden Laubgewinden und wallenden Fahnen. Alle Hauptplätze der Stadt waren mit Obelisken, Pylonen und Säulen, mit Büſten, Kronen und Blumenvaſen auf Poſtamenten, die Elbbrücken und Alleen mit Flaggenmaſten, Gewinden und Blumenſtändern geſchmückt; an der Kreuzung der Prager und Sidonienſtraße und am Eingange der Hauptſtraße erhoben ſich prächtige Triumphtore mit gemalten Velarien. Die drei Märkte waren von reichgeſchmückten Zuſchauertribünen bedeckt und an der Einmündung der Auguſtusſtraße in den Neumarkt ſtand der mächtige Königspavillon, der bei der Pracht ſeiner Ausſtattung einen würdigen Standort für die Entgegennahme der geplanten Huldigung abgab.

Um das Feſt in Gemeinſchaft mit den Ständen als den verfaſſungsmäßigen Vertretern des Volkes zu begehen, berief der König einen außerordentlichen Landtag, der am 13. Juni eröffnet wurde. Die Ständekammern bewilligten als Feſtgeſchenk 3 Millionen Mark zum Ausbau des Reſidenzſchloſſes in Dresden und des Jagdſchloſſes Moritzburg. Eine Abordnung der beiden Kammern ſtattete dem Könige am 15. Juni deren Glückwünſche ab. Abends brachten ihm die Studierenden der Hochſchulen zu Dresden, Freiberg und Tharandt einen Fackelzug, der unter ſtrömendem Regen vor ſich ging.

Sonntag den 16. Juni vereinigten ſich alle Kirchgemeinden des Landes zu feſtlichen Gottesdienſten. Abends führten die Offiziere der ſächſiſchen Armee dem Königshauſe Erinnerungen an eine rühmliche Waffentat, die Beteiligung der Sachſen am Entſatze Wiens im Jahre 1683, in glänzend ausgeſtatteten Darſtellungen vor. Bei dieſem „Armeefeſte“, das in einer zu dieſem Zwecke an die Gardereiterkaſerne angebauten Halle ſtattfand, traten 430 Offiziere als Darſteller auf und errangen durch den Reiz ihrer hiſtoriſchen Koſtüme und durch ihre Reitkünſte großen Beifall. Den 17. Juni widmete der König dem Empfange

einer großen Zahl glückwünſchender Abordnungen, unter denen ſich auch Abgeſandte des deutſchen Bundesrats und des deutſchen Reichstags befanden. Am 18. Juni fand vormittags eine Truppenparade auf dem Alaunplatze ſtatt. Nachmittags 3 Uhr wurde das Reiterſtandbild des Königs Johann feierlich enthüllt.

Der Gedanke, dem verewigten Könige ein Ehrenmal zu errichten, war ſchon bald nach ſeinem Tode von den leitenden Perſönlichkeiten beſprochen, aber ſeine Ausführung wegen des damaligen Niederganges der wirtſchaftlichen Verhältniſſe vertagt worden. Im Januar 1881 trat plötzlich das Direktorium von Sachſens Militärvereinsbund mit einem Aufrufe zu Geldſammlungen hervor, ohne ſich mit den bürgerlichen Kreiſen in Verbindung geſetzt zu haben und daher ohne die Gewähr einer würdigen Durchführung des Unternehmens. Dieſe ward erſt dadurch gegeben, daß ſich alsbald ein Dresdner Bürgerausſchuß bildete, der das Vorhaben der Militärvereine zu unterſtützen beſchloß. Auf ſeine Veranlaſſung trat ein Landesausſchuß zuſammen und ließ im März einen Aufruf zur Spendung von Beiträgen in das Land ergehen. Der Zufluß der Mittel entſprach nicht ganz den Erwartungen, daher wurde die Zuſage des Miniſteriums, aus dem ſtaatlichen Kunſtfonds eine namhafte Summe beiſteuern zu wollen, willkommen geheißen. Für die Ausführung des Denkmals kamen nur die Bildhauer Hähnel und Schilling in Frage, doch verzichtete jener zu gunſten ſeines Freundes. Schilling ſchlug als Aufſtellungsort den Theaterplatz vor und unterbreitete dem Ausſchuſſe am 1. Juli 1882 einen Entwurf, wonach er den König in einem Reiterſtandbilde als Friedensfürſten darzuſtellen gedachte. Anfang Mai 1888 hatte er alle Modelle vollendet. Der Bronzeguß wurde von Albert Bierling in Dresden ausgeführt, der Unterbau von den Architekten Weißbach und Barth entworfen. Das mächtige Denkmal verurſachte einen Koſtenaufwand von 286 000 Mark; dazu ſteuerte der ſtaatliche Kunſtfonds 105 000, die Stadt Dresden 30 000 Mark bei. — Der Oberbürgermeiſter Stübel übergab als Vorſitzender des Denkmalsausſchuſſes das Kunſtwerk dem Könige als „ein unvergängliches, weithin leuchtendes Zeugnis des Dankes“ aus der Hand des ſächſiſchen Volkes, der König übernahm es mit einer an die Feſtverſammlung gerichteten Anſprache, die in dem Wunſche gipfelte, „daß das Bild dieſes wahren Friedensfürſten immer auf ein glückliches und zufriedenes Sachſen blicken möge, einig in Liebe und Treue mit ſeinen Fürſten.“

Den Höhepunkt der Feſtlichkeiten bildete der Huldigungszug am 19. Juni. Das war ein Schauſpiel von unvergleichlicher Pracht und Mannigfaltigkeit! Alles kam darin zur Erſcheinung, was ein gewerbfleißiges Volk von Millionen an Kunſtfertigkeit nur zu leiſten vermag: 63 vier- bis achtſpännige Prunkwagen, 840 Reiter und mehr als 12 000 Fußgänger mit 38 Muſikbanden zogen in

buntem Wechsel historischer und phantastischer Kostüme zwei Stunden lang ununterbrochen an den staunenden Zuschauern vorüber, die zu Hunderttausenden auf den Straßen und an den Fenstern, auf Tribünen und auf den Dächern in freudiger Spannung harrten. Den Zug eröffneten 25 Meißner Bürger zu Fuß und die Ritterschaft der Erblande, gegen 130 Reiter in der Rüstung der Zeit um 1089. Darauf folgte ein von sächsischen Adeligen dargestellter, mit blendendem Glanze ausgestatteter Turnierzug der Lehnsmannschaft Markgraf Friedrichs des Ernsten, bestehend aus 30 Paar Rittern, nach Art des 14. Jahrhunderts gerüstet, jeder von einem schildtragenden Knappen zu Fuß begleitet; weiter die Ritterschaft der Oberlausitz im Kostüm des 17. Jahrhunderts und sodann die Vertretung der drei Residenzstädte Meißen, Freiberg und Dresden. Der Dresdner Zug war in seinem ersten Teile als Huldigung der Bürgerschaft vor Herzog Albrecht dem Beherzten nach der Landesteilung von 1485 gedacht: voran der Stadtrichter als Befehlshaber, 2 Herolde mit den Bannern von Alt- und Neu-Dresden und 3 Stadtknechte zu Pferde, darauf je eine Abteilung Bogen- und Armbrustschützen, eine Schar blumenstreuender Jungfrauen, Schüler der Kreuzschule und der Dreikönigschule und endlich ein prächtiger Schmuckwagen mit der Verkörperung der Dresda unter gotischem Baldachin. Diesem Huldigungszuge schlossen sich unter Vorantritt von Stadtpfeifern die Dresdner Innungen an, nach der Zeitfolge ihrer Entstehung geordnet, mit Fahnen, Innungszeichen und Handwerkserzeugnissen — insgesamt eine abwechslungsreiche, in geschichtlicher Treue kostümierte Gruppe von etwa 300 Personen. In bunter Reihe folgte nun Gruppe auf Gruppe, gesandt von Landschaften, Stadt- und Dorfgemeinden, von Landwirtschaft und Bergbau, Universität und Fürstenschulen, Post, Eisenbahn und Schiffahrt, Turn-, Gesang- und Kriegervereinen, von Handwerksinnungen und in hervorragendem Maße von allen wichtigen Industriezweigen des Landes. Jede schöne oder eigenartige Gruppe wurde vom Volke mit hellem Jubel begrüßt: so namentlich die des Jagdschutzvereins, die Rückkehr des Kurfürsten August von der Jagd darstellend, dann der reiche Prunkwagen der Stadt Leipzig und ganz besonders die im Rokokostil ausgeführte Gruppe der Meißner Porzellanmanufaktur mit ihren reizvollen lebenden Porzellanfiguren. Einen lieblichen Schluß bildete der von der Stadt Dresden gestellte Wagen der Friedensgöttin, den 75 blumengeschmückte Jungfrauen mit Palmenzweigen geleiteten.

Um 10 Uhr hatte sich der Zug bei herrlichem Wetter in Bewegung gesetzt und durch die Prager und Seestraße über den Altmarkt, durch die König Johann- und Moritzstraße nach dem Neumarkte sich bewegt. Dort ward das Vorüberziehen vor dem Königsbau zu einer ununterbrochenen begeisterten Huldigung der

Teilnehmer vor dem Königspaare. In ungeſtörter Ordnung ging der Zug dann weiter über die Auguſtusbrücke und durch die Hauptſtraße und löſte ſich auf dem Alaunplatze auf. Noch den ganzen Nachmittag über gaben Tauſende von koſtümierten Perſonen der die Straßen durchwogenden frohen Volksmenge ein buntes feſtliches Gepräge.

Am Abend veranſtaltete die Stadt ein großes Feuerwerk an der Elbe, deſſen Ausführung einem Pyrotechniker aus Rom übertragen war. Die königliche Familie fand ſich dazu mit ihren zahlreichen fürſtlichen Gäſten, die allen Zweigen des wettiniſchen Stammes angehörten, auf der Brühlſchen Terraſſe ein. Auf der gegenüberliegenden Elbwieſe war eine 120 Meter lange und 45 Meter hohe Ruhmeshalle errichtet, geſchmückt mit den Koloſſalſtatuen der 32 wettiniſchen Landesfürſten und einer Saxonia auf der Kuppel. Die Fürſtenbilder traten eins nach dem andern hell beleuchtet hervor, und zuletzt erſtrahlte der ganze mächtige Bau in einer Flut von elektriſchem Licht. Den Schluß des Feuerwerks bildete eine Girandole von 5000 Raketen, die ein Farbenſpiel von überwältigendem Reize erzeugte. Ein heranziehendes Gewitter machte gleich darauf dem Feſte ein plötzliches Ende.

Millionen waren von dem ſächſiſchen Volke für das großartige Feſt aufgewendet worden. Der Dresdner Stadtkaſſe allein erwuchſen 172000 Mark Feſtkoſten, darunter gegen 59000 Mark für das römiſche Feuerwerk. Eine ungeheure Menſchenmaſſe hatte während der Feſttage die Stadt durchwogt und doch war alles in muſterhafter Ordnung und ohne jeden Unfall verlaufen; am Feſtzugstage waren auf den drei hauptſächlichſten in Dresden einmündenden Eiſenbahnlinien 122 Sonderzüge befördert worden. – Am 20. Juni ſchloß der König den Landtag mit einer feierlichen Thronrede und erließ eine herzliche Danksagung an ſein Volk.

Ein rechtes Familienfeſt war es geweſen, durch das Sachſens Volk ſeine Zuſammengehörigkeit mit dem Königshauſe feierte. Alle regierenden Fürſten Europas hatten ihre Glückwünſche dazu geſandt und Kaiſer Wilhelm II. die ſeinigen perſönlich überbracht; um aber den Charakter des Feſtes zu wahren, hatte er nur die Parade und eine Wiederholung des Reiterfeſtes am 18. Juni beſucht und den übrigen Tag im Kreiſe der königlichen Familie verbracht. Nun kam er aber ſchon wenige Monate ſpäter wieder nach Dresden, zum erſten Male in Ausübung kaiſerlicher Pflicht, um den Herbſtübungen der ſächſiſchen Armeekorps beizuwohnen. Da galt es den hohen Gaſt würdig zu empfangen. Die Einzugsſtraße vom Leipziger Bahnhofe bis zum Königsſchloſſe wurde prächtig ausgeſchmückt. An der Einmündung der Kaiſerſtraße in den Kaiſer Wilhelm-Platz ließ die Stadt einen großen Feſtbau errichten, der mit

den beiden Torhäusern zusammen eine Art Forum herstellte: es war ein hoher blumengeschmückter Säulenbau, gekrönt von einer Figur der Fama; vor ihm stand die 8 Meter hohe Kolossalgestalt der Dresda, die grüßend mit der Rechten eine Rose darbot, zu ihren Seiten Springbrunnen, von Lorbeerbäumen umsäumt. Hier wurde der Kaiser bei seiner Ankunft am Nachmittag des 5. September durch den Oberbürgermeister an der Spitze der städtischen Körperschaften willkommen geheißen. Von den spalierbildenden Vereinen und Schulen und den hinter ihnen angesammelten dichten Volksmassen mit lebhaftem Zurufe empfangen, bewegte sich der kaiserliche Wagenzug, voran der Kaiser mit dem König Albert, sodann die Kaiserin Auguste Viktoria mit der Königin Carola, nach dem Neustädter Markte, wo 800 Schulkinder einen Huldigungsgesang ertönen ließen, und weiter nach dem Schlosse. Am Abend des 6. September wurde dem Kaiserpaare von der Bürgerschaft Dresdens vor dem Schlosse ein Fackelzug und von den Männergesangvereinen im Schloßhofe ein Ständchen dargebracht. Die Augustusbrücke, deren Pfeilerausbuchtungen jede mit 4 vielflammigen Gaskandelabern besetzt waren, bot abends den Anblick eines breiten Lichtstroms. Bei dem militärischen Prunkmahle, das am 7. September nach der Heerschau im königlichen Schlosse stattfand, begrüßte König Albert den Kaiser als den Feldherrn der Zukunft und versicherte: „Wie wir Alten in guten und schweren Tagen zu Ihrem verewigten Großvater, unserm ruhmreichen Kaiser, treu gestanden haben, so werden wir und die Jüngeren dieses Korps, sowie alle, die uns nachkommen, freudig dem Rufe Eurer Majestät folgen, wenn es die Gefahr des Vaterlandes erfordert.“ Kaiser Wilhelm dagegen feierte den König als den sieggewohnten Feldherrn und Mitarbeiter an der Neubegründung des Reichs und brachte ihm den Dank für seine Freundschaft dar: „Wie Eurer Majestät es wohl bekannt ist, hat einst mein verstorbener Herr Vater mich Eurer Majestät besonders ans Herz gelegt, mit der Bitte, Sie möchten für mich sorgen, wenn ihn einmal etwas Menschliches träfe. Eure Majestät haben diese Bitte in hochherziger Weise erfüllt, und ich habe schon lange Jahre meines Lebens einen innigen Freund und väterlichen Berater in Eurer Majestät gefunden.“ – Als der Kaiser Dresden am 10. September verließ, sprach er in einem Schreiben an den Rat der sächsischen und besonders der Dresdner Bevölkerung für den ihm bereiteten herzlichen Empfang und die an den Tag gelegte reichstreue Gesinnung seinen Dank aus.

Es waren dies merkwürdige Jahre, in denen die Hauptvertreter eines alten Heldengeschlechts noch in die schon neuen Zielen zustrebende jugendfrische Gegenwart hereinragten. Im Jahre 1887 hatte die ganze Nation den neunzigsten Geburtstag des Heldenkaisers in herzlicher Weise gefeiert, am 26. Oktober

1890 beging ſie den neunzigſten Geburtstag ſeines Feldmarſchalls Grafen Moltke. König Albert reiſte nach Berlin, um vereint mit dem Kaiſer Wilhelm II., der an der Spitze deutſcher Fürſten und Heerführer dem greiſen Feldherrn einen Marſchallſtab als Angebinde überreichte, ihn zu beglückwünſchen. Der Oberbürgermeiſter und der Stadtverordnetenvorſteher überbrachten ihm als „dem Ehrenbürger der ſächſiſchen Hauptſtadt, die den Vorzug genoß, den Gefeierten oft in ihren Mauern und in ihrer Umgebung weilen zu ſehen", eine Glückwunſchtafel. Und nur ein halbes Jahr ſpäter – da gingen ſie wieder nach Berlin und legten einen Lorbeerkranz an ſeinem Sarge nieder.

Neben großen Ereigniſſen, die die ganze Einwohnerſchaft in Bewegung ſetzten, gingen ſeit dem Ende der ſiebziger Jahre in raſcher Aufeinanderfolge die Feſte und Verſammlungen deutſcher und ſächſiſcher Berufsvereinigungen her, die ſich ſeit der Begründung des Reiches namentlich in der Abſicht, an der Ausgeſtaltung des nationalen Kulturlebens mitzuwirken, ſtetig vermehrten. Schon im Sommer 1878 fanden in Dresden drei anſehnliche Kongreſſe ſtatt: am 13. und 14. Auguſt die VII. Verſammlung deutſcher Forſtmänner, vom 2. bis 5. September die III. Generalverſammlung des Verbandes deutſcher Architekten- und Ingenieur-Vereine, verbunden mit einer techniſchen Ausſtellung im Orangeriehauſe an der Oſtra-Allee, und vom 6. bis 9. September die VI. Verſammlung des deutſchen Vereins für öffentliche Geſundheitspflege. Für die letzten beiden Verſammlungen hatten die beteiligten einheimiſchen Kreiſe mit Unterſtützung der Stadt Feſtſchriften erſcheinen laſſen: Schilderungen der „Bauten von Dresden" und der „Sanitären Verhältniſſe und Einrichtungen Dresdens". Im Jahre 1879 ſah Dresden vom 4. bis 6. Oktober in ſeinen Mauern einen I. deutſchen Schriftſtellerverbandstag, der zwar nur ſchwach beſucht war, aber der Stadt inſofern ein Andenken hinterließ, als er die Anregung zur Errichtung eines Gutzkow-Denkmals gab. Vom 17. bis 19. Juli 1880 wurde der XI. deutſche Feuerwehrtag hier abgehalten; damit war eine Fachausſtellung und die Vorführung von Übungen im Hofe der alten Kavallerieкaſerne an der Wieſentorſtraße verbunden, bei denen die Dresdner Feuerwehr mit Ehren beſtand. 1881 beging die Deutſche Kunſtgenoſſenſchaft in unſerer Stadt die Jubelfeier ihres 25jährigen Beſtehens. Sie begann am 14. September mit einem vom Rate veranſtalteten Begrüßungsabend auf der Brühlſchen Terraſſe und brachte an den folgenden drei Tagen ein Bankett im Gewerbehauſe, ein Koſtümfeſt in Meißen und eine Vergnügungsfahrt nach der Sächſiſchen Schweiz. Unter den Verſammlungen der nächſten Jahre zeichnete ſich der VI. deutſche Geographentag vom 28. bis 30. April 1886 durch die Wiſſenſchaftlichkeit ſeiner Veranſtaltungen und Verhandlungen aus. Welche Gunſt

sich Dresden als Kongreßort erworben hatte, zeigte die lange Reihe der Veranstaltungen des Jahres 1887: am 8. Juni XVII. Generalversammlung des internationalen Vereins von Gasthofbesitzern, am 11. Juni Delegiertenversammlung des deutschen Pharmazeutenvereins, am 17. Juni IV. Verbandstag deutscher Sattler, Riemer und Tapezierer, am 19. Juni II. deutscher Schlossertag, am 4. Juli XV. deutscher Ärztetag, am 31. Juli Verbandstag deutscher Korbmacherinnungen, am 25. September Hauptversammlung des deutschen Schriftstellerverbands und I. Wanderversammlung deutscher Gewerbeschulmänner, am 8. Oktober I. Hauptversammlung des allgemeinen deutschen Sprachvereins, dazu vom 7. Mai an internationale Gartenbau-Ausstellung und vom 13. August an internationale Bäckerei-Ausstellung mit Kongreß des Zentralverbands deutscher Bäckerinnungen. Seitdem hat Dresden jedes Jahr zahlreichen Versammlungen Gastfreundschaft geboten. Den Vorteil davon haben nicht bloß eine Anzahl Gewerbe gehabt, die auf den Fremdenverkehr angewiesen sind; auch den einheimischen Fachgenossen sind dabei jedesmal Anregungen zu teil geworden, die dann vielfach wieder der Allgemeinheit genützt haben.

Eine Fülle von Festen hatten die siebziger und achtziger Jahre der Stadt gebracht, aber das Interesse der Bevölkerung durfte sich nicht in diesen zerstreuenden Beschäftigungen erschöpfen, denn ernste Kämpfe spielten im Staats- und Gemeindeleben und mußten durchgefochten werden. Als ihre Hauptaufgabe betrachteten die bürgerlichen Parteien zunächst die Zurückdrängung der Sozialdemokratie. Auf grund des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 waren die Vereine, die Gewerkschaften und die Zeitungen dieser Partei auch in Dresden unterdrückt worden. Aber schon 1880 gelang es ihr, den Arbeiterbildungsverein, der von jeher der Sammelpunkt ihrer zielbewußten Anhänger gewesen war, wieder zu beleben und fortan vor der Gefahr einer neuen Auflösung zu behüten. Trotz der durch das Ausnahmegesetz herbeigeführten äußerlichen Ruhe machte man sich darauf gefaßt, die Sozialdemokratie bei der nächsten Reichstagswahl in ungeschwächter Kraft auf dem Plane erscheinen zu sehen. Doch waren ihr inzwischen auch neue Gegner erwachsen. Im Anschlusse an das antisemitische Programm der neuentstandenen deutschen Reformpartei gründete der Blumenfabrikant Pinkert, der unter dem Namen Egon Waldegg mehrere Flugschriften gegen das Judentum verfaßt hatte, am 1. November 1879 einen „Deutschen Reformverein zu Dresden", und am 19. Mai 1881 bildete sich hier auf Anregung des Berliner Hofpredigers Stöcker unter dem Vorsitze des Missionsgeistlichen Seidel ein „Christlich-sozialer Verein". Eine Zeitung stand diesen beiden antisemitischen Vereinen in der von Pinkert seit Anfang 1880 herausgegebenen „Deutschen Reform" zur Verfügung. Sie traten in scharfen Gegensatz zu allen

beſtehenden bürgerlichen Parteien, von denen ſie keine als frei von jüdiſchem Einfluſſe anerkannten, beſonders aber auch zur ſozialdemokratiſchen Partei, unter deren Führern die Juden eine hervorragende Rolle ſpielten. Die leicht verſtändlichen Lehren der Antiſemiten und ihr ebenſo rühriges als rückſichtsloſes Auftreten in Wort und Schrift gewannen ihnen eine zahlreiche Anhängerſchaft aus dem Kleinbürgertum. Zur erſten Kraftprobe kam es bei der Reichstagswahl am 27. Oktober 1881. Die Konſervativen und die Nationalliberalen vereinigten ſich in dem Beſtreben, die Vertretung der Altſtadt den Sozialdemokraten wieder zu entreißen; nach den Erfahrungen von 1878 konnten ſie aber nur dann auf Erfolg rechnen, wenn ſie als Kandidaten einen Mann aufſtellten, der der ganzen Bürgerſchaft bekannt war und ihr Vertrauen genoß: das war mehr als irgend einer der Oberbürgermeiſter Stübel. Es gelang ihnen, dieſen für die Kandidatur zu gewinnen. Die antiſemitiſchen Parteien ſtellten den Hofprediger Stöcker, die Fortſchrittspartei ihren alten Führer Dr. Wigard als Kandidaten auf. Die Abſtimmung führte zu keinem endgültigen Ergebniſſe: der bisherige Abgeordnete Bebel erhielt ungefähr 9000, Stübel 8000, Wigard 4000 und Stöcker 2000 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war mit 76,3 Prozent der Wahlberechtigten höher als je, ſtärker als je auch die Spannung auf den Ausfall der Wahl. Am Abend ſammelte ſich vor dem Rathauſe eine große Menſchenmenge in der irrigen Erwartung, daß dort das Wahlergebnis verkündet werden würde. Als die Polizei die unruhig werdenden Maſſen zurückzudrängen ſuchte, ſtieß ſie auf Widerſtand und mußte von der blanken Waffe Gebrauch machen. Erſt einer herbeigerufenen Abteilung Militär gelang es, den Markt zu räumen. Zahlreiche Ruheſtörer, meiſt junge Leute, wurden verhaftet und ſpäter wegen Widerſtandes gegen die Staatsgewalt mit ſchweren Strafen belegt. Bei der am 10. November vollzogenen Stichwahl ſtieg die Beteiligung der Wahlberechtigten auf 82,4 Prozent: mit 14 139 von 24 966 gültigen Stimmen ging Stübel als Sieger aus dem Wahlkampfe hervor. Man befürchtete für den Abend wieder unruhige Auftritte: die Militärwachen wurden verſtärkt und die ganze Polizeimannſchaft in Dienſt geſtellt; Gendarmerieposten mit Gewehr und aufgepflanztem Bajonett hielten den Altmarkt und die angrenzenden Straßen beſetzt. Die Sozialdemokraten waren aber geſchult genug, um ihrem Unmut über die erlittene Niederlage nicht in Unordnungen Luft zu machen, und ſo verlief der Abend trotz der bedrohlich ausſehenden Vorkehrungen in Ruhe.

Stübel hatte ſich bisher ſtets vom politiſchen Leben ferngehalten, über ſeine Parteiſtellung war daher in weiteren Kreiſen nichts bekannt. Es machte Aufſehen, als er ſich nach einiger Zeit im Reichstage der nationalliberalen Fraktion anſchloß, denn dieſe Partei war in den regierenden Kreiſen, mit denen

ihn seine Stellung in fortwährende Berührung brachte, damals keineswegs gern gesehen. Mit Eifer widmete er sich, ohne äußerlich hervorzutreten, den Aufgaben des Abgeordneten, und die ihm gebotene Gelegenheit, die Fortschritte der Reichshauptstadt jederzeit mit eignen Augen zu verfolgen, verschaffte auch unsrer Stadt manche nutzbringende Anregung. Nachdem sich aber 1883 im Stadtverordnetenkollegium eine Partei von Ratsgegnern gebildet hatte, deren scharfes Auftreten einen langandauernden Streit zwischen den beiden städtischen Körperschaften herbeiführte, war Stübel in seinem Amte unabkömmlich und lehnte für die Neuwahlen zum Reichstage im Jahre 1884 eine Kandidatur ab. Gleichzeitig erlebte auch Dresden-Neustadt einen Wechsel seines Abgeordneten: der Generalstaatsanwalt Dr. von Schwarze, der den vierten Wahlkreis seit 1867 ununterbrochen vertreten hatte, verzichtete wegen geschwächter Gesundheit auf eine Wiederwahl. Als er im folgenden Jahre aus dem Staatsdienste und aus dem Stadtverordnetenkollegium ausschied, wurde ihm für die der Stadtgemeinde geleisteten Dienste das Ehrenbürgerrecht verliehen. Der ausgezeichnete Strafrechtsgelehrte starb am 17. Januar 1886. Noch zwei andere alte Kämpen schieden um diese Zeit vom Schauplatze: am 25. September 1885 Dr. Wigard, einst der Vertreter von Dresden-Altstadt im Frankfurter Parlament und dann zwei Jahrzehnte hindurch der volkstümlichste Mann der Stadt, und am 6. September 1886 sein Parteigenosse Stadtrat Dr. Minckwitz. Der Tod dieser beiden wohlmeinenden und überzeugungstreuen, aber bis zuletzt in den alten doktrinären Anschauungen befangenen Politiker bezeichnete das Ende der sächsischen Fortschrittspartei in Dresden.

Der Niedergang des entschiedenen Liberalismus stand in enger Wechselbeziehung zu dem Aufsteigen des Konservatismus und des Antisemitismus. Die Fortschrittspartei hatte ihre meisten Anhänger im Stande der Kleingewerbtreibenden gehabt, sich aber um deren wirtschaftliche Interessen zu wenig gekümmert. Manche von ihnen waren daher in das sozialdemokratische Lager übergegangen. Andere, die von der Beschränkung der Gewerbefreiheit und der Wiederbelebung des Innungswesens eine Besserung ihrer gedrückten Lage erhofften, hatten sich der bisher stark bureaukratisch angehauchten konservativen Partei zugewendet und in dem Hofrat Ackermann, dem Reichstagsabgeordneten für den Landkreis Dresden links der Elbe, einen unermüdlichen Verfechter ihrer Forderungen gefunden. Die zahlreichen Handwerker aber, die hauptsächlich vom Kleinhandel lebten, schlossen sich eifrig den Reformern und ihrem Vorgehen gegen den Wettbewerb jüdischer Händler an. Von den Wirkungen der immer breiter werdenden antisemitischen Strömung blieben selbst die angesehensten jüdischen Bürger nicht verschont: Ende 1883 unterlag bei den

Stadtverordnetenwahlen auch der letzte von ihnen, der der Gemeindevertretung, und zwar seit zehn Jahren als Vizevorsteher, angehört hatte, der Rechtsanwalt Emil Lehmann. Die Reformpartei konnte in Verbindung mit den Christlich-Sozialen für die Reichstagswahl am 28. Oktober 1884 mit besserer Aussicht auf Erfolg als 1881 einen Kandidaten in Dresden-Altstadt aufstellen: es war dies der zugleich der konservativen Partei angehörige Baumeister Gustav Hartwig, der sich in den Jahren 1873 bis 1879 als Landtagsabgeordneter, besonders aber neuerdings als Führer der Opposition im Stadtverordnetensaale in den weitesten Kreisen bekannt gemacht hatte. Ihm stellten die vereinigten Konservativen und Nationalliberalen den Geheimen Rat von Einsiedel gegenüber. Hartwig kam mit dem Kandidaten der Sozialdemokraten, Bebel, in die Stichwahl und wurde am 11. November mit einer Mehrheit von 2700 Stimmen gewählt. An die Stelle Schwarzes trat im vierten Reichstagswahlkreise der konservative Oberappellationsrat Klemm.

Die Volkstümlichkeit Hartwigs sollte aber den von ihm angefachten Streit zwischen den städtischen Körperschaften nicht überdauern. Der Reichstag wurde am 14. Januar 1887 aufgelöst, weil die Mehrheit die von der Regierung geforderte Heeresstärke nur auf 3 statt auf 7 Jahre zu bewilligen beschloß. Unter der Losung, daß es der Sicherheit des Vaterlandes gelte, entfalteten die bürgerlichen Parteien eine fieberhafte Agitation für die auf den 21. Februar festgesetzten Wahlen. Starken Eindruck auf die Volksmasse machte besonders eine an die Plakatsäulen angeheftete Darstellung der zahlreichen französischen Besatzungen und Festungen zwischen Paris und der deutschen Grenze. Die Beteiligung an der Abstimmung erreichte die Höhe von 85,1 Prozent der Wahlberechtigten. Die Konservativen und Nationalliberalen hatten sich für ganz Sachsen durch ein „Kartell" verbündet. Der von ihnen aufgestellte Kandidat, Kaufmann und Handelskammerpräsident Hultzsch, für den auch die meisten Christlich-Sozialen eintraten, erhielt 14 949, sein Gegner Bebel 9175 Stimmen, während es Hartwig, den die Konservativen im November 1885 öffentlich aus ihrem Vereine ausgeschlossen hatten, diesmal nur auf 4688 Stimmen brachte; die deutsch-freisinnige Partei, in der die Reste der Fortschrittspartei aufgegangen waren, vereinigte auf ihren Kandidaten, Stadtrat Lingke, 1110 Stimmen. Bei der Stichwahl am 2. März siegte Hultzsch mit 19 656 über Bebel mit 10 077 Stimmen. Im Neustädter Kreise war Klemm beim ersten Wahlgange mit großer Mehrheit wiedergewählt worden. Ähnliche Ergebnisse lieferten dank dem Kartell die Wahlen im Lande: den Sozialdemokraten wurden alle Sitze, die sie bisher in Sachsen innegehabt hatten, entrissen, was ihre Gegner im ganzen Reiche mit ungeheurem Jubel begrüßten. Die nächste Wahl am 20. Februar

1890 beſtätigte Klemm und Hultzſch im Beſitze der Reichstagsmandate des vierten und fünften Wahlkreiſes. Dieſe Erfolge verdankten die ſtaatstreuen Parteien zu einem großen Teile dem regeren Eifer, den ſie entfalteten; auch in den Konſervativen Verein war ein friſcher nationaler Zug gekommen, ſeitdem 1887 der Direktor des Landwirtſchaftlichen Kreditvereins, Dr. Paul Mehnert, die Leitung übernommen hatte. Sicher aber nützte ihnen auch das Ausnahmegeſetz gegen die Sozialdemokratie, das in Sachſen mit voller Schärfe gehandhabt wurde und die Verſammlungs- und Preßtätigkeit dieſer Partei ſehr erſchwerte. Dennoch hatten die Sozialdemokraten ſchon 1883 wieder eine Zeitung unter dem Titel „Sächſiſches Wochenblatt“ zu ſtande gebracht, und als dieſe Ende 1889 verboten wurde, die „Sächſiſche Arbeiterzeitung“ gegründet. Der hervorragendſte unter ihren Führern, Auguſt Bebel, wohnte im benachbarten Plauen und konnte von da aus ſeinen anfeuernden Einfluß auf die Dresdner Genoſſen geltend machen. Nachdem das Sozialiſtengeſetz mit Ende September 1890 außer Geltung getreten war, brauchte die Partei nicht lange Zeit, um ihre im geheimen nach und nach wieder hergeſtellte Organiſation zu vollenden, und die Zahl der für ſozialdemokratiſche Kandidaten abgegebenen Stimmen nahm ſeitdem bei Reichstags- und Landtagswahlen ſtetig wieder zu.

## VII.

## Streit zwiſchen Rat und Stadtverordneten.

Der Kampf der wirtſchaftlichen Intereſſen, der gegen Ende der ſiebziger Jahre durch den Übergang des Reiches zur Schutzzollpolitik in den Kreiſen des Handels, der Induſtrie und der Landwirtſchaft entfeſſelt wurde, blieb nicht ohne Rückwirkung auf den ſtädtiſchen Grundbeſitzerſtand. Die Klagen über ungerechtfertigte Überbürdung des Grundbeſitzes mit öffentlichen Laſten fanden, zumal bei den ungünſtigen Erwerbsverhältniſſen, vielfaches Echo und wurden in Dresden von dem zu lebhafterer Tätigkeit erwachten Allgemeinen Hausbeſitzervereine laut geltend gemacht. Dabei ging es ohne ſtarke Übertreibungen nicht ab: die Hausbeſitzer ſtellten ſich als den gedrückteſten Stand im Staate hin und ſcheuten nicht davor zurück, in einem Wahlaufrufe ihre Lage mit der der Bauern vor der Aufhebung der Frondienſte zu vergleichen. Der Verein verſuchte es zuerſt mit Bittſchriften an die ſtädtiſchen Körperſchaften, und als er auf dieſem Wege nicht vorwärts kam, ſtrebte er in der Gemeindevertretung ſelbſt Einfluß zu gewinnen. Er griff bei den Stadtverordnetenwahlen für die Jahre 1881 und 1882 kräftig in die Bewegung ein

und hatte zur Überraschung der bisher maßgebenden Parteien den Erfolg, daß er eine Anzahl seiner Mitglieder und namentlich seine Leiter Rechtsanwalt Gerth-Noritzsch, Hotelbesitzer Lingke und Baumeister Hartwig in den Stadtverordnetensaal einziehen sah. Damit begann eine bewegte Zeit in der Geschichte der städtischen Verwaltung. Abschaffung der Grundwert- und Mietzinsabgaben und Herabsetzung der Grubenräumungskosten waren die Forderungen, die von der neuen Hausbesitzerpartei erhoben und nicht nur von den meisten ansässigen, sondern bei der Unbeliebtheit der Mietzinsabgabe auch von manchen unansässigen Stadtverordneten unterstützt wurden.

Zu gleicher Zeit verlangte man mit Ungestüm größere Sparsamkeit im städtischen Haushalte, und dies führte unmittelbar zum Zusammenstoß mit dem Rate. Die Opposition verlegte das Feld ihrer Tätigkeit vorwiegend in den Finanzausschuß, dem als wichtigste Aufgabe die Vorberatung des jährlichen Haushaltplanes oblag. An die Stelle der bisher üblichen summarischen Durchberatung des Voranschlags, bei der man sich hauptsächlich mit den Neuforderungen des Rates beschäftigte, trat eine bis in die geringsten Einzelheiten eindringende Prüfung aller Posten, auch derjenigen, die seit Jahren unverändert und unbeanstandet geblieben waren. Es war natürlich, daß dabei manches ermittelt wurde, was einer strengen Kritik nicht stand hielt. Der Ausschuß ließ sich dadurch verleiten, nun allen Forderungen des Rates mit Mißtrauen zu begegnen; den Fachleuten der städtischen Verwaltung stellte er seine eignen Mitglieder unterschiedslos als überlegene Sachverständige gegenüber. Das Bestreben, eine Herabsetzung der Steuern zu ermöglichen, führte dazu, die Aufstellungen des Haushaltplans auch da noch zu beschneiden, wo das Bedürfnis vom Rate überzeugend nachgewiesen war. Der Oberbürgermeister Stübel äußerte darüber einmal: „Mag auch die Herabsetzung der Gemeindeabgaben den einzelnen zum Vorteil gereichen und den Beifall der um das Wohl der Gesamtheit unbekümmerten Menge finden, Rat und Gemeindevertreter dürfen durch denselben in der Erfüllung der Pflicht sich nicht beirren lassen, vor allem nach der Befriedigung der Bedürfnisse des ihrer Fürsorge anvertrauten Gemeinwesens zu fragen. So berechtigt auch an sich das Verlangen möglichster Sparsamkeit in der Verwaltung ist, es läßt sich im öffentlichen Leben nicht in gleichem Maße erfüllen wie im Privatleben."

Die Gegensätze in den finanzpolitischen Anschauungen des Rates und der Hausbesitzerpartei waren schon tiefgehend genug, aber ihre friedliche Ausgleichung wurde vollends unmöglich gemacht durch die Leidenschaftlichkeit und verletzende Schärfe, mit der die Opposition gegen den Rat vorging. Eine mächtige Staubwolke, hinter der tatsächlich nichts war, wirbelte der Stadtverordnete Hart-

wig 1883 um die Parzelle 1719 des Neuſtädter Flurbuchs auf. Er glaubte herausgefunden zu haben, daß man dieſe der Stadt gehörige Parzelle in das ſtädtiſche Vermögensverzeichnis aufzunehmen vergeſſen habe, beantragte ſchleunige Maßregeln zur Wahrung der Gemeindeintereſſen und ſtellte die Angelegenheit lange Zeit hindurch in der Öffentlichkeit ſo dar, als ob der Rat mit wertvollem ſtädtiſchen Eigentume nicht gewiſſenhaft umgehe. Der mit der Erſtattung eines Gutachtens betraute Rechtsanwalt wies aber überzeugend nach, daß die Stadt an der Parzelle kein Eigentumsrecht, ſondern nur das Recht der Durchführung der Waſſerleitung aus dem Oberfiſchmannsteiche habe. Hartwig jedoch behauptete auch nachher noch öffentlich, daß die Parzelle durch die Schuld des Rates der Stadt verloren gegangen ſei.

Bei Gelegenheit der Prüfung des Berichts über die Kaſſen- und Materialreviſionen im Jahre 1882 hatte Hartwig eine große Anzahl von Fragen aufgeſtellt, die der Finanzausſchuß dem Rate übermittelte. Der Rat lehnte ihre Beantwortung ab, teils weil ihm die mit den nötigen Erörterungen verbundene Arbeitsleiſtung nicht im rechten Verhältniſſe zu dem davon zu erwartenden Nutzen zu ſtehen ſchien, teils auch, weil er ſich einem ſolchen Verhöre, wie es hier beabſichtigt war, nicht unterwerfen zu dürfen glaubte. Bei der Verhandlung dieſer Angelegenheit am 22. November 1883 wies der Oberbürgermeiſter die in dem Ausſchußberichte durchblickende Anſchauung zurück, als ob die Stadtverordneten nicht bloß die Kontrolle, ſondern die Oberaufſicht über die Stadtverwaltung zu führen hätten, und deutete an, daß der Rat, wenn es noch lange ſo fortgehe, das Eingreifen der oberſten Staatsbehörde herbeiführen werde. Daß die Gegenpartei in der Tat nicht die richtige Auffaſſung von der Stellung der beiden ſtädtiſchen Körperſchaften zu einander hatte, bewies Hartwig ſelbſt am ſchlagendſten, indem er ein halbes Jahr ſpäter anregte, die Stadtverordneten ſollten ſtändige Organe zur Überwachung der ſtädtiſchen Verwaltung einſetzen.

Wenn das ſchroffe Auftreten der Oppoſition nicht geeignet ſein konnte, den Rat zum Entgegenkommen gegen deren Forderungen zu ermuntern, ſo hatte andrerſeits ſeine ablehnende oder zögernde Haltung auch gegenüber berechtigten Wünſchen die Folge, daß ſelbſt die ihm freundlich geſinnten Stadtverordneten bisweilen verſtimmt wurden und mit der Oppoſition gingen, deren Anſehen dadurch eine nicht geringe Stärkung erfuhr. So beſchloſſen die Stadtverordneten am 6. Dezember 1883 aus Anlaß von Überſchreitungen des Voranſchlags beim Findelhauſe einſtimmig, den Rat zu erſuchen, in Zukunft die Erinnerungen des Rechnungsamts gehörig zu beachten. Und am 12. Juni 1884 erteilte die Mehrheit dem Rate einen offenen Mißtrauensbeweis dadurch, daß ſie

die ihm seit elf Jahren bewilligte Verfügungssumme von 9000 auf 2000 Mark herabsetzte. Wiederholt wurde der Oberbürgermeister Stübel, der die Stellung des Rates stets mit Würde und Festigkeit wahrte, auch persönlich befehdet, wobei man freilich schlechterdings keinen andern Angriffspunkt fand, als die Ausübung seines Reichstagsmandats, die ihn zu häufiger Abwesenheit von Dresden nötigte. Einem am 15. Mai 1884 vorgelegten Ausschußantrage, wonach dem Rate die Bereitwilligkeit erklärt werden sollte, ihm neue juristische und andere Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, wollte Hartwig die Bedingung hinzugefügt wissen, daß jedes besoldete Ratsmitglied darauf verzichte, seine Kraft wie bisher auf andern Gebieten als denen seiner besondern Amtstätigkeit zu verbrauchen. Einige Monate später trat statt Stübels, der eine Wiederbewerbung nun ablehnte, Hartwig selbst als Reichstagskandidat auf.

Bereits am 4. Oktober 1883, zu ungewöhnlich früher Zeit, hatten die Stadtverordneten auf Antrag des Finanzausschusses beschlossen, den Rat um schleunigste Vorlegung des nächstjährigen Haushaltplans zu ersuchen, und diese Aufforderung am 1. November erneuert, obwohl inzwischen die Voranschläge für das Schulwesen und das Wasserwerk bei ihnen eingegangen waren. Im Dezember gelangte der Haushaltplan vollständig in ihre Hände, aber Hartwig war damals der Meinung, die Ordnung erfordere, daß er bis zum Jahresschlusse schon durchberaten sei. Die Verhandlungen über den Haushaltplan gestalteten sich bei der starken Anfechtung, die er durch den Finanzausschuß erfuhr, durchgängig sehr lebhaft, den Höhepunkt erreichte dieser parlamentarische Kampf in der Sitzung vom 3. Juli 1884. Erst erstattete Hartwig über die Erinnerungen, die gegen die 1881er Rechnung über das Adreß-Comptoir gezogen worden waren, einen Bericht, der von Angriffen gegen die Administration der Dr. Güntzschen Stiftung und gegen die Redaktion des ihr gehörigen „Dresdner Anzeigers" wimmelte; in der Verhandlung darüber fanden die aus der Fortschrittspartei hervorgegangenen Stadtverordneten die Gelegenheit, ihrem Mißvergnügen über die mittelparteiliche Haltung des Amtsblattes Ausdruck zu geben. Es wurde beschlossen, den Rat zu größerer Sparsamkeit bei der Verwaltung der Stiftung zu ermahnen, nachdem es diesem allerdings nicht gelungen war, den Vorwurf, daß der Dresdner Papierfabrik für das gelieferte Papier eine Zeit lang zu hohe Preise gezahlt worden seien, völlig zu entkräften. Sodann sollte ein Bericht zur Verhandlung kommen, den ein dem ärztlichen Stande angehöriger Stadtverordneter über die Voranschläge für das Stadtkrankenhaus verfaßt hatte und der von Überhebung gegenüber den Oberärzten und beißendem Hohn über ihre Leistungen erfüllt war; lediglich auf die Ansichten dieses einen Arztes gestützt, beantragte der Finanzausschuß an dem veranschlagten Verwaltungsaufwande

von 184 000 Mark nicht weniger als 42 000 Mark und an dem Gebäude-Unterhaltungsaufwande von 27 000 Mark sogar 17 000 Mark abzustreichen. Bei Beginn der Verhandlung erhob sich der Oberbürgermeister und erklärte, in dem Berichte werde der Ehre der am Stadtkrankenhause angestellten Ärzte so nahe getreten, daß der Rat es mit seiner Pflicht für unvereinbar halte, sich an der Beratung darüber zu beteiligen. Darauf verließ er mit den anwesenden Ratsmitgliedern den Saal. Die Wirkung dieses Schrittes auf die Stadtverordneten war eine tiefgehende: niemand wagte es, für den Inhalt des Berichts einzutreten, und die weitere Verhandlung wurde vertagt. Nachher zog der Finanzausschuß den Bericht hinsichtlich des Wortlauts ausdrücklich zurück, hielt aber seine Anträge aufrecht und brachte sie bei der Versammlung auch größtenteils durch. Der Rat blieb von da an den Stadtverordnetensitzungen bis zum Jahresschlusse fern.

Die Erregung über diese Vorgänge verpflanzte sich in die weitesten Kreise der Bürgerschaft. Der Stadtverordnete Hartwig wurde in den nächsten Wochen in eine Preßfehde verwickelt und ließ sich dabei zu Kundgebungen hinreißen, die schlimme Folgen für ihn hatten. In einer Veröffentlichung in den „Dresdner Nachrichten" beschuldigte er den Rat der Begünstigung einzelner ihm nahestehender Personen auf Kosten der Steuerzahler; er deutete unter anderem an, daß ein Baumeister, der Stadtverordneter war, 1873 bei den Abbruchsarbeiten zur Durchführung der Wettinerstraße an Meistergroschen 80 Prozent mehr als ein anderer dabei beschäftigter Berufsgenosse erhalten habe. Dieses Mehr hatte aber nach den Darlegungen des Stadtbauamts in Wirklichkeit nur etwa 2 Prozent betragen und war durch die damalige Schwierigkeit der Arbeiterbeschaffung gerechtfertigt gewesen. Der Rat wandte sich an die ihm vorgesetzte Behörde, die Kreishauptmannschaft, mit dem Ersuchen, wegen der ihm zugefügten Beleidigung gegen Hartwig Strafantrag zu stellen. Dies geschah. In der Gerichtsverhandlung am 13. April 1885 machte Hartwig keinen Versuch, seine Behauptungen zu beweisen, sondern gab ihnen nur die Deutung, daß er damit lediglich die patriarchalische Bequemlichkeit des Rates und dessen mangelhafte geschäftliche Sorgfalt habe hervorheben wollen. Er wurde zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt; auf sein Gnadengesuch, das von 51 Stadtverordneten unterstützt wurde, verwandelte der König die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe von 1000 Mark.

Der von den Stadtverordneten im Oktober 1883 so dringend verlangte Haushaltplan war Mitte 1884 von ihnen noch nicht verabschiedet; mehrere Mitglieder des Finanzausschusses hatten sich der aufreibenden Arbeit nicht mehr gewachsen gefühlt und sich davon zurückgezogen. Nun war es der Rat, der

sich über ungebührliche Verzögerung der Geschäfte beschwerte. Auf seine Anzeige erließ die Kreishauptmannschaft am 15. Juli an die Stadtverordneten die Aufforderung zu schnellerer Erledigung der ihrer Beschlußfassung unterliegenden Angelegenheiten. Über eine Reihe grundsätzlicher Punkte des Haushaltplans wurde selbst in zwei gemeinschaftlichen Sitzungen der städtischen Körperschaften keine Einigung erzielt und daher vom Rate die Entscheidung der Kreishauptmannschaft angerufen. Diese fiel in der Hauptsache im Sinne der vom Rate vertretenen Grundsätze aus. In ihrer Verordnung vom 10. Dezember 1884 äußerte die Oberbehörde den Wunsch, daß die Stadtverordneten Prinzipfragen sowie Anträge auf Systemwechsel und wirtschaftliche Veränderungen in besonderen Vorschlägen an den Rat behandeln, nicht aber von deren Erledigung das Zustandekommen des Haushaltplans abhängig machen möchten. Die von den Stadtverordneten gegen die Entscheidung der Kreishauptmannschaft erhobene Berufung an das Ministerium des Innern blieb ohne Erfolg.

Eine der wesentlichsten Ursachen, warum die Streitigkeiten über den Haushaltplan einen solchen Umfang annehmen konnten, kennzeichnete der Stadtverordnetenvorsteher Ackermann in seiner Jahresschlußrede, indem er sagte: „Es kann doch nicht in Abrede gestellt werden, daß viele Anregungen zur Entscheidung wichtiger, das Gemeinde-Interesse eng berührender Fragen in diesem Saale gegeben worden sind, daß auf Übelstände, die sich eingeschlichen haben, aufmerksam gemacht und auf deren Beseitigung gedrungen worden ist. Sodann bin ich auch der Ansicht, daß volle Veranlassung dazu vorgelegen hat, die Grundsätze über die städtische Finanzverwaltung einer erneuten Prüfung zu unterstellen. Die vorgesetzte Behörde hat schon im Jahre 1869 darauf aufmerksam gemacht, daß Normen über die Finanzverwaltung lokalstatutarisch festgestellt werden müßten. Diese Anregung ist leider bis heute unbeachtet geblieben, und das hat sich gerächt, das hat immer zu den vielen Meinungsverschiedenheiten geführt, die nicht vorhanden gewesen wären, wenn man das Lokalstatut festgestellt hätte." Es waren 1870 zwischen Rat und Stadtverordneten nur einige „Grundzüge" vereinbart worden, auf denen die Ordnung der Finanzverwaltung seitdem beruhte. Bis dahin waren das Stamm- und das Betriebsvermögen der Stadt zu einem Gesamtvermögen vereinigt und nur ideell von einander gesondert gewesen. Diese Vereinigung wurde aufgehoben und an die Stelle des Betriebsvermögens ein Reservefonds, zunächst in Höhe von 300 000 Mark, gesetzt. Dieser mußte gesondert verwaltet und in leicht flüssig zu machenden Werten zinsbar angelegt werden; er diente dem städtischen Haushalte als Regulator, teils dadurch, daß er die jährlichen Betriebsüberschüsse aufnahm und dagegen seine Zinserträgnisse und regelmäßige Beiträge zum

Haushalte abgab, teils insofern, als außerordentliche Einnahmen und Ausgaben des Betriebes bei ihm zu- und abflossen. Diesen Reservefonds wie auch die bei den Gasfabriken vorhandenen Rücklagen wollte nun die Mehrheit der Gemeindevertreter, um die Steuern herabzumindern, in starkem Maße zur Deckung laufender Bedürfnisse herangezogen wissen, während sich der Rat, mehr auf die Zukunft bedacht, dem anfangs widersetzte. Allmählich machte er jedoch auch auf diesem Gebiete Zugeständnisse. Der Finanzrat Schickert, der als unbesoldeter Stadtrat 1885 die Verwaltung der Gasfabriken übernahm, führte eine Neuordnung ihrer finanziellen Verhältnisse durch. Der bisherige Reservefonds, in den die Überschüsse der Gasfabriken flossen und der dadurch allerdings eine die Bedürfnisse überschreitende Höhe erreicht hatte, wurde zerlegt in einen Erneuerungsfonds, dem künftig die jährlichen Abschreibungen zuzuführen waren, in einen Erweiterungsfonds, dem jährlich mindestens ein Drittel des Reinertrags überwiesen werden mußte, während das übrige dem allgemeinen Haushalte und dem Reservefonds der Stadt zufloß, und in einen Reservefonds, der zunächst den festen Bestand von 500 000 Mark erhalten sollte. Durch diese Einrichtung wurden die Überschüsse der Gasfabriken dem städtischen Haushalte in höherem Maße als bisher zugeführt und gleichzeitig absehbaren Anforderungen der Anstalten selbst in ausreichender Weise Rechnung getragen. Sie trat mit Anfang des Jahres 1886 in Kraft. In ähnlicher Weise wurden dann auch die Finanzen des anderen großen städtischen Betriebes, des Wasserwerks, geregelt. Inzwischen hatten über die Aufstellung einer die Grundzüge der städtischen Finanzverwaltung umfassenden Ordnung, wie sie von den Stadtverordneten durch den Antrag Nr. 238 zum 1884er Haushaltplane angeregt worden war, Verhandlungen begonnen. Man einigte sich über neue Bestimmungen, die die Grundlage der bisherigen Einrichtungen aufrecht erhielten, jedoch erweiterten und ergänzten; sie griffen nicht zu tief in die Verwaltung selbst ein, enthielten aber möglichst vollständig alles, was sich auf die Mitwirkung der beiden städtischen Körperschaften an der Regelung und Überwachung der Finanzen bezog. Diese „Grundbestimmungen für die Finanzverwaltung der Stadt Dresden" wurden unterm 27. November 1888 in Geltung gesetzt.

Bei den Streitigkeiten um die Handhabung des Haushalts war neben dem Sparsamkeitstriebe der Gemeindevertretung doch auch das Verlangen nach Erweiterung ihres parlamentarischen Einflusses nicht unbeteiligt gewesen. Für die Masse der Einwohner dagegen stand im Vordergrunde des Interesses die Hauptforderung der Hausbesitzerpartei, die städtische Steuerreform. Die ersten Vorarbeiten zu einer solchen fielen schon in die Jahre 1869 und 1870. Rat und Stadtverordnete waren damals einig, daß die Abgabe nach dem Grund-

werte und von den Mietzinsen in mäßiger Höhe beibehalten, der hierdurch nicht gedeckte Bedarf aber in der Form von Zuschlägen zu der staatlichen Gewerbe-, Personal- und Rentensteuer erhoben werden solle. Den in diesem Sinne ausgearbeiteten Vorschlägen des Rates ward aber bald die Grundlage dadurch entzogen, daß der Staat die Aufhebung der Gewerbe- und Personalsteuer in Aussicht nahm. Von da an war die Tätigkeit des städtischen Ausschusses für die Steuerreform bis zur Regelung des staatlichen Steuerwesens lahmgelegt. Erst mit dem 1. Januar 1879 ward die Gewerbe- und Personalsteuer aufgehoben und eine staatliche Einkommensteuer eingeführt. Der städtische Ausschuß hätte nun seine Beratungen wieder aufnehmen sollen. Im Dezember 1878 schon hatte der Hausbesitzerverein eine Bittschrift um Ersetzung der Grundwert- und Mietzinsabgabe durch eine Einkommensteuer an Rat und Stadtverordnete gerichtet. Als er sah, daß sich der Rat der Sache nicht annahm, wandte er sich im November 1880 mit einer Beschwerde an die Kreishauptmannschaft. Inzwischen war der bejahrte Leiter des Finanzwesens, Bürgermeister Hertel, gestorben und in seine Stelle ein Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums, der Geheime Justizrat Dr. Wilhelm Rüger, gewählt worden, der das Amt am 30. August 1880 übernahm. Nun trat zwar der Ausschuß alsbald zusammen, aber zu gründlicher Behandlung der Sache hielt man zunächst die Beschaffung statistischer Unterlagen für erforderlich, und dies hatte wieder eine lange Verzögerung zur Folge. Im Jahre 1883 war endlich in einer von Rüger bearbeiteten Vorlage ein fester Grund für die weiteren Beratungen gewonnen. Ehe diese aber zum Ziele führten, legte Rüger Ende September 1884 sein Amt nieder, um in den Staatsdienst zurückzukehren. Für seine ausgezeichneten Vorarbeiten zur Steuerreform wurde ihm im nächsten Jahre, als die Wogen der Erregung sich geglättet hatten, von den Gemeindevertretern der Dank der Stadt ausgesprochen. An Rügers Stelle nahm der am 9. Oktober zum Bürgermeister gewählte Stadtrat Emil Bönisch die weitere Behandlung der Steuerreformentwürfe in die Hand. Ein entscheidender Schritt geschah im Jahre 1885, indem man neben der Erhöhung der indirekten Abgaben die Erhebung von Gemeindeanlagen nach dem Einkommen beschloß, um die Mittel zur Umgestaltung der als drückend empfundenen Abgabe vom Grundwerte und den Mietzinsen zu erlangen. Am 15. Oktober 1886 wurde zum ersten Male eine Gemeinde-Einkommensteuer und zwar in Höhe von 40 Prozent der Staats-Einkommensteuer erhoben, damit der bisherige zweite Termin der Grundwert- und Mietzinsabgabe mit 12 Pfennigen für 100 Mark Grundwert und 4 Pfennigen von 1 Mark Mietzins wegfallen konnte. Die Erhebung dieser neuen Steuer war von den Aufsichtsbehörden zunächst nur für die Jahre 1886

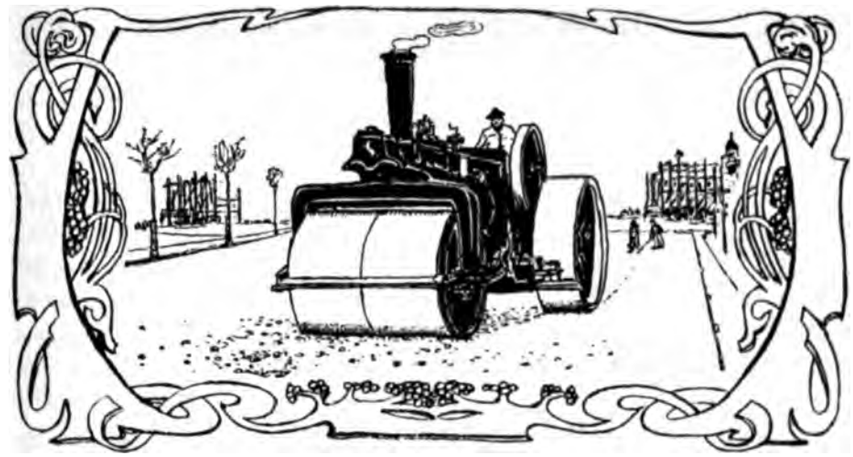
und 1887 genehmigt; noch getraute man ſich an keiner der maßgebenden Stellen bei der Beſteuerung in der Gemeinde den Grundſatz der Leiſtungsfähigkeit ausſchließlich zur Geltung zu bringen, wie er von der Einkommenſteuer doch immerhin am meiſten gewahrt wird. Am 1. Januar 1887 traten neue Beſtimmungen über die Erhebung von Verbrauchsabgaben in Geltung. Auch der Bürgermeiſter Böniſch war für die Aufrechterhaltung dieſer Abgaben eingetreten, während doch die Fortſchrittspartei, der er aus Überzeugung angehörte, ſie bekämpft hatte – ein beredtes Beiſpiel von dem Unterſchiede zwiſchen Theorie und Praxis im politiſchen Leben. Böniſch brauchte ſich dabei durch das gegneriſche Schlagwort von der Verteuerung der notwendigſten Lebensbedürfniſſe nicht irre machen zu laſſen, denn die von ihm angeſtellten Unterſuchungen hatten ergeben, daß die Lebensmittelpreiſe in den Vororten damals im allgemeinen höher waren, als hinter den Zollſchranken der Stadt. – Während die Verbrauchsabgaben im Vorjahre nur 727 000 Mark eingebracht hatten, ſtieg ihr Ertrag 1887 auf 1 326 000 Mark, wozu die Abgaben auf Fleiſch und Vieh 505 000 Mark, die auf Mehl und Backwerk 432 000 Mark, die auf Bier 275 000 Mark beitrugen. Durch dieſe Erhöhung der indirekten Abgaben wurde es ermöglicht, den Einkommenſteuerzuſchlag um ein Achtel, die Grundwert- und Mietzinsabgabe um ein Drittel des vorjährigen Betrags zu ermäßigen. Mit dem Jahre 1892 endlich konnte die unterm 22. März ausgefertigte neue Gemeindeſteuerordnung in Kraft treten, die die angebahnte Umgeſtaltung der direkten Steuern in vollem Umfange durchführte. Statt der bisherigen Grundwertabgabe ſollte künftig eine Gemeindegrundſteuer, aber nicht mehr in veränderlicher, den Bedürfniſſen des Haushalts ſich anpaſſender Höhe, ſondern nach dem feſten Satze von 1 Pfennig von jeder Mark des Reinertrags für die Stadt und ebenſoviel für die evangeliſche Schulgemeinde erhoben werden; ſie erſchien nur noch mit einem Ertrage von 540 000 Mark gegenüber den 1 345 000 Mark, die der Grund und Boden im Jahre 1885, vor Beginn der Reform, zu den Gemeinde- und Schullaſten beigetragen hatte. Die Abgabe von den Mietzinſen, die 1885 volle 1 742 000 Mark eingebracht hatte, fiel weg und damit verſchwand eine Quelle berechtigter Unzufriedenheit, denn bei den hohen Mietpreiſen gerade der kleinen Wohnungen hatte dieſe Steuer die unbemittelten Klaſſen unverhältnismäßig ſtark belaſtet. Zur Deckung der Ausfälle wurde die Gemeinde-Einkommenſteuer in Höhe von 110 Prozent der Staats-Einkommenſteuer, und zwar 70 Prozent für die politiſche und 40 Prozent für die Schulgemeinde, erhoben; ihr Ertrag belief ſich auf 3 972 000 Mark. Das erſte Geltungsjahr der neuen Steuerordnung ſchloß mit einem bedeutenden Haushaltsüberſchuſſe ab.

Eine wichtige Rolle in dem parlamentarischen Kampfe spielte endlich noch eine Forderung, die zwar nur den Vorteil der Hausbesitzer berührte, aber gerade deshalb von ihnen mit Heftigkeit verfochten wurde: die Herabsetzung der Tarife, die der mit der Grubenräumung in der ganzen Stadt betrauten Düngerexportgesellschaft vertragsmäßig zugestanden waren. Im Frühjahr 1882 richtete der Hausbesitzerverein im Hinblick auf die übermäßige Höhe dieser Tarife an den Rat das Gesuch, ihm die Ermächtigung zur Räumung der Gruben seiner Mitglieder zu erteilen. Der Rat lehnte das Gesuch ab und begründete seine Entscheidung hauptsächlich damit, daß er die Leistungsfähigkeit der bestehenden Gesellschaft nicht vermindert wissen wolle. Dem Verlangen der Stadtverordneten entsprechend wurden darauf vom Rate Verhandlungen mit der Gesellschaft wegen Herabsetzung ihrer Tarife gepflogen, aber ohne befriedigendes Ergebnis. Die Stadtverordneten beschlossen daher die Einsetzung eines aus Mitgliedern beider Körperschaften bestehenden Ausschusses, der die Angelegenheit prüfen und mit der Gesellschaft oder andern Unternehmern weiter verhandeln sollte. Nach einiger Zeit erklärte die Gesellschaft ihre Bereitwilligkeit zu Tarifermäßigungen unter der Bedingung, daß der Vertrag von 1875 auf die ursprünglich vereinbarte Dauer bis Ende 1890 fortgesetzt werde. Da eine Einigung hierüber in dem gemischten Ausschusse nicht zu erzielen war, veranlaßte der Rat die Abhaltung einer gemeinschaftlichen Sitzung beider Körperschaften am 28. Dezember 1883. In dieser Sitzung wurde ein Antrag, das Angebot der Gesellschaft zur Zeit abzulehnen und das Düngerexportunternehmen öffentlich auszuschreiben, vom Rate mit Stimmenmehrheit abgelehnt, von den Stadtverordneten aber einstimmig angenommen. So zeigte sich, daß auch die Unansässigen, die bei der Angelegenheit keinerlei materielles Interesse verfochten, das nachsichtsvolle Eintreten des Rates für eine um die Stadt keineswegs verdiente Erwerbsgesellschaft mißbilligten. Statt durch rechtzeitiges Nachgeben in einer so zweifelhaften Sache der Gegenpartei den Wind aus den Segeln zu nehmen, hatte man vom Rathause her erst noch mit vollen Backen hineingeblasen. Endlich mußte sich der Rat doch entschließen, der einstimmigen Forderung der Stadtverordneten nachzugeben: er erließ ein Ausschreiben wegen Übernahme des Düngerexportwesens. Aber es gingen darauf nur zwei Angebote ein, die man nicht für vorteilhaft erachtete. Andrerseits erklärte sich jetzt die Gesellschaft doch noch bereit, auf den ihr durch den Vertrag von 1875 zugebilligten 25prozentigen Zuschlag zum Räumungstarif, gegen den sich der Angriff der Hausbesitzer hauptsächlich gerichtet hatte, zu verzichten. Die Stadtverordneten traten daher am 9. Oktober 1884 dem Beschlusse des Rates bei, von der Kündigung des Vertrags nun abzusehen und das Angebot für die Zeit bis

Ende 1890 anzunehmen. Damit war der Kampf in der Hauptſache beendet, die Hausbeſitzerpartei hatte geſiegt. Der Führer im Streit, Baumeiſter Hartwig, zog fünf Jahre ſpäter die letzten Folgerungen aus ſeinem Vorgehen, indem er das Grubenräumungs- und Düngerausfuhrgeſchäft in ganz Dresden vom 1. Januar 1891 ab auf eine von ihm neu gebildete Aktiengeſellſchaft übernahm und zu dieſem Zwecke mit dem Rate einen auf 15 Jahre lautenden Vertrag ſchloß, durch den für die nächſte Zeit eine bedeutende Abminderung der Räumungsgebühren zu gunſten der Grundſtücksbeſitzer erzielt wurde.

So hatte die Oppoſition ihr Verhalten gegenüber dieſer Frage noch nachträglich zu rechtfertigen verſtanden. Aber auch in der Steuerreformangelegenheit konnte ihr das Verdienſt nicht abgeſprochen werden, eine Regelung angeregt und beſchleunigt zu haben, gegen deren Gerechtigkeit nachher von keiner Seite Zweifel laut geworden ſind. Und in dem ſonſtigen Verwaltungsweſen wurde von ihr vielfach der Anſtoß zur Prüfung und Berichtigung der geltenden Grundſätze und Ordnungen gegeben, wie ſie von Zeit zu Zeit unbedingt ſtattfinden muß. Denn ein aufblühendes Gemeinweſen iſt wie ein jugendlicher Körper, der aus ſeinen Kleidern herauswächſt und zuweilen neue braucht, noch ehe die alten abgetragen ſind. Aber der leidenſchaftliche Streit um dieſe Reformen iſt doch auch nicht ohne üble Nachwirkungen geblieben: er hat in die Bürgerſchaft Verbitterung und Spaltungen hineingetragen, die noch lange fortdauerten und weite Kreiſe mit einer tiefgehenden Abneigung erfüllten, an dem Leben der Gemeinde tätigen Anteil zu nehmen.

Das Verhältnis des Rates zu den Stadtverordneten blieb auch nach der Erledigung der hauptſächlichſten Streitpunkte noch mehrere Jahre hindurch ſehr kühl. Wenn der Oberbürgermeiſter bei der Feier am 11. Mai 1887 in einem Trinkſpruche auf die Gemeindevertreter den Tag in der Hoffnung begrüßte, daß er nach einer langen Periode des Unfriedens zwiſchen den ſtädtiſchen Körperſchaften der Anfang einer neuen Friedenszeit ſei, ſo ging dieſe Hoffnung erſt allmählich in Erfüllung. Am 29. Dezember 1888 feierten die Stadtverordneten zum erſten Male den Jahresſchluß durch ein gemeinſames Mahl im Belvedere auf der Brühlſchen Terraſſe. Der Anregung, eine ſolche geſellige Vereinigung künftig jedes Jahr abzuhalten, wurde gern Folge geleiſtet. Am Jahresſchluſſe 1890 nahmen an dem Mahle, das nun nach Leipziger Muſter als „gelbe Suppe“ bezeichnet wurde, auch die Ratsmitglieder teil. Damit war der Friede beſiegelt.



## VIII.

# Aufschließung der Stadt nach Osten.

Manche deutschen Städte haben bei ihrer Entfestigung über den bisherigen Raum von Wall und Graben ungeschmälert verfügen und sich daraus breite, Luft und Licht spendende Gartenanlagen um den Stadtkern herum schaffen können. In dieser glücklichen Lage ist Dresden nicht gewesen. Zwar in der Neustadt war das Festungsglacis freigeblieben und wurde im Jahre 1818 wenigstens nur zu Alleen und Villenbauplätzen verwertet, in der Altstadt aber hatte der Landesherr schon vor der Mitte des 18. Jahrhunderts die Bebauung des Glacis mit geschlossenen Häuserreihen gestattet und selbst die Wallräume rings um die Stadt größtenteils an Privatleute zur Bebauung und zur Anlegung von Gärten verschenkt. So war bei der Niederlegung der Festungswerke um 1820 im wesentlichen nur der Raum des zugeschütteten Stadtgrabens übrig; auf ihm wurde die Moritz-, Maximilians-, Friedrichs- und Johannes-Allee angelegt. Als diese schmalen Alleen an die Stelle der versumpften Stadtgräben traten, konnte man darin, zumal in Verbindung mit den sie einfassenden Hintergärten der Häuser, immerhin eine Verschönerung der Stadt erblicken. Nach den sogenannten Vererbungsbedingungen sollten die Gärten als solche dauernd erhalten bleiben, um der Stadt frische Luft zuzuführen. Aber der geringe Umfang der einzelnen Gärten, ihre Abschließung durch hohe Häuser nach der Vorstadt zu und der schädigende Einfluß von Rauch und Ruß machten eine gedeihliche Entwicklung des Pflanzenwuchses

unmöglich, und da überdies die fiskalischen Alleen unter ungenügender Pflege litten, boten die Promenaden im ganzen ein Bild der Verkümmerung. Als daher 1871 die Verwaltung der Preußschen Marien-Stiftung die Absicht bekundete, den Garten ihres Grundstücks an der ehemaligen Salomonisbastei zu bebauen, gab dies der städtischen Verwaltung den Anlaß zu erwägen, ob es nicht geraten sei, die Aufhebung des auf den Gärten liegenden königlichen Bauverbots zu beantragen und deren Bebauung nach einem einheitlichen Plane zuzulassen. Stübel schlug vor, die Promenaden von der Marienstraße bis zur Zeughausstraße unter Einziehung der Gärten zu einer Ringstraße umzugestalten, die auf der inneren Stadtseite eine Fahrbahn mit Fußwegen von zusammen 17 Metern Breite, an der gegenüberliegenden Häuserreihe Verkehrswege von 9 Metern Breite und auf den in der Mitte verbleibenden, 20 bis 40 Meter breiten Flächen boskettartige Gartenanlagen erhalten sollte; soweit die Gartenräume an der inneren Stadtseite hierzu nicht in Anspruch genommen würden, sollten sie mit Häusern von drei Obergeschossen bebaut werden dürfen. Dieser nach dem Muster des Boulevard Lenoir in Paris entworfene Plan umfaßte zugleich die Anlegung eines Platzes vor dem Polytechnikum, die Durchführung der Wallstraße, der Schreibergasse, der Kreuzstraße und der Moritzstraße bis zur geplanten Ringstraße, sowie die Verbreiterung der Schulgasse und der Gewandhausstraße. Dagegen machte einer der beteiligten Grundstücksbesitzer den Vorschlag, unter Weglassung der kostspieligen Gartenanlagen zwei gleichbreite Fahrstraßen mit einer Allee in der Mitte herzustellen. Der Rat glaubte aber ein Bedürfnis nach einer solchen, der Neustädter Hauptallee ähnlichen großen Verkehrsstraße, die überdies den Verlust des alten Baumbestandes herbeiführen und die Stauberzeugung fördern würde, nicht anerkennen zu sollen, sondern wollte nur die Beseitigung der schlecht gehaltenen Privatgärten, die Feststellung einer Bebauungsgrenze, die Schaffung sonnig gelegener Wohnungen nahe dem Stadtinnern und namentlich auch die Durchführung der Moritzstraße bis zur Johannesstraße erstreben. Er lehnte deshalb Anfang 1873 den Gegenvorschlag ab und nahm den Stübelschen Plan an, der die alten Alleebäume größtenteils erhalten wissen wollte und wegen der den Anliegern gebotenen Vorteile die meiste Aussicht auf baldige Verwirklichung hatte. Dieser Plan wurde auch von den Stadtverordneten mit großer Befriedigung begrüßt und gebilligt, nur stellten sie die Bedingung, daß seine Ausführung der Stadtgemeinde keine wesentlichen Opfer auferlege. Das Ministerium des Innern aber verweigerte im Oktober 1873 die Genehmigung des Ringstraßenprojekts, einmal, weil Verkehrsrücksichten diese Anlage nicht erforderten und bei ihrer zunächst nur stückweise möglichen Durchführung eine Verschlechterung des be-

stehenden Zustandes eintrete, und sodann weil das Landesmedizinalkollegium erklärt hatte, daß durch den Wegfall der Gärten und Spielplätze die gesundheitlichen Verhältnisse der Stadt geschädigt würden. Der Rat erhob gegen diese Entscheidung des Ministeriums Vorstellungen, jedoch ohne Erfolg. Er behielt die Sache trotzdem im Auge und suchte im Oktober 1883 aufs neue um die Genehmigung des Planes nach. Das Ministerium erklärte darauf, mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretenen Veränderungen in der baulichen Entwicklung und dem Verkehre der Stadt sich nicht mehr unbedingt ablehnend verhalten zu wollen.

Der Baupolizeiausschuß hatte sich schon wiederholt dahin ausgesprochen, daß die weitere Verfolgung des Ringstraßenplans mit der Entschließung über den Bebauungsplan für die militärfiskalischen Grundstücke in der Neustadt verbunden werden müsse. Zur Gewinnung eines solchen Bebauungsplanes hatte der Rat im Einverständnisse mit dem Finanzministerium 1877 einen Wettbewerb veranstaltet. Es gingen dabei 76 Entwürfe ein, aber keiner wurde als zur Ausführung geeignet angesehen. Später ließ der Rat selbst Pläne bearbeiten; der des Baupolizeikommissars Koch wurde angenommen und unter Zustimmung der beteiligten Staatsbehörden endgültig festgestellt. Darauf kam am 15. Mai 1886 zwischen den Staatsbehörden und der Stadtgemeinde eine Vereinbarung zu stande über die Verbindung des in der Neustadt anzulegenden neuen Stadtteils mit dem linken Elbufer durch Erbauung einer vierten Elbbrücke und über die Durchführung der lange geplanten, in diese Brücke einmündenden Ringstraße. Hiernach erhielt die Stadt zum Brückenbau vom Staatsfiskus einen Beitrag von 1 Million Mark und die Berechtigung zur Erhebung eines Brückengeldes zugesichert. Der Fiskus erklärte sich bereit, die zur Herstellung der Ringstraße und der Brückenrampen erforderlichen fiskalischen Landflächen unentgeltlich abzutreten, während die Stadtgemeinde sich verpflichtete, mit dem Bau der Brücke im Jahre 1892 zu beginnen und sie nebst den Zufahrtsrampen in drei Jahren zu vollenden. Überdies wurde der Fiskus von der früher gegebenen Zusage eines Beitrags zum Umbaue der alten Augustusbrücke entbunden. Mit diesen Abmachungen hatte die Stadt nach langjährigem Bemühen die Möglichkeit erlangt, die Promenaden, die bisher nur für Fußgänger benutzbar waren, künftig dem großen Verkehr dienstbar zu machen, namentlich wenn es erforderlich werden würde, die enge Waisenhaus- und Johannesstraße von dem wachsenden Straßenbahnverkehr zu entlasten.

Viel schneller wurde ein damit zusammenhängendes Unternehmen verwirklicht, das der Vorstand der Baupolizei, Stadtrat Dr. Heinrich Nake, gleichzeitig mit jenen langwierigen Verhandlungen in aller Stille vorbereitet hatte und

dessen Bedeutung für den Verkehr noch größer und einschneidender war: die Vollendung der unmittelbaren Straßenverbindung zwischen dem Westen und dem immer mehr sich bevölkernden Osten der Stadt. Am 10. Juni 1884 erstattete Nake dem Rate Vortrag über die Herstellung einer Straße zwischen dem Altmarkte und dem Pirnaischen Platze, am 20. September erhielt das Baupolizeikommissariat den Auftrag zur Bearbeitung eines Planes und am 11. Dezember beantragte Nake in einem Druckberichte an den Rat die grundsätzliche Billigung des Planes. Ende Januar 1885 trat der Rat in Verhandlung mit dem Architekten Bruno Adam, der, ohne von diesem Plane etwas zu wissen, im Verein mit dem Architekten Dr. Gurlitt für die Herstellung einer Straßenverbindung zwischen dem Altmarkte und dem Zeughausplatze wirkte; er gab nun sein Vorhaben auf und bemühte sich mit für das Zustandekommen des stadträtlichen Planes. Seit Anfang Februar verhandelte man mit dem Bankhause Günther & Rudolph und der Dresdner Bank wegen Übernahme der Ausführung gegen Leistung eines städtischen Zuschusses. Die Verhandlungen stießen auf große Schwierigkeiten; daß sie zum Ziele führten, war nur den ausdauernden Bemühungen Nakes zu verdanken. Die öffentliche Auslegung des Planes erfolgte am 20. Februar, der vorläufige Abschluß eines Vertrags mit den Unternehmern am 13. März 1885.

Geplant war die Herstellung einer 20 Meter breiten Straße, die vom Altmarkte aus zunächst der Richtung der Badergasse folgen, die Moritzstraße und die große Schießgasse durchbrechen und nahe der Landhausstraße in den Pirnaischen Platz ausmünden sollte. Dies machte in der Badergasse den Abbruch der ganzen südlichen und eines Teiles der nördlichen Häuserreihe nötig. Es waren im ganzen 15 454 Quadratmeter bebaute Grundstücke anzukaufen, die insgesamt etwa 8 Millionen Mark, das Quadratmeter durchschnittlich 520 Mark, kosteten. Der Vertrag verpflichtete die Unternehmer, das Straßenland, mehr als ein Drittel der erworbenen Fläche, nach Beseitigung der Gebäude unentgeltlich an die Stadtgemeinde abzutreten und die übrigbleibenden Grundstücke bis Ende 1888 wieder mit Häusern zu bebauen. Dagegen übernahm die Stadt die Herstellung der Fahrbahn und der Schleuse auf ihre Rechnung und gewährte zu den Kosten des Unternehmens einen einmaligen, nicht rückzahlbaren Beitrag von 2½ Million Mark, sowie einen unverzinslichen, in den Jahren 1916 bis 1925 zurückzuzahlenden Vorschuß von ½ Million Mark; diese 3 Millionen sollten dem aus den Betriebsüberschüssen der Gasfabriken angesammelten Reservefonds entnommen werden, so daß keinerlei Belastung des städtischen Haushalts eintrat. Die Gesamtkosten waren auf 12 Millionen veranschlagt, darunter 3 Millionen für den Neubau der Häuser. Außer dem Bei-

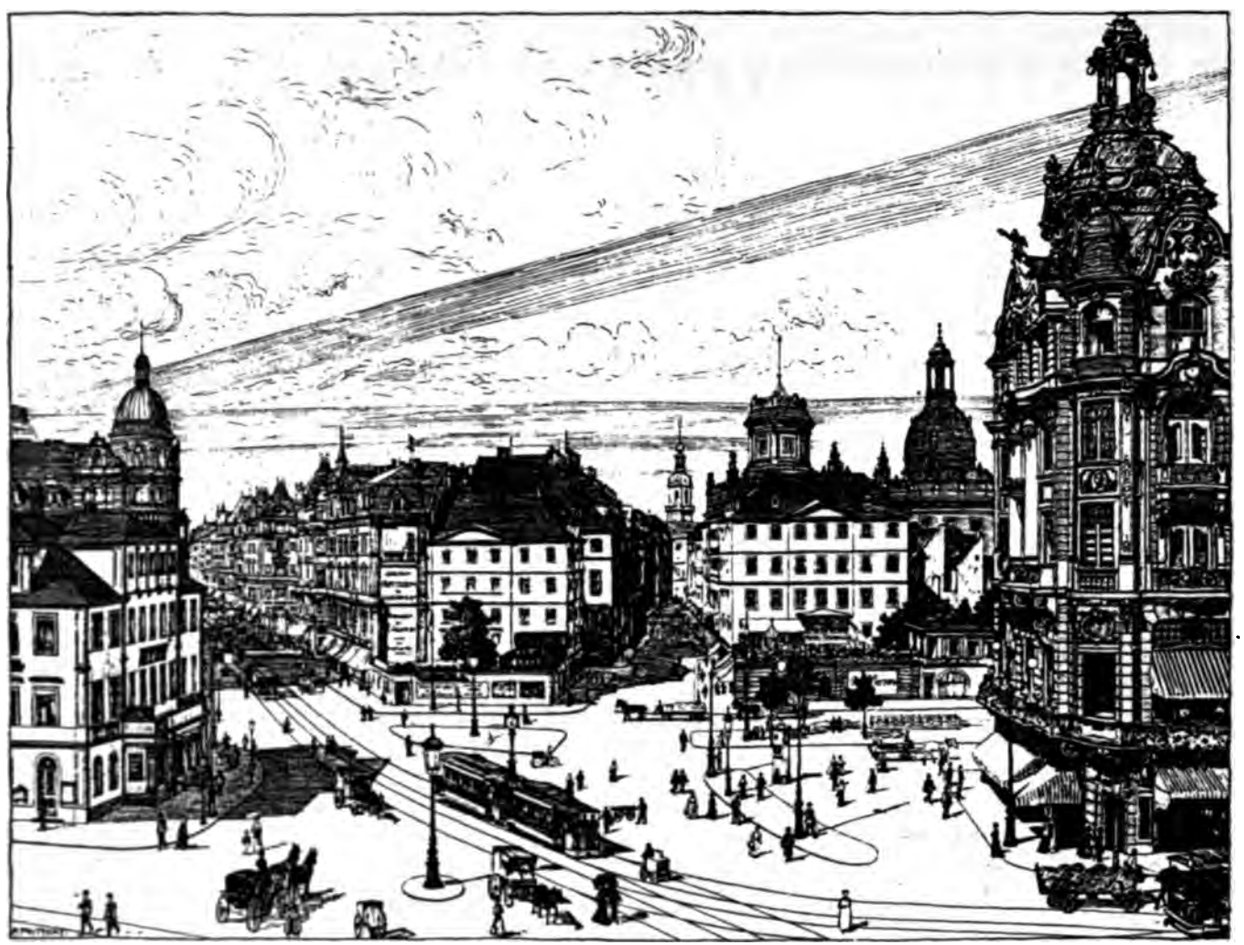
trage der Stadt waren sonach noch 9 Millionen Mark aufzubringen. Zu diesem Zwecke sollten für 3 Millionen Aktien ausgegeben und zur Deckung der übrigen 6 Millionen eine auf dem Grundbesitze des Unternehmens sicherzustellende Pfandschuld aufgenommen werden, deren Verzinsung in Höhe von $3^1/_2$ Prozent die Stadt für 25 Jahre gewährleistete; diese Pfandschuld war auf 7 Millionen zu bemessen, da die Schuldscheine bei dem damals als niedrig geltenden Zinsfuße weit unter dem Nennwerte ausgegeben werden mußten.

Die Börse schätzte den zu erwartenden Gewinn nicht hoch ein: kaum die erste Million des Aktienkapitals wurde gezeichnet. Aber die öffentliche Meinung stand ganz überwiegend dem Rate zur Seite, der den Vertrag mit den Unternehmern am 17. März einstimmig gutgeheißen hatte. Die Stadtverordneten mußten sich, da die Besitzer der anzukaufenden Häuser nur bis zum Ende des Monats an ihre Zusagen gebunden waren, schon am 26. März schlüssig machen. Hier fehlte es nicht ganz an Widerspruch: eine Minderheit der Ausschüsse wollte die Anforderungen des Verkehrs auf weniger kostspielige Weise befriedigt wissen und beantragte die Ablehnung der Ratsvorlage. Ihr Berichterstatter führte aus, für die geplante Straße spreche kein dringendes Bedürfnis; die Hauptverkehrsader von Osten her sei die Pillnitzer Straße, von da wende sich der Verkehr über den Zeughausplatz nach dem Neumarkte; den Umweg dorthin könne auch der mäßige Verkehr vom Pirnaischen Platze nach dem Altmarkte machen, man solle nur eine bessere Verbindung zwischen Neumarkt und Altmarkt durch Verbreiterung der kleinen Kirchgasse schaffen; die Belastung der Stadtkasse sei zu groß, die Einträglichkeit des Unternehmens fraglich; die Hoffnung, daß es den Grundstücksverkehr beleben, den gesunkenen Unternehmungsgeist anregen und Arbeit bringen werde, sei trügerisch; so viel man in der Mitte der Stadt neue Häuser baue, eben so viele würden in den Vorstädten weniger gebaut werden; durch den Abbruch zahlreicher Häuser würden aber viele kleine Mieter und Geschäftsleute geradezu auf die Straße gesetzt; die neue Verbindung werde den Verkehr der Landhaus-, Rampischen und Frauenstraße sowie des Neumarkts vermindern, dort den Grundwert herabdrücken und so geschichtlich erwachsene Interessen schädigen. — Aber die Bedeutung des groß angelegten Unternehmens konnte durch alle diese Bedenken nicht erschüttert werden. Entschlossen ging die Mehrheit der Gemeindevertreter darauf ein, und ihre freudige Stimmung wurde auch durch die noch nie dagewesene Zumutung, sich über eine so folgenschwere Frage in wenigen Tagen entscheiden zu sollen, nicht abgeschwächt, wohl aber gehoben durch die Befriedigung darüber, daß es ihnen nach jahrelangem, vielfach kleinlichen Streite wieder einmal vergönnt war, in voller Übereinstimmung mit dem Rate zu handeln. Die Vorlage wurde nach kurzer

Verhandlung mit 54 gegen 13 Stimmen – unter den Gegnern namentlich die Führer der Hausbesitzerpartei – angenommen und das Ergebnis der Abstimmung von der Tribüne mit lautem Beifall begrüßt. Damit war auch das von der Dresdner Baugesellschaft eingereichte Gegenprojekt abgelehnt, wonach die Verbindung des Altmarktes mit der Pirnaischen Vorstadt dadurch erzielt werden sollte, daß die große Frohngasse auf 20 Meter verbreitert und von ihrer Einmündung in die Schießgasse zwei Verbindungsstraßen nach dem Pirnaischen und dem Johannesplatze geführt würden. Schon am folgenden Tage, dem 27. März, wurde der endgültige Vertrag zwischen der Stadtgemeinde und den als Unternehmer auftretenden beiden Banken unterzeichnet. Diese übertrugen ihre Rechte und Pflichten am 25. September auf eine zu diesem Zwecke begründete „Baubank für die Residenzstadt Dresden".

Jetzt war auch die Zeit gekommen, auf den Plan der Durchführung der Moritzstraße bis zur Johannesstraße und der Kreuzstraße bis zur Maximilians-Allee zurückzugreifen, den die Stadtverwaltung im Jahre 1871 gefaßt hatte, dessen Verwirklichung aber ohne die gleichzeitige Herstellung der Ringstraße wegen der Tieflage der Maximilians-Allee nicht möglich gewesen war. Die Dresdner Baugesellschaft hatte schon 1873 das ehemals Poncetsche Grundstück an der großen Schießgasse nebst der anstoßenden östlichen Reihe der Fleischhallen und damit den Schlüssel zur Verbindung des Neumarkts mit dem Großen Garten in ihre Hand gebracht. Mit ihr schloß die Stadtgemeinde am 23. Oktober 1885 einen Vertrag, durch den sich die Gesellschaft verpflichtete, das zur Verlängerung der Moritz- und Kreuzstraße erforderliche Land zu beschaffen, es von allen Baulichkeiten freizulegen und die anliegenden Grundstücke bis Ende 1890 vollständig wieder mit Wohnhäusern zu bebauen, wogegen die Stadt die Kosten des Straßen- und Schleusenbaues übernahm und einen nicht rückzahlbaren Beitrag von 270000 Mark zusicherte.

Die Herstellung der König Johann-Straße – so nannte man die künftige West-Ost-Linie – begann auf der Strecke zwischen dem Pirnaischen Platze und der Moritzstraße; am 5. Oktober 1885 nahmen die Abbruchsarbeiten auf der großen Schießgasse ihren Anfang. Auf der etwa 400 Meter langen Straße mußten 46 zum Teil siebenstöckige Häuser, meist unscheinbare Bauten, fallen, aber auch das fürstlich Schönburgsche Palais an der Moritzstraße, eins der schönsten und vornehmsten Wohnhäuser aus der Rokokozeit, dessen Erhaltung eine Abbiegung der Straße wohl gelohnt hätte, wenn nicht vorauszusehen gewesen wäre, daß es, künftig an einer Hauptverkehrsstraße liegend, bei dem zu erwartenden Steigen des Grundwerts dann doch bald einem Geschäftshause würde weichen müssen. Im Nu verwandelte sich der Straßenzug in ein Trümmer-



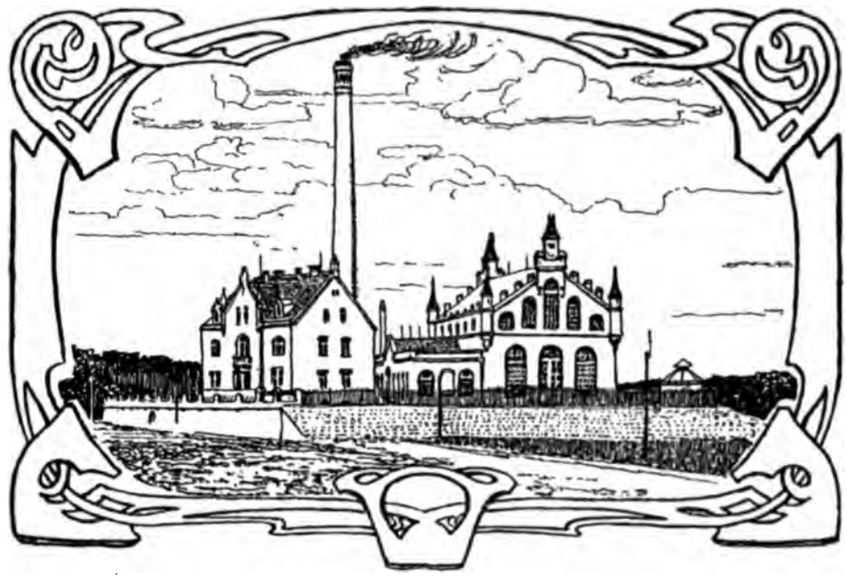
Pirnaischer Platz

lehnte nun der Rat das Gesuch ab, nachdem die Vorstände der einzelnen Verwaltungszweige Gutachten abgegeben hatten, die die Vereinigung als nicht notwendig und ersprießlich für die Stadt hinstellten. Erst 1883 lebte die Frage dadurch wieder auf, daß 59 der angesehensten Grundstücksbesitzer Strehlens ihren Gemeinderat ersuchten, beim Rate zu Dresden die Einverleibung des Ortes zu beantragen. Diesmal äußerten sich die städtischen Verwaltungsvorstände günstig und die Verhandlungen wurden 1885 wieder eröffnet. Die Einverleibung ward beschlossen, durch ein Ortsgesetz vom 28. November 1888 im einzelnen geregelt und trat am 1. Januar 1892 in Kraft, nachdem der Rat tags vorher das Strehlener Gemeindeamt übernommen hatte. Der einverleibte Ort, der schon seit 1887 von der Stadt mit Gas versorgt wurde, hatte nach der Zählung von 1890 2502 Einwohner. Seine Steuerkraft war gut: während in Dresden auf jeden Steuerpflichtigen durchschnittlich 28,7 Mark Staatseinkommensteuer entfielen, belief sich dieser Betrag in Strehlen auf 34 Mark. Das Vermögen und die Schulden der Gemeinde glichen sich gegenseitig aus. Insoweit hatte die Stadt eine gute Erwerbung gemacht. Die dringend notwendige Entwässerung des Ortes legte ihr aber Opfer auf; es sollte von der Residenzstraße durch die Park-, Lenné-, Elias-, Holbein- und Gerichtsstraße ein großer Flutkanal gebaut werden, der zugleich dazu dienen konnte, die Entwässerungsverhältnisse am Großen Garten und von der Johannstadt her zu verbessern.

Im Gegensatze zu Strehlen war das weniger wohlhabende Striesen schon in den ersten Anfängen seiner Entwicklung zur Vorstadt bereit gewesen, seine Selbständigkeit aufzugeben. Im Jahre 1876 hatte der Striesener Gemeinderat beim Rate zu Dresden einmal angefragt, ob er mit ihm in Verhandlungen wegen der Einverleibung des Ortes eintreten wolle. Damals, als der Plan einer umfassenden Bebauung der der Stadt noch näher liegenden Landflächen, der späteren Johannstadt, eben gescheitert war, hatte der Rat keine Lust gehabt, auf die Anregung einzugehen. Aber innerhalb eines Jahrzehnts hatte sich die Lage doch wesentlich geändert. Striesen war bedeutend gewachsen, seine Straßenzüge schlossen sich bereits an die der Stadt an, seine Bewohner lebten im regsten Verkehr mit Dresden, zahlreiche Dresdner Geschäftsleute und Beamte hatten ihre Wohnung nach dem Vororte verlegt. Striesen fing an, ein gesuchtes Feld für bauliche und industrielle Unternehmungen zu werden, so daß Dresden alle Ursache hatte, sich noch beizeiten einen Einfluß auf die Weiterentwicklung des Nachbarortes zu sichern. Im Jahre 1889 fragte der Striesener Gemeinderat beim Rate zu Dresden an, welche Stellung dieser zu der von einem Privatunternehmer beabsichtigten Errichtung einer Gasanstalt für Striesen im Hinblick auf die etwaige künftige Einverleibung des Orts einnehme. Die Antwort, daß

das Entstehen einer solchen Gasanstalt die Einverleibung in den Stadtgemeindebezirk nur erschweren könne, bewog den Gemeinderat, diese Einverleibung sofort zu beantragen. Der Rat erklärte sich damit grundsätzlich einverstanden. Die wegen der Bedingungen eingeleiteten Verhandlungen boten nur geringe Schwierigkeiten. In ihrem Verlaufe machte der Bezirksausschuß darauf Anspruch, daß der Bezirksverband für den beim Ausscheiden Striesens eintretenden Verlust an Steuerkraft schadlos gehalten werde, eine Forderung, die der Rat nicht als berechtigt anerkennen konnte. Um aber das Hindernis aus dem Wege zu räumen, ging die Stadt auf einen Vergleich ein, wonach sie auf Herausgabe des der Gemeinde Striesen zustehenden Anteils am Bezirksvermögen, der Bezirksverband dagegen auf Entschädigung verzichtete. Durch Ortsgesetz vom 18. Februar 1892 wurde die Vereinigung Striesens mit Dresden endgültig festgestellt und am 1. Juli mit der Übernahme des Gemeindeamts durch den Rat vollzogen. Der einverleibte Vorort, dessen Einwohnerschaft nach der letzten Volkszählung 10 820 Köpfe betrug, hatte auf manchen Gebieten schon Einrichtungen, die sich denen der Stadt leicht anpassen ließen. Das Vermögen der Gemeinde überstieg die Schulden um etwa 139 000 Mark. Es waren eine mittlere und eine einfache Volksschule sowie eine Fortbildungsschule mit zusammen 33 Lehrkräften vorhanden. Die Lehrer wurden ebenso wie die Gemeindebeamten in den städtischen Dienst übernommen.

Die Stadtflur hatte bisher 2 890 Hektar umfaßt, wovon bereits etwa zwei Dritteile bebaut und für Straßen und Plätze, Eisenbahnen, Flußläufe und öffentliche Anlagen in Anspruch genommen waren. Mit der Einverleibung Strehlens und Striesens wuchsen ihr 703 Hektar, also der vierte Teil ihrer bisherigen Ausdehnung zu. Die übernommenen fertigen Straßen hatten eine Länge von ungefähr 40 500 Metern, die fertigen Hauptschleusen eine solche von 12 000 Metern; damit war die Länge der städtischen Straßen auf 211 300, die der Hauptschleusen auf 171 200 Meter angewachsen. Diese Erweiterung des Gebiets mit seinen Verkehrs- und Entwässerungsanlagen hatte vor allem eine starke Steigerung der Aufgaben des städtischen Tiefbauamtes zur Folge, denen eine schleunige Durchführung not tat, weil die bauliche Entwicklung der Vororte in letzter Zeit kräftig vorwärtsgeschritten war.



## IX.

## Das letzte Jahrzehnt der Amtsführung Stübels.

So lange die Aufgaben der Gemeinde überwiegend ordnende und überwachende waren, konnte ihre Verfassung und die Zusammensetzung der leitenden Körperschaften, bei der alle maßgebenden Stellen den Juristen zufielen, als zweckentsprechend gelten. Aber die mächtige Entwicklung der Städte, die das Zeitalter der Technik mit sich brachte, mußte auch darin umgestaltend wirken. Das Bauwesen, das in Dresden während der Zeit der Verarmung eine äußerst bescheidene Rolle gespielt hatte, rückte in seiner Bedeutung für die Finanzen der Stadt und die Wohlfahrt ihrer Bewohner an die Spitze aller Zweige der städtischen Verwaltung, ohne daß freilich die Techniker selbst alsbald zu dem ihnen gebührenden Einflusse gelangten. Stübel war es gewesen, der schon als Stadtverordneter gegen die Unterordnung des städtischen Ingenieurs unter den Architekten angekämpft hatte. Später war er zwar als Stadtrat selbst Vorgesetzter der beiden obersten Techniker und mit gutem Erfolg verantwortlicher Vertreter ihrer Arbeiten vor den städtischen Körperschaften. Wenn aber ein Jurist von geringerem Verständnis für bauliche Angelegenheiten die Stelle eines Bauamtsvorstandes einnahm, mußte die Abhängigkeit der Techniker von diesem auf die Geschäfte um so hemmender

und schädlicher wirken, je bedeutender und umfangreicher sich von Jahr zu Jahr ihre Aufgaben gestalteten. Als Oberbürgermeister war Stübel deshalb darauf bedacht, nach dem Vorgange anderer deutschen Großstädte die obersten Techniker selbständig zu machen und damit die Verantwortlichkeit für das Bauwesen denen zuzuweisen, die sie vermöge ihrer Vorbildung und Sachkenntnis wirklich tragen konnten.

Überhaupt waren organisatorische Veränderungen im Rate nicht mehr zu umgehen. Am 1. Dezember 1884 sollte das Reichsgesetz über die Krankenversicherung der Arbeiter in Kraft treten. Dem Rate erwuchsen daraus erweiterte Pflichten: er hatte die Gemeindekrankenversicherung zu ordnen, die Ortskrankenkassen zu begründen und die Errichtung von Fabrik- und Betriebskrankenkassen anzuregen und zu begutachten, sodann alle Orts-, Betriebs-, Innungs- und freien Hilfskassen der Stadt zu überwachen und Streitigkeiten zwischen den Beteiligten zu entscheiden. Die durch diese neuen Aufgaben und durch das sonstige Anwachsen der Verwaltung verursachte Steigerung der Geschäfte machte die Heranziehung neuer Arbeitskräfte nötig. Der Oberbürgermeister beabsichtigte, zu diesem Zwecke zunächst auf die unbesoldeten Stadträte zurückzugreifen, die bisher im wesentlichen auf eine beratende Teilnahme an den Geschäften beschränkt gewesen und nur vereinzelt mit Verwaltungsämtern betraut waren: so pflegte stets ein Geschäftsmann den Marstall zu verwalten, der allerdings den Juristen niemals ein lockendes Feld der Betätigung bieten konnte. Von nun an wurden aber auch die Gasfabriken, zahlreiche Versorgungsanstalten, die Sparkasse, das Leihhaus, das Gärtnereiwesen und andere Geschäftszweige einzelnen unbesoldeten Ratsmitgliedern zur Verwaltung übergeben und damit ein bisher wenig benutzter Schatz von Erfahrungen und Kräften für die Gemeinde dienstbar gemacht. Wichtiger aber als diese nur allmählich durchführbare Heranziehung des Laienelements war die baldige Neugestaltung des Stadtbauamts, in dessen Leitung sich jetzt zwei Juristen teilten. Der Oberbürgermeister und mit ihm der Rat wollte eine von diesen beiden Arbeitskräften für die neu erwachsenen Aufgaben gewinnen, indem er vorschlug, die beiden technischen Oberbeamten zu Ratsmitgliedern zu machen und die juristisch-administrativen Geschäfte des Bauamts wieder wie früher in der Hand eines einzigen Stadtrats zu vereinigen. Die Stadtverordneten lehnten aber diesen im Frühjahr 1884 eingebrachten Antrag ab und bewilligten nur eine neue Stelle für einen juristisch gebildeten Stadtrat. Die der Gemeindevertretung angehörenden Juristen konnten sich von der Vorstellung, daß nur ihresgleichen zur Leitung von Verwaltungsämtern, selbst vorwiegend technischen, befähigt sei, noch nicht losmachen und setzten ihre Ansicht um so leichter durch, als das

Kollegium bei der damals herrſchenden Kampfſtimmung ohnehin wenig Neigung fühlte, dem Rate in ſolchen perſönlichen Angelegenheiten entgegenzukommen. Der Rat ließ die Frage notgedrungen während der nächſten Jahre ruhen, nahm aber, als 1888 der Oberingenieur Manck ſtarb, dieſe Erledigung einer der oberſten Technikerſtellen zum Anlaß, ſeinen früheren Antrag erneut an die Stadtverordneten zu bringen, und diesmal geſchah es mit beſſerem Erfolge. Man beſchloß, vom 1. Mai 1889 ab von dem bisherigen Stadtbauamte zwei ſelbſtändige Ämter für die techniſchen Angelegenheiten des Hoch- und Tiefbauweſens abzutrennen und jedes einem techniſch gebildeten Ratsmitgliede mit dem Titel Stadtbaurat zu unterſtellen, dem von einem juriſtiſchen Stadtrate zu leitenden Stadtbauamte aber nur noch die ſtraßenbaurechtlichen Geſchäfte und die Verwaltung der Gemeindegrundſtücke zu belaſſen. Zum Vorſtande des Hochbauamts wurde der langjährige Stadtbaudirektor Theodor Friedrich, zum Leiter des Tiefbauamts der Abteilungsingenieur bei den Staatseiſenbahnen Hermann Klette gewählt. Die beiden techniſchen Dienſtſtellen erfuhren ſchon im nächſten Jahre eine durchgreifende Umgeſtaltung. Um die fernere Verwendung der häufig wechſelnden Hilfsarchitekten einzuſchränken, wurden beim Hochbauamte zwei Stadtbaumeiſter, drei Bauinſpektoren und ein Bauaſſiſtent angeſtellt. Beim Tiefbauamte hatte man bisher wegen Mangels an Arbeitskräften nicht einmal für vollſtändige und genaue Pläne über die vorhandenen Straßen- und Schleuſenanlagen ſorgen können. Um ſolche herzuſtellen und die Vorarbeiten beim Tiefbau überhaupt zu erledigen, wurde ein Konſtruktionsbureau mit einem Stadtbaumeiſter, einem Bauinſpektor und mehreren Ingenieuren und Zeichnern errichtet. Die zur Ausführung der Tiefbauarbeiten angeſtellten Techniker wurden in drei Tiefbauinſpektionen mit je einem Bauinſpektor und einem Aſſiſtenten nebſt den nötigen Unterbeamten eingeteilt; eine vierte Inſpektion trat nach der Einverleibung Strieſens im Jahre 1893 hinzu.

Die wichtigſte Aufgabe des Tiefbauamts war und blieb die Kanaliſation der Stadt. Vor kaum zwei Jahrzehnten hatte der Oberingenieur Manck mit ſeinen neuen Entwäſſerungsanlagen für Jahrhunderte vorzuſorgen geglaubt — und jetzt ſtand man ſchon wieder vor der Notwendigkeit ihrer völligen Erneuerung, da die damals gebauten Schleuſen und Kanäle in ihrer Weite und Tiefe lage dem Bedürfniſſe auf die Dauer nicht entfernt genügten. Die Angaben der meteorologiſchen Stationen über die größten Regenmengen, die er ſeiner Berechnung der Schleuſenweite zu grunde gelegt hatte, erwieſen ſich als viel zu niedrig: bei den ſeit 1885 auf dem ſtädtiſchen Bauhofe veranſtalteten Regenmeſſungen wurde ermittelt, daß wolkenbruchartige Regengüſſe doppelt ſo viel Waſſer lieferten. Aber dieſer Irrtum war es nicht allein. Niemand konnte

vor 1870 ahnen, daß sich das Straßennetz mit solcher Schnelligkeit bis an die Grenzen des Weichbildes ausdehnen und damit an die Leistungsfähigkeit der Schleusen immer größere Anforderungen erwachsen würden. Selbst wenn der Ingenieur so vorausblickend gewesen wäre, hätte er nicht die geringste Aussicht gehabt, mit so weitgehenden Plänen durchzudringen, denn es war ihm bei der damals noch herrschenden Zaghaftigkeit schon schwer genug gefallen, die städtischen Körperschaften für seine – nur zu bescheidenen – Entwürfe zu gewinnen.

Manck selbst sah sich 1887 noch genötigt, die Unzulänglichkeit seiner Anlagen einzugestehen und die Notwendigkeit ihrer Neuordnung nachzuweisen. Bei einem Gewitter am 14. Juni 1886 hatte namentlich das sogenannte amerikanische Viertel gelitten, weil die von den Räcknitzer Höhen herabschießenden Regenwässer nicht schnell genug abfließen konnten und durch die Heimschleusen in die Keller drangen. Man beschloß deshalb, von der Reichenbachstraße durch die Winckelmann-, Reitbahn- und Marienstraße unter den Zwingeranlagen hinweg nach der Elbe einen Flutkanal zu führen, der bei einer Weite von 2 bis 2,5 Metern in der Sekunde 15 Kubikmeter Wasser befördern konnte, während der jetzt dort vorhandene Kanal nur 5,3 Kubikmeter fortschaffte. Dieser neue Kanal, der zugleich die angrenzenden Schleusengebiete der Altstadt entlasten sollte, wurde im Herbst 1887 begonnen und 1890 vollendet. Im folgenden Jahre ging man daran, gemäß einem Vertrage mit der Gemeinde Löbtau, einen Flutkanal zu bauen, der die Wässer der Löbtauer und eines Teiles der Naußlitzer Flur nach der Elbe zu leiten bestimmt war, und vom Juli 1893 bis zum September 1894 wurde der Strehlener Flutkanal, von der Lennéstraße in die Johann Georgen-Allee einbiegend und die Ringstraße hinab in die Elbe führend, hergestellt.

Im Anschlusse an die Kanäle wurden planmäßig die Schleusen in den älteren Stadtteilen umgebaut. Ihre Querschnitte wurden nach Maßgabe der im Stadtgebiete vorgenommenen Regenmessungen festgesetzt, Schlammfänge und Reinigungsgruben, die kaum etwas andres als in die Kanäle eingebaute Düngergruben sein konnten, entfernt, seicht liegende, alte gemauerte Kanäle mit ebener Sohle, die den Wasserabfluß nicht genügend förderten, gedichtet, geglättet und mit muldenförmigen Sohlen versehen oder beseitigt und durch tiefliegende Kanäle von eiförmigem Querschnitt ersetzt. Die Regelung der Gefälle erfolgte derart, daß möglichst überall eine Wassergeschwindigkeit erreicht wurde, bei der Ablagerungen von Sinkstoffen ausgeschlossen sind. Endlich wurde durch zweckmäßige Querschnittformen und sorgfältige Ausführung für die größte Leistungsfähigkeit, Haltbarkeit und besonders Undurchlässigkeit der Kanäle gesorgt, um

sie für den Fall späterer Einführung der Schwemmkanalisation dazu geeignet zu machen. In den sechs Jahren 1890 bis 1895 stellte das Tiefbauamt über 56 000 laufende Meter Hauptschleusen her, darunter 10 000 Meter große haubenförmige Vorflutkanäle und 36 000 Meter eiförmige Hauptschleusen, während 3600 Meter alte Kanäle brauchbar gemacht und 10 500 Meter untaugliche Schleusen beseitigt und ersetzt wurden. Es blieben für die nächsten Jahre nur gegen 15 000 Meter alte Kanäle umzubauen, um das städtische Schleusennetz als fertig und zur Einführung der Schwemmkanalisation bereit erscheinen zu lassen. Außerdem galt es noch, die Entwässerung der östlichen Johannstadt und der Vorstadt Striesen durchzuführen.

Neben den unterirdischen Arbeiten in den Straßen liefen bedeutende Verbesserungen in der Befestigungsweise der Oberfläche her: die Gangbahnen wurden meist verbreitert und statt der leicht zerstörbaren kleinen Sandsteinplatten mit großen Granitplatten belegt, das Pflaster der Fahrbahnen aber in regelmäßig behauenen Steinen oder in Asphalt ausgeführt. Trotz des mit der Asphaltierung schon 1872 in der Augustusstraße gemachten Versuchs betrachtete man diese teure Pflasterung noch lange als Luxus und entschloß sich zu ihrer Anwendung auf Stadtkosten nur zögernd. Zuerst wurde 1885 die enge und dabei äußerst verkehrsreiche Seestraße asphaltiert. Eine starke Minderheit der Stadtverordneten wollte damals die Mehrkosten gegenüber der Steinpflasterung von den Anliegern aufgebracht wissen, während diese sich nur bereit erklärt hatten, die Mehrkosten verlagsweise zu bestreiten, bis auch andre Straßen auf Stadtkosten asphaltiert werden würden. Merkwürdigerweise äußerte ein Stadtverordneter sogar Bedenken gegen die Geräuschlosigkeit des Wagenverkehrs, weil dadurch die Fußgänger in Gefahr kommen könnten! Im Jahre 1886 folgte die Asphaltierung der Schloßstraße. Die neue König Johann-Straße genoß den Vorteil, von Anfang an asphaltiert zu werden. Dann kam 1888 die Marienstraße an die Reihe und in den folgenden drei Jahren die Prager Straße in drei Abschnitten, sowie eine Reihe enger Gassen, die eines glatten Oberflächenbelags ebenso aus Rücksicht auf die Ruhe wie auf die Reinlichkeit besonders bedürftig erschienen: so die Kanal-, Friesen-, Weber-, Schreiber- und Neue Gasse. Von da an wurde die Umwandlung des Steinpflasters in Asphaltdecke jedes Jahr in mehreren Straßen, namentlich den engen und verkehrsreichen, durchgeführt, soweit nicht die noch rückständige Erneuerung der Schleusen dies verhinderte. Das Tiefbauamt nahm diese Arbeiten mehr und mehr in eignen Betrieb und erzielte mit Hilfe eines Stammes tüchtiger Arbeiter so gute Erfolge, daß die im Jahre 1896 eingeholten Gutachten auswärtiger Sachverständiger das Dresdner Asphaltpflaster für ausgezeichnet erklären konnten.

Für den Zustand der Straßen und Plätze war es lange Zeit von Nachteil gewesen, daß sich viele von ihnen, namentlich die auf dem ehemaligen Festungsgelände angelegten und die der früheren vorstädtischen Amtsgemeinden, in Besitz und Unterhaltung des Staatsfiskus befanden. Erst 1874 wurden die meisten von ihnen an die Stadtgemeinde abgetreten. Mit der Anlegung der Ringstraße gingen auch die Altstädter Alleen in städtische Unterhaltung über, nur die Gegend um das Schloß, den Zwinger und das Hoftheater und die Gartenanlagen in einigen anderen Stadtteilen blieben noch in fiskalischen Händen. — Die Straßenreinigung hatten von alters her die Hausbesitzer zu besorgen. Die vielfach ungenügende, mindestens ganz ungleichmäßige Handhabung dieser Bürgerpflicht ließ schon im Jahre 1843 die Frage der Übernahme der Straßenreinigung auf die Stadtgemeinde innerhalb der Gemeindevertretung auftauchen; 1874 wurde sie von den Stadtverordneten aufs neue angeregt, ohne daß es jedoch der Rat für zeitgemäß hielt, sie der Lösung zuzuführen. Erst 1887 kam ein Ortsgesetz zu stande, wonach vom 15. November an die Reinigung der Straßen und Plätze gegen eine von den Besitzern der anliegenden Grundstücke zu zahlende Abgabe von jährlich 10 Pfennigen für das Quadratmeter Reinigungsfläche an die Stadt überging. Zunächst wurde dieser neue Verwaltungszweig der Feuerwehr angegliedert, von Anfang 1894 an aber dem Tiefbauamte zugewiesen, in dessen Pflege die Straßen und namentlich die besonderer Sorgfalt bedürftigen Asphaltflächen am besten aufgehoben waren.

Während sich das Tiefbauwesen unter der schöpferischen Leitung Klettes stetig entwickelte, hatte das Hochbauamt schon bald nach seiner Neuordnung einen Wechsel seines Vorstandes durchzumachen: Stadtbaurat Friedrich trat am 1. April 1891 in den Ruhestand und starb schon wenige Monate nachher. Zahlreiche städtische Gebäude hat er geschaffen. Meist sind es bloße Nutzbauten, wie die Arbeitsanstalt, Versorgungs- und Krankenhäuser und namentlich viele Volksschulen; nur bei der im Jahre 1869 vollendeten Annenschule, dem Wasserwerke und dem Wettiner Gymnasium nahm er einen Anlauf zu monumentaler Gestaltung. In Friedrichs letztem Amtsjahre entfaltete der erste Stadtbaumeister Wilhelm Rettig, einer der beiden Sieger im Wettbewerbe um das Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm I., im Hochbauamte eine anregende Tätigkeit. Mit seinen Entwürfen zu einer Markthalle auf dem Antonsplatze, zu einer Bürgerschule an der Silbermannstraße und besonders zu der neuen Dreikönigschule kam er aber in scharfen Gegensatz zur Dresdner Architektenwelt, und dies hatte zur Folge, daß er, obwohl Kandidat des Rates, bei der am 19. März 1891 vollzogenen Wahl eines Stadtbaurats gegen den Landbauinspektor Edmund Bräter unterlag, der im dritten Wahlgange mit einer Stimme Mehrheit gewählt wurde.

Dem Hochbauamte waren in der Folgezeit zahlreiche und dankbare Aufgaben gestellt, die eine gute Lösung fanden. Das neue Bürgerhospital an der Pfotenhauerstraße wurde 1894, die Realschule in der Johannstadt, ein städtisches Verwaltungsgebäude auf dem Platze des ehemaligen Jakobshospitals an der Annenstraße und die große Hauptmarkthalle an der Weißeritzstraße 1895, der Ausstellungspalast 1896, die Neustädter Markthalle 1899 und daneben eine Reihe von Schulhäusern vollendet. Die beträchtlichen Kosten, die diese umfassende Bautätigkeit der Stadtgemeinde verursachte, konnten natürlich nicht allein aus dem Ertrage der Steuern aufgebracht werden, sondern wurden zum Teil aus Anleihen bestritten, so daß das nachfolgende Geschlecht seinen Anteil an den auch zu seinem Besten aufgenommenen Lasten zugewiesen erhielt. Wie die Einwohnerschaft, so wuchsen nun auch die Ziffern der städtischen Anleihen lawinenartig an. Die ersten beiden Anleihen waren in den Jahren 1835 und 1837 in der bescheidenen Höhe von 306 000 und 420 000 Mark zu 3 Prozent aufgenommen worden; dazu war 1863 eine 4prozentige Anleihe von 4 500 000 Mark gekommen. Von ihnen allen war der letzte Rest im Jahre 1893 getilgt. Nicht weniger als 11 100 000 Mark hatte dann die Anleihe betragen, die man im Jahre 1871 zu dem hohen Zinsfuße von 5 Prozent aufnahm und von der die Hälfte zum Bau der Wasserleitung bestimmt war. Die steigenden Anforderungen der werdenden Großstadt kamen in den Anleihesummen der Jahre 1875, 1886 und 1893 zum Ausdruck, die sich auf $7\frac{1}{2}$, 16 und 30 Millionen Mark beliefen. Mit Hilfe der letzten dieser Anleihen hoffte man alle Bedürfnisse befriedigen zu können, die in den nächsten zehn Jahren hervortreten würden: es waren bestimmt gegen 7 Millionen zu Schulbauten, $1\frac{1}{4}$ Million für den Ausstellungspalast, 3 Millionen für Markthallen, 2 Millionen für die vierte Elbbrücke, gegen 5 Millionen für die mit der Umgestaltung der Eisenbahnanlagen zusammenhängenden Bauten, 6 Millionen für ein neues Rathaus, 2 Millionen für ein Elektrizitätswerk, $1\frac{1}{2}$ Million zur Erweiterung des Wasserwerks, $2\frac{1}{2}$ Million zum Bau von Krankenhäusern und das übrige zu Straßen- und Schleusenbauten.

Das bedeutende Anwachsen der für die städtische Schuld aufzubringenden Zinsen hatte aber keineswegs eine stärkere Belastung der Steuerzahler zur Folge. Im ersten Jahrzehnt der Geschäftsleitung Stübels waren sogar die Ansprüche der Gemeinde an die Steuerkraft der Einwohnerschaft etwas zurückgegangen: auf den Kopf der steuerpflichtigen Bevölkerung wurden für die politische Gemeinde im Jahre 1877 14,02 Mark, 1886 nur noch 12,50 Mark Steuern erhoben, während sich allerdings inzwischen die Leistung für die evangelische Schulgemeinde von 5,15 Mark auf 6,07 Mark erhöht hatte. Die Schonung

der Steuerkraft war durch die umsichtige Finanzgebarung der Vergangenheit ermöglicht worden: man hatte die Überschüsse nicht sofort wieder verbraucht, sondern daraus planmäßig Rücklagen gebildet, durch die dem Gemeinwesen, das nun einmal nicht mit einem großen werbenden Vermögen ausgestattet war, gegenüber den wachsenden Ausgaben dauernde Leistungsfähigkeit gesichert und die Bürger vor starkem Schwanken der Steuerforderungen geschützt wurden. Seit dem Jahre 1886 äußerte dann auch die begonnene Steuerreform ihre günstige Wirkung. Die städtische Einkommensteuer, die mit dem Jahre 1892 in vollem Umfange eingeführt wurde, brachte trotz des damaligen Darniederliegens von Industrie und Handel unerwartet hohe Erträgnisse und steigerte die Überschüsse des städtischen Haushalts in einer Weise, daß auch für außerordentliche Aufwendungen reichliche Mittel übrig blieben. Im Jahre 1871 hatte sich der Überschuß der Einnahmen über die 2 220 000 Mark betragenden Ausgaben auf 296 000 Mark belaufen, 1877 war er bei 4 709 000 Mark Ausgabe auf 553 000 Mark gestiegen und 1894 erreichte er trotz der reichlich bemessenen Ausgabe von 7 870 000 Mark seinen höchsten Stand mit 1 171 000 Mark; das folgende Jahr brachte einen Rückgang um etwa 300 000 Mark. So gute Abschlüsse des Haushalts rechtfertigten am besten die großen Unternehmungen, die von der Stadtgemeinde in der letzten Zeit teils durchgeführt, teils eingeleitet waren: die darauf verwendeten Kapitalien verzinsten sich reichlich, denn diese Unternehmungen hatten das ihrige zum Aufschwunge von Handel und Verkehr und damit auch zur Hebung der Steuerkraft beigetragen.

Zur bedeutendsten Einnahmequelle der Stadt nächst den Steuern und Abgaben waren die Erträgnisse der Gasanstalten geworden. Bis in die sechziger Jahre hinein hatte sich der Verbrauch des Leuchtgases nur langsam gehoben. Selbst für die öffentliche Beleuchtung betrachtete man es lange als eine Art Luxusgegenstand, so daß noch 1864 neben 2280 Gasflammen 1124 Öllaternen, namentlich in den vorstädtischen Straßen, zu finden waren. Im Jahre 1865 wurde mit der Einführung von Petroleumlampen statt der Öllaternen begonnen und 1870 hörte die Ölbeleuchtung auf; 1871 bestand die öffentliche Beleuchtung nur noch aus 3569 Gasflammen und 321 Petroleumlampen. In finanzieller Hinsicht wichtig war aber nur der Privatverbrauch. Der geschäftliche Aufschwung nach dem Einigungskriege brachte den Gasfabriken eine Verbrauchszunahme von fast 12 Prozent im Jahre. Zwar dauerte dieses Wachstum in den Jahren des wirtschaftlichen Niederganges nach 1875 nicht an, immerhin aber vermochten die beiden Gasfabriken in der Altstadt und der Neustadt, zumal bei der zunehmenden Ausdehnung der Stadt nach Osten hin, dem Bedürfnisse nicht mehr zu genügen; man entschloß sich daher 1878 zur Errichtung einer dritten Fabrik

in Reick, die mit einem Aufwande von 1 680 000 Mark für die Hochbauten ausgeführt und am 1. März 1881 dem Betriebe übergeben wurde. Seit dem Anfange der achtziger Jahre hob sich der Gasverbrauch der Privaten wieder. Die vervollkommneten Gasmotoren fanden im Gewerbebetrieb immer mehr Anwendung, die Ansprüche an die Helligkeit der Beleuchtung waren gestiegen und der beginnende Wettbewerb des elektrischen Lichts führte zur Verbesserung der Brennvorrichtungen. Namentlich der von Friedrich Siemens erfundene Regenerativbrenner, der bei gleichem Gasverbrauche die dreifache Leuchtkraft gegenüber den bisherigen Brennern erzielte, kam in Aufnahme, und zwar nicht zur Ersparung von Gas, sondern zur Verstärkung der Beleuchtung. Die 1883 auf etwa 3 Prozent gesunkene Jahreszunahme des Gasverbrauchs erreichte 1889 die Höhe von fast 13 Prozent, um dann freilich bis 1891 wieder auf $4^1/_2$ Prozent herabzugehen. Die Betriebsüberschüsse der Gasfabriken waren in fortwährendem Steigen begriffen. Im Jahre 1871 betrugen sie eine halbe, 1881 schon eine ganze und wieder zehn Jahre später fast anderthalbe Million Mark. Sie wurden teils zur Tilgung der für Anlage und Erweiterung der Fabriken aufgenommenen Darlehen verwendet, teils in den städtischen Reservefonds übergeführt, der dadurch eine so stattliche Höhe erhielt, daß er 1885 die 3 Millionen Mark Beitrag der Stadtgemeinde zum Bau der König Johann-Straße bestreiten konnte. In den Haushalt der Stadt wurden von 1871 bis 1881 aus den Überschüssen der Gasfabriken nur 240 000 Mark jährlich eingestellt, die seit 1874 nicht einmal zur Deckung des Aufwandes für die öffentliche Beleuchtung ausreichten. Erst seit 1882 nahm man daraus höhere Zuschüsse in Anspruch; diese wuchsen bis 1891 auf 1 Million Mark an, mehr als das Doppelte von dem, was die öffentliche Beleuchtung kostete.

Die wachsenden Erträgnisse der Gasfabriken waren aber nicht bloß eine Folge des vermehrten Gasverbrauchs. Man verdankte sie zum Teil auch der Tätigkeit des seit 1867 angestellten Betriebsdirektors Julius Hasse. Dieser war fortwährend mit Erfolg bestrebt, die Bauart der zur Gasentwicklung dienenden Öfen zu verbessern und dadurch die Kosten ihrer Instandhaltung, sowie den Aufwand an Feuerungsmaterial und Arbeitslohn zu verringern. Er hatte Patente für Erfindungen auf diesem Gebiete erworben, deren Vorteile die Stadt ohne Entgelt genoß. Die guten Ergebnisse des Betriebes gestatteten es im Jahre 1884, den Abnehmern des Gases eine Preisermäßigung von 20 auf 18 Pfennige für das Kubikmeter zuzugestehen. Als 1886 eine Beschwerde der Gastwirtvereine behauptete, das Leuchtgas sei seit der Verbilligung schlechter geworden, wies der Rat die Unrichtigkeit dieser Behauptung nach und sorgte dafür, daß

das Gas, abgesehen von den täglichen Prüfungen in der Gasanstalt, jährlich achtmal von dem Professor der Chemie Dr. Hempel auf Leuchtkraft und spezifisches Gewicht hin untersucht und über das Ergebnis öffentlich berichtet wurde.

Neben den technischen standen nach wie vor die hygienischen Aufgaben der Stadtverwaltung im Vordergrunde. Die Beschaffung vorzüglichen Trinkwassers und die gründlichere Entwässerung der Stadt hatten für Gesundheit und Leben der Einwohnerschaft reiche Früchte gezeitigt. Die Sterblichkeit, die in den zehn Jahren von 1876 bis 1886 im Durchschnitt 24,96 auf 1000 Lebende betragen hatte, war in den Jahren 1887 bis 1896 auf durchschnittlich 20,77 herabgegangen, im Jahre 1896 belief sie sich nur noch auf 19,04 und 1901 gar nur auf 18. Dieser Rückgang der Sterblichkeitsziffer war hauptsächlich durch die Abnahme der Todesfälle an ansteckenden Krankheiten verursacht; in den Jahren 1881 bis 1890 starben an solchen von 1000 Einwohnern im Durchschnitt jährlich 6,5, dagegen im Jahre 1896 nur noch 4. Die Zahl der Todesfälle an Typhus war gleich im ersten Jahre nach der Eröffnung der Wasserleitung auf die Hälfte gesunken. Die größten Schwierigkeiten bot die Bekämpfung der lange Zeit hindurch in der Stadt herrschenden Diphtheritis: ihr fielen im Jahre 1882 570, im Jahre 1886 416 Kinder, meist unter 6 Jahren, zum Opfer, darunter allerdings viele, die zur Vornahme der Kehlkopfoperation von auswärts in Dresdner Krankenanstalten gebracht worden waren. Als die Desinfektion von Kleidung und Wohnung, von Kindergärten und Schulen, sowie die zeitweilige Schließung einzelner Klassen wenig fruchtete, wurde 1886 auf Vorschlag des damals eingesetzten Gesundheitsausschusses die allgemeine Anzeigepflicht für Diphtheritiserkrankungen eingeführt und die Anordnung getroffen, daß von jedem Erkrankungsfalle die Bewohner des betroffenen Hauses sogleich in Kenntnis gesetzt würden. Seitdem ging die Zahl der Diphtheritisopfer, zumal nach der Erfindung neuer Methoden in der Behandlung der Krankheit, allmählich zurück und betrug im Jahre 1901 nur noch 57.

Die Erweiterung der bestehenden und die Erbauung neuer Krankenhäuser schritt mit der Zunahme der Bevölkerung stetig fort. Beim Stadtkrankenhause in der Friedrichstadt waren schon in den Jahren 1870 bis 1878 ein neues zweistöckiges Hauptgebäude und sechs erdgeschossige Krankenpavillons errichtet worden; 1880 wurde das Manteuffelsche Brauhaus neben dem ehemaligen Marcolinischen Palais in der Friedrichstadt erkauft und zu Beamtenwohnungen eingerichtet, 1888 die an den Garten anstoßende bisherige III. Bezirksschule an der Seminarstraße zum Krankenhause umgewandelt. Fortwährend machten sich

kleinere Neubauten und Umgestaltungen nötig, in den Jahren 1892 und 1893 erstand schon wieder ein größerer Neubau an der Menageriestraße und sodann ein neues Anatomiegebäude, das, mit den besten Hilfsmitteln der neueren Wissenschaft und mit einem Hörsaal für Demonstrationen ausgestattet, im Dezember 1895 in Gebrauch genommen wurde. Dem äußeren Ausbau der großen Krankenanstalt entsprach die Fortbildung ihrer inneren Einrichtungen. Ursprünglich bestanden zwei medizinische Abteilungen, für innere und für äußere Krankheiten. Im Jahre 1874 trat eine zweite äußere Abteilung für Haut- und Geschlechtskranke hinzu, 1881 eine für Geisteskranke, 1889 eine zweite innere für Nerven- und chronische Kranke, endlich 1898 eine Abteilung für Frauenkrankheiten. Der von dem Prosektor geleiteten pathologisch-anatomischen Abteilung wurde 1897 eine bakteriologische Untersuchungsanstalt angegliedert, in der zur Sicherung von Diagnosen bei ansteckenden Krankheiten, besonders bei Diphtheritis und Tuberkulose, Untersuchungen vorgenommen werden sollten. Das ärztliche Personal, bis 1874 außer dem Prosektor 2 Oberärzte und 2 Hilfsärzte, bestand schließlich aus 5 Oberärzten, 15 in der Anstalt wohnenden Hilfsärzten und außerdem jederzeit einer Anzahl junger Ärzte aus der Stadt, die ohne Entgelt zum Zwecke ihrer Ausbildung an der Krankenhauspraxis teilnahmen. Die Zahl der belegbaren Betten hatte sich seit 1874 von etwa 600 auf nahezu 1000 erhöht. Während zwischen 1865 und 1873 jährlich im Durchschnitt 4582 Kranke behandelt wurden, belief sich der Jahresdurchschnitt zwischen 1889 und 1898, also ein Vierteljahrhundert später, auf 8173 Kranke mit je 27 Verpflegtagen — Ziffern, aus denen allein schon die segensreiche Bedeutung der Anstalt hervorleuchtet.

Die Beobachtungsstation für Geisteskranke wurde in ihrem wachsenden Umfange dem Stadtkrankenhause zur Last. Die städtischen Körperschaften beschlossen daher, zur Unterbringung der Irren eine besondere Anstalt in Verbindung mit dem städtischen Siechenhause an der Löbtauer Straße zu errichten. Das neue Stadt-Irren- und Siechenhaus enthielt drei große Krankengebäude, in denen die bisher vermißte Trennung der Pfleglinge nach den Geschlechtern und nach der Art ihrer Krankheit zweckmäßig durchgeführt werden konnte. Die Anstalt wurde, mit Ausnahme des erst im Sommer 1889 vollendeten Irrenbeobachtungshauses, am 30. März 1888 bezogen und am 7. Mai eingeweiht. Die Kosten der ganzen Anlage betrugen etwas über $1^1/_2$ Million Mark. Sie wurde später noch durch ein neues Gebäude erweitert, das zur Aufnahme von 250 körperlich siechen Männern eingerichtet und im November 1898 fertig war; ein gleich großes Krankenhaus für körperlich sieche Frauen kam im Herbst 1901 hinzu.

Die Erfahrung, daß bei unbemittelten Kranken der Erfolg der Heilung oft wieder dadurch zu nichte wird, daß ihnen nach überstandener Krankheit keine genügende Erholung zum Sammeln frischer Kräfte gegönnt ist, hatte seit einiger Zeit unter Menschenfreunden eine Bewegung zu gunsten der Errichtung von Genesungshäusern ins Leben gerufen. Ein dem Oberbürgermeister Stübel nahestehender Wohltäter brachte den Gedanken in Dresden zuerst zur Verwirklichung. Er kaufte 1892 ein an „Walthers Weinberg" in der Oberlößnitz anstoßendes Grundstück, ließ es zu einem Genesungshause für Frauen und Mädchen einrichten und stiftete zu seiner Unterhaltung ein Kapital, das durch weitere Hinzuzahlungen bis zum Jahre 1901 die Höhe von 406 000 Mark erreichte. Die Anstalt, zunächst für 12 Pfleglinge bestimmt, wurde unter dem Namen „Augustenhaus" am 15. August 1892 eröffnet. Der Stifter stellte sie unter die Verwaltung des Rates, übertrug aber die unmittelbare Aufsicht dem Oberbürgermeister Stübel und seiner Gattin auf deren Lebenszeit mit der Bestimmung, daß sie nachher von dem jeweiligen Oberbürgermeister ausgeübt werde. — Auch bei den städtischen Körperschaften fanden diese Bestrebungen wohlwollende Förderung. Sie beschlossen eine Genesungsanstalt für Männer zu errichten und erwarben zu diesem Zwecke für 72 000 Mark das Grundstück „Walthers Weinberg", das nach baulicher Umgestaltung Raum für 40 Genesende bieten konnte. Die Anstalt wurde am 11. August 1893 eingeweiht und erhielt zu Ehren des um die Errichtung ländlicher Genesungshäuser eifrig bemühten Dr. Alfred Fiedler den Namen „Fiedlerhaus". Zu dieser Ehrung des bewährten Menschenfreundes gesellte sich im nächsten Jahre noch eine höhere Auszeichnung: aus Anlaß seines 25jährigen Jubiläums als Oberarzt am Stadtkrankenhause wurde ihm in Anerkennung seiner Verdienste um diese Heilanstalt wie überhaupt um die Krankenpflege in der Stadt das Ehrenbürgerrecht verliehen.

Den Forderungen der Wissenschaft nachgebend, dehnten die Behörden ihren Einfluß auf immer weitere Gebiete des öffentlichen Gesundheitswesens aus. Im Jahre 1882 wurde die polizeiliche Überwachung der in den Schankwirtschaften der Stadt verwendeten pneumatischen Bierdruckapparate, mehr als 1000 an der Zahl, eingeführt: sie beseitigte eine in diesem Fache herrschende ganz erstaunliche Nachlässigkeit und Gemeingefährlichkeit. — Das Ministerium des Innern ordnete 1888 zum Schutze der Menschen gegen die Trichinenkrankheit die Beschau des Schweinefleisches an, und es traten am 1. Juni 1889 in Dresden zwei Trichinenschauämter in Wirksamkeit. Die günstigen Erfahrungen, die man mit dieser Einrichtung machte, veranlaßten die Stadtverwaltung zu einer noch weiter gehenden Maßregel: vom 1. Juli 1894

an wurde für den Stadtbezirk eine allgemein verbindliche Schlachtvieh- und Fleischbeschau, verbunden mit Schlachtzwang im Zentralschlachthofe und Verbot aller Privatschlachtstätten, eingeführt; die zu diesem Zwecke erweiterten beiden Schauämter erhielten einen tierärztlich gebildeten Direktor. – Zur Ausführung technischer Untersuchungen von Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen, hauptsächlich für behördliche Zwecke, wurde am 1. August 1896 ein von der Stadt errichtetes Chemisches Untersuchungsamt eröffnet. – In der Absicht, den Kindern die in der Großstadt besonders im Winter erschwerte gesunde Bewegung in freier Luft zu verschaffen, beschloß man im Herbst 1882, an unbemittelte Schulkinder Freikarten zur Benutzung von Schlittschuhbahnen zu verteilen, eine Einrichtung, die sich später dahin ausdehnte, daß das Schulamt ganze Schlittschuhbahnen in allen Stadtteilen mietete. – Die seit Jahrzehnten ohne rechten Erfolg behandelte Frage der Errichtung öffentlicher Volksbäder wurde vom Oberbürgermeister Stübel im November 1894 aufs neue in Fluß gebracht. Um dem dringendsten Mangel abzuhelfen, beschloß man zunächst Volksbrausebäder einzurichten. Das erste wurde am 10. April 1897 im Grundstück „zum Lämmchen" an der Annenstraße eröffnet und fand sogleich einen äußerst starken Zuspruch; ein zweites in der Kreuzerstraße wurde im Sommer 1902 fertig.

Eine für die Annehmlichkeit des abendlichen Verkehrs und die Sicherheit von Person und Eigentum nicht unwichtige Frage wurde 1884 durch eine Eingabe des Mietbewohnervereins an die Stadtverordneten aufgerollt: die Verpflichtung der Hausbesitzer zur Beleuchtung von Hausfluren und Treppen. Der Rat konnte sich damals mit einer solchen Maßregel nicht befreunden; als aber im folgenden Jahre die Stadtverordneten beantragten, er möge an die Hausbesitzer das Ersuchen richten, freiwillig die Fluren und Treppen während der Winterabende zu beleuchten, erließ er eine dem entsprechende Aufforderung mit Androhung behördlichen Einschreitens. Dies hatte nicht den erwarteten Erfolg, und so entschloß man sich angesichts des immer stärker hervortretenden Bedürfnisses im Jahre 1888 doch noch, den Beleuchtungszwang einzuführen.

In der Leitung des Schulwesens bewährte seit 1887 der Stadtrat Nake die organisatorische Kraft, die ihn schon als Vorstand der Baupolizei ausgezeichnet hatte. Eine bedeutsame Veränderung war die von ihm veranlaßte Bildung von Bezirksschulgruppen. Die städtischen Bezirksschulen – damals 22 – wurden von Ostern 1889 an zu 6 Gruppen vereinigt, von denen jede einen einheitlichen größeren Einwohnerbezirk zugewiesen erhielt. Die Errichtung neuer Schulklassen erfolgte seitdem nur dann, wenn es das Bedürfnis der ganzen Gruppe, nicht einer einzelnen Schule, erforderte; neue Klassen wurden

in jeder Gruppe nur bei einer bestimmten Schule gebildet, alle übrigen Schulen der Gruppe behielten die für sie im voraus festgesetzte Anzahl Klassen. Diese Gruppenbildung sollte die Errichtung ungenügend gefüllter Klassen möglichst verhindern, eine größere Stetigkeit in den Klassen- und Schülerbeständen und auch im Lehrkörper der einzelnen Schulen herbeiführen und die Notwendigkeit des Schulwechsels der Kinder einschränken. Man erzielte damit zugleich bedeutende Ersparnisse für die Kasse der Schulgemeinde. — Eine andere Zusammenfassung wurde bei den Fortbildungsschulen vorgenommen. Hier war das Dreiklassensystem eingeführt, nicht nach den Jahrgängen, sondern nach den Leistungen und Bedürfnissen der Schüler. Im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens hatten die Fortbildungsschulen mit gutem Erfolge gearbeitet. Allmählich aber zeigten sie einen Stillstand in ihrer Entwicklung und sogar einen Rückgang der Schülerzahl zu gunsten der gewerblichen Fach- und Privatschulen. Die Ursache glaubte man darin finden zu müssen, daß die Schulen zu sehr zersplittert und die Schülergruppen zu ungleichmäßig zusammengesetzt seien. Daher wurden von Ostern 1895 an die bestehenden 9 Fortbildungsschulen zu 4 größeren zusammengelegt und innerhalb einer jeden die Schüler zu Berufsgruppen vereinigt, namentlich die Zeichner von den nicht zeichnenden Kaufleuten, Schreibern, Hausburschen, Fabrik- und Handarbeitern getrennt. Die an diese Neuordnung geknüpften Erwartungen erfüllten sich, besonders nachdem man noch eine weitere Gliederung der Klassen nach Berufsarten hatte eintreten lassen.

Die mit der Leitung des Volksschulwesens verbundenen Geschäfte waren derart angewachsen, daß der Schulamtsvorstand einer Entlastung bedurfte. Schon lange konnte er bei der großen Zahl der Lehrkräfte nicht mehr die genaue Personalkenntnis und die Vertrautheit mit den innern Verhältnissen aller Schulen besitzen, die erforderlich war, um die tüchtigsten und geeignetsten Leute immer an die rechte Stelle zu setzen. Das Schulamt war bei der Wahl und Beförderung von Lehrern auf die Vorschläge der Direktoren angewiesen, aber von diesen kannte jeder stets nur einen kleinen Teil der Lehrerschaft, und überdies waren sie naturgemäß geneigt, das Gedeihen der ihnen anvertrauten Anstalt höher zu stellen als die Rücksicht auf das Wohl des gesamten städtischen Schulwesens. Nake beantragte daher im März 1890, als fachmännischen Berater des Schulamts in Personalsachen und in Angelegenheiten des innern Schuldienstes einen Stadtschulinspektor anzustellen. Der Vorschlag stieß zunächst auf lebhaften Widerspruch, sowohl in den Kreisen der Direktoren und Lehrer als bei dem königlichen Bezirksschulinspektor, der eine Beschränkung seines Einflusses auf die Lehreranstellungen befürchtete. Endlich wurde die beantragte Beamtenstelle doch bewilligt und vom 1. Oktober 1891 ab besetzt; die

ihrem Inhaber beigelegte Amtsbezeichnung eines Stadtschulkommissars wandelte man später in die eines Stadtschulrats um. – Zur Entlastung der Direktoren von Schreibarbeiten wurden seit 1891 bei einzelnen besonders stark besuchten Bezirksschulen Schulschreiber angestellt. Die Schulärzte, die seit 1869 zu Ermittelungen und Begutachtungen, sowie zur Überwachung des Gesundheitszustandes der Kinder in Pflicht genommen waren, wurden 1893 von 3 auf 7 vermehrt und erhielten eine neue Ordnung ihres Dienstes, die der Forderung einer verstärkten Aufsicht auf das leibliche Wohl der Kinder entsprach.

Im höheren Schulwesen gingen nur wenige bemerkenswerte Neugestaltungen vor sich. Gemäß dem Gesetze vom 15. Februar 1884 wurde bei den beiden städtischen Realschulen erster Ordnung, der Neustädter und der Annen-Realschule, der achtjährige Kursus in einen neunjährigen umgewandelt und diesen Anstalten die Benennung Realgymnasium beigelegt. Von nun an sollte hier die lateinische Sprache als wesentlicher Träger der sprachlich formalen Bildung und als Grundlage für den ganzen übrigen Sprachunterricht gelten; zu diesem Zwecke wurde die wöchentliche Stundenzahl in allen Klassen zusammen für das Latein von 34 auf 54 erhöht. Eine in Dresden bisher nur unter den Privatschulen vertretene neue Gattung städtischer Schulen, hauptsächlich für die Ausrüstung künftiger Kaufleute, Industrieller und Beamter mit einer höheren Bildung bestimmt, stellte die sechsklassige lateinlose Realschule in der Johannstadt dar, die zu Ostern 1890 eröffnet wurde und am 20. April 1895 ihr eignes Schulgebäude an der Marschnerstraße bezog.

Die Vermehrung der Geschäfte in allen Zweigen der Verwaltung brachte ein unabläßiges Anschwellen des Beamtenkörpers mit sich, so daß zu dessen Unterbringung die vorhandenen Amtsräume nicht mehr ausreichten. Die Ämter und Geschäftsstellen des Rats waren in verschiedenen, weit auseinander liegenden städtischen Gebäuden zerstreut und suchten teilweise sogar in Privathäusern Unterkunft. Damit waren Nachteile für die Erledigung der Geschäfte und Unzuträglichkeiten für das Publikum verbunden, denen sich mit kleinen Mitteln nicht mehr abhelfen ließ. Man mußte sich mit dem Gedanken der Erbauung eines neuen Rathauses vertraut machen. Der Platz des alten konnte dafür nicht in Frage kommen, da der Ankauf einer genügenden Anzahl angrenzender Häuser an der Wilsdruffer und der Scheffelstraße ungeheure Summen verschlungen und jeder dort errichtete Neubau Mangel an Licht und Luft gelitten hätte. Man richtete das Augenmerk auf die zum Teil schon der Stadt gehörigen ehemaligen Wallräume an der Friedrichsallee und die rückwärts daran anstoßenden Grundstücke der Kreuzstraße. Im Jahre 1888 wurden für diesen künftigen Rathausbauplatz das Hupmannsche Haus hinter der Kreuzkirche für

450 000 Mark, das frühere gräflich Loßsche Palais in der Kreuzstraße für 430 000 Mark und ein an dieses anstoßendes Haus für 175 860 Mark angekauft. Wegen Erwerbung der das Loßsche Palais nach der andern Seite begrenzenden Reformierten Kirche wurden Verhandlungen eingeleitet, die 1890 zu einem Vertrage mit der Reformierten Gemeinde führten, wonach diese 420 000 Mark bar und einen Kirchbauplatz an der Friedrichsallee neben dem Kaufhause erhielt und dafür ihr bisheriges Kirchgrundstück an der Ecke der Kreuz- und Gewandhausstraße spätestens Michaelis 1894 an die Stadtgemeinde abzutreten hatte. In die angekauften Häuser an der Kreuzstraße wurde einstweilen das Ratsarchiv und die Stadtbibliothek übergeführt. Zugleich vereinigte man dort die kleine Sammlung des Vereins für Geschichte Dresdens und die im Besitze der Stadt befindlichen mannigfachen Altertümer und Kunstwerke zu einem Stadtmuseum, das der Pflege der heimatlichen Geschichte gewidmet sein sollte; es wurde am 6. Januar 1891 der Öffentlichkeit übergeben.

Die Hoffnung auf ein neues Rathaus verwirklichte sich noch nicht so bald. Das Haus blieb noch lange das alte, nur die darin an der Wohlfahrt der Stadt arbeiteten, wurden andere. Der Oberbürgermeister Stübel erfüllte am 9. August 1891 eine 25jährige Dienstzeit als Ratsmitglied. Aus diesem Anlasse wurde ihm das Ehrenbürgerrecht der Stadt verliehen und neben dem in Form einer silbernen Gedenktafel ausgeführten Ehrenbürgerbriefe ein Album mit Aquarellbildern von Dresdner Bauten überreicht, die während seiner Amtszeit entstanden waren. Aus dem Kreise des Rates trat Ende 1892 der Vorstand des Armenamtes, Stadtrat Kunze, in den Ruhestand. Ein Jahr später folgte ihm der Stadtrat Teucher nach 30jähriger Dienstzeit; er hatte sich besonders um die Errichtung der Berufsfeuerwehr, sowie als Leiter schwieriger Unterhandlungen und öffentlicher Veranstaltungen Verdienste erworben. Empfindliche Lücken entstanden im Rate während des Jahres 1893 durch den Tod des Stadtrats Grabowski und die langandauernde Krankheit des Bürgermeisters Bönisch. Die dadurch verursachte Überlastung des Oberbürgermeisters führte wieder zur Begründung einer dritten Bürgermeisterstelle; in diese wählten die Stadtverordneten am 14. Dezember 1893 den Geheimen Finanzrat Gustav Otto Beutler, der, 1853 als Sohn eines Pfarrers zu Waldkirchen im Vogtlande geboren, seit 1880 als Stadtrat und dann als Bürgermeister zu Meerane, seit 1885 als Bürgermeister zu Freiberg gewirkt hatte und 1890 in das Finanzministerium berufen worden war. Bönisch sah sich durch die Verschlimmerung seines Befindens genötigt, für Ende Januar 1894 seinen Abschied zu nehmen; am 9. November erlöste ihn der Tod von seinen Leiden. Er hatte der Stadt über 22 Jahre lang, zuletzt namentlich bei der Durchführung der Steuerreform, aus-

Zeichnung von H. Schäfer

**Altmarkt**

leben mit sich gebracht. Auf Anregung Österreich-Ungarns berief daher die deutsche Reichsregierung eine internationale Sanitätskonferenz, um für die Zukunft bestimmte Grenzen zu vereinbaren, über die solche Abwehrmaßregeln gegen die Cholera nicht hinausgehen sollten. Die Konferenz trat unter dem Vorsitze des preußischen Gesandten Grafen von Dönhoff in Dresden zusammen und wurde am 11. März 1893 im Ballsaale des Ministerialgebäudes an der Seestraße feierlich eröffnet; der Rat der Stadt übersandte den Vertretern der europäischen Regierungen eine Begrüßungsschrift. Die Beratungen dauerten über einen Monat; inzwischen besichtigten die Teilnehmer gemeinschaftlich am 26. März die Militäranstalten in der Albertstadt und am 7. April das städtische Wasserwerk. Am 15. April ward die Konferenz mit der Unterzeichnung der abgeschlossenen Vereinbarung beendet.

Das Wasser des Elbstromes, das, sonst eine Quelle des Segens für die Anwohner, den Hamburgern die furchtbare Krankheit gebracht hatte, war in andrer Weise kurz vorher auch für Dresden verhängnisvoll gewesen. In der ersten Hälfte des Septembers 1890, also zu einer Jahreszeit, wo Überschwemmungen höchst selten sind, trat eine Elbhochflut ein, wie sie seit 1845 nicht dagewesen war. Mehrere Tage hindurch waren 55 Straßen und Plätze ganz oder teilweise überschwemmt, 915 Wohnungen und Gewerbslokalitäten mußten geräumt werden, Tausende von Einwohnern gerieten dadurch in Bedrängnis und Schaden. Zur Aufrechterhaltung des Verkehrs reichten die vorhandenen Notbrücken bei weitem nicht aus, das Pionierbataillon griff mit zahlreichen Pontons helfend ein. Den höchsten Stand erreichte das Wasser am 7. September mit 537 Zentimetern über dem Nullpunkte.

Im politischen Leben der Nation war 1890 ein schicksalsschweres Jahr. Am 20. März entließ Kaiser Wilhelm II. den Fürsten Bismarck aus seinen Ämtern. Eine unheilvolle Kluft tat sich auf zwischen dem Willen des Kaisers und den Empfindungen des deutschen Volkes. Der Monarch hatte sich von seinem Kanzler getrennt, aber das Volk trennte sich nicht von seinem Bismarck. Zuerst ein schmerzliches Schweigen, dann drängte eine Kundgebung die andre und endlich begann ein Wallfahrten von Vertretern aller deutschen Stämme nach Friedrichsruh, um dem grollenden Helden Ehrfurcht und Dankbarkeit zu bezeigen. Am 21. Mai 1892 brachte die „Dresdner Liedertafel" bei Gelegenheit einer Konzertfahrt nach Hamburg dem Altreichskanzler in Friedrichsruh ihre Huldigung durch eine Gesangsaufführung dar und wurde von ihm aufs freundlichste aufgenommen; in seinen Dankesworten weihte er ihr ein Glas als der Vertreterin der alten deutschen Volksmusik und des deutschen Einheitsgedankens. Die damals angeknüpften persönlichen Beziehungen zwischen Dresden

und Friedrichsruh sollten sich bald noch enger gestalten. Kaum wurde bekannt, daß Fürst Bismarck auf der Reise nach Wien zur Hochzeit seines ältesten Sohnes in Dresden zu rasten gedenke, da beschloß man, ihm hier einen feierlichen Empfang zu bereiten. Aus der Bürgerschaft trat ein Festausschuß zusammen, um die Vorbereitungen dafür zu treffen. Der Gedanke fand in der Bevölkerung begeisterte Aufnahme, und so brachte der 18. Juni 1892 eine Volkskundgebung von unvergleichlicher Größe. Abends kurz nach ½9 Uhr kam der Fürst in Begleitung seiner Gemahlin, seines Arztes Dr. Schweninger und des Sekretärs Dr. Chrysander auf dem Leipziger Bahnhofe an. Dort empfing ihn eine Abordnung von Ratsmitgliedern und Stadtverordneten, zum ersten Male öffentlich mit den neuen Amtsketten geschmückt, zu deren Anlegung der König den Mitgliedern der städtischen Körperschaften kurz vorher die Berechtigung verliehen hatte. Der Oberbürgermeister Stübel ging in einer Ansprache an den Fürsten von dessen Ernennung zum Ehrenbürger im Jahre 1871 aus: er versicherte ihn der Treue seiner Mitbürger und unauslöschlicher Dankbarkeit für die Verdienste, die er sich um die Aufrichtung des deutschen Reiches und um die Erhaltung des Friedens erworben; die ganze Bürgerschaft habe den Tag herbeigesehnt, an dem sie ihn als ihren Ehrenbürger hier begrüßen könnte, und nun heiße er ihn und seine Gemahlin im Namen der Stadt herzlich willkommen. Fürst Bismarck antwortete, es sei für ihn eine hohe Auszeichnung, von den städtischen Behörden in so ehrender Weise begrüßt zu werden, er fühle sich wie in eine höhere Ordensklasse eingerückt. Zwar sei er in das Privatleben zurückgetreten, aber er folge noch allem, was die Nation betreffe, mit reger Emsigkeit. Er habe kein anderes Interesse als an der Sache selbst, an der er Jahrzehnte gearbeitet. Einen wesentlichen Anteil am Erfolge seiner Tätigkeit habe der König Albert; seinen Beistand im Felde und auf dem Papiere habe er stets gefühlt, wo es das Wohl des Reiches und des Sachsenlandes galt. „Glücklich, daß es gelungen ist, beider Interessen zu versöhnen, die man vor dreißig Jahren für unversöhnlich hielt. Wir haben uns kennen gelernt und erfahren, daß mancher nicht so böse war, wie er früher gehalten wurde; wir sind ehrlich national, und darum kann ich auf meine Tätigkeit mit Freude zurückblicken. Dies ist mir eine Genugtuung für manchen Verdruß, den ich habe erleben müssen. Ich danke Ihnen aus tiefstem Herzen, daß Sie mich so feierlich und herzlich begrüßt haben."

Vom Bahnhofe fuhr der Fürst im Wagen nach dem Hotel Bellevue, überall umdrängt von einer dichten Menschenmenge, die ihn mit endlosem Jubel empfing. Im Hotel begab er sich zunächst nach seinen Wohnzimmern im Elb-

Es geschah alles, um dem Fürsten nach den Anstrengungen des Abends eine gute Nachtruhe zu sichern: auch die Kettenschleppdampfer auf der Elbe unterließen am Morgen ihre gewohnten Heulsignale. Vormittags gegen ½11 Uhr fuhr er zur Weiterreise vom Hotel ab. Die Straßen, die er bis zum Böhmischen Bahnhofe berührte – Sophien-, Wilsdruffer, See- und Prager Straße –, waren mit Fahnen, Laubgewinden, Spruchtafeln und Blumen überreich geschmückt und von Hunderttausenden belebt, die dem Scheidenden ein herzliches Lebewohl zuriefen. Die Fahrt glich einem Triumphzuge. Auf dem Bahnhofe verabschiedeten sich von ihm die Vertreter der Stadt. Im Gespräch äußerte der Fürst, er habe manche Huldigung erlebt, aber so etwas sei noch nicht dagewesen und das erlebe man nicht wieder; Liebe und Begeisterung seien heute hier vereinigt: Deutschland in Dresden, könne er sagen. Bei der Abfahrt des Zuges erfolgten wieder überwältigende Kundgebungen der Menge. Es war die überströmende Liebe eines Volkes zu dem besten seiner Söhne.

Die großartige Huldigung der Dresdner gab den Anstoß, daß der Altreichskanzler auf seiner Rückreise auch in andern deutschen Städten, in München, Kissingen, Jena, mit der gleichen Begeisterung empfangen wurde. So konnte er sich überzeugen, daß er noch immer das Herz der Nation besaß, und dies war dem greisen Helden ein Trost in seinem gerechten Kummer und eine Erleichterung seiner unablässigen Sorge um das Vaterland.

Die Entlassung des Fürsten Bismarck hatte in den Kreisen des staatstreuen Bürgertums viel Mißstimmung erregt und den regierungsfeindlichen Strömungen Oberwasser verschafft. Mit besonderer Schärfe gab der herrschenden Unzufriedenheit die Reformpartei Ausdruck, die inzwischen ihren ausschließlich antisemitischen Charakter abgelegt und die Vertretung des gesamten Mittelstandes auf ihre Fahne geschrieben hatte. Für die auf den 15. Juni 1893 angesetzten Neuwahlen zum Reichstage stellte sie mit Glück eigne Kandidaten auf, und zwar im vierten Wahlkreise den bisher unbekannten Kaufmann Klemm, im fünften den Schriftsteller Zimmermann, ihren Führer und Redakteur des Parteiblattes „Deutsche Wacht“, der an rednerischem Feuer und agitatorischer Unermüdlichkeit alle bisher in Dresden aufgetretenen Kandidaten in Schatten stellte. Die konservative Partei stand diesmal allein. Die Nationalliberalen, die seit Jahren ihre Kandidaten unterstützt, aber den erwarteten Dank dafür nicht geerntet hatten, beteiligten sich nicht an der Wahlbewegung. Das Ergebnis der unter Teilnahme von nahezu 85 Prozent der Wahlberechtigten vollzogenen Abstimmung war zunächst eine schwere Niederlage der Konservativen: auf ihren Kandidaten fiel im vierten Wahlkreise nur ein Viertel, im fünften

gar nur ein Sechſtel der abgegebenen Stimmen. Die höchſte Stimmenzahl erhielten die Kandidaten der Sozialdemokratie, Zigarrenfabrikant Kaden und Redakteur Dr. Gradnauer. Aber bei der am 24. Juni vollzogenen Stichwahl unterlagen ſie den Kandidaten der Reformpartei, von denen Klemm mit 19 550 von 34 740, Zimmermann mit 19 857 von 36 046 gültigen Stimmen als Sieger aus der Urne hervorging. So waren Fortſchrittler, Nationalliberale und Konſervative, die drei alten Parteien, deren Ziele ſich weſentlich nach verfaſſungsrechtlichen Geſichtspunkten, nach ihrer verſchiedenen Betonung der Rechte von Volk und Krone, von Reich und Einzelſtaat unterſchieden, eine nach der andern aus dem Sattel gehoben worden. Wirtſchaftliche Klaſſenintereſſen beherrſchten immer ausſchließlicher das politiſche Leben.

Das fortdauernd herzliche Verhältnis der Bevölkerung zum königlichen Hauſe gab ſich aufs neue kund bei der Vermählung des Prinzen Friedrich Auguſt mit der Erzherzogin Luiſe, Prinzeſſin von Toskana. Am 23. November 1891 mittags hielt das junge Paar ſeinen Einzug in Dresden. Vom Böhmiſchen Bahnhofe bis zum Schloſſe bildeten die Vereine und Schulen Spalier, den Wagenzug geleiteten Landleute der Umgegend, Mitglieder des Reitvereins und Offiziere der Garniſon. Am Rathauſe war eine Empfangshalle errichtet; dort hatten ſich die Mitglieder der Ständekammern, die ſtädtiſchen Körperſchaften, ſtaatliche und ſtädtiſche Beamte verſammelt. Oberbürgermeiſter Stübel brachte den Neuvermählten den Willkommengruß der Bürgerſchaft dar. Vom Schloßbalkon aus wurden ſie von den Mitgliedern des Königshauſes begrüßt. Am folgenden Vormittag nahmen ſie Glückwünſche des Landes entgegen. Die Vertreter Dresdens überreichten das Modell eines zum Hochzeitsgeſchenk beſtimmten ſilbernen Tafelaufſatzes. Nach der abendlichen Feſtaufführung im Hoftheater brachten die Geſangvereine dem fürſtlichen Paare eine Geſangshuldigung und die Bürgerſchaft einen Fackelzug auf dem Theaterplatze dar. Ein Hofball am 25. November und ein zweiter Fackelzug der Studentenſchaft von Dresden, Tharandt und Freiberg am 26. November beſchloſſen die Reihe der Feſtlichkeiten. Der junge Ehebund ward reich mit Nachkommenſchaft geſegnet: am 15. Januar 1893 gebar Prinzeſſin Luiſe einen Sohn, den Prinzen Georg, und noch vor Ablauf des Jahres am 31. Dezember einen zweiten, den Prinzen Friedrich Chriſtian.

Dieſes neue Blühen am uralten Stamme Wettin erlebte das Haupt des Hauſes, König Albert, in ungebrochener Kraft. Am 22. Oktober 1893 war es dem gefeierten Feldherrn vergönnt, das Feſt ſeines 50jährigen Militärjubiläums zu begehen. Die Feier wurde früh durch Feldgottesdienſte auf dem Alaunplatze und im Hofe des Arſenals eingeleitet. Vormittags beglückwünſchte

den König eine Abordnung der sächsischen Armee unter der Führung des Prinzen Georg und überreichte ihm eine von den Offizieren gestiftete goldne Kette zum Militär-St. Heinrichs-Orden. Alsdann erschien Kaiser Wilhelm II. an der Spitze der kommandierenden Generale aller deutschen Armeekorps im Residenzschlosse und übergab dem Könige unter feierlicher Ansprache einen mit Brillanten geschmückten Marschallstab. Abends wurde im Hoftheater ein Festspiel „Die Feuertaufe" aufgeführt. Nach der Vorstellung brachten die Militärvereine und die Dresdner Bürgerschaft dem Jubilar einen Fackelzug mit Gesangshuldigung dar. Am andern Vormittag nahm der König auch die Glückwünsche der Residenzstadt von einer Abordnung der städtischen Körperschaften entgegen. Mittags machte er mit seinen Gästen, unter denen sich zwei berühmte Feldherren aus verschiedenen Lagern, Erzherzog Albrecht von Österreich und Generalfeldmarschall Graf von Blumenthal, befanden, eine Rundfahrt durch die militärischen Anstalten der Albertstadt. Die soldatischen Verdienste König Alberts fanden in der ganzen deutschen Presse freudige Anerkennung.

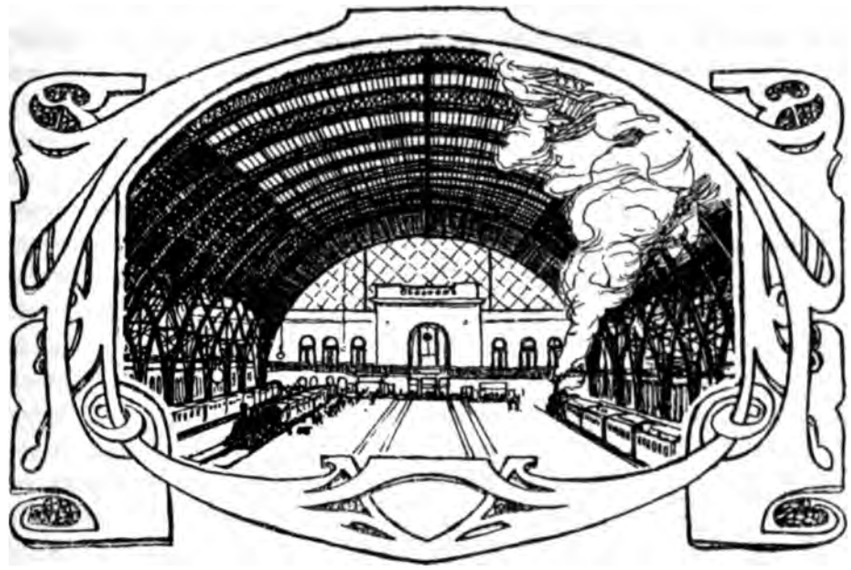
Das nächste Jahr brachte dem Königshause noch ein Freudenfest: Prinz Johann Georg vermählte sich mit der Herzogin Maria Isabella von Württemberg und hielt mit ihr am 14. April 1894 seinen Einzug in Dresden, der in gleicher Weise festlich begangen wurde wie der seines älteren Bruders.

Ein schwerer Verlust traf die Stadt im Jahre 1895. Die Lücken im Ratskollegium hatten für den Oberbürgermeister Stübel eine solche Arbeitslast mit sich gebracht, daß seine Kraft sich daran erschöpfte und einem sich ausbildenden inneren Leiden nicht mehr stand zu halten vermochte. Am 3. Januar 1895 vollzog er, obwohl schon schwer leidend, die Einweisung der neugewählten Stadtverordneten. Es machte ihm Freude, der Bürgerschaft die bevorstehende Herabsetzung der Gemeinde-Einkommensteuer anzukündigen, mit der sich der neue Bürgermeister Beutler als Verwalter der städtischen Finanzen einführte; zugleich teilte er mit, daß der Erbauer des ersten Wasserwerks, Baurat Salbach, vor wenigen Wochen dem Rate die Pläne und Kostenanschläge zu dem zweiten Wasserwerke überreicht habe, daß es aber dem um die Stadt verdienten Manne nicht beschieden sei, deren Ausführung zu leiten, denn am Weihnachtsabend habe man ihm die letzten Ehren erwiesen. Wie bald sollte dies ihm selbst widerfahren! Es war seine letzte öffentliche Amtshandlung gewesen, schon drei Tage nachher sah er sich genötigt, für Ende März seine Entlassung nachzusuchen. Der Rat bewilligte sie ihm „unter dem Ausdruck des tiefsten Bedauerns und unter dankbarster Anerkennung seiner unvergänglichen Verdienste um die Entwicklung und den Aufschwung der Stadt Dresden und ihrer Verwaltung", und die Stadtverordneten schlossen sich dem an. Nach zweimonatigem Krankenlager

starb er am 9. März und ward unter dem teilnahmevollen Geleite von hoch und niedrig auf dem Annenfriedhofe an der Chemnitzer Straße beerdigt. In einem Nachrufe, den die städtischen Körperschaften ihm widmeten, ward von ihm gesagt: „Vier Jahrzehnte hindurch hat er für seine Vaterstadt treu gearbeitet, als Stadtverordneter, als Ratsmitglied, fast achtzehn Jahre als Oberbürgermeister. Stets hat er all seine Kraft freudig für die Aufgaben seines Amtes eingesetzt. In seiner hohen Gestalt wohnte ein hoher Sinn, der in allen Dingen nach dem Besten strebte. So war sein Wirken, getragen von der Hingebung und Selbstlosigkeit eines reinen, starken und unabhängigen Charakters, von reichem Segen begleitet. In dem teuren Dahingeschiedenen verliert unsere Stadt den erfolgreichsten Lenker, den ihre Geschichte bisher aufzuweisen hat, der Rat seinen erprobten Führer und treuen Freund, die Gemeindevertretung den verehrten Mann, in dessen fester Hand sie das Steuer der Stadtregierung wohlgeborgen wußte. Ihn betrauern die städtischen Beamten als ihren treusorgenden Vorgesetzten, die Künstler als verständnisvollen Förderer, die Bedrängten als opferbereiten Helfer, die Armen als nie ermüdenden Wohltäter. Was er aber allen war: ein Vorbild bürgerlicher Tugend – das bleibt er uns auch über das Grab hinaus und unsere unauslöschliche Dankbarkeit folgt ihm. Wie er sein Leben lang nur dem Ganzen, nie sich selbst gelebt, so ist sein Gedächtnis für alle Zeit mit dem Ganzen verbunden."

Reiche Ehren wurden dem Andenken des verewigten Stadtoberhauptes zu teil. Noch während seiner Krankheit hatten die städtischen Körperschaften beschlossen, mit einem Kapitale von 30 000 Mark eine „Stübel-Stiftung" zu errichten, deren Zweck er selbst anordnen sollte. Seinem Wunsche gemäß bestimmte seine Witwe den Zinsertrag zur Unterstützung von Unterbeamten des Rates in Krankheitsfällen und vermehrte das Stiftungskapital durch einen Beitrag von 20 000 Mark. Ferner beschloß der Rat, die neue großangelegte Straße entlang des Ausstellungspalastes „Stübel-Allee" zu benennen, und bewilligte aus den Mitteln der Dr. Güntzschen Stiftung 100 000 Mark, um davon ein Stübel-Denkmal in Form eines Brunnens mit dem Bildnisse des Verewigten in den von ihm mit Vorliebe gepflegten Bürgerwiesenanlagen zu errichten; später wurde aber für diesen Zweck der vor der Stübel-Allee gelegene Stübel-Platz als geeigneter erkannt und der Gedächtnisbrunnen, vom Architekten Hauschild entworfen und mit Bildwerken von Hans Hartmann geschmückt, im Jahre 1901 dort aufgestellt. Ein Bildnis Stübels von der Hand des Malers Karl Bantzer wurde 1896 im Sitzungszimmer der ersten Ratsabteilung aufgehängt.

Das Amt des Oberbürgermeisters war bei Stübels Hinscheiden schon wieder besetzt, und zwar mit einem Manne von frischer Kraft, der die Be-



## XI.

## Umgeſtaltung der Bahnhofsanlagen.

Dresden hat mit Leipzig zu den erſten deutſchen Städten gehört, welche Eiſenbahnverbindungen erhielten, aber auch zu den letzten, deren Bahnhofsanlagen in unſerem „Zeitalter des Verkehrs“ auf einen allen Anforderungen entſprechenden Stand gebracht worden ſind. Die erſten Eiſenbahnen verdankten die beiden ſächſiſchen Hauptſtädte dem Unternehmungsgeiſte von Privatgeſellſchaften, für die ſpätere Unzulänglichkeit der Bahnhöfe fiel in der Hauptſache der Staatsregierung die Verantwortung zu. Den Wünſchen der Landſtände nachkommend war die Regierung Jahrzehnte hindurch darauf bedacht, allen Landesteilen die Wohltat von Eiſenbahnverbindungen zuzuwenden, aber die Weiterbildung der Einrichtungen für den Großſtadtverkehr hatte ſie nicht genug gefördert. Von Anfang an verſäumte man die Gelegenheit, in Dresden einheitliche Bahnhofsanlagen zu ſchaffen. Im Jahre 1845 regte die Sächſiſch-Schleſiſche Eiſenbahngeſellſchaft bei der Regierung an, für die Schleſiſche und die vom Staate übernommene Sächſiſch-Böhmiſche Eiſenbahn, die damals beide im Bau begriffen waren, einen gemeinſchaftlichen Bahnhof im Oſtragehege zu errichten. Das von ihr vorgelegte Projekt wurde von den Waſſerbaubeamten in ſtrompolizeilicher Hinſicht für gefährlich erklärt und 1846

vom Landtage verworfen. Der Ingenieur Karl Preßler, der spätere Finanzvermessungsdirektor, verfolgte aber den Plan weiter. Durch genaue Beobachtung des Stauwassergebiets bei der Elbhochflut von 1845, der höchsten des Jahrhunderts, kam er zu der Überzeugung, daß man durch Verlegung des Weißeritzflusses die Friedrichstadt vor Überschwemmungen bewahren und zugleich eine große Landfläche gewinnen würde, die sich zur Errichtung eines Zentralbahnhofes für Dresden vorzüglich eigne. Er wollte die Weißeritz von Löbtau nach dem Schusterhause zu leiten und auf dem alten Flußbette zwischen Schäfer- und Friedrichstraße den Bahnhof, sowie dicht dabei im Ostragehege einen Elbhafen anlegen; zur Verbindung des Bahnhofs mit der innern Stadt plante er eine Straße von der Schäferstraße in gerader Linie nach dem Postplatze. Das von ihm im Januar 1847 eingereichte Projekt kam erst nach anderthalb Jahren zur Beratung im Landtage, inzwischen war aber durch die Vollendung des Schlesischen und die Einebnung des Böhmischen Bahnhofs die Ausführung fast unmöglich geworden, so daß man gar nicht näher darauf einging. Durch kleinliche Angriffe sah sich Preßler 1849 veranlaßt, seinen Plan in einer Schrift „Die Zentralisation der Dresdner Bahnhöfe“ der Öffentlichkeit zu übergeben, wobei er erklärte, daß er „nicht von der unter ungünstigen Verhältnissen leidenden und von Sonderinteressen und Mißverständnissen so sehr bestimmten Gegenwart, wohl aber mit Sicherheit von der Zukunft und leider dann zu spät die Anerkennung seiner Idee erwarte“.

Preßlers Plan litt nur an dem Fehler, daß sein Zentralbahnhof, wenn er zugleich dem Güterverkehr dienen sollte, für diesen Zweck schon dem damaligen Bedürfnisse kaum genügt hätte. Im übrigen aber sind seine Gedanken auf lange Zeit hinaus fruchtbringend gewesen. Die Stadtverordneten beriefen sich auf ihn, als sie 1853 die geradlinige Verbindung der Friedrichstadt mit dem Postplatze anregten, die nachher als Wettinerstraße zu stande kam, und 1872 beantragte angesichts der Errichtung des Berliner Bahnhofs die Handels- und Gewerbekammer, unterstützt von den Stadtverordneten, beim Finanzministerium die Verlegung des Weißeritzflusses ebenfalls nach dem Preßlerschen Plane. Aber auch für die Anlegung eines Hauptbahnhofes kam der von ihm vorgesehene Platz noch lange Zeit in betracht.

Es waren in Dresden nach und nach fünf Bahnhöfe entstanden: der Leipziger 1839, der Schlesische 1847, der Böhmische 1851, der Albertsbahnhof für die Linie Dresden-Tharandt 1855 (seit 1868 nur noch Kohlenbahnhof), endlich der Berliner 1875. Bei der Anlegung aller dieser Bahnhöfe, ja auch noch als man 1857 den Leipziger und 1864 den Böhmischen umgestaltete, war es nicht entfernt vorauszusehen, welch ungeheuren Verkehr sie nach wenigen

Jahrzehnten würden zu bewältigen haben. Die Zahl der mit der Eisenbahn von Dresden abgereisten Personen, die sich im Jahre 1863 auf 937 000 belaufen hatte, war bis 1873 auf 2 153 000 gestiegen und, nach einem bis 1879 andauernden Rückschlage, zwischen 1883 und 1893 von 2 392 000 auf 4 609 000 angewachsen, hatte sich also in diesem letzten Jahrzehnt verdoppelt. Wie sehr sich Dresden zum beherrschenden Mittelpunkte eines großen Wirtschaftsgebiets aufgeschwungen hatte, zeigte sich darin, daß der überwiegende Teil dieses Dresdner Personenverkehrs nur mit den Nachbarorten innerhalb 20 Kilometern Entfernung und fast der ganze Verkehr dieser Orte nur mit Dresden stattfand. Ganz besonders waren daran die schnell aufblühenden Villenvororte wie Klotzsche, Langebrück, Niederseblitz und die Ortschaften der Lößnitz beteiligt, die zahlreichen Dresdner Familien als ständiger Sommeraufenthalt und Tausenden von Sonntagsausflüglern als Zielpunkt dienten: so war der Bahnverkehr in Klotzsche, der 1877 nur etwa 40 000 Personen betragen hatte, bis 1892 fast auf das Zehnfache angeschwollen.

Nahezu ein Viertel des gesamten sächsischen Eisenbahnverkehrs ging durch die Dresdner Bahnhöfe! Es lag auf der Hand, daß dem gegenüber die meist über ein Vierteljahrhundert alten Anlagen sich als unzulänglich erweisen mußten. Nur mit Mühe und Not ließ sich ein geordneter und gesicherter Betrieb noch aufrecht erhalten. Es zeugt ebensosehr von der Tüchtigkeit der Beamten wie von der Fügsamkeit der Bevölkerung, wenn in Zeiten außergewöhnlichen Verkehrs, wo zuweilen Tausende von Reiselustigen die engen Bahnhöfe füllten und sogar die dem Betriebe dienenden Gleise zu überschreiten hatten, keine schweren Unglücksfälle vorkamen. Erschwerend für Verkehr und Betrieb wirkte ferner die mangelhafte Verbindung der Bahnhöfe untereinander; zwischen den beiden Neustädter Bahnhöfen, dem Leipziger und dem Schlesischen, bestand eine Verbindung überhaupt nicht, dort mußten die Reisenden, um von dem einen zum andern zu gelangen, über einen weiten Platz gehen. Endlich waren die zahlreich vorhandenen Kreuzungen städtischer Straßen durch die Bahngleise hinderlich und gefährlich für den Betrieb und noch mehr für den Straßenverkehr.

Ursprünglich hatten die Eisenbahnen, mit Ausnahme der Verbindungsbahn zwischen Alt- und Neustadt, kaum bis an die Bebauungsgrenze der Stadt herangereicht. Die Prager Straße sollte nur dazu bestimmt sein, den Hauptzugang zum Böhmischen Bahnhofe, auf dessen Mitte sie führte, zu bilden, ihre Fortsetzung über die Bahn hinaus war nicht beabsichtigt. Aber schon zu Anfang der sechziger Jahre forderte der städtische Verkehr die Weiterführung der Straße. Aus diesem Grunde wie auch wegen der großen Steigerung des Eisenbahnverkehrs mußte für die Güterabfertigung, die bisher auf dem Böhmischen Bahn-

hofe erfolgte, ein eigner Güterbahnhof errichtet werden. Als sich mit der fortschreitenden Bebauung des Geländes jenseits der Bahn die Übelstände des Überganges fühlbar machten, plante die Eisenbahnverwaltung eine Untertunnelung oder Überbrückung der Bahn an der Prager Straße, aber das Vorhaben wurde wegen der ungünstigen Neigungsverhältnisse der anzulegenden Straßenrampen von den städtischen Behörden bekämpft. Um endlich den wachsenden Mißständen gründlich abzuhelfen, unterbreitete die Regierung 1873 dem Landtage den Plan, die ganze Bahnstrecke von Strehlen bis zum Ostende des Böhmischen Bahnhofs an die südliche Weichbildgrenze der Stadt hinaus zu verlegen. Die Bahnlinie sollte zwischen Reick und Strehlen nach Süden hin verdrückt, in einem Einschnitte auf halber Höhe unterhalb der Dörfer Zschertnitz, Räcknitz und Plauen hin geführt und auf einem Viadukte über die Zwickauer Straße hinweg in die Chemnitzer Linie eingeleitet, der Böhmische Bahnhof aber zur Kopfstation umgestaltet werden. Die Zweite Kammer des Landtags sah jedoch die Vorteile des auf nur 2 400 000 Mark veranschlagten Projekts nicht ein und lehnte es ab.

Die Mißstände steigerten sich nun von Jahr zu Jahr, und die Klagen und Beschwerden wollten kein Ende nehmen. Trotz vielfacher Bitten vermochten die Bewohner der schnell sich vergrößernden Südvorstadt keine Bahnübergänge zur Öffnung der Werderstraße und der Franklinstraße nach Norden hin zu erlangen. Der ganze Verkehr aus dieser Vorstadt war auf zwei Übergänge, besonders den an der Prager Straße, angewiesen, den täglich 12- bis 15 000 Personen und 1200 Geschirre und Pferdebahnwagen benutzten. Unmittelbar am Bahnhofe gelegen, wo außer dem Ein- und Auslaufen der Züge auch noch das Rangieren von Personenzügen vor sich ging, war dieser Übergang ein Gegenstand des allgemeinen Unwillens. Wohl hundertmal täglich wurden die Schlagbäume geschlossen, und oft sammelten sich Hunderte von Personen und Dutzende von Wagen an, auf die Erlaubnis zum Durchgange wartend. Als die städtischen Körperschaften im Jahre 1887 die Generaldirektion der Staatseisenbahnen ersuchten, hier zum Schutze der dem Wind und Wetter ausgesetzten Fußgänger hüben und drüben Wartehallen herstellen zu lassen, lehnte diese das Gesuch einfach mit dem Hinweise darauf ab, daß die Sächsisch-Böhmische Eisenbahn früher dagewesen sei als der darüber hinaus gelegene Stadtteil! Diese Abweisung war schroff, aber nicht ganz ohne Berechtigung. Die Stadtverwaltung war eben noch nicht zu der Einsicht durchgedrungen, daß es ihr zukomme, zur Erleichterung des Straßenverkehrs über die Eisenbahnen hinweg auch das ihrige beizutragen; auf der andern Seite verhielt sich der Eisenbahnfiskus gegenüber den vielfach an ihn herantretenden Bitten um Abhilfe im einzelnen um so ablehnender, als

er ja doch die Notwendigkeit vor Augen sah, bald eine völlige Umgestaltung der Bahnhofsanlagen vorzunehmen.

An Plänen für eine solche Umgestaltung fehlte es nicht, aber die Aussichten für ihre Verwirklichung standen schlecht, so lange sich mehrere der in Dresden einmündenden Eisenbahnen noch im Besitze von Privatgesellschaften befanden. Nachdem nun 1888 mit der Strecke Dresden–Elsterwerda der Berliner Bahn die Verstaatlichung der sächsischen Privatbahnen zum Abschluß gekommen war, faßte der Finanzminister von Könneritz den Entschluß, mit dem Bau neuer Bahnhöfe in Dresden alsbald vorzugehen. Die früher bearbeiteten Entwürfe wurden aufs neue in Angriff genommen. Man hatte bisher, dem Preßlerschen Gedanken entsprechend, beabsichtigt, einen Zentral-Personenbahnhof in den Friedrichstädter Weißeritzanlagen zu schaffen. Ein solcher Bahnhof würde bedeutende Vorteile geboten haben, namentlich den, daß auch die Züge nach Chemnitz ohne Änderung der Richtung weiterfahren konnten. Aber diesen Vorteilen für den Betrieb standen beträchtliche Nachteile für den städtischen Verkehr gegenüber. Wäre der Plan Preßlers zu Ende der vierziger Jahre ausgeführt worden, so würde die bauliche Ausnutzung des Grund und Bodens wahrscheinlich vorwiegend in der Wilsdruffer Vorstadt und der Friedrichstadt erfolgt und die Wettinerstraße zu einer der wichtigsten Adern des Geschäftsverkehrs geworden sein. Nun aber hatte die Anlage des Böhmischen Bahnhofs sehr viel zur Entstehung ausgedehnter Stadtviertel in dessen Umgebung beigetragen, und das wirtschaftliche Gedeihen eines ganzen Stadtteils hing von dem Verbleiben des Bahnhofs an der bisherigen Stelle ab. Unter diesen Umständen glaubte das Ministerium den Böhmischen Bahnhof nicht wieder beseitigen oder auch nur schmälern zu dürfen. Es ließ in den Jahren 1888 und 1889 einen völlig neuen Plan ausarbeiten, nach dem die Bahnhofsanlagen im ganzen Stadtgebiete einheitlich neu gestaltet werden sollten. Die Grundzüge waren die Errichtung eines Hauptbahnhofs für alle Personenzüge auf dem Platze des bisherigen Böhmischen Bahnhofs, der Ausbau aller Eisenbahnlinien innerhalb der Stadt auf vier Gleise zur Ermöglichung vollständiger Trennung des Personen- und Güterverkehrs, die Anlegung eines gemeinsamen Rangierbahnhofs für alle Güterzüge in Friedrichstadt unter Belassung des Altstädter Güterbahnhofs für den Ortsverkehr, die Vereinigung des Leipziger und des Schlesischen Bahnhofs zu einem Neustädter Personenbahnhofe auf dem Platze des bisherigen Schlesischen Bahnhofs und der Ausbau des Leipziger Bahnhofs zu einem Neustädter Lokal-Güterbahnhofe, die Errichtung einer Haltestelle für Vorortzüge in der Nähe der Wettinerstraße und weiterer Haltestellen für den Vorortverkehr in Strehlen und Pieschen, endlich die Beseitigung aller Kreuzungen

von Bahngleisen mit öffentlichen Straßen und einzelner Bahnlinien untereinander in gleicher Höhenlage durch Herstellung von Über- oder Unterführungen. Die Pläne zu diesen Umgestaltungen wurden von dem Baurat Otto Klette, der vom 1. April 1890 ab an die Spitze eines besonderen „Bureaus für die Dresdner Bahnhofsbauten" gestellt war, in Gemeinschaft mit dem obersten Techniker im Finanzministerium, dem Geheimen Rate Klaus Köpcke, ausgearbeitet; die Leitung des Baues wurde in die Hand des Oberfinanzrats Peters gelegt.

Die Ausführung des großen Werkes konnte bei der Notwendigkeit, den Eisenbahnbetrieb möglichst ungestört aufrecht zu erhalten, nur stückweise erfolgen und wurde auf einen Zeitraum von zehn Jahren verteilt. Noch 1890 begann man mit der Herstellung des Rangierbahnhofs zwischen Friedrichstadt und Cotta; er erhielt einen bis zu 17 Metern Höhe ansteigenden Damm mit Ablaufgleisen, auf denen täglich 4- bis 5000 Güterwagen rangiert werden konnten. Zur Aufschüttung dieses Berges bedurfte man mehr als $1^1/_2$ Million Kubikmeter Erdmassen. Man entschloß sich, sie hauptsächlich auf den fiskalischen Landflächen am großen Ostragehege auszuschachten; auf diese Weise konnte zugleich ein großer Hafen gewonnen und damit das in den Kreisen der Schiffahrt-, Handel- und Gewerbetreibenden schon lange gehegte Verlangen nach ausreichenden Umschlagstätten befriedigt werden. Es wurde ein Hafenbecken von 1100 Metern Länge und 150 Metern Breite ausgegraben, das an seinen Kaimauern künftig Raum für die Entladung von 40 Elbkähnen bot und während des Winters 300 Schiffen Schutz gewährte. Gleichzeitig mit diesen Arbeiten wurde auf der Berliner Bahn zwischen Friedrichstadt und Naundorf, unter Verbreiterung der Niederwarthaer Elbbrücke, ein zweites Gleis gelegt und bei Coswig die Verbindung der Berliner mit der Leipziger Bahnlinie hergestellt, so daß sich nun alle Güterzüge der nördlichen Linien über das linke Elbufer nach dem Rangierbahnhofe leiten ließen.

Gleich lebhaften Anteil, wie ihn ganz Dresden an dem rüstigen Vorwärtsschreiten der Bauten nahm, betätigte auch König Albert, indem er am 14. November 1893 mit einem Sonderzuge die ganze Baustrecke von Strehlen bis Friedrichstadt befuhr, um die Arbeiten zu besichtigen. Am 1. Mai 1894 wurde der Rangierbahnhof in seinem ganzen Umfange in Betrieb genommen, am 1. November 1895 konnte der nördliche Kai des neuen Ausschiffungs- und Winterhafens dem Verkehr übergeben werden, vier Wochen später waren auch die Arbeiten an dem unmittelbar neben dem Rangierbahnhofe angelegten neuen Werkstättenbahnhofe, der zugleich die bisherigen Reparaturwerkstätten am Schlesischen Bahnhofe ersetzte, beendigt und damit die ganze Friedrichstädter Bahnhofsanlage vollendet. Abends erstrahlte sie in dem den Dresdnern noch ungewohnten

Lichte zahlreicher elektrischer Bogenlampen: die Bahnverwaltung hatte am Rangierbahnhofe ein eignes Elektrizitätswerk für die Beleuchtung aller Bahnhöfe und zur Erzeugung von Kraft für Krane und Aufzüge errichtet.

Mit Spannung sah die Einwohnerschaft Dresdens der Errichtung des Hauptbahnhofs entgegen. Seine Anlage war so geplant, daß eine große Mittelhalle, vor die sich das Empfangsgebäude legte, als Kopfstation für die tiefliegenden Chemnitzer und Görlitzer Linien dienen, während südlich und nördlich davon in zwei schmaleren Seitenhallen mit durchgehenden Hochgleisen der Verkehr von der Neustadt nach Bodenbach und umgekehrt stattfinden sollte. Am 25. April 1892 begannen die Ausschachtungsarbeiten am Hahneberg-Einschnitte, mehrere Villen und die Zugänge zu der für den Bahnverkehr unten wie für den Wagenverkehr oben längst unzureichend gewordenen steinernen Bergstraßenbrücke wurden abgebrochen, die Gärtchen entlang der Strehlener Straße zwischen Winckelmannstraße und Bismarckplatz beseitigt. Es galt hier zunächst den Teil des neuen Bahnhofs herzustellen, der später dem Verkehr von der Neustadt nach Bodenbach zu dienen hatte. Der Bau dieser südlichen Hochgleisgruppe konnte ohne wesentliche Beschränkung des Betriebes auf dem Böhmischen Bahnhofe erfolgen. Hand in Hand damit wurde die allmähliche Hebung der Bahngleise bis nach Strehlen durchgeführt, und die Bewohner der Ostbahnstraße sahen zu ihrem Verdrusse bald hohe Sandsteinmauern gegenüber ihren Häusern emporwachsen. Ein Fußgängertunnel, wie man ihn früher vergeblich erstrebt hatte, wurde jetzt zur Entlastung des Überganges an der Prager Straße angelegt; während der Legung einstweiliger Bahngleise war der ganze Personenverkehr auf ihn angewiesen. Die Südhalle des Hauptbahnhofs wurde im Juni 1895 fertig. Sie war bestimmt, für die Dauer der bis zur Vollendung des Ganzen noch erforderlichen Zeit den gesamten bisherigen Betrieb des Böhmischen Bahnhofs aufzunehmen; zu diesem Zwecke hatte man die Räume unter den Hochgleisen einstweilen zu Eintrittshallen, Wartesälen, Gepäck- und Fahrkartenschaltern eingerichtet. Am 18. Juni nachts 1 Uhr 15 Minuten kam der letzte Zug in den alten Bahnhof, sofort begann man die Verbindung der alten Gleise mit den neuen Hochgleisen herzustellen und schon um 3 Uhr 55 Minuten fuhr der Görlitzer Schnellzug als erster in die neue Südhalle ein. Die Berechnung der Techniker, die den Abschluß jeder einzelnen Bauperiode im voraus bis auf die Stunde genau festgesetzt hatte, feierte einen Triumph. Das zur Bismarckstraße umgewandelte Westende der Strehlener Straße, dessen Häuser alle zu Hotels eingerichtet wurden, erhielt nun den ganzen Verkehr von und nach dem Bahnhofe; ihre Asphaltierung war vom städtischen Tiefbauamte in wenigen Tagen durchgeführt und pünktlich am Abend des 17. Juni vollendet worden.

Das Empfangsgebäude des Böhmischen Bahnhofs, in dessen oberem Geschosse die Generaldirektion der Staatseisenbahnen ihren Sitz hatte, sollte nach dem ursprünglichen Plane erhalten bleiben. Die Notwendigkeit einer Erweiterung der Gleisanlagen machte aber dann seinen Fortbestand unmöglich. Man kaufte daher die vordersten drei großen Villen an der Südseite der Wiener Straße, brach sie ab und errichtete auf dem Platze, ohne Rücksicht auf die entgegenstehenden baupolizeilichen Vorschriften und ohne daß die kostspielige Abweichung von den Plänen durch den Landtag genehmigt war, ein riesiges Dienstgebäude für die Generaldirektion, das auch schon im Frühjahr 1895 fertiggestellt war. Noch am 18. Juni begann der Abbruch des Böhmischen Bahnhofs und der Bau des mittleren und nördlichen Teils der neuen Anlage.

Je weiter das große Unternehmen vorwärtsschritt, um so mehr verbreitete sich in der Bevölkerung die Erkenntnis von seiner außerordentlichen Bedeutung für das Gedeihen Dresdens. Die Stadtverwaltung hatte diese Einsicht von Anfang an betätigt. Bei der Vorlage an den Landtag im Jahre 1890 war die Regierung von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Stadtgemeinde einen Teil der durch die geplanten Umgestaltungen erwachsenden Lasten übernehmen werde. Wiewohl eine rechtliche Verpflichtung dazu nicht vorlag, erklärten sich die städtischen Körperschaften von vornherein für die vom Finanzministerium beanspruchte Mitwirkung und sprachen nur die Erwartung aus, daß die Planung der neuen Bahnanlagen den zahlreichen Wünschen und Bedürfnissen der Stadt hinsichtlich der Beseitigung von Schienenübergängen, der Aufschließung neuer Straßenverbindungen, der Vermehrung der Haltestellen und der Errichtung von Markthallen mit Bahnanschluß gerecht werde. Bei den darüber geführten Verhandlungen übernahm die Stadt grundsätzlich denjenigen Aufwand, welchen die Berücksichtigung der besonderen städtischen Interessen verursachte. Ihr Verhältnis zu dem Unternehmen wurde durch einen mit dem Finanzministerium geschlossenen Vertrag vom 14. Juli 1891 geregelt. Darnach überließ die Stadt den zu den Bahnhofsbauten erforderlichen, ihr gehörigen Grund und Boden dem Staatsfiskus unentgeltlich, wogegen dieser das zur Verlegung bestehender oder zur Anlegung neuer Straßen gebrauchte fiskalische Land ohne Entschädigung an die Stadt abtrat. Alle im Zusammenhange mit der Umgestaltung der Bahnhöfe herzustellenden Neuanlagen und Veränderungen von Straßen besorgte die Stadtgemeinde, zu den Kosten der Durchführung mehrerer Straßen unter den hochzulegenden Bahngleisen hindurch leistete sie einen Beitrag von 820 000 Mark. Die Verlegung des Weißeritzflußbettes übernahm die Stadt; der Staat bewilligte zu den Kosten eine bare Beihilfe von 170 000 Mark, sowie den Aufwand für die Ausschachtung von 100 000 Kubik-

metern Erdreich und gab das nötige Land von dem Kammergute Oſtra teils gegen bare Vergütung, teils tauſchweiſe für gleich große Flächen her, die ihm vom alten Flußbette zufielen. Endlich wurden der Stadt an der künftigen Halteſtelle Wettinerſtraße gegen 10 000 Quadratmeter Land von der Weißeritzpromenade unentgeltlich zu dem Zwecke überlaſſen, darauf eine Hauptmarkthalle zu errichten, die durch beſondere Zuführungsgleiſe mit den Bahnhöfen verbunden werden ſollte.

Die der Stadt aus dem Vertrage erwachſenden Koſten waren auf 6 Millionen Mark veranſchlagt. Ein beſonderer Ausſchuß der ſtädtiſchen Körperſchaften hatte die Verhandlungen mit dem Finanzminiſterium geführt. Der von ihm vereinbarte Vertrag fand, trotz ſeiner bedeutenden Anforderungen an den Stadtſäckel, wie beim Rate ſo auch bei den Stadtverordneten ungeteilte Zuſtimmung und wurde von ihnen ohne Debatte einſtimmig genehmigt.

Unentſchieden blieb zunächſt noch die Frage, wie der Elbübergang der Bahn zu geſtalten war. Nach dem allgemeinen Entwurfe ſollte die Marienbrücke, um die Gleiſe von zwei auf vier vermehren zu können, um 8 Meter verbreitert werden. Doch ließ nach näheren Unterſuchungen die Pfeilergründung der Brücke eine ſolche Verbreiterung nicht rätlich erſcheinen, überdies erforderte der Stadtverkehr, daß die Breite der Straße auf der Brücke vergrößert und das Nebeneinander von Bahngleis und Fahrſtraße beſeitigt werde. Nach weiteren Verhandlungen zwiſchen Staatsfiskus und Stadtgemeinde kam es daher zu einem Vertrage vom 13. Juli 1894, wonach die Stadt für 1¼ Million Mark die Marienbrücke kaufte, um ſie in der ganzen Breite zur Herſtellung einer Fahrſtraße mit Fußbahnen zu benutzen; der Staat wollte daneben in einem mittleren Abſtande von 55 Metern elbabwärts eine neue viergleiſige Eiſenbahnbrücke erbauen.

Wenige Monate nach dem Abſchluſſe des erſten Vertrags, im September 1891, nahm das ſtädtiſche Tiefbauamt die Arbeiten zur Verlegung der Weißeritz in Angriff. Aus dem 2900 Meter langen neuen Flußbette, deſſen Einleitung in die Elbe um 4,5 Kilometer weiter ſtromabwärts als früher erfolgte, wurden 320 000 Kubikmeter Erdmaſſe ausgeſchachtet und zur Herſtellung von Ufer- und Straßendämmen, ſowie zu Aufſchüttungen auf dem Rangier- und Werkſtättenbahnhofe verwendet; 35 000 Quadratmeter Böſchungsfläche waren durch Steinpflaſterung zu befeſtigen und 15 000 Kubikmeter Stampfbeton in die drei Überfallwehre und die acht gewölbten Brücken, die den Fluß überſpannten, zu verbauen. Schon im Juli 1893 ward die Arbeit beendet und am 17. September zum erſten Male das Waſſer der Weißeritz in das neue Bett geleitet. Den Fluß entlang von Löbtau bis herab nach Cotta

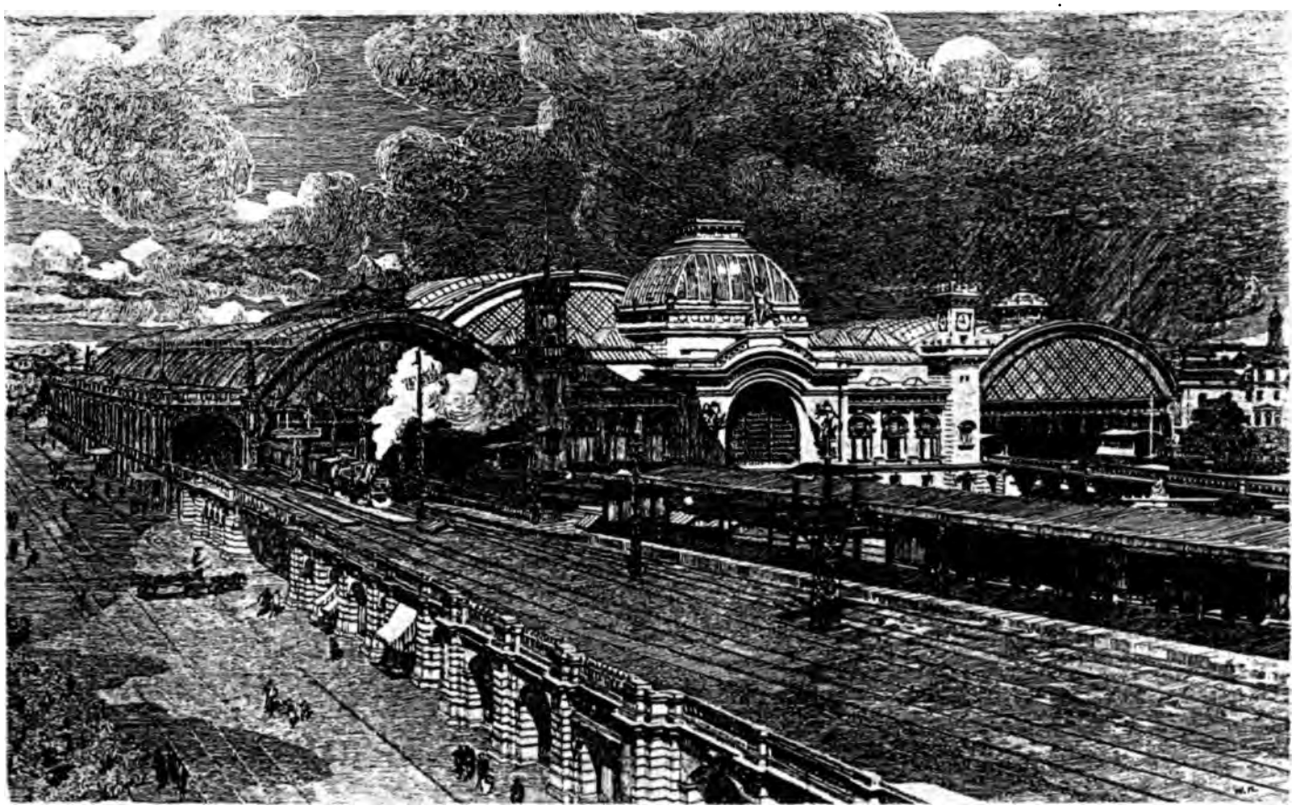
entstanden neue stattliche Straßen. Von dem trockengelegten alten Weißeritzbette wurden alsbald bedeutende Flächen zum Straßenbauhofe, zur Anlegung der Haltestelle Wettinerstraße und zu den Gleisanlagen der Hauptmarkthalle vorteilhaft ausgenutzt.

Die Arbeiten am Hauptbahnhofe schritten rüstig vorwärts. Der Einschnitt am Hahneberge wurde zur Aufnahme zahlreicher Gleise bedeutend verbreitert und an der Falken-, Chemnitzer und Hohen Straße mit neuen eisernen Brücken überspannt, die freilich der Gegend nicht gerade zur Zierde gereichten. Unter den viele Monate hindurch ununterbrochen dröhnenden Hammerschlägen der Werkleute wuchsen die Gerippe der gewaltigen Bahnsteighallen immer höher empor und enger zusammen. Auch die stattlichen Formen des Empfangsgebäudes traten bald deutlich hervor. Es wurde nach dem Plane der Architekten Giese und Weidner errichtet, der bei dem Wettbewerbe im Jahre 1892 mit einem ersten Preise bedacht worden war. Gleichzeitig entstand die Haltestelle Wettinerstraße, in der der einstige Zentralbahnhofsplan Preßlers nun doch noch zum Teil seine Verwirklichung fand; sie wurde am 1. Oktober 1897 eröffnet. Im Frühjahr 1898 stand auch der ganze Hauptbahnhof fertig da. König Albert und Königin Carola besichtigten ihn am 13. April und befuhren darauf die Bahnstrecke bis zum König Albert-Hafen. In der Nacht vom 15. zum 16. April vollzog sich die Eröffnung des Betriebes: um 12 Uhr erfolgte die Schließung der bisherigen Empfangsräume an der Bismarckstraße, darauf wurden die Gleisanschlüsse hergestellt, und um 2 Uhr 46 Minuten fuhr der Schnellzug von Bodenbach, festlich geschmückt und mit Hurra begrüßt, als erster in die Nordhalle ein; den Betrieb in der zwischen den Hochgleisen gelegenen Mittelhalle eröffnete der um 4 Uhr 2 Minuten eintreffende Breslauer Schnellzug. Mit dem neuen Sommerfahrplane, nach dem alle in Dresden ankommenden und abgehenden Züge auf dem Hauptbahnhofe ein- und ausfuhren, steigerte sich die Zahl der dort täglich verkehrenden Züge von 208 auf 304. Zu Tausenden durchströmten die Besucher in den ersten Tagen die weiten Hallen, freudig überrascht von der Schönheit und Gediegenheit des Bauwerks wie von der Zweckmäßigkeit der ganzen Anlage.

Mit der Vollendung des Hauptbahnhofs war das größte und schwerste Stück Arbeit getan, es galt nun noch die Neustädter Bahnanlagen umzugestalten. Zur Regelung der Einzelheiten wurde zwischen dem Staatsfiskus und der Stadtgemeinde am 14. Juli 1898 ein neues Abkommen getroffen, das zugleich manche aus den älteren Verträgen hervorgegangenen Meinungsverschiedenheiten beseitigte. Die Stadt erreichte dabei die Erweiterung und Vermehrung der geplanten Straßenunterführungen in der westlichen Neustadt,

mußte aber diesen Vorteil mit neuem bedeutenden Geldaufwande erkaufen. – Der vom Bauinspektor Krüger entworfene und geleitete Bau der Eisenbahnbrücke über die Elbe war bereits bis zur Auflegung des eisernen Gitterwerkes vorgeschritten, auch die Verlegung des Bahnkörpers für die Leipziger Personengleise nahm guten Fortgang. Ein an der Antonstraße aus Fachwerk errichteter einstweiliger Bahnhof für die Görlitzer Linie wurde am 1. Mai 1898 eröffnet und darauf der alte Schlesische Bahnhof, der gerade ein halbes Jahrhundert seiner Bestimmung gedient hatte, zur Freilegung des Platzes für den vereinigten Neustädter Personenbahnhof abgebrochen. Gleichzeitig mit den neuen Bahnhofsgebäuden wuchsen auf dem Platze zwischen den beiden alten Bahnhöfen mächtige Dämme aus Heidesand empor, an mehreren Stellen, besonders an der neuen breiten Hansastraße, von Unterführungen für den Stadtverkehr durchbrochen. Nach dreijähriger Arbeit war auch dieses letzte Werk vollendet: am 1. März 1901 wurde der Neustädter Bahnhof und zugleich die Eisenbahnbrücke in Gebrauch genommen. Die Marienbrücke ging nun in das Eigentum der Stadtgemeinde über: ihre Oberfläche wurde durch das Tiefbauamt in eine einzige breite Fahrstraße mit Fußbahnen umgewandelt, und nachdem auch die Herrichtung der Zugangsstraßen beendet war, konnte die Brücke am 1. Oktober 1901 in ihrem ganzen Umfange dem öffentlichen Verkehr übergeben werden.

Ein gewaltiges Unternehmen, dessen umsichtige Planung ebenso wie seine rasche und glückliche Durchführung den beteiligten Technikern zur Ehre gereichte, lag abgeschlossen vor. Freilich waren die Kosten nicht gering: der ursprünglich auf 35 Millionen Mark veranschlagte staatliche Aufwand hatte sich schließlich bis auf fast das Doppelte gesteigert und auch die 6 Millionen, welche die Stadt auf die von ihr übernommenen ergänzenden Arbeiten hatte verwenden wollen, waren auf 11 Millionen angewachsen. Aber Dresden hatte damit auch Verkehrsanlagen erhalten, die auf lange Zeit hinaus allen berechtigten Anforderungen zu genügen versprachen und mit denen es hinter keiner deutschen Stadt zurückstand.



Hauptbahnhof

verschiedenen Orten ein, die erste Stadttelephonanlage trat aber erst am 1. April 1881 in Berlin mit 94 Teilnehmern und 193 Sprechstellen ins Leben. Im folgenden Jahre wurde auch in Dresden die Errichtung einer Fernsprechanstalt von der Oberpostdirektion angeregt und von der Handelskammer wie vom Rate, der sich sogleich mit 20 Fernsprechstellen anschloß, lebhaft empfohlen. Es beteiligten sich anfangs außer den Behörden nur die Bankhäuser und einige wenige Großgeschäfte; mit 122 Teilnehmern wurde die Anstalt im September 1882 eröffnet. Kaum war jedoch ein Jahr verflossen, da hatte sich das neue Verkehrsmittel über die verschiedensten Geschäftskreise und auch auf die Nachbarorte hinaus verbreitet. Dichter und dichter spann die Telephonie ihr glitzerndes Drahtnetz über den Häusern der Stadt, und schließlich durfte in keinem namhaften Geschäfte, in keiner Amtsstube und selbst in so mancher Wohnung nicht die zeit- und kraftsparende Sprechgelegenheit fehlen. Schon 1891 mußten die Geschäfte des Stadtfernsprechwesens vom Telegraphenamte auf ein besonderes Stadtfernsprechamt übertragen werden. Ende 1901 betrug die Zahl der Fernsprechstellen im Stadtgebiete nahezu 9000.

Auch das elektrische Licht begann in Amerika seinen Siegeslauf durch die zivilisierte Welt. Das erste große Elektrizitätswerk, von Edison zur Beleuchtung eines Teiles von Newyork gebaut, wurde 1882 eröffnet. In Deutschland ging Berlin 1884 mit einer Zentralstation zur Beleuchtung eines Häuserblocks an der Friedrichstraße voran. Mit größeren von Privatunternehmern hergestellten Elektrizitätswerken folgten Dessau 1886, Lübeck 1887, Hamburg 1888 und alsbald zahlreiche andere deutsche Städte.

In Dresden vollzog sich die Einführung der elektrischen Beleuchtung sehr langsam. Die ersten im April 1879 angestellten Versuche zur Beleuchtung des Altstädter Güterbahnhofs mit elektrischem Licht blieben ohne Folgen. Seine Anwendung fand es zunächst in kleinen Privatanlagen: 1882 mit 2 Bogenlampen in einem Geschäfte in der Marienstraße, 1883 mit einer Anzahl Bogen- und Glühlampen in mehreren Fabriken. Der Rat hatte sich schon 1878 und 1882 durch Entsendung des Direktors der Gasfabriken nach Paris und nach München über den Stand des neuen Beleuchtungswesens unterrichtet. Er ließ Anfang 1884 in der Altstädter Gasfabrik eine kleine Versuchsstation einrichten und sie nach einjährigem Bestehen ins Altstädter Rathaus verlegen, wo sie am 1. Oktober 1885 mit 66 Edison-Glühlampen in Gebrauch genommen wurde. Näher trat man an die Lösung der Frage heran, als 1886 die Firma Siemens & Halske in Berlin um die Konzession zur Legung unterirdischer Elektrizitätsleitungen in den Straßen der Stadt nachsuchte. Zur Vorberatung der Sache und zur Führung von Verhandlungen mit mehreren Elektrizitätsgesellschaften

wurde ein besonderer Ausschuß von Ratsmitgliedern eingesetzt, in dem der Oberbürgermeister Stübel die Berichterstattung übernahm und ebenso, wie er es einst bei der Errichtung des Wasserwerks getan, gegen die Konzessionierung von Privatunternehmern auftrat. Auf Vorschlag des Ausschusses beschlossen Rat und Stadtverordnete, unter Ablehnung der von Privatunternehmern wegen Herstellung von Zentralanlagen für elektrische Beleuchtung gemachten Angebote, ein Elektrizitätswerk zunächst für die Altstadt und deren nächste Umgebung auf Stadtkosten zu errichten. Nach Gehör von Sachverständigen trug der Rat Bedenken, dieses Elektrizitätswerk auf Wechselstromerzeugung zu begründen, und wollte deshalb die Zentralstation in den mit elektrischem Strome zu versorgenden Stadtteil selbst legen. Er faßte dafür die Stadthaus-Brandstelle auf der Breiten Straße ins Auge. Da aber hier Dampfkesselanlagen mit mehr als vier Atmosphären Überdruck nach dem Ortsgesetze von 1878 nicht gestattet waren, wurde ein Nachtrag zu diesem aufgestellt, der es zu gunsten des Vorhabens abändern sollte. Das Ministerium des Innern versagte aber mit Recht die Genehmigung dieses Nachtrags ebenso wie die alsdann erbetene Dispensation von den hinderlichen Bestimmungen des Ortsgesetzes; es erklärte den Widerspruch, den die benachbarten Grundstücksbesitzer wegen des zu befürchtenden Geräusches erhoben hatten, für begründet und wies darauf hin, daß nicht einmal Rücksichten auf das öffentliche Wohl vorlägen, da die Anlage nicht für die Straßenbeleuchtung, sondern zur Lieferung elektrischen Lichts an Private dienen sollte. Das amtliche Verfahren hatte volle zwei Jahre in Anspruch genommen, und inzwischen war die Elektrotechnik schon so fortgeschritten, daß die zentrale Lage für die Maschinen zur Erzeugung des elektrischen Stromes nicht mehr als unbedingt erforderlich galt. Der Rat beschloß daher im Januar 1890, von der Verwendung jenes Platzes für eine Zentralstation abzusehen und die Firma Siemens & Halske mit der Bearbeitung eines neuen Planes für ein Grundstück außerhalb des Stadtinnern zu beauftragen. Außerdem erboten sich auch die Firmen Kummer & Co. in Dresden-Niedersedlitz und Schuckert & Co. in Nürnberg zu kostenfreier Bearbeitung von Plänen. Von allen drei Fabriken wurden bis Mitte des Jahres 1890 Pläne und Kostenanschläge eingereicht. Der Rat entschied sich, gestützt auf das Gutachten eines Sachverständigen, für die Siemenssche Planung mit Dreileitersystem und für die Errichtung des Elektrizitätswerkes auf einem Teile des Straßenbauhofs an der Löbtauer Straße; er beschloß, unerwartet der endgültigen Feststellung der Pläne und des Vertragsabschlusses mit Siemens & Halske alsbald die Maschinen und Akkumulatoren zu bestellen, um das Werk schon im nächsten Winter in Betrieb setzen zu können. Die Stadtverordneten lehnten aber die Vorlage ab und ersuchten den Rat, die Errichtung

des Werkes noch aufzuschieben und die Ergebnisse der für 1891 geplanten elektrischen Ausstellung in Frankfurt am Main abzuwarten. Der Oberbürgermeister empfand diesen Mißerfolg seiner Bemühungen, besonders auch in Rücksicht auf das Verhältnis zu der Firma Siemens & Halske, die dem Rate seit Jahren ihre Dienste und Erfahrungen zur Verfügung gestellt hatte, als eine persönliche Niederlage und zog sich von der Leitung der Sache zurück.

Nach der Frankfurter Ausstellung wurden die Beratungen des aus Ratsmitgliedern und Stadtverordneten zusammengesetzten Ausschusses wieder aufgenommen und ein Wettbewerb für die Ausführung des Elektrizitätswerks ausgeschrieben. Eine dem Ausschusse beigegebene Sachverständigenkommission erstattete über die bis zum Juli 1892 eingegangenen 16 Entwürfe Bericht und empfahl diejenigen von ihnen, welche ein auf Wechselstromsystem beruhendes Werk auf dem Grund und Boden der Gasfabrik in Reick vorschlugen. Da aber keiner von diesen Entwürfen unmittelbar zur Ausführung geeignet war, beschloß man neue Anschläge von den vier Firmen Helios in Köln-Ehrenfeld, Kummer, Schuckert und Siemens einzufordern. Eine darauf ausgearbeitete Vorlage des Rats gelangte im November 1892 an die Stadtverordneten, kam aber bei diesen erst im März 1894 zur Beratung. Der Berichterstatter Baumeister Hartwig hatte versucht, selbst ein sachverständiges Urteil über die Frage zu gewinnen, und sogar ein Handbuch der Elektrizitätslehre ausgearbeitet, das er seinem dreibändigen Druckberichte einfügte. Er beantragte, die Ratsvorlage abzulehnen und die Errichtung elektrischer Anlagen einem Unternehmer zu überlassen, wollte aber die Beleuchtung der öffentlichen Straßen durch elektrisches Bogenlicht bald eingeführt wissen; zugleich betonte er lebhaft die Vorteile des Gasglühlichts gegenüber dem elektrischen Glühlicht, die allerdings damals in weiteren Kreisen noch nicht genügend erkannt und geschätzt waren. Unerwartet erstand ihm diesmal ein gut gerüsteter Gegner aus den Reihen der Stadtverordneten selbst: ein Mitglied des gemischten Ausschusses für die elektrische Beleuchtung, Oberregierungsrat Krieg, schlug ihn samt dem schweren Geschütz seiner drei Bücher aus dem Felde und vertrat seine auf dem Boden der Ratsvorlage stehenden Anträge so überzeugend, daß sie vom Kollegium mit großer Mehrheit angenommen wurden. Damit war der Bau des Elektrizitätswerks auf Stadtkosten und die Ausführung der Maschinenanlage in Reick genehmigt; die Entscheidung über das Stromsystem blieb dem Rate überlassen.

An Stelle des Vorstandes der Gasfabriken übernahm nun der neue Bürgermeister Beutler die Leitung der Sache und arbeitete sich auch in deren technische

Seite so erfolgreich ein, daß er die Verhandlungen mit den ausführenden Firmen zum Vorteile der Stadt selbständig zu führen und dadurch wesentlich zu beschleunigen vermochte. Bei der Ausschreibung eines neuen Wettbewerbs ließ man den Plan, die Zentralstation in Reick zu errichten, fallen und nahm dafür das Grundstück der Altstädter Gasfabrik an der Stiftsstraße in Aussicht. In Übereinstimmung mit dem Gutachten, das von der Sachverständigenkommission über die eingegangenen Entwürfe abgegeben wurde, beschloß der Rat im August 1894, das einphasige Wechselstromsystem anzuwenden und die Arbeiten derart zu vergeben, daß die Lieferung der Dampfkessel, Maschinen, Schaltapparate und Transformatoren der Firma Helios mit der Bedingung zufiel, die Wasserröhrenkessel von Steinmüller in Gummersbach, die kombinierten Kessel und die Dampfmaschinen von Rost & Co. in Dresden ausführen zu lassen, während die Anfertigung des ganzen Kabelnetzes den Firmen Schuckert und Kummer zusammen übertragen ward. Mitte November 1894 wurde der mit den drei Firmen zu gemeinschaftlicher Haftung vereinbarte Bauvertrag, Ende Januar 1895 Plan und Anschlag für das Maschinen- und Kesselhaus und im Mai 1895 der für das Kabelnetz und die Transformatoren von den Stadtverordneten genehmigt und für deren Ausführung, einschließlich der Erweiterung der Maschinenanlage, die sich infolge der zahlreichen Anmeldungen von Lichtabnehmern bereits nötig machte, 3381000 Mark bewilligt. Nachträglich stellte die Firma Schuckert den Antrag, ihr eine zwar in ihrem Kostenanschlage beanspruchte, aber aus Versehen im Vertrage nicht ausbedungene Entschädigung für Verpackung, Versendung und Legung der Kabel in Höhe von 152000 Mark zuzusprechen. Als die Stadtverordneten im Gegensatz zum Rate diese Forderung ablehnten, suchten die Firmen Schuckert und Kummer ihre Entlassung aus ihren Verpflichtungen nach; sie wurde ihnen gewährt und der neue Bauvertrag Ende Juni 1895 mit Helios allein abgeschlossen.

Die seit 1839 stehende Altstädter Gasfabrik, die ohnehin schon lange mit zu hohen Kosten und beschränkter Leistungsfähigkeit arbeitete, stellte am 2. Februar 1895 ihren Betrieb ein; von den Gebäuden blieb nur der Gasbehälter und das Regulierungshaus erhalten, das man nun näher an ihn heran verlegte. Nach rascher Förderung der Abbruchsarbeiten wurde Anfang April mit dem Bau des Maschinen- und Kesselhauses für das Lichtwerk, am 15. Juli mit der Aufstellung der 4 Dampfmaschinen mit je 560 bis 800 Pferdekräften und am 2. September mit der Kabellegung begonnen. Das Werk eröffnete am 28. November 1895, zunächst mit zwei Maschinen, seinen Betrieb, und am 15. Dezember brannten in der Schloß- und Seestraße zum ersten Male elektrische Straßenlampen. Die erst nach zehnjährigen Bemühungen

glücklich beseitigten Hindernisse hatten doch auch die gute Folge gehabt, daß die Stadt die neue Einrichtung sogleich in vollkommener Gestalt erhielt, ohne erst teures Lehrgeld zahlen zu müssen.

Mit der Einführung der elektrischen Beleuchtung hatte zugleich auch die Frage der Beschaffung elektrischer Kraft zum Betriebe der Straßenbahnen ihre Lösung gefunden. Die Entwicklung des Straßenbahnwesens war nach langer Stockung seit mehreren Jahren wieder kräftig vorwärtsgeschritten. Nach 1883, während des Konflikts mit den Stadtverordneten, die der Straßenbahngesellschaft wenig geneigt waren, hatte der Rat gegenüber allen Gesuchen um Genehmigung neuer Linien zunächst eine abwartende Haltung eingenommen. Als 1888 die Gesellschaft um die Erlaubnis zur Benutzung der eben fertiggestellten König Johann-Straße und der Grunaer Straße einkam, erteilte der Rat diese nicht, sondern beschloß die zahlreich vorliegenden Gesuche um Straßenbahnkonzessionen durch eine Gesamtbewilligung zu erledigen. Er ließ ein Netz aller wünschenswerten neuen Linien entwerfen und stellte die Bedingungen für deren Anlage auf. Von den aufgetretenen sechs Bewerbern machten die Fabrikanten Grumbt und Bierling mit dem Ingenieur Schwab das vorteilhafteste Angebot: es sicherte die Ausführung fast aller vom Rate aufgestellten und noch einiger anderer Linien zu und versprach für den Betrieb die günstigsten Fahrzeiten und Fahrpreise. Sie erhielten die Gesamtgenehmigung, der Vertrag mit ihnen und die ihm beigegebenen „allgemeinen Bedingungen" wurden am 19. Juli 1889 vollzogen: die Unternehmer verpflichteten sich, zwölf neue Linien, darunter allerdings manche bloße Anschlußstrecken, zu erbauen, vier davon innerhalb der nächsten zwei Jahre; die Genehmigung wurde für 50 Jahre erteilt, jedoch sollte es dem Rate freistehen, sie für den 30. Oktober 1921, den Tag des Ablaufs aller bisher erteilten Straßenbahnkonzessionen, zu kündigen und die Bahnen zum Zeitwerte zu übernehmen; für die Benutzung der Straßen wurde eine Abgabe von der jährlichen Roheinnahme an die Stadtkasse ausbedungen, die bei 1 Million Mark oder weniger Einnahme 2 Prozent, bei 1 bis 2 Millionen $2^1/_2$ Prozent, bei 2 bis 3 Millionen 3 Prozent und so fort bis zu 8 Prozent betragen sollte; der Verkehr der Wagen hatte in der Stadt und den innern Vorstädten aller 6 Minuten zu erfolgen, für Strecken von ungefähr 2 Kilometern war ein Fahrpreis von 10 Pfennigen einzuführen, der sich für längere Strecken auf 15 bis 20 erhöhte; Fahrpreise, Fahrpläne und die Anstellungsbedingungen für das Fahrpersonal sollten der Genehmigung des Rates unterliegen.

Die Unternehmer traten bald nachher ihre Rechte und Pflichten an die neugebildete Aktiengesellschaft „Deutsche Straßenbahngesellschaft in Dresden"

ab. Der Bau der neuen Pferdeeisenbahnen ging flott von statten, und am 21. September 1890 konnten die Strecken Grunaer Straße–Altmarkt–Friedrichstraße und Grunaer Straße–Fürstenstraße, am 5. Oktober die Linie Uhlandstraße–Theaterplatz und am 30. November die Linie Bergstraße–Neustädter Bahnhöfe in Betrieb genommen werden; dazu kamen 1891 die Strecken Fürstenstraße–Blasewitz und Neustädter Bahnhöfe–St. Pauli-Friedhof, 1892 die Linie Wiener Straße–Forststraße. Die neue Gesellschaft führte Wagen mit rotem Anstrich ein, während sich die alte nach wie vor gelber Wagen bediente; beide haben auf ein schmuckes Aussehen der Wagen und Pferde jederzeit großen Wert gelegt. Die beiden Gesellschaften, im Volksmunde „die gelbe“ und „die rote“ genannt, traten in einen Wettbewerb, der nicht ohne günstige Folgen für die Gesamtheit blieb. Ein Mißstand war es nur, daß sich die alte Gesellschaft noch im wesentlichen in englischen Händen befand und ihren Sitz in London hatte; doch wurde es 1894 endlich erreicht, daß sie sich auflöste und ihr Unternehmen an eine neue Aktiengesellschaft „Dresdner Straßenbahn“ mit dem Sitze in Dresden abtrat. Der Konkurrenzkampf der beiden Gesellschaften machte später einer Verständigung und gemeinsamem Handeln Platz.

Inzwischen hatte sich allgemein die Umwandlung der Pferdeeisenbahnen in elektrische Straßenbahnen vorbereitet. Die erste elektrische Bahn war im Jahre 1879 von Siemens & Halske auf der Berliner Gewerbeausstellung vorgeführt worden, 1881 baute die Firma die erste für dauernden Betrieb bestimmte Bahn dieser Art vom Anhalter Bahnhofe in Großlichterfelde nach der Kadettenanstalt. Seit 1884 wurde der elektrische Betrieb bei Straßenbahnen in Nordamerika häufig, seit 1890 auch in Europa. In Dresden war es nun die Deutsche Straßenbahngesellschaft, die diese jüngste Errungenschaft der Technik einführte: sie richtete die neue Linie vom Schloßplatze nach Blasewitz für elektrischen Betrieb mit oberirdischer Stromzuführung ein und erbaute zu dem Zwecke eine Kraftstation an der Hertelstraße; am 6. Juli 1893 wurde die erste elektrische Bahn Dresdens dem Verkehr übergeben.

Die günstigen Erfahrungen, die hier ebenso wie anderwärts gemacht wurden, führten dazu, daß beide Gesellschaften im März 1894 um die Erlaubnis zur Einführung des elektrischen Betriebes in weiterem Umfange nachsuchten. Die Stadtgemeinde ging bei den darüber geführten Verhandlungen von dem Grundsatze aus, für jede Konzession die Entnahme des Stromes aus städtischen Elektrizitätswerken zur Bedingung zu machen. Die Gesellschaften unterwarfen sich in den am 11. Dezember 1894 abgeschlossenen Verträgen dieser und einigen andern Bedingungen, besonders der Einführung von Um-

steige-Fahrscheinen zum Übergange von Linien der einen Gesellschaft auf die der andern. Auch ließ sich die „rote“ bereit finden, ihr Kraftwerk für 317 000 Mark an die Stadt zu verkaufen. Man beschloß, das Werk derart zu erweitern, daß zu den vorhandenen zwei Dampfmaschinen von je 120 Pferdekräften noch drei neue von je 560 bis 680 Pferdekräften aufgestellt wurden; die von der ganzen Maschinenanlage erzeugte Kraft sollte zum Betriebe von ungefähr 150 vollbesetzten Motorwagen ausreichen. Die Kessel und Maschinen wurden bei der Maschinenbauanstalt der österreichischen Nordwestdampfschiff-fahrts-Gesellschaft in Dresden, die elektrischen Einrichtungen bei Siemens & Halske bestellt. Die Erweiterung, die zusammen mit den Stromzuführungs-anlagen etwa 2 Millionen Mark kosten sollte, ward Ende April 1895 be-gonnen und war nach Jahresfrist vollendet. Am 4. Mai 1896 konnte auf der ältesten Straßenbahnlinie Blasewitz–Böhmischer Bahnhof, die nun bis zur Reichenbachstraße verlängert wurde, der elektrische Betrieb eröffnet werden. Auf der Strecke vom Georgplatze bis zur Reichenbachstraße durften nur Akkumulatorwagen verkehren, die Anbringung von Leitungsdrähten war hier nicht gestattet worden, teils aus Schönheitsrücksichten, teils um jeder etwaigen Störung der physikalischen Instrumente in der Technischen Hochschule durch die elektrischen Ströme vorzubeugen. Noch im Laufe des Jahres wurde auf mehreren andern Linien der elektrische Betrieb mit oberirdischer Strom-leitung eingeführt. In der König Johann-Straße machte man einen Versuch mit dem vom Stadtbaurat Klette erfundenen System unterirdischer Stromzu-führung.

Das im Osten der Stadt gelegene Kraftwerk war auch durch seine Ver-größerung nicht in den Stand gesetzt, die zum elektrischen Betriebe aller, auch der westlichen Straßenbahnlinien ausreichende Kraft zu liefern. Man mußte daher alsbald an die Errichtung eines zweiten Kraftwerks im Westen der Stadt denken und erwarb zu diesem Zwecke im Jahre 1897 für 920 000 Mark die dem Ehrlichschen Gestift gehörigen, an das Lichtwerksgrundstück an-stoßenden Landflächen. Damit war zugleich die Möglichkeit geschaffen, das Lichtwerk so zu erweitern, wie die fortwährend steigende Zahl der Anschlüsse es erforderte. Solche Erweiterungen kamen in den Jahren 1898 und 1900 bis 1901 zur Ausführung, jedesmal wurden zwei neue Dampfmaschinen von je 1000 Pferdekräften aufgestellt.

Für den Bau des zweiten Kraftwerks und eine gleichzeitige neue Er-weiterung des ersten, sowie für die Stromzuführungsanlagen wurden im Juli 1898 von den städtischen Körperschaften nahezu 5 Millionen Mark bewilligt. Durch diese Neuanlagen sollte der Strombedarf gedeckt werden, um künftig die

Straßenbahnen durchgängig elektrisch zu betreiben und das Bahnnetz noch zu erweitern. In den darüber mit den Straßenbahngesellschaften abgeschlossenen Verträgen wurden diese Umwandlungen und Erweiterungen des Betriebes innerhalb des Stadtgebiets für den 1. Juni 1900 in Aussicht genommen und Fahrpreisermäßigungen derart ausbedungen, daß im Stadtgebiete jede Fahrt auf ein und derselben Linie 10, jede Fahrt mit einmaligem Umsteigen 15 Pfennige koste; eine Ringlinie zur Verbindung der Personenbahnhöfe, neue Bahnen nach Cotta und dem Weißen Hirsch und zweite Verbindungen mit Plauen und Löbtau wurden festgesetzt. Während von dem Ostwerke bisher 8 Straßenbahnlinien mit einer Betriebslänge von 41,15 Kilometern mit Strom versorgt wurden, war die Errichtung des Westwerks und die Erweiterung des Ostwerks für weitere 17 Linien und neue Strecken mit 71,58 Kilometern Betriebslänge vorgesehen.

Die Stromlieferung aus dem neuen Westwerke, das 5 Dampfmaschinen mit je 1000 Pferdekräften erhalten hatte, begann am 22. Juni 1900. Acht Tage nachher wurden die beiden Pferdebahnlinien Hauptbahnhof – Arsenal und Postplatz – Plauen in elektrischen Betrieb übergeführt, andere folgten und am 1. August war mit der Umwandlung der letzten drei Linien Postplatz – Wölfnitz, Albertplatz – St. Pauli-Friedhof und Albertplatz – Wilder Mann die Durchführung des elektrischen Betriebes beendet. Das Pferd hatte seine besonders bei starkem Schneefall oft recht bemitleidenswerte Rolle im Straßenbahnbetriebe ausgespielt.

Im Jahre 1901 waren auf Stadtgebiet 20 elektrische Straßenbahnlinien vorhanden, auf denen 442 Wagen, darunter 314 Motorwagen, in regelmäßigem Betriebe standen; sie hatten eine Betriebslänge in Doppelgleisen von 114,5 Kilometern, zu denen Ende 1901 nach der Freigabe der Marienbrücke und dem dadurch ermöglichten Ausbau der Ringbahn noch 3 Kilometer hinzukamen. Die Stromabgabe der beiden Kraftwerke belief sich im Jahre 1901 auf 11 Millionen Kilowattstunden. Befördert wurden über 78½ Million Personen.

In ähnlicher Weise hatten sich die Leistungen des Lichtwerks gesteigert. Das Lichtkabelnetz bestand Ende 1901 aus 144,12 Kilometern Speiseleitung und 19,42 Kilometern Anschlußleitung, die Zahl der angeschlossenen Lampen und Motoren betrug, auf Normallampen zu 55 Watt berechnet, 122740, die jährliche Stromabgabe 2140000 Kilowattstunden. Und trotz dieser Fortschritte des elektrischen Lichts war auch der Verbrauch von Leuchtgas noch fortwährend im Steigen: seit 1895 war die Gaserzeugung von 26½ auf 32½ Million Kubikmeter angewachsen. Der öffentlichen Beleuchtung dienten 680 Petroleum-

flammen, 11 769 Gasflammen, fast ausschließlich Glühlicht, und 384 elektrische Bogenlampen; sie erforderte einen Kostenaufwand von 809 000 Mark. Die beiden Gasfabriken brachten einen Betriebsüberschuß von 1 958 000 Mark, von denen 500 000 Mark als Rücklage in den Erweiterungsfonds und 1 195 000 Mark als Reingewinn in die Stadtkasse flossen. Bei dem elektrischen Lichtwerke belief sich im Jahre 1901 der Überschuß, nach Abzug von 120 000 Mark Rücklage in den Erweiterungsfonds, auf 156 000 Mark, bei den Kraftwerken auf 238 000 Mark.

Ein halbes Jahrzehnt hatte genügt, um in dem Straßenbilde und dem Verkehrsleben der Stadt Veränderungen hervorzubringen, wie sie früher kaum in mehreren Menschenaltern vor sich gingen. Nach allen Richtungen waren die Hauptstraßen mit Telephonleitungen und Straßenbahnkabeln überspannt. So sehr das Auge all dieses Gewirr anfangs als Störung empfand, in wenigen Jahren bemerkte es kaum noch etwas davon. Nur wenn bei außergewöhnlichen Naturereignissen, wie bei dem großen Schneefalle am 31. Januar 1900, die ganze Drahtmasse einmal auf Straßen und Plätze herniederbrach, ward es augenscheinlich, in welch weitgehendem Maße die neuen Verkehrsanlagen auch schon den Luftraum in Anspruch nahmen. Die Störungen, denen die Hochleitungen durch Sturm und Schnee ausgesetzt sind, und die Gefahren, mit denen sie den Menschen stets bedrohen, führten dazu, daß die Postverwaltung 1901 begann, die Telephondrähte in unterirdische Kanäle zu verlegen. So ward das Innere des Straßenkörpers, wo schon Schleusen, Wasser- und Gasleitungen, Telegraphen- und Lichtkabel lautlos arbeiteten, wieder mit einem neuen Adernetz durchzogen zum Umlauf unsichtbarer Kräfte im Dienste der auf der Oberfläche sich drängenden Menschenmenge. Auch gegenüber dem elektrischen Lichte bewies das menschliche Auge eine große Anpassungsfähigkeit: anfangs hatten einzelne Bogenlampen an Schaufenstern beseitigt werden müssen, weil sie die Vorübergehenden blendeten – jetzt übergossen zu aller Zufriedenheit ganze Reihen von Bogenlampen die Straßen mit ihren scharfen bläulichen Strahlen, und dazu entströmte den Läden eine Flut von Licht, ohne daß jemand sich in die Zeit zurücksehnte, wo düster brennende Gaslampen einen spärlichen rötlichen Schein verbreiteten. Die Ansprüche an Helligkeit waren über Nacht gewachsen und wurden selbst in den entlegeneren Stadtteilen durch Versorgung der Straßenlaternen mit dem wirksamen Gasglühlicht befriedigt.

Aber diese fortwährende Verbesserung der öffentlichen Beleuchtung war auch bei dem mächtigen Anschwellen des Verkehrs notwendig. In immer rascherer Aufeinanderfolge durchsausten die Motorwagen, gelbe und rote in buntem Gemisch, die Straßen. Dazu hatte sich das Veloziped, das bei seiner

ersten Vorführung im Großen Garten am 21. Februar 1869 wenig zu versprechen schien, seit der Erfindung des Niederrads zu einem wahren Volksverkehrsmittel entwickelt: ebenso wie die Straßenbahnen gab es Tausenden von Personen aller Stände, die ihren Beruf in der Stadt ausübten, die Möglichkeit, mit ihren Familien draußen in der frischeren Luft der Vororte zu wohnen, und von unzähligen Geschäftsleuten wurde es für ihre Austräger, von der Postverwaltung für die neuangestellten jugendlichen Depeschenträger nutzbar gemacht. Diese geschwinden Räder, deren lautloses Vorbeischießen in der ersten Zeit manchen harmlos dahinwandelnden Spaziergänger erschreckt und erbost hatte, lernten sich leicht durch die Menschenmassen hindurchwinden, und ihr warnendes Klingeln ward dem Fußgänger ebenso ein gewohntes Geräusch, wie die unaufhörlichen Glockenzeichen der Straßenbahnwagen und die Heulsignale der in den letzten Jahren auftauchenden Automobilfahrzeuge.

Seitdem 1893 der bisherige Amtshauptmann in Pirna, Hugo Le Maistre, als Präsident an die Spitze der königlichen Polizeidirektion getreten war, schloß sich auch die einst so bedächtige Verkehrspolizei dem Zuge der Zeit an. Neben den älteren, etwas langsamen Droschken traten am 1. April 1894 leichter gebaute und schneller fahrende Droschken erster Klasse, mit Fahrpreisanzeigern versehen, in Tätigkeit. Um auf der Nordsüdlinie vom Schloßplatze bis zum Hauptbahnhofe, auf deren erster Hälfte die Engigkeit der Straßen die Anlage einer Straßenbahn verhinderte, eine gerade Fahrverbindung zu schaffen, erhielt die Dresdner Fuhrwesen-Gesellschaft die Genehmigung zum Betriebe einer Omnibuslinie, und es wurde damit ein Beförderungsmittel wieder in die innere Stadt eingeführt, das selbst für den Vorortsverkehr längst außer Gebrauch gekommen war. Am 12. Dezember 1899 eröffneten die wohlgebauten grünen Omnibusse ihre Fahrten und dehnten sie 1901 bis zur Reichenbachstraße aus. So vollzog sich die Personenbeförderung in immer mannigfaltigeren Formen, und der Wagenverkehr wurde so verwickelt, daß die Polizeidirektion sich 1898 entschloß, zu seiner besseren Regelung an einzelnen Knotenpunkten berittene Gendarmen aufzustellen, die außerdem auch zur Überwachung der Vorstadtstraßen benutzt wurden. Der Durchgangsverkehr von Lastwagen war schon 1896 aus der innern Altstadt weggewiesen worden. Die Folge davon war, daß sich auf manchen weiter hinaus liegenden Straßen ein sehr lebhafter Lastwagenverkehr entwickelte. Nun mußte auch dort zur Abminderung des Geräusches eine kostspieligere Art der Pflasterung angewendet werden, so namentlich auf der stark befahrenen Waisenhausstraße, die 1901 statt der bisher üblichen Asphaltdecke versuchsweise ein Pflaster von hartem australischen Holze

erhielt. Im Gegenſatze aber zu Handelsſtädten wie Leipzig, wo ſich von alters her große Warenmagazine im Stadtinnern befinden, iſt in Dresden der Laſtwagenverkehr nicht übermäßig ſtark entwickelt; vorwiegend vollzieht er ſich zwiſchen den in den äußeren Stadtteilen gelegenen Fabriken und den Güterbahnhöfen. So hat ſich hier auch das großſtädtiſche Getriebe noch etwas von der Annehmlichkeit der früheren Fremdenſtadt bewahrt.

## XIII.

## Die Stadtverwaltung unter Beutlers Leitung.

Während der Amtsführung des Oberbürgermeisters Stübel war die Einwohnerschaft der Stadt, abgesehen von den einverleibten Vororten, um mehr als 100000 Seelen gestiegen und damit der Verwaltung eine Aufgabe gestellt worden, die der Neuschöpfung einer großen Stadt gleichkam. Und dieses Wachstum um jährlich etwa $2^1/_2$ vom Hundert der Bevölkerung setzte sich unaufhaltsam fort. Stübel und sein Nachfolger Beutler waren selbstverständlich weit davon entfernt, die Vermehrung der Einwohnerzahl an sich schon als einen Beweis für die Blüte des Gemeinwesens zu betrachten: ihr Bestreben war stets darauf gerichtet, die städtischen Einrichtungen so zu vervollkommnen, wie es die Vergrößerung der Stadt und die wachsenden Anforderungen der Zeit erheischten. Stübel hatte in seinem Amte reiche Erfolge geerntet und bis zuletzt mit Anspannung seiner ganzen Kraft die Last der Geschäfte zu bewältigen gesucht, aber einige seiner Mitarbeiter hatten ihm wegen Alter und Krankheit nicht mehr die genügende Unterstützung zu bieten vermocht. Eine Auffrischung des Ratskollegiums tat not. In die Stelle des zweiten Bürgermeisters rückte für Beutler 1895 Nake ein, das Amt des dritten Bürgermeisters erhielt der bisherige Vorstand des arbeitsreichen Stadtbauamts, Eberhard Leupold. Aber schon Ende 1898 mußte Nake wegen andauernder Kränklichkeit in den Ruhestand treten; für seine

Verdienste um die Stadt erkannten ihm die städtischen Körperschaften einstimmig die große goldne Ehrendenkmünze zu. Er wurde durch Leupold und dieser durch den Stadtrat Rudolf Hetschel ersetzt. Neue Männer traten in den Rat ein und verschafften ihm wieder die volle Arbeitsfähigkeit. Aber die treibende Kraft war fortan der Oberbürgermeister Beutler, der in allen wichtigen Angelegenheiten die Führung in die Hand nahm. Von den beiden Mächten, auf deren Gegensatz alle geschichtliche Entwicklung beruht, Beharrung und Veränderung, war in den siebziger Jahren die erste vorwiegend beim Rate, die zweite bei der Gemeindevertretung wirksam gewesen – mit dem fortschreitenden Wachstume der städtischen Aufgaben kehrte sich dieses Verhältnis mehr und mehr um.

Die immer noch steigende Bedeutung der technischen Angelegenheiten bedingte eine neue Regelung ihrer Leitung. Vom 1. Juli 1896 an wurden das Beleuchtungs- und das Wasserleitungsamt aufgehoben und nach dem Vorbilde der Geschäftsteilung zwischen dem Stadtbauamte und dem Hoch- und Tiefbauamte die technischen Betriebe der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke einem neu gebildeten „Betriebsamte" unterstellt, während für die Erledigung der mit ihnen zusammenhängenden juridischen und verwaltungsrechtlichen Geschäfte ein Stadtbauamt B errichtet wurde, dem man auch die Aufgaben des Straßenbahnamtes übertrug. Zur Leitung des Betriebsamtes ward eine dritte Stadtbauratsstelle begründet und dem bisherigen Direktor der Gasfabriken Hasse übertragen. Im Stadtbauamte A waren unterdessen die Geschäfte so gewachsen, daß sie nicht mehr von einem einzigen Ratsmitgliede geführt werden konnten. Das Amt wurde geteilt und zu diesem Zwecke vom Jahre 1901 ab ein zehnter besoldeter Stadtrat angestellt. Gleichzeitig vermehrte man die Zahl der unbesoldeten Räte um zwei und bildete eine dritte Ratsabteilung.

Für die Zusammensetzung des Stadtverordnetenkollegiums blieb die Bestimmung der Städteordnung ausschlaggebend, wonach die Hälfte aller Mitglieder Ansässige sein müssen. Die lebhafte Wahlbewegung, die von Vereinen, Parteien und Interessenvertretungen jedes Jahr entfacht wurde, konnte niemals eine durchgreifende Umgestaltung erzielen: alte Mitglieder gingen, neue kamen, aber maßgebend blieben die Anhänger des Hausbesitzervereins und der bei den Wahlen jeweils mit ihm verbündeten Parteien. Der Vorstand des Hausbesitzervereins, Baumeister Hartwig, spielte nach wie vor eine gewichtige Führerrolle, bis er Ende 1902 zum unbesoldeten Ratsmitgliede gewählt wurde und aus der Gemeindevertretung ausscheiden mußte. In die äußere Erscheinung der Körperschaft kam Ende 1898 eine merkbare Veränderung durch den Wechsel des Geschäftsleiters: der Geheime Rat Dr. Ackermann, seit 45 Jahren Mit-

Nordweſt und von Strieſen zugelaſſen, im weſentlichen alſo die ſeit 1878 beſtehenden Grenzen der Fabrikbezirke aufrechterhalten. Ganz frei von größeren gewerblichen Anlagen blieben die Baugebiete Altſtadt-Südweſt von der Eiſenſtuckſtraße nach Plauen und Räcknitz zu, Johannſtadt-Nord zwiſchen der Jägerkaſerne und Blaſewitz, endlich die Vorſtadt Strehlen; im größten Teile Strehlens und in dem an den Großen Garten angrenzenden Teile Strieſens wurden ſogar gewerbliche Anlagen beſchränkten Umfanges ausgeſchloſſen.

Den Anforderungen des Verkehrs und der öffentlichen Geſundheitspflege entſprachen dieſe neueſten Bebauungspläne ſicher weit mehr als die der älteren Stadtteile, und der rückſichtsloſen Ausnutzung des Baulandes zogen ſie wohl auch engere Schranken, aber aus dem Geſichtspunkte der wiedererwachten Städtebaukunſt ließen ſie manches zu wünſchen übrig. Immer noch waren ſie von der Freude an der Symmetrie und Geradlinigkeit eingegeben, immer noch kam bei ihnen zu wenig das Streben nach Anpaſſung der Straßen an die natürliche Beſchaffenheit des Geländes und beſonders die Einſicht zur Geltung, daß die Schönheit der Plätze nicht auf ihrer Regelmäßigkeit und Größe, ſondern auf ihrer Geſchloſſenheit und dem richtigen Verhältnis in den Abmeſſungen der Fläche zu denen der ſie umgebenden Gebäude beruht: ein Platz wie der Nürnberger, der fünf breite Straßenmündungen und damit mehr Öffnung als Platzwand aufweiſt, muß künſtleriſch unſchön wirken, kann aber auch, da die Winde aus allen Himmelsrichtungen über ihn hinwegfegen, keine geſundheitlichen Vorteile bieten.

Je lebhafter mit der Aufſchließung neuer Gebiete die Bautätigkeit zu werden verſprach, um ſo dringlicher war es geworden, die ſeit 1878 in den ſtädtiſchen Körperſchaften behandelte Frage einer ortsgeſetzlichen Regelung des Wohnungsweſens zum Abſchluſſe zu bringen. Der Entwurf einer Wohnungsordnung, vom Wohlfahrtspolizeiamte bearbeitet, bot dafür eine geeignete Unterlage. Er enthielt allgemeine Grundſätze über die Beſchaffenheit und Benutzung von Wohnräumen, über die Pflichten des Hausbeſitzers und der Hausbewohner bei deren Unterhaltung und Benutzung, über die Zuläſſigkeit der Untervermietung, über die Mindeſtgröße der Schlafräume für Gewerbsgehilfen und Dienſtboten. Dieſe Wohnungsordnung wurde 1898 verabſchiedet und ſollte am 1. April 1899 in Kraft treten. Die harten Notwendigkeiten des Lebens zeigten ſich aber mächtiger als der Wille der Geſetzgeber. Die ſeit dem Aufſchwunge der Stadt in den ſiebziger Jahren eingeriſſene Grundſtücks- und Bauſpekulation hatte die Mietpreiſe der kleinen Wohnungen ſo in die Höhe getrieben, daß viele unbemittelte Familien ſich genötigt ſahen, einen Teil des Mietzinſes durch Zimmer- und Schlafſtellenvermietung aufzubringen. Dieſes Untervermietungsſyſtem, in

sozialer wie sittlicher Hinsicht gleich bedenklich, nahm einen ungeheuren Umfang an, da es an Einrichtungen fehlte, um das Wohnungsbedürfnis der stets wachsenden Zahl unverheirateter Industriearbeiter auf andre Weise zu befriedigen; 1895 gab es in der Stadt gegen 26 000 Vermieter von Schlafstellen. So lange daher an billigen kleinen Wohnungen Mangel war, mußte die Durchführung einschränkender Vorschriften über Zimmer- und Schlafstellenvermietung auf große Schwierigkeiten stoßen, und deshalb beschloß man, diesen Teil der Wohnungsordnung so lange nicht in Kraft zu setzen, bis mit dem weiteren Ausbau der Vorstädte die bestehende Wohnungsnot geschwunden sein würde.

Der von der Feststellung der neuen Bebauungspläne erwartete Aufschwung der Bautätigkeit trat aber nicht ein, da bei den starken Anforderungen, die die mächtig aufblühende Industrie an den Geldmarkt stellte, Baugelder nur zu sehr ungünstigen Bedingungen zu erhalten waren. Zur Erleichterung der Bautätigkeit wurde daher auf Vorschlag des Oberbürgermeisters vom 1. Oktober 1900 ab eine städtische Grundrenten- und Hypothekenanstalt ins Leben gerufen, die zugleich der Durchführung des Gesamtbebauungsplanes und der Einrichtung der Schwemmkanalisation zu dienen bestimmt war: ausgerüstet mit einem von der Stadt zur Verfügung gestellten Betriebskapitale von 1 Million Mark sollte sie Gelder für Anliegerleistungen und Meliorationen gegen eine ins Grundbuch einzutragende Reallast oder Grundrente beschaffen und Hypothekendarlehen auf Grundstücke innerhalb des Stadtgebiets gewähren; zur Aufbringung dieser Gelder sollte die Anstalt 4prozentige Grundrentenbriefe und in Höhe der bei ihr aufgenommenen Hypotheken Pfandbriefe ausgeben. Die Anstalt erwies sich schon nach kurzem Bestehen als eine große Wohltat für den städtischen Grundbesitz.

Die Bedenken, die bei der Staatsregierung aus Rücksicht auf die unterhalb Dresdens gelegenen Gemeinden gegen die Fäkalienabschwemmung in die Elbe bestanden, hatten langwierige Verhandlungen und Abänderungen der Pläne für die Einführung der Schwemmkanalisation zur Folge gehabt. Die Vorbereitungen dafür erlitten aber keine Unterbrechung, und die Ausgestaltung des Schleusensystems wurde rüstig gefördert. Der Bau der bisher noch fehlenden drei Flutkanäle zur Entwässerung der Johannstadt und der Vorstadt Striesen begann im August 1896 und ward im Laufe des folgenden Jahres vollendet; diese letzten Hauptkanäle hatten eine Länge von zusammen 5473 Metern und verursachten der Stadtkasse 1 097 000 Mark Kosten. In dem Jahrzehnt von 1890 bis 1899 hatte das Tiefbauamt im ganzen gegen 120 Kilometer Kanäle und Schleusen mit einem Aufwande von etwa 5 Millionen Mark fertiggestellt. — Wie schon Manck in seinem Schleusen-Systematisierungs-Projekt von 1867

machte jetzt das Tiefbauamt aufs neue die Notwendigkeit von Abfangkanälen entlang der Elbufer geltend. Sie ſollten die bisher unmittelbar in die Elbe geführten Kanäle kurz vor deren Ausmündung kreuzen, um ihnen hier die Abwäſſer abzunehmen und ſie erſt unterhalb der bebauten Ufer dem Strome zu übergeben. Eine noch wichtigere Beſtimmung dieſer Sammelkanäle war aber die, daß dadurch die Straßen und Keller aller tiefliegenden Stadtteile von den Elbhochwäſſern freigehalten würden, ein Vorteil, deſſen ſich bisher nur einzelne von den tiefliegenden Gebieten, wie die Scheunenhöfe, die Friedrichſtadt und Altſtrieſen, erfreuten. Bei Überſchwemmungen füllten ſich jetzt die Schleuſen mit Stauwaſſer, die Schmutzwäſſer konnten nicht abfließen und ſetzten Fäulnisſtoffe ab. Um dieſem Übelſtande abzuhelfen, kam es darauf an, den Waſſerſtand in den Vorflutkanälen auch bei Überſchwemmungen ſo niedrig zu halten, daß der Abfluß der Schmutzwäſſer unter allen Umſtänden geſichert war. Zu dieſem Zwecke mußten künſtliche Tiefpunkte geſchaffen werden, denen das Schleuſenwaſſer durch die Abfangkanäle zugeführt wurde und aus denen es ſich durch Pumpvorrichtungen in den Fluß befördern ließ. Die Zweckmäßigkeit ſolcher Einrichtungen lag ſo auf der Hand, daß die dafür erforderlichen bedeutenden Mittel widerſpruchslos bewilligt wurden. Der Altſtädter Abfangkanal, nahe der Blaſewitzer Flurgrenze beginnend und am Löbtauer Flutkanale unterhalb der Marienbrücke endend, erhielt eine Länge von 4400 Metern und eine Weite von 1,6 bis 2,9 Metern, die es ermöglichte, ihn mit Kähnen zu befahren; er wurde in den Jahren 1899 und 1900 mit einem Koſtenaufwande von 1 116 000 Mark hergeſtellt. Den Abfangkanal auf dem rechten Elbufer nahm man, ſoweit er nicht ſchon zu Anfang der ſiebziger Jahre ausgeführt worden war, im Dezember 1901 mit Rückſicht auf den damals herrſchenden Arbeitsmangel in beſchleunigter Weiſe in Angriff; für den Bau der Strecke von der Uferſtraße bis zur Mohnſtraße in Vorſtadt Pieſchen bewilligten die ſtädtiſchen Körperſchaften 632 000 Mark, außerdem für die gleichzeitige Ausführung von Spülungs- und Lüftungseinrichtungen im Altſtädter Kanalnetze 153 000 Mark. So näherten ſich die Vorbereitungen für die Schwemmkanaliſation ihrem Abſchluſſe. Die Staatsregierung hatte ſich inzwiſchen mit den aufgeſtellten Plänen befreundet und ihre Genehmigung nur noch von dem Gutachten des Reichsgeſundheitsamts abhängig gemacht, das im Sommer 1902 abgegeben wurde und im allgemeinen zuſtimmend ausfiel.

Der Plan der Schwemmkanaliſation ebenſo wie die fortſchreitende Vermehrung der Bevölkerung veranlaßte den Rat, beizeiten auf eine weitere Ausgeſtaltung der Waſſerverſorgung bedacht zu ſein. Nach einem Vorſchlage des Baurats Salbach nahm man bereits 1891 die Errichtung eines zweiten Waſſer-

werks auf dem linken Elbufer in Aussicht und erwarb zu diesem Zwecke einige Elbwiesen unterhalb Tolkewitz. Bei den 1892 dort ausgeführten Bohrungen stieß man unter einer mehrere Meter starken Lehmdecke auf eine Schicht von grobem Sand und Kies, die bis zu etwa 15 Metern Tiefe reichte und ein gutes Trinkwasser von 9 Grad Celsius Temperatur führte. Die Messungen ergaben, daß das angekaufte Land täglich 20000 Kubikmeter Wasser zu liefern vermochte; um das Doppelte zu erlangen, wurden weitere Wiesenflächen hinzugekauft. Salbachs Pläne zu dem neuen Wasserwerke billigte der Rat nicht in allen Einzelheiten, sondern ließ sie umarbeiten. Insbesondere wurde der für die Wasserhebungsanlage gewählte Bauplatz auf einem Waldstück jenseits des Blasewitzer Fahrwegs verworfen und statt dessen der Platz am Treffpunkte des Blasewitzer Weges und der Pillnitzer Straße gewählt, der zwar erst durch Aufschüttung über die Hochwassergrenze herausgehoben werden mußte, aber die Möglichkeit bot, die Brunnen- und Hebungsanlagen zweckmäßiger anzuordnen und die Kohlen von der Elbe aus ohne Überschreitung eines öffentlichen Fahrwegs heranzuführen. Nach dem Plane erfolgte die Wassergewinnung durch 6 Brunnen, deren Sohle gegen 13 Meter unter der Erdoberfläche lag; die 70 Centimeter weite Druckleitung wurde mit dem bestehenden Rohrnetze so verbunden, daß sie gleichzeitig als Abgaberohr diente und nur der Überschuß des Wassers nach einem Hochbehälter gelangte, der auf dem Räcknitzer Berggelände in gleicher Höhe wie der Behälter des ersten Wasserwerks angelegt wurde und mit seinem Fassungsraum von 12000 Kubikmetern zum Ausgleich der Wasserförderung dienen sollte. Anfang August 1896 begannen die Erdarbeiten für das Maschinenhaus und den Hochbehälter, Mitte März 1898 waren die Hochbauten so weit gediehen, daß man die Aufstellung der beiden großen Pumpmaschinen, deren jede täglich 20000 Kubikmeter Wasser die 66 Meter Höhe vom Schöpfbrunnen bis zum Hochbehälter zu heben vermochte, in Angriff nehmen konnte. Im Sommer 1898 ward der Bau der Werksgebäude, des Wohnhauses und aller Nebenanlagen zu Ende geführt. Es war die höchste Zeit, denn das alte Wasserwerk stand an der äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit, und schon hatte man bei der außergewöhnlichen Trockenheit des Hochsommers die Einwohner zur Sparsamkeit im Wasserverbrauch ermahnen und die Springbrunnen außer Betrieb setzen müssen. Vom 16. August an konnte das neue Werk mit Hilfe der ersten, in angestrengter Arbeit fertiggestellten Pumpmaschine an der Wasserversorgung teilnehmen, am 22. September wurde es in Gegenwart der städtischen Körperschaften eingeweiht. Bereits 1899 erfuhr es eine bedeutende Erweiterung durch Anlegung von fünf neuen Brunnen und Aufstellung einer dritten Pumpmaschine. Die Anlagekosten der beiden Wasserwerke

beliefen sich Ende 1901 zusammen auf 14 Millionen Mark. Die Werke waren nun im stande, täglich 73000 Kubikmeter Wasser zu fördern. Im Jahre 1901 betrug der gesamte Wasserverbrauch 14 964 000 Kubikmeter, die stärkste Tagesförderung am 12. Juli 63 152 Kubikmeter. Durchschnittlich kam auf den Kopf der Bevölkerung nach Abzug des zu öffentlichen Zwecken benutzten Wassers ein täglicher Verbrauch von 94½ Liter, während dieser 1876 nur 47½ Liter betragen hatte. Der Wasserverbrauch des Einzelnen war also innerhalb eines Vierteljahrhunderts auf das Doppelte angewachsen, gewiß auch ein Beweis für die Verbesserung der Körperpflege und Lebenshaltung der Bevölkerung.

Bei Elbhochfluten kamen bisweilen Trübungen des Leitungswassers vor, die in ärztlichen Kreisen Bedenken gegen seine Reinheit erregten. Die seit 1896 angestellten Untersuchungen und die Gutachten hervorragender auswärtiger Sachverständiger brachten aber das beruhigende Ergebnis, daß auch bei Hochwasserstand Krankheitskeime aus dem Elbwasser nicht bis in das Leitungswasser vordringen können; jene Trübungen seien nur darauf zurückzuführen, daß die im Untergrunde des Wasserwerks jederzeit vorhandenen unschädlichen Keime bei Hochwasser durch den starken Druck in größerer Menge zum Vorschein kämen.

Gleichzeitig mit dem Plane der Wasserbeschaffung hatte sich die Stadtverwaltung schon in den sechziger Jahren umständlich mit der Frage verbesserter Fleischversorgung beschäftigt. Das Wachstum der Stadt drängte auch jetzt beide Aufgaben gleichzeitig in den Vordergrund und beide wurden schneller gelöst als damals. Die Gründe, die schon 1864 den Plan der Errichtung eines städtischen Schlachthauses gezeitigt hatten, machten sich jetzt in verstärktem Maße geltend. Es war vorauszusehen, daß der Schlacht- und Viehhof der Fleischerinnung den an ihn zu stellenden Anforderungen bald nicht mehr genügen würde. Die Beschwerden über seine Unzulänglichkeit häuften sich besonders seit der Errichtung der Schlachtvieh- und Fleischbeschau. Denn die eng gewordenen räumlichen Verhältnisse und die ungünstige Anordnung der Gebäude hatten zur Folge, daß weder der Schlachthof vom Viehhofe noch das verseuchte Vieh von dem gesunden streng abgesperrt werden konnte. Unter diesen Umständen mußte die städtische Verwaltung die Errichtung eines zweiten Schlachthofs und die Verlegung des Viehmarkts nach einem geräumigeren Platze in Aussicht nehmen. Als geeignetes Grundstück für eine solche Anlage empfahl sich ein Stück des großen Ostrageheges wegen seiner Lage am unteren Ende der Stadt, von deren bebauten Teilen es ebenso wie von den Nachbarorten durch Wasser- und Wiesenflächen getrennt war, wegen der durch den nahen Strom erleichterten Entwässerung, wegen der Nähe des Güterbahnhofs, des Hafens und der Hauptmarkthalle, endlich wegen der leichten Zugänglichkeit auch für die rechtselbischen Einwohner

über die Marienbrücke und eine weiter elbabwärts geplante Brücke. Im Januar 1896 wurden mit dem königlichen Domänenfiskus Verhandlungen angeknüpft, und dieser stellte der Stadtgemeinde das gewünschte Landstück, etwa 55 Hektar, zum Preise von 2 Mark für das Quadratmeter zur Verfügung. Rat und Stadtverordnete entschieden sich darauf für die Errichtung eines städtischen Schlacht- und Viehhofs und bewilligten 1 100 000 Mark zum Ankaufe des Landes. Gegen die beschlossene Verlegung des Schlachtviehmarkts in den neuen Schlachthof erhob die Fleischerinnung Widerspruch, wurde aber damit von den Oberbehörden abgewiesen. Das angekaufte Landstück ging im November 1898 in den Besitz der Stadt über, und alsbald begannen die Arbeiten. Die ganze Fläche wurde bis über die Höhe der Elbflut von 1845, durchschnittlich $2^1/_2$ Meter über das Gelände, aufgeschüttet und so zu einer hochwasserfreien Insel gemacht, wozu gegen 1 300 000 Kubikmeter Kies- und Erdmassen erforderlich waren. Die Kosten für die Aufschüttung, die Schutzdämme, die Wegeanlagen und eine 320 Meter lange Holzbrücke von der Magdeburger Straße her über die Elbflutrinne hinweg betrugen 661 000 Mark. Die Fleischerinnung überzeugte sich nun doch auch von der Unhaltbarkeit ihrer Ansprüche und trat mit dem Rate wieder in Unterhandlung. Im Jahre 1900 einigte man sich dahin, daß die Innung sich verpflichtete, den Betrieb ihres Schlachthofs mit dem für die Eröffnung des städtischen Schlacht- und Viehhofs in Aussicht genommenen Zeitpunkte, dem 31. März 1907, zu schließen, wogegen ihr die Stadt außer andern Zugeständnissen eine bare Entschädigung von 450 000 Mark versprach. Wenn auf diese Weise der Fehler, den man früher mit der Überlassung des Unternehmens an die Fleischerinnung begangen hatte, ohne zu große Opfer für die Stadt wieder gut gemacht wurde, so war dies immerhin ein Erfolg, denn Verständigungen mit den Fleischern gehörten seit dem Mittelalter zu den schwierigsten Geschäften des Rates.

Von großer Wichtigkeit für die Lebensmittelversorgung ward die völlige Umgestaltung des Marktwesens. Dem Beispiele Frankfurts und Berlins folgend hatte der Oberbürgermeister Stübel seit 1886 die Errichtung von Markthallen durch die Stadt betrieben. Von Anfang an dachte man nicht bloß daran, für die von alters her bestehenden, seit 1878 auf den Lebensmittelverkehr beschränkten Wochenmärkte überdeckte und unterkellerte Hallen zu schaffen, man wollte auch den ebenfalls auf freien Plätzen betriebenen Großhandel mit Lebensmitteln in einer unmittelbar an die Eisenbahn angeschlossenen Hauptmarkthalle unterbringen und durch Heranziehung neuer Zweige weiter entwickeln. Wenn man auch Wert darauf legte, daß die in der Umgebung Dresdens wohnenden Gärtner und Landwirte nach wie vor ihre Erzeugnisse in die Stadt brächten

und der unmittelbare Verkehr zwischen Erzeugern und Verbrauchern erhalten bliebe, so lag es doch auf der Hand, daß eine Stadt von der Einwohnerzahl Dresdens längst schon auf die Zufuhr von Lebensmitteln aus größeren Entfernungen angewiesen war und daß dieser Handel besondere Einrichtungen erforderte. Mit der Errichtung von Markthallen hoffte man das Ziel zu erreichen, die Stadt durch Sicherung eines großen und regelmäßigen Angebotes mit guten und billigen Nahrungsmitteln, darunter auch frischem Seefisch, zu versorgen. Am 17. Juli 1893 eröffnete die Markthalle auf dem Antonsplatze ihren Betrieb. Auf dem Haupthandelsplatze, dem Altmarkte, hörte von da an der Kleinhandel, mit Ausnahme des Pflanzen- und Blumenhandels, auf, nur der Großverkehr mit Wald-, Feld- und Gartenfrüchten sollte zunächst noch gestattet bleiben. – Von unschätzbarer Bedeutung für die Lebensmittelversorgung der Stadt wurde die mit vorzüglichen Verkehrs- und Lagereinrichtungen versehene Hauptmarkthalle. Ihr Bau hatte, nach den vom städtischen Hochbauamte entworfenen Plänen, am 21. August 1893 begonnen, am 7. Dezember 1895 wurde das mächtige, einen Flächenraum von 9 495 Quadratmetern bedeckende Gebäude eingeweiht und zwei Tage darauf dem Markt- und Eisenbahn-Güterverkehr geöffnet. Nachträglich baute man 1896 noch eine Kühl- und Gefrieranlage in den Keller ein, in der die aufgehäuften Lebensmittel selbst im Sommer vor der Gefahr baldigen Verderbens bewahrt werden konnten. Mit einem Kostenaufwande von 1 426 000 Mark war hier ein mustergültiges Werk geschaffen, dessen Nutzen schon nach kurzer Zeit in die Augen sprang. Aus weiten Entfernungen wurden Lebensmittel in bisher nicht gekannten Massen herbeigeführt und dadurch nicht nur den einheimischen Kleinhändlern günstige Einkaufsgelegenheiten geboten, sondern auch ein reger Zwischenhandel nach der Umgebung der Stadt und selbst bis über die Grenzen des Landes hinaus ins Leben gerufen. – Mit der Eröffnung der Hauptmarkthalle wurden die Wochenmärkte auf dem Altmarkte, dem Freiberger Platze, an der Frauenkirche und an der Weißeritzstraße eingezogen, dagegen die auf dem Holbeinplatze, dem Neustädter Markte und dem Bischofsplatze noch belassen und auch der Kleinhandel mit Blumen und Zierpflanzen auf dem Altmarkte, auf dessen weite Fläche er nur belebend wirkte, weiter gestattet. Am 7. Oktober 1899 wurde endlich auch die kleinere Neustädter Markthalle an der Ritterstraße dem Verkehr übergeben. Nach wenigen Jahren schon ließ sich erkennen, daß die Markthallen der Stadt die von ihnen erwarteten gesundheitlichen und wirtschaftlichen Vorteile wirklich brachten, und auch ihr finanzieller Erfolg war nicht ungünstig, denn sie ergaben für das auf sie verwendete Baukapital, wenn man vom Grundwerte absieht, im Jahre 1901 eine Verzinsung von 5,14 Prozent.

Den Bewohnern der Stadt immer beſſere Luft, reinliches und reichliches Waſſer, geſunde Nahrungsmittel zu beſchaffen, war nun ſchon ſeit Jahrzehnten das eifrige Beſtreben der Stadtverwaltung, und im Verein mit den Fortſchritten der mediziniſchen Wiſſenſchaft lieferte es ſchöne Ergebniſſe. Der Geſundheitszuſtand hob ſich fortwährend, aber auch den Kranken ward erhöhte Fürſorge zu teil. Die Räume des Stadtkrankenhauſes in der Friedrichſtadt konnten für die mit der Einwohnerzahl wachſende Menge der Kranken nicht mehr lange genügen. Zu ſeiner künftigen Vergrößerung kaufte die Stadt das angrenzende Grundſtück an der Seminarſtraße, in dem ſich ſeit 1869 das königliche Entbindungs- und Hebammenlehrinſtitut befand. Für dieſe Anſtalt, die 1875 durch Einrichtung einer gynäkologiſchen Abteilung zu einer Frauenklinik erweitert worden und unter der Leitung hervorragender Gynäkologen wie Franz Winckel und Gerhard Leopold zu ſegensreicher Bedeutung gelangt war, ließ ſich der Staatsfiskus ſtädtiſches Land vom Birkenwäldchen zwiſchen der Blaſewitzer und der Pfotenhauerſtraße abtreten und errichtete darauf einen Neubau, der im März 1903 bezogen wurde. Ebendort beſchloß man alsbald ein zweites großes Stadtkrankenhaus zu errichten, das in dem ſchnell aufblühenden Oſten, wo ſich bisher nur eine mit beſchränkten Mitteln ausgeſtattete kleinere Heilanſtalt, das vom Albertverein unterhaltene Carolahaus, befand, ein dringendes Bedürfnis war. Dieſes Johannſtädter Krankenhaus kam an die Fürſtenſtraße zu ſtehen, ſein Bau begann im September 1898 nach den vom Hochbauamte bearbeiteten Plänen. Auf einem Grundſtücke von 63 415 Quadratmetern Umfang wurden 17 Einzelbauten errichtet, insbeſondere ein Gebäude für die Verwaltung, vier für Kranke, eins für Sonderkranke, eins für unruhige, zwei für anſteckend Kranke, dieſe beiden durch eingefriedigte Gärten abgeſchloſſen, ein chirurgiſches Doppelhaus mit Operationsgebäude, Anatomie und Leichenhaus, Gebäude für Dampfkocherei, Bäder und Heilgymnaſtik, Wäſcherei, Keſſelhaus und ſonſtige Nebenanlagen, endlich eine Kapelle, die zu ebener Erde Raum für 320 Perſonen bietet. Alle dieſe Gebäude wurden untereinander durch einen 2 Meter breiten und 2,4 Meter hohen unterirdiſchen Gang von etwa 1000 Metern Länge verbunden, in dem die Dampf-, Waſſer-, Gas- und Elektrizitätsleitungen Platz fanden und außerdem die Verſtorbenen nach dem Leichenhauſe oder der Anatomie befördert werden können. Die zunächſt errichteten Gebäude enthalten neben zahlreichen Dienſtwohnungen Raum für 581 Betten in 24 kleinen und großen Krankenſälen zu je 7 und 30 Betten und 79 Zimmern zu 1 bis 4 Betten; durch den für ſpätere Zeit geplanten Bau noch mehrerer Krankengebäude kann die Zahl der Betten auf 881 gebracht werden, ohne daß der jedem Kranken zugedachte Luftraum von mindeſtens 30 Kubikmetern geſchmälert

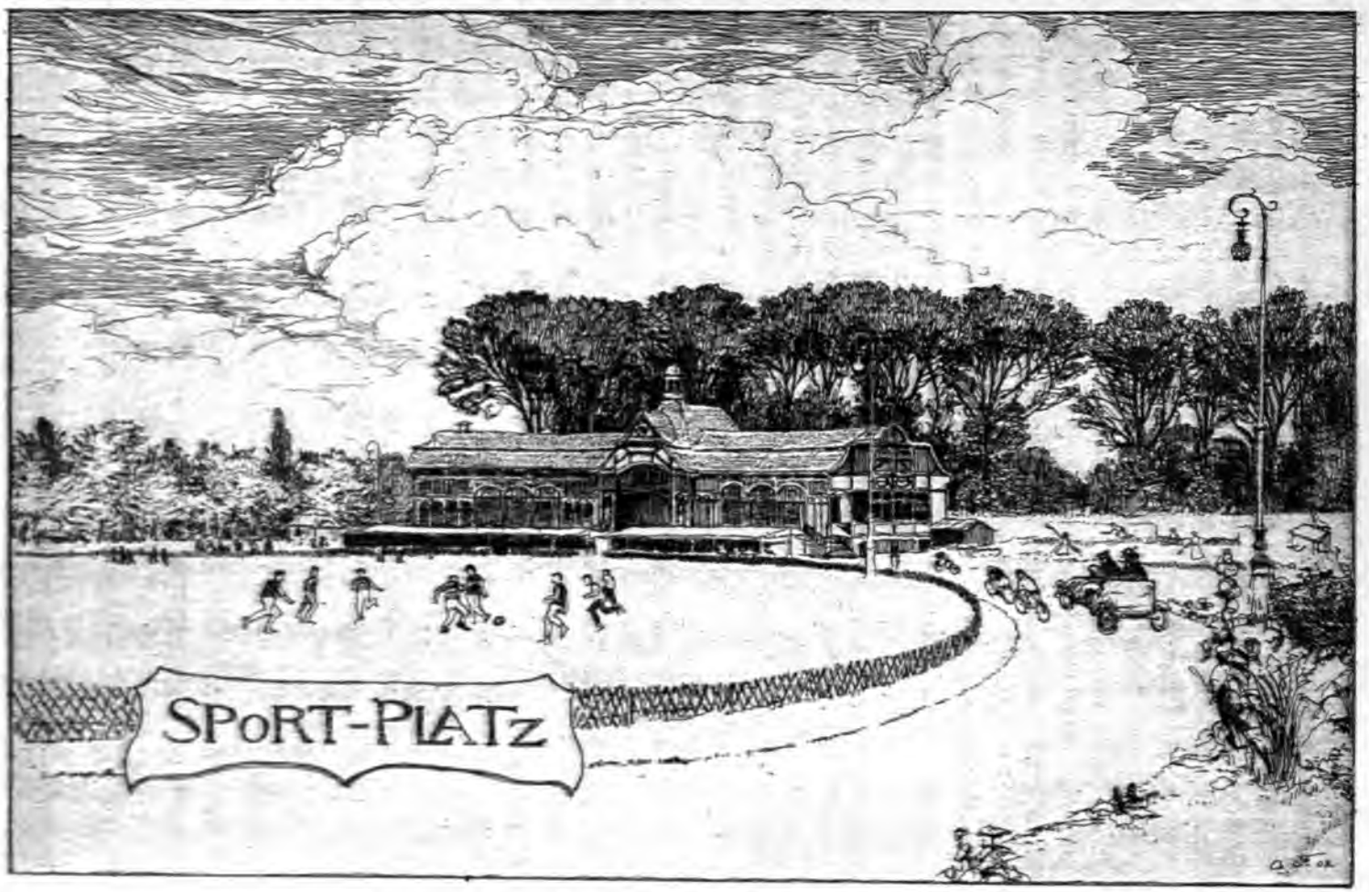
wird. Zur Lüftung und Heizung dient eine kombinierte Dampf-Warmwasserheizanlage. Nichts unterblieb, um die Anstalt in ihren baulichen und gesundheitlichen Einrichtungen mit allen Errungenschaften der neuesten Technik auszurüsten. Erprobte Fachmänner wurden als Oberärzte mit der Leitung der drei Abteilungen für innere, chirurgische und Augenkrankheiten betraut und ihnen reichlich bemessenes ärztliches und Pflegerpersonal beigegeben. Das „Stadtkrankenhaus Johannstadt" ward am 2. Dezember 1901 feierlich eröffnet. Die Absicht der Stadtbehörden, zum Besten der leidenden Mitbürger eine auf der Höhe der Zeit stehende Musteranstalt zu schaffen, war erreicht. Freilich hatte man mit den Geldmitteln nicht gekargt: die Kosten beliefen sich auf 5 861 000 Mark, darunter 1 559 000 Mark für den Grunderwerb.

Das zur Errichtung des neuen Stadtkrankenhauses und der königlichen Frauenklinik benutzte Land im Birkenwäldchen hatte bisher der Maternihospitalstiftung gehört und war ihr von der Stadtgemeinde für mehr als $2^1/_2$ Million Mark abgekauft worden. Damit ward die für unbemittelte alte Frauen sorgende Hospitalstiftung in den Stand gesetzt, auf ihrem Grundstücke an der Freiberger Straße noch ein Haus für 80 Pfleglinge zu erbauen, das am 1. November 1899 bezogen wurde.

Je weiter die freie Natur durch die fortschreitende Bebauung aus dem Weichbilde der Stadt hinausgedrängt wurde, um so empfindlicher machte sich der Mangel an Erholungsstätten geltend, in denen sich die Bevölkerung und namentlich die Jugend zwangloser als in den königlichen und städtischen Kunstgärten bewegen konnte. Auf diesem Gebiete zeitigte die Tätigkeit Beutlers reiche Ergebnisse für die gesundheitliche Wohlfahrt der Einwohnerschaft. Die an die Bürgerwiese anstoßenden großen Wiesenflächen zwischen dem Garten des Prinzen Georg und dem königlichen Großen Garten befanden sich zum Teil im Besitze von Privatleuten, die die Aufhebung des darauf ruhenden Bauverbots erstrebten und mit diesen Grundstücken dann ein gutes Geschäft zu machen gedachten; um einen Druck auf die Behörden auszuüben, vermieteten sie Plätze zu Verkaufsbuden und Geräteschuppen, deren häßlicher Anblick den Unwillen der Bevölkerung und das Einschreiten der Polizei herausforderte. Den Bemühungen des Oberbürgermeisters gelang es im Jahre 1896, auch die widerstrebendsten der Besitzer zur Hergabe ihrer Grundstücke zu bewegen. Die ganze 7 Hektar große Wiesenfläche wurde für 462 000 Mark aus den Mitteln des Dr. Güntzschen Verschönerungsfonds angekauft und sollte der Stadtgemeinde nach erfolgter Herrichtung zur Benutzung als öffentliche Spiel- und Tummelplatzanlage unentgeltlich übergeben werden. Zunächst war sie aber bestimmt, bei der 12. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, die in

den Tagen vom 30. Juni bis 5. Juli 1898 im Ausstellungsgrundstücke und auf den anstoßenden Landflächen an der Lennéstraße stattfand, zur Errichtung von Viehständen mitbenutzt zu werden. Nach dem Schlusse der Ausstellung wurde die Fläche zu großen Tummelplätzen, einer Radfahr- und Eisbahn und zahlreichen Ballspielplätzen umgestaltet; dabei ließ sich auch die erwünschte Verbreiterung der Lennéstraße und die Verlängerung der Albrechtstraße bis an die Bürgerwiese durchführen. Im nächsten Jahre erhielt der Platz durch Errichtung eines kleinen Kaffeehauses mit Geräte- und Kleiderräumen einen gefälligen Abschluß, und seitdem entfaltet sich dort Sommer und Winter hindurch ein Sport- und Spieltreiben, dessen Lebendigkeit den hohen Wert der Anlage für das Wohlbefinden der Dresdner Jugend erkennen läßt.

Die Bewohner der Neustadt hatten in der fiskalischen Dresdner Heide immer ausreichende Gelegenheit zu körperlicher Erholung gehabt. Aber dem der Stadt nahegelegenen Teile dieses Waldes, der schon durch die Militäranlagen und Schießstände stark eingeschränkt war, drohte in seinem Fortbestehen Gefahr. Im Februar 1897 gab das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts dem Rate kund, daß es die Verlegung der Technischen Hochschule auf das Gelände zwischen der Münchner und der Bergstraße in Aussicht nehme; es verlangte hierzu die Abtretung städtischen Baulandes, die Abänderung der Straßenplanungen, die Aufhebung baupolizeilicher Beschränkungen und die Gewährung eines Beitrags zu den Kosten der Verlegung und kündigte für den Fall, daß der Rat diese Forderungen ablehne, die Verlegung der Hochschule in die Dresdner Heide an. Dieses Vorgehen, sowie der vorher einmal aufgetauchte Plan der Errichtung einer neuen königlichen Frauenklinik in der Heide zeigte, daß die Staatsbehörden die bauliche Verwertung des der Bautzner Straße zunächst gelegenen Forstgebietes ins Auge faßten. Gegenüber solchen Plänen, die auf das Wohl der Hauptstadt keine Rücksicht nahmen, galt es zu handeln. Ein Sonderausschuß zur Beratung dieser und anderer mit dem Staatsfiskus schwebenden Angelegenheiten ward sofort vom Rate eingesetzt. Der Ausschuß erklärte es für eine der wichtigsten Aufgaben der Verwaltung, das Quellgebiet des Wasserwerks gegen Verminderung und Verunreinigung der Zuflüsse zu sichern und zugleich der Stadt den einzigen großen Waldbestand, der ihr reine Luft zuführt, ungeschmälert zu erhalten. Zu diesem Zwecke empfahl er, einen Streifen von der Heide längs der Bautzner Straße anzukaufen, um ihn für die Zukunft als Wald oder Park zu pflegen. Er war aber auch überzeugt, daß der Vorteil der Stadt ein Entgegenkommen hinsichtlich der Verlegung der Hochschule gebiete. Nach langen Verhandlungen wurden alle schwebenden Angelegenheiten durch Verträge mit dem Kultus- und dem Finanzministerium geregelt.


SPORT-PLATZ

Bezirksschule kaufte die Stadt 1891 vom Staatsfiskus das Grundstück der ehemaligen Reiterkaserne an der Reitbahnstraße. Dieses Grundstück grenzte an das bis zur großen Plauenschen Straße hinüber reichende Gelände des gräflich Vitzthumschen Gymnasiums und ließ sich nur in Verbindung mit diesem vorteilhaft ausnutzen. Als daher 1892 der Verwalter der Vitzthumschen Gymnasialstiftung in der Absicht, das Gymnasium auf einen minder wertvollen Platz zu verlegen und dessen Grundstück zu Baustellen zu verwerten, bei der Baupolizei einen Bebauungsplan einreichte, knüpfte der Rat mit der Stiftung Verhandlungen wegen käuflicher Überlassung des Gymnasialgrundstücks an. Die Stadtgemeinde gestand den geforderten Preis zu und kaufte gleichzeitig ein ihr angebotenes Landstück an der Ecke der Grunaer und der Albrechtstraße zu dem Zwecke, der Vitzthumschen Stiftung einen Teil davon im Austausch als Bauplatz für ein neues Gymnasium abzutreten. Für dieses Land war aber durch Ortsgesetz die Villenbauweise vorgeschrieben, und da die Nachbarn gegen die Erbauung eines großen Schulgebäudes Widerspruch erhoben, lehnte es die Kreishauptmannschaft ab, dazu die erbetene Genehmigung zu erteilen. Das Scheitern des Bauplanes schien für den Fortbestand des Gymnasiums verhängnisvoll werden zu sollen. Die Mittel der Stiftung waren dem alljährlich sich steigernden Aufwande für die Unterhaltung der Anstalt nicht mehr gewachsen, und der Stiftungsverwalter hatte sich deshalb genötigt gesehen, das Kultusministerium um Übernahme des Gymnasiums in staatliche Unterhaltung anzugehen. Das Ministerium war dazu unter der Voraussetzung bereit gewesen, daß ein fertig eingerichtetes neues Schulgebäude mit übergeben werde, erklärte aber nun, nachdem die Aussicht auf dessen Erlangung geschwunden war, die getroffene Vereinbarung für hinfällig. Da entschloß sich der Rat, in die entstandene Lücke einzutreten, denn es erschien ihm als ein Nachteil für die Stadt, wenn das seit 1861 selbständig bestehende Vitzthumsche Gymnasium aufgelöst werde, während doch schon das Bedürfnis vorlag, für den Osten der Stadt ein neues Gymnasium zu errichten. Er faßte daher den Plan, das Vitzthumsche Gymnasium auf die Stadtgemeinde zu übernehmen, es in ein Doppelgymnasium umzuwandeln und ihm ein neues Gebäude in der Ostvorstadt zu errichten. Die mit dem Stiftungsverwalter angeknüpften Verhandlungen führten 1897 zu einem beide Teile befriedigenden Ergebnisse: die Stadtgemeinde kaufte das Gymnasialgrundstück für 1 145 000 Mark, übernahm vom 1. April 1898 an die Anstalt, die aus 9 Klassen mit 202 Schülern und einem Lehrkörper von 15 Personen bestand, in städtische Verwaltung und erhielt von der Stiftung dafür eine Entschädigung von 645 000 Mark gewährt. Auf Wunsch der Stadtverordneten entschloß man sich aber, von einer Umgestaltung des Gymnasiums

abzusehen und es, nur unter Aufhebung des Internats, in seiner von jeher gepflegten Eigenart als eine im evangelisch-lutherischen Geiste geleitete Bildungsanstalt für Knaben aus den höheren Ständen, und zwar unter dem bisherigen Namen, weiterzuführen. Für den Neubau wurde nun das alte Grundstück, zu dem die Stadt 1895 bei der Auflösung der Evangelischen Freischule auch deren Grundstück an der Carolastraße hinzugekauft hatte, bestimmt und der Plan, im Osten der Stadt ein neues Gymnasium zu errichten, wieder aufgenommen. Der Rat beschloß, diesem Gymnasium die Gestalt eines Reformgymnasiums, im wesentlichen mit dem Frankfurter Lehrplane, zu geben, und zwar in der Weise, daß von der Untersekunda aufwärts eine Gabelung in ein humanistisches und ein Realgymnasium stattfinde; die Eröffnung des neuen Gymnasiums wurde auf den 16. April 1903 festgesetzt. Die Stadtverordneten gaben dazu ihre Genehmigung, nur mit der Abänderung, daß das Schulgebäude nicht, wie der Rat vorschlug, auf dem Dürerplatze, sondern am Fiedlerplatze errichtet werde.

Zu gleicher Zeit wuchs dem Stadtschulwesen eine zweite höhere Mädchenschule zu. Schon lange hatte der Wunsch bestanden, auch die Neustadt mit einer öffentlichen Töchterschule zu versorgen, aber es war zweifelhaft gewesen, ob sich dafür bei der Ausdehnung der dort blühenden Privatschulen sogleich die ausreichende Schülerinnenzahl finden werde. Da bot der Privatschuldirektor Bochow seine 1876 begründete Lehr- und Erziehungsanstalt für Kinder gebildeter Stände und zugleich der Verein „Frauenschutz" seine Töchterschule der Stadtgemeinde an. Diese wurde nicht angenommen und löste sich auf, dagegen beschloß man, von der Bochowschen Anstalt die neunklassige Mädchenabteilung, die 197 Schülerinnen zählte, zu übernehmen, um sie als Grundstock für eine zweite höhere Töchterschule zu benutzen. Als solche ging sie zu Ostern 1898 in städtisches Eigentum über; die Stadt ließ ihr ein neues prächtiges Gebäude auf dem früheren Gartengrundstücke der Prinzessinnen von Schleswig-Holstein an der Wasserstraße, in letzter Zeit „Paulinengarten" genannt, errichten, das am 7. Oktober 1902 eingeweiht und bezogen wurde.

So sah sich auf allen Gebieten des höheren Unterrichtswesens die Privatunternehmung von dem öffentlichen Betriebe zurückgedrängt oder abgelöst, eine Entwicklung, die sich im Elementarschulwesen schon lange vorher vollzogen hatte und die ihre Erklärung darin findet, daß den unaufhaltsam steigenden Ansprüchen der Zeit an Schulgebäude, Lehrmittel und Lehrerbesoldungen ohne Zuschüsse nur unter besonders günstigen Umständen genügt werden kann. Die von der Stadt unterhaltenen 11 höheren Unterrichtsanstalten erforderten im Jahre 1901 einen Zuschuß von 543000 Mark, die 45 evangelischen Bürger-, Bezirks- und Fortbildungsschulen 3323000 Mark. Neben den städtischen Schulen

bestanden 1 königliches Gymnasium, 3 Privatlehranstalten mit Gymnasial- und Realklassen, 7 katholische Volksschulen und 18 Stiftungs-, Vereins- und Privatschulen. In allen diesen Schulen der Stadt, mit Ausnahme der gewerblichen, wurden nach der Erhebung vom 1. Juni 1901 33 067 Knaben und 26 116 Mädchen, zusammen 59 183 Schüler in 1691 Klassen unterrichtet.

In ähnlicher Weise wie das Schulwesen hatten sich auch die meisten übrigen Zweige der städtischen Verwaltung ausgebreitet. Waren doch allein die Kosten der vom Tiefbauamte im Jahre 1900 ausgeführten Arbeiten auf nahezu 7½ Million Mark angeschwollen, hatte sich doch in den letzten zehn Jahren allein die Fläche der von der Stadt unterhaltenen Pflasterstraßen um 343 000, der Asphaltstraßen um 138 000, der Schotterstraßen um 1 158 000 und der Gangbahnen um 455 000 Quadratmeter vermehrt! Die Ausgaben des Haushalts der politischen und der Schulgemeinde waren seit 1891 auf das Doppelte gewachsen und beliefen sich im Jahre 1901 auf 28 Millionen Mark. Mit den steigenden Ausgaben hatten aber die Einnahmen gleichen Schritt gehalten, so daß Steuererhöhungen vermieden wurden. Nur mußte der Kredit der Stadt stärker in Anspruch genommen werden. Durch unvorhergesehene große Ausgaben, namentlich für die Errichtung des zweiten Elektrizitäts-Kraftwerkes, den Landankauf für den Schlacht- und Viehhof und die Erweiterung der durch die neuen Bahnhofsanlagen veranlaßten Tiefbauten waren die Mittel der 30 Millionen-Anleihe von 1893, die für zehn Jahre hatten ausreichen sollen, schon Ende 1899 bis auf 2½ Million erschöpft. Man beschloß deshalb im Jahre 1900 zur Deckung des außerordentlichen Geldbedarfs der nächsten zehn Jahre, besonders für Schulbauten, für den Bau des neuen Rathauses, für die Errichtung des Schlachthofs, für Erweiterungen der Elektrizitätswerke, für die Einrichtung der Schwemmkanalisation und andere Tiefbauten, eine neue Anleihe von 50 Millionen Mark zu 4 Prozent aufzunehmen. Bis dahin betrug die Anleiheschuld der Stadt 60 Millionen Mark, denen ein Vermögen von 111 Millionen gegenüberstand. Zum städtischen Vermögen, von dem die Schulgrundstücke, 50 an der Zahl, einen sehr wesentlichen Teil bildeten, gehörten jetzt auch zwei Landgüter, wie solche die Stadt früher nie zu erwerben vermocht hatte. Das auf der südlichen Weichbildgrenze gelegene Stadtgut Räcknitz, das der Rat schon einmal im Jahre 1888 für 600 000 Mark zu Anstaltszwecken hatte ankaufen wollen, ohne aber dafür die Genehmigung der Stadtverordneten erlangen zu können, war 1892 doch noch, nun aber für 945 000 Mark und ohne das wertvolle Bauland an der Bergstraße, in den Besitz der Stadt übergegangen; sein Gelände hatte sich mit Vorteil zur Anlegung des Hochbehälters für das zweite Wasserwerk und des

Volksparks benutzen lassen. Ferner hatte die Stadt 1899 für 500 000 Mark das Rittergut Klingenberg zwischen Tharandt und Freiberg angekauft, um sich Grundbesitz in waldiger Gegend für die Hinausverlegung städtischer Anstalten zu sichern.

So griff die Stadtgemeinde, wie es die Stadtbevölkerung schon längst getan, mit ihren Unternehmungen immer mehr über die Weichbildgrenzen hinaus. Sie empfand diese Grenzen längst als eine beengende Fessel, die sie zu zersprengen trachten mußte. An einzelnen Stellen kam man dem Bestreben nach Erweiterung der Stadtgrenze auch von außen her entgegen. Der nordwestliche Vorort Pieschen, dessen Bewohnerschaft zum großen Teile dem Arbeiterstande angehörte, war zur Stadtgröße angewachsen, ohne doch die Steuerkraft zu besitzen, um sich alle zeitgemäßen öffentlichen Einrichtungen einer Stadt selbst schaffen zu können. Noch als die Gemeinde am 30. November 1891 ihr neues Rathaus einweihte, sprach ihr der Oberbürgermeister Stübel den Wunsch aus, daß sie in ihren wohlgeordneten Verhältnissen recht lange ihre Selbständigkeit bewahren möge — und kaum zwei Jahre später beantragte sie selbst ihre Einverleibung in den Dresdner Stadtbezirk. Der Antrag fand beim Rate zunächst nur geringes Entgegenkommen, erst im Herbst 1895 ward ein Ausschuß zur Vorberatung der Sache eingesetzt. Man trat nun in Verhandlungen nicht nur mit Pieschen, sondern auch mit der angrenzenden, im Schulverbande mit ihm stehenden Gemeinde Trachenberge samt den Ortsteilen Wilder Mann und Hellerberge. Es kam ein Vertrag zu stande, der die Einverleibung der beiden Gemeinden auf den 1. Juli 1897 festsetzte. Das darüber aufgestellte Ortsgesetz wurde vom Ministerium bestätigt, nachdem der Landtag die erhöhten Kosten der Sicherheitspolizei bewilligt hatte. Am 30. Juni 1897 wurde die Verwaltung der Gemeinden Pieschen und Trachenberge vom Oberbürgermeister Beutler übernommen und die Beamtenschaft für die Stadtgemeinde verpflichtet. Dresden erhielt durch diese Einverleibung einen Bevölkerungszuwachs von etwa 18 000 Seelen.

Das Gebiet von Pieschen, mit dem von Trachenberge zusammen 337 Hektar umfassend, war in dem der Stadt zunächst gelegenen Teile schon längst mit geschlossenen Häuserreihen bebaut, so daß für die Stadt der Vorteil der Ausbreitung nach dieser Seite hin nur gering war. Anders lagen die Verhältnisse an der Ostgrenze der Stadt, wo die Fluren von Gruna für den Anbau noch weiten Raum boten. Es mußte verhütet werden, daß diese unmittelbar hinter dem Großen Garten gelegenen Fluren in einer den gesundheitlichen Interessen der Stadt widerstreitenden Weise bebaut würden. Daher suchte die Stadtverwaltung selbst die Gemeinde Gruna, die ein Gebiet von 175 Hektar

aufwies, aber nur 3600 Einwohner zählte, für die Einverleibung zu gewinnen. Die mit ihr angeknüpften Verhandlungen führten zum Ziele. Nachdem die von der Gemeinde als Vorbedingung ihrer Zustimmung geforderte neue Bauordnung festgestellt war, erfolgte ihre Vereinigung mit der Stadt am 1. April 1901.

Für die bisherigen Einverleibungen war immer nur die Lage der einzelnen Gemeinden und ihr Verhältnis zur Stadt bestimmend gewesen. Die in den neunziger Jahren mächtig fortgeschrittene bauliche Ausnutzung des Stadtgebiets ebenso wie der Umgebung drängte nun aber auf die baldige systematische Angliederung der Vororte hin. Das im Jahre 1900 innerhalb des Weichbilds noch vorhandene Bauland würde, nach dem Maßstabe der bisherigen Entwicklung, in etwa 12 Jahren verbraucht gewesen sein, von da an hätte sich der Bevölkerungszuwachs nur noch bei dichterer Bebauung des Bodens unterbringen lassen. Für gewerbliche Anlagen war schon jetzt wenig Raum mehr übrig, zahlreiche Fabriken wurden daher in den letzten Jahren in die Vororte verlegt und zogen ihre Arbeiter, soweit sie nicht schon draußen wohnten, mit sich. Dazu kam, daß die Zunahme des geräuschvollen Geschäftslebens in der innern Stadt, die Steigerung der Boden- und Mietpreise und die durch elektrische Bahn und Fahrrad herbeigeführte Erleichterung der Verbindungen viele Städter zur Verlegung ihres Wohnsitzes in Vororte mit noch halb ländlichem Charakter veranlaßten, namentlich Gewerbtreibende und Beamte, die ihren Beruf in der Stadt ausübten, aber auch zahlreiche Personen aus den wohlhabendsten Kreisen, die die Annehmlichkeiten des Landlebens zugleich mit denen der Großstadt genießen wollten. Dieser Abzug von Bestandteilen der Stadtbevölkerung hatte einen solchen Umfang angenommen, daß nach den Ergebnissen der Volkszählung vom Jahre 1900 von allen über 14 Jahre alten Bewohnern der hauptsächlichsten Vororte durchschnittlich 47 Prozent in Dresden erwerbstätig waren, ja daß dieser Anteil für Löbtau sogar 57, für Cotta 62 und für Räcknitz 73 vom Hundert betrug. So kam es, daß während des letzten Jahrfünfts in 14 Vororten die Bevölkerung durchschnittlich um 53,21, in Dresden mit Albertstadt nur um 11,59 Prozent gewachsen war und das Einkommen in diesen Vororten um 99,75, in Dresden nur um 34,59 Prozent sich gesteigert hatte. In einem Umkreise von 20 Kilometern Durchmesser, wie man ihn etwa als das Wirtschaftsgebiet der Stadt betrachten kann, hatte die Bevölkerung in der wirtschaftlichen Blütezeit von 1890 bis 1900 um nahezu 200 000 Köpfe zugenommen, davon waren aber nur 27 Prozent auf die Stadt, 73 Prozent dagegen auf die Umgebung entfallen. Während die Stadt im Jahre 1871 70 Prozent aller in diesem Wirtschaftsgebiete lebenden Menschen

umfaßt hatte, waren es 1900 nur noch 52 Prozent. So lag die Gefahr nahe, daß der wirtschaftliche Schwerpunkt von der Stadt auf die Vororte überging und die gewerbliche Weiterentwicklung Dresdens ins Stocken geriet. Längst schon entzogen die Vororte, die ihr Gedeihen doch hauptsächlich der Stadt verdankten, dieser eine Masse Steuerkräfte, die sie auf die Dauer nicht entbehren konnte. Zwar war ihnen die Stadt hinsichtlich des auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Betrags an Staatseinkommensteuer zunächst noch voraus: in der Stadt hatte jeder Einwohner jährlich im Durchschnitt 18,54 Mark, in den 14 Vororten nur 10,45 Mark zu entrichten. Aber für die städtische Besteuerung lag der Ausgleich schon beinahe darin, daß jeder neu hinzukommende Einwohner eine Mehreinnahme von etwa 5 Mark an indirekten Abgaben bedeutete. Bei den einzelnen Ortschaften selbst war die Steuerkraft ungemein verschieden: in den beiden größten Vororten im Westen, Löbtau mit 33 920 und Cotta mit 12 533 Einwohnern, entfielen im Jahre 1900 an Staatseinkommensteuer auf jeden Kopf nur 5,71 und 5 Mark, in den nächstkleineren beiden aber, Plauen mit 12 115 und Blasewitz mit 7 349 Einwohnern, erreichten diese Steuerbeträge die Höhe von 22,62 und 37,92 Mark. Im umgekehrten Verhältnisse zu ihrer Steuerkraft und der Fähigkeit, auch steigenden Anforderungen gerecht zu werden, stand naturgemäß die Neigung dieser Gemeinden, sich in die benachbarte Großstadt einverleiben zu lassen.

Es waren aber auch Rücksichten auf die Wohlfahrt, Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung, in der Stadt wie in den Vororten selbst, die für deren Einverleibung sprachen. Der Grund und Boden wurde in den Landgemeinden unter der Herrschaft lockerer Baupolizeiordnungen oft in einer den Forderungen der Gesundheitspflege und des Verkehrs widerstreitenden Weise ausgenutzt, die für das Grenzgebiet der Großstadt bedenklich erscheinen mußte. Sicherheits- und Wohlfahrtspolizei ließen bei ihnen zu wünschen übrig, und hinsichtlich der Entwässerung und der Nahrungsmittelversorgung hatte keiner der Vororte, obwohl manche viel größer waren als zahlreiche Städte des Landes, Vorkehrungen getroffen, die den neuzeitlichen Ansprüchen genügten. Auch sonst fehlte es den meisten Vororten an Einrichtungen, wie sie für eine so dichte Bevölkerung, zumal in unmittelbarer Nähe einer Großstadt, Bedürfnis sind, an Beleuchtungs- und Wasserleitungsanlagen, an Krankenhäusern und Versorgungsanstalten, besonders aber an höheren Schulen. Die Folge davon war, daß die Einwohner der Vororte die städtischen Einrichtungen, namentlich Schulen und Heilanstalten, mitbenutzten, ohne doch zu den städtischen Lasten beizutragen. Die meisten Vororte hatten auch künftig keine Aussicht, solche Aufgaben selbständig lösen zu können. In den seit 1892 einverleibten Vor-

städten Strehlen, Striesen, Pieschen und Trachenberge hatte die Stadt bis 1901 für Gas-, Wasserrohr- und Elektrizitätskabellegungen weit über 1 Million, für Schulbauten sogar $2^1/_8$ Million Mark aufgewendet, Summen, deren Aufbringung die Kräfte dieser Orte, wenn sie Landgemeinden geblieben wären, weit überstiegen hätte.

So war hüben und drüben Grund genug vorhanden, dem Gedanken einer Verschmelzung näherzutreten. Für die Stadt erschien aber das Vorhaben, abgesehen von der Baulandfrage, schon um deswillen unaufschiebbar, weil sie bei der Planung einer Reihe öffentlicher Einrichtungen, wenn sie zweckmäßig angelegt und auf längere Dauer genügend sein sollten, notwendig wissen mußte, für welches Gebiet und welche Bevölkerungsmasse sie zu bemessen waren. Zudem waren die Vororte des Westens nahe daran, sich zu selbständigen Stadtgemeinden auszuwachsen, deren unmittelbare Nachbarschaft für Dresden viele Unzuträglichkeiten mit sich bringen konnte. Über das Bedürfnis des Tages hinausblickend, ging der Oberbürgermeister Beutler an die Vorbereitungen zur Einverleibung der Vororte Cotta, Löbtau, Naußlitz, Wölfnitz und Plauen im Westen, Zschertnitz und Räcknitz im Süden, Reick, Seidnitz und Blasewitz im Osten und Nordosten, Mickten, Übigau, Kaditz und Trachau im Nordwesten. Die Angliederung dieser 14 Orte versprach der Stadt zu ihrem bisherigen Gebietsumfange von 4487 Hektar weitere 2577 Hektar einzubringen, darunter ausgedehnte, noch dem landwirtschaftlichen Betriebe dienende Flächen, die auf lange Zeit hinaus für die bauliche Weiterentwicklung der Stadt ausreichten.

Zunächst galt es ein Hindernis zu beseitigen, das den Einverleibungen von seiten des Staates bereitet wurde. Seit der im Jahre 1853 erfolgten Übernahme der Sicherheitspolizei auf den Staat hatte die Stadtgemeinde zu deren Kosten einen festen Jahresbeitrag von 90 000 Mark zu leisten gehabt. Bei Gelegenheit der Einverleibung Strehlens forderte die Regierung, daß die Stadt zu den stetig wachsenden Kosten der staatlichen Polizeiverwaltung auch mehr beitrage; die Stadtverwaltung hielt dies nicht für unbillig und ging auf einen neuen Vertrag ein: darnach war von 1892 ab jedes Jahr der auf den Kopf der Stadtbevölkerung entfallende Durchschnittsbetrag der Polizeikosten festzustellen und von der Stadt für die bisherigen 260 000 Einwohner auch künftig ein fester Beitrag von 90 000 Mark zu entrichten, für die darüber hinausgehende Kopfzahl aber der Aufwand zwischen Staat und Stadt zu teilen. Im April 1900 richtete jedoch die Zweite Kammer des Landtags an die Regierung die Aufforderung, vor Genehmigung der Einverleibung weiterer Ortschaften aufs neue mit dem Rate zu Dresden über eine angemessene Er-

höhung des städtischen Zuschusses zu den Polizeiverwaltungskosten zu verhandeln. Der Rat leitete notgedrungen diese Verhandlungen selbst ein, und es kam eine neue Vereinbarung zu stande, deren Bedingungen vom Landtage noch etwas verschärft wurden. Darnach sollte vom 1. Juli 1902 ab der Zuschuß der Stadt derart bemessen werden, daß auf jeden Kopf der Bevölkerung ein bestimmter Betrag entrichtet würde, und zwar zunächst 1,20 Mark, von 1903 ab 1,40 Mark und von 1906 ab 1,50 Mark. Nach dem früheren Vertrage hatte die Stadt zu den für 1902 auf 2 014 000 Mark veranschlagten Ausgaben der Dresdner Polizeidirektion 389 000 Mark beizutragen, durch die neue Vereinbarung erhöhte sich dieser Zuschuß für das nächste Jahr um 78 000 Mark. Als Gegenleistung erhielt die städtische Verwaltung den lange erstrebten größeren Einfluß auf einzelne Zweige der Staatspolizei, namentlich auf das Meldewesen und die Verkehrspolizei, eingeräumt.

Nachdem durch das Abkommen mit der Regierung deren Zustimmung zu den geplanten Einverleibungen gesichert war, kamen die Verhandlungen mit den Gemeinden in schnelleren Fluß. Es war eine weitaussehende Aufgabe, mit einer so großen Zahl zum Teil lebhaft widerstrebender Gemeindevertretungen zu einer Einigung zu gelangen; sie wurde aber ungemein dadurch gefördert, daß der Oberbürgermeister Beutler fast allein die Last der Unterhandlungen auf sich nahm. Nach etwa einjähriger Dauer mußten die Verhandlungen mit der Gemeinde Reick, von der die Stadt wegen der in ihrer Flur gelegenen städtischen Gasfabrik nicht ganz unabhängig war, abgebrochen werden, weil ein Ausgleich der widerstreitenden Anforderungen hinsichtlich der Schleusenbaukosten und des Aufwandes für die Eisenbahnunterführungen nicht zu erzielen war. Plauen ließ sich erst im Frühjahr 1902 zu Unterhandlungen herbei, und Blasewitz verhielt sich völlig ablehnend. Dagegen vermochte der Rat Ende März 1902 den Stadtverordneten die fertigen Verträge über die auf den 1. Juli festgesetzte Einverleibung der 11 Vororte Cotta, Löbtau, Naußlitz, Wölfnitz, Räcknitz, Zschertnitz und Seidnitz links der Elbe und Mickten, Übigau, Kaditz und Trachau rechts der Elbe zur Beschlußfassung vorzulegen. Da der Landtag aber die Kosten für die Vermehrung der Polizeimannschaften erst vom Jahre 1903 ab bewilligte, konnten am 1. Juli 1902 zunächst nur die Orte Räcknitz, Zschertnitz und Seidnitz, die wenig über 3000 Einwohner, jedoch eine Flur von 419 Hektar aufwiesen, einverleibt werden. Als die Abgesandten des Rates hinausfuhren, um die obrigkeitliche Gewalt über diese Orte zu übernehmen, grüßte sie wieder im Stadtgebiet das Wogen ausgedehnter Kornfelder, wie sie noch vor einem Jahrhundert die Mauern der Stadt umsäumt hatten. Aber im Plane waren schon die Straßen festgelegt, die diese gesegneten Fluren künftig durchschneiden sollten, und die

neuen Ackerbürger wünschten den Tag herbei, da man auf ihren Feldern statt des Getreides Häuser bauen und ihnen die Rolle behäbiger Rentner zuweisen würde. — Im November 1902 kam auch der Einverleibungsvertrag mit Plauen zu stande, nachdem die Abneigung des Gemeinderats durch das Zugeständnis besonderer Vorteile für den Ort, einigermaßen auch durch die lebhafte Tätigkeit eines eigens gebildeten „Vereins der Anschlußfreunde" besiegt worden war. So konnte die Einverleibung aller Vororte, mit Ausnahme von Blasewitz und Reick, für den Anfang des neuen Jahres in Aussicht genommen werden. Am 31. Dezember erfolgte die Übernahme der Verwaltung in Löbtau, Plauen und Trachau durch den Oberbürgermeister Beutler, in Cotta, Naußlitz und Wölfnitz durch den Bürgermeister Leupold, in Mickten, Kaditz und Übigau durch den Bürgermeister Hetschel. Das ganze große Unternehmen war das Werk des Oberbürgermeisters Beutler. Binnen wenigen Jahren hatte er es erfolgreich durchgeführt, obwohl für das Gelingen anfangs geringe Hoffnung zu bestehen schien. Das Stadtgebiet umfaßte nun 6730 Hektar mit einer Bevölkerung von nahezu einer halben Million Seelen. Dresden war der Einwohnerzahl nach die vierte Stadt im Reiche geworden.

Auf absehbare Zeit hinaus war der nötige Spielraum für die Weiterentwicklung der Stadt gewonnen. Aber auch hinsichtlich der inneren Einrichtungen konnte die Aufgabe, Dresden zur wirklichen Großstadt zu erheben, im wesentlichen als gelöst oder wenigstens angebahnt gelten. Das Werk bedurfte nur noch der Krönung durch die Erbauung eines neuen Rathauses. Diese schon vom Oberbürgermeister Stübel eingeleitete Angelegenheit war indessen die einzige, die auch den Anstrengungen seines Nachfolgers lange andauernden Widerstand entgegensetzte. Die Vorbedingung für den Beginn des Rathausbaues war die Wegverlegung des Ratsarchivs, der Stadtbibliothek und des Stadtmuseums aus den auf dem künftigen Rathausbauplatze stehenden Häusern an der Kreuzstraße. Der Rat beabsichtigte für diese Sammlungen ein eignes Gebäude auf dem Platze der alten Kreuzschule zu errichten und kaufte zu diesem Zwecke 1895 alle zwischen Pfarrgasse und Schulgasse gelegenen Häuser hinzu. Zur Vergrößerung und Abrundung des Rathausbauplatzes wurden ferner das Grundstück der Preußischen Stiftung an der Gewandhausstraße und alle noch übrigen Privathäuser auf der Südseite der Kreuzstraße, hinter der Superintendentur und an der Schulgasse angekauft, wogegen sich die Verhandlungen wegen Erwerbung der Superintendentur und des Gebäudes der Landständischen Bank hinzogen. Im Jahre 1900 schrieb man für den Rathausbau auf dem nun bedeutend vergrößerten, wenn auch noch nicht ganz abgerundeten Platze einen Wettbewerb unter den deutschen Architekten aus. Unter den eingegangenen Entwürfen war

keiner, der ſich ohne weiteres zur Ausführung eignete, und man mußte daher dem Plane eines zweiten Wettbewerbs nahe treten, um ſo mehr als ſich inzwiſchen auch neue Geſichtspunkte für die Abgrenzung des Bauplatzes eröffnet hatten. Erſt im Dezember 1902 wurde die Ausſchreibung eines zweiten Wettbewerbs von den Stadtverordneten genehmigt. Der ganze Erfolg fünfzehnjähriger Bemühungen beſchränkte ſich alſo Ende 1902 noch auf die Bereitſtellung des Bauplatzes, und die Errichtung eines der Großſtadt würdigen und für ihre Bedürfniſſe genügenden Rathauſes blieb eine Zukunftsaufgabe ihrer Verwaltung.

## XIV.

# Ereigniſſe bis zum Jahre 1902.

An das Ende des Vierteljahrhunderts ſeit den gewaltigen Ereigniſſen des Einigungskrieges knüpften ſich in den Jahren 1895 und 1896 große vaterländiſche Erinnerungsfeſte. Am 1. September 1895, einem ſonnigen Sonntage, wurde das Gedächtnis des Entſcheidungskampfes von Sedan glanzvoller begangen als ſonſt. Nach einer ernſten Feier, die mittags auf dem Altmarkte ſtattfand, bewegte ſich ein Feſtzug der Bürgerſchaft und der Schuljugend, etwa 16 000 Köpfe zählend, nach der zum Feſtplatze hergerichteten Wieſe vor der Großen Wirtſchaft des königlichen Großen Gartens. In der Johann Georgen-Allee war am Eingange zum Parke des Prinzen Georg das von den Sachſen im Jahre 1683 vor Wien erbeutete türkiſche Zelt aufgeſtellt, und hier ließ König Albert den Zug vorbeimarſchieren. Bald nachher erſchien der König auf dem Feſtplatze und nahm die Huldigung der Kriegskameraden und der Militärvereine entgegen. In ſeiner Erwiderung auf die Anſprache, die ihr Führer Rechtsanwalt Windiſch an ihn richtete, ſprach er die Zuverſicht aus, daß ſie alle feſtſtehen würden in Not und Gefahr gegen äußere und innere Feinde, daß ſie treu halten würden zu Kaiſer und Reich, zu König und Vaterland. Die anweſenden 2657 ehemaligen Kriegsteilnehmer wurden vom „Bürgerausſchuſſe für patriotiſche Kundgebungen“ bewirtet. Geſangsaufführungen

wechselten mit turnerischen Übungen; der König bewegte sich inmitten der Turnvereine und der Schulkinder und wurde jubelnd begrüßt. Ungezählte Tausende füllten den vom Grün herrlicher Eichen umrahmten Festplatz. Abends vereinigten sich die zurückmarschierenden Festteilnehmer auf dem hell erleuchteten Altmarkte zu einer Schlußfeier.

Nicht minder freudig beging Dresden am 18. Januar 1896 den fünfundzwanzigsten Jahrestag der Errichtung des deutschen Reichs. In allen Kirchen wurden Festgottesdienste, in den Schulen Gedenkfeiern abgehalten. Nach einer Festaufführung im Hoftheater brachte die Bürgerschaft dem Könige einen Fackelzug dar und vereinigte sich dann in zahlreichen Sälen der Stadt bei vaterländischen Reden und Gesängen zu frohen Gelagen. Der König begrüßte den bedeutungsvollen Tag durch einen Gnadenerlaß, der alle Gefängnisstrafen bis zu 6 Wochen und Geldstrafen bis zu 150 Mark aufhob.

Einer Einladung zur zweiten internationalen Gartenbauausstellung folgend, machte Kaiser Wilhelm II. mit seiner Gemahlin der Stadt am 9. Mai 1896 einen Besuch. Die städtischen Körperschaften veranstalteten im Ausstellungspalaste ein Frühstück, an dem das Kaiserpaar mit dem Königspaare und der ganzen königlichen Familie teilnahm – das erste Mal seit dem Bestehen der Stadt, daß sie einen deutschen Kaiser bewirten durfte. Bei ihrer Rückfahrt durch die festlich geschmückten Straßen grüßte die Gäste in der Maximiliansallee ein prunkvoller Triumphbogen mit zwei Gruppen überlebensgroßer weiblicher Gestalten, die die Huldigung der Stadt durch Darreichung von Blumen versinnlichten.

Noch bevor das Jahrhundert zur Neige ging, bot es Anlaß, der drei Männer festlich zu gedenken, die ihm für Reich und Land in erster Reihe seinen Glanz verliehen hatten, Kaiser Wilhelms I., König Alberts und des Fürsten Bismarck. Zum hundertjährigen Geburtstage des Heldenkaisers am 22. März 1897 veranstalteten die städtischen Körperschaften in der Aula der Dreikönigschule eine Gedenkfeier, der „Bürgerausschuß für patriotische Kundgebungen" in acht Sälen der Stadt öffentliche Festkommerse. Alle Schulen und viele Vereine feierten den Tag, und die Einwohnerschaft gab am Abend durch allgemeine Beleuchtung der Häuser ihrer dankbaren Erinnerung Ausdruck. Zum Andenken an den Kaiser stiftete die Stadtgemeinde mit einem Kapitale von 50 000 Mark eine Unterstützungskasse für Witwen und Waisen der im städtischen Dienste beschäftigten Arbeiter.

Als ein wahres Volksfest wurde am 23. April 1898 im ganzen Sachsenlande der siebzigste Geburtstag König Alberts begangen, und damit zugleich die auf den 29. Oktober fallende Jubelfeier seiner 25jährigen Regierung. Schon

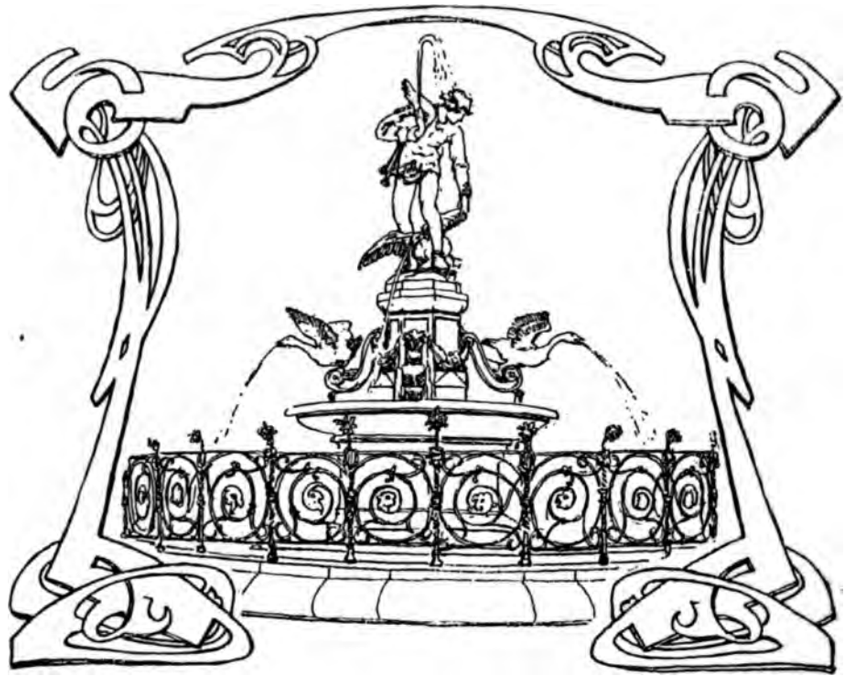
Wie hier die Flammen, ſo äußerten in demſelben Jahre auch die Fluten ihre zerſtörende Gewalt. In den letzten Julitagen gingen wolkenbruchartige Regengüſſe über einen großen Teil Sachſens nieder und brachten auch unſrer Stadt ſchweren Schaden. Eine Überſchwemmung verheerte das Weißeritztal und forderte dort eine Anzahl Menſchenleben. Der reißende Fluß führte am 31. Juli Steingeröll, Baumſtämme und Teile eingeſtürzter Häuſer mit ſich, überflutete das ihm angewieſene neue Bett, drang wieder auf dem alten Wege in die Friedrichſtadt, beſonders auch in die Hauptmarkthalle ein und zerriß die neuen Ufer von dem Eiſenbahnrangierberge abwärts bis zur Einmündung in die Elbe, kurz vorher noch mehrere Häuſer, darunter die Wirtſchaft zum „Schuſterhaus“, und zwei Brücken vernichtend. Ein ſogleich zuſammengetretener Hilfsausſchuß brachte gegen 2 100 000 Mark Unterſtützungsgelder, davon der Dresdner Ortsausſchuß allein 700 000 Mark, zuſammen. Damit konnten die angemeldeten Mobiliar- und Geſchäftsverluſte je nach der Bedürftigkeit der Geſchädigten teils voll, teils zu 60 oder 80 Prozent vergütet werden; den Erſatz der Schäden am unbeweglichen Privateigentum übernahm die Staatskaſſe. Der Verluſt der Stadtgemeinde an Uferbauten, Straßen und Brücken, Grundſtücken und Vorräten betrug nahezu 1½ Million Mark. Allein für die Ausbeſſerung und ſtärkere Befeſtigung des Weißeritzflußbettes und den Neubau der Straßen- und Leinpfadbrücke an der Mündung waren 1 185 000 Mark aufzuwenden. Die Wiederherſtellungsarbeiten wurden Tag und Nacht betrieben und waren Ende Juli 1898, ein Jahr nach dem Unglücke, beendet.

Die Entwicklung der politiſchen Parteiverhältniſſe bot wenig Erfreuliches. Mit dem erneuten Aufſchwunge der Induſtrie, der in Dresden die Zahl der Arbeiter alljährlich um Tauſende vermehrte, verloren auch hier die Anſtrengungen der bürgerlichen Parteien, die Vertretung der Stadt im Reichstage ſich zu erhalten, immer mehr an Ausſicht. Bei den Wahlen am 16. Juni 1898, die in den beiden Dresdner Kreiſen unter einer Beteiligung von 76 Prozent der Wahlberechtigten ſtattfanden, erhielten die Kandidaten der Sozialdemokratie, Zigarrenfabrikant Kaden in Gohlis und Redakteur Dr. Gradnauer in Berlin, faſt die Hälfte der abgegebenen Stimmen, und bei der Stichwahl am 24. Juni drangen ſie gegen die konſervativen Kandidaten mit knapper Mehrheit durch. Die bisherigen Inhaber der Mandate, die Reformer, ſahen ſich in die dritte Reihe zurückgedrängt, blieben aber doch ſtark genug, um im Gemeindeleben auch ferner einen vorherrſchenden Einfluß auszuüben. Im vierten Wahlkreiſe waren auch die Nationalliberalen im Gegenſatze zu der Parteileitung in Leipzig, die der Zerſplitterung entgegenzuwirken ſuchte, ſeit langer Zeit wieder einmal mit einem eignen Bewerber, dem Profeſſor Viktor Böhmert, aufgetreten und hatten beſonders in der Neuſtadt eine anſehnliche Stimmenzahl auf ihn vereinigt.

Der ungünstige Ausgang der Reichstagswahlen veranlaßte den Oberbürgermeister Beutler im nächsten Jahre zu dem Versuche, unter den staatstreuen Parteien eine Verständigung über die Verteilung der bis zum 1. Oktober 1903 sich erledigenden Dresdner Reichstags- und Landtagsmandate herbeizuführen. Durch seine Vermittlung kam ein Abkommen zu stande, wonach die Anwartschaft auf die Reichstagskandidatur in Altstadt den Reformern, in Neustadt den Konservativen zugewiesen wurde, während das Landtagsmandat in Friedrichstadt den Nationalliberalen zufallen sollte. Für die Wiedergewinnung der von den Sozialdemokraten eroberten beiden Dresdner Landtagssitze hatte bereits die von der Mehrheit der Zweiten Kammer angeregte Änderung des Wahlrechts gesorgt. Durch das neue Landtagswahlgesetz vom 27. März 1896 wurden die bisherigen direkten Wahlen mit geringem Steuerzensus beseitigt und indirekte eingeführt, bei denen die Urwähler, nach dem Einkommensteuerbetrage in drei Abteilungen geschieden, bloß Wahlmänner und diese erst die Abgeordneten zu wählen hatten. Es waren leichte Siege, die die bürgerlichen Parteien mit Hilfe dieses plutokratischen Wahlgesetzes erfochten: statt der bisherigen sozialdemokratischen Vertreter wurde im Oktober 1899 für den fünften Wahlkreis der konservative Rechtsanwalt Dr. Stöckel, im September 1901 für den dritten Wahlkreis der nationalliberale Stadtrat Dr. Vogel in die Zweite Kammer gewählt. Die Beteiligung bei diesen Wahlen freilich war mit 39 und 44 Prozent der Wahlberechtigten geringer als je, und dem entsprach auch die immer schwächer werdende Anteilnahme der Wählerschaft an den Verhandlungen des Landtags. Nur vorübergehend wurde sie einmal lebhafter während der Notlage der Staatsfinanzen im Frühjahr 1902, als die ganze Zweite Kammer, die nach der Beseitigung der sozialdemokratischen Opposition nur noch aus Konservativen und Nationalliberalen bestand, selbst scharf gegen die Regierung vorging und den Finanzminister von Watzdorf zu Fall brachte – ein Ereignis, wie es in dem ruhigen parlamentarischen Leben Sachsens seit mehr als einem halben Jahrhundert nicht mehr dagewesen war. Für die Dresdner waren diese Vorgänge auch um deswillen von Interesse, weil der König den Posten des Finanzministers und damit die Aufgabe einer Neuregelung der Staatssteuern dem bisherigen Justizminister Rüger übertrug, der früher als Bürgermeister Dresdens berufen gewesen war, für das städtische Steuerwesen neue Grundlagen zu suchen.

Die Entscheidung, die König Albert bei diesem Ministerwechsel zu treffen hatte, war seine letzte wichtige Regierungshandlung. Seit Jahren quälte den alternden Monarchen ein Blasenleiden und zehrte an seinen Kräften. Während des gewohnten Frühjahrsaufenthalts auf seinem Jagdschlosse Sibyllenort in

Schlesien ward er im Mai 1902 von schwerer Krankheit ergriffen, am 19. Juni abends 8 Uhr machte ein sanfter Tod seinem ruhmreichen Leben ein Ende. Mit ihm war der letzte der großen Heerführer aus dem Einigungskriege, eine der festesten Stützen des Reiches, ein weiser und gerechter Fürst seines Landes dahingegangen. Ganz Deutschland nahm Anteil an dem Schmerze seines Volkes, seine Residenzstadt hüllte sich in tiefe Trauer. Am Abend des 21. Juni kam die Leiche des Verewigten hier an und wurde, geleitet von Truppen aller Waffengattungen, vom Hauptbahnhofe nach der katholischen Hofkirche übergeführt. Dem Sarge folgte der königliche Bruder Georg mit seinen Söhnen Kronprinz Friedrich August und Prinz Johann Georg. Hunderttausende trauernder Volksgenossen ließen lautlos den ernsten Zug an sich vorüberziehen. Die feierliche Beisetzung der Leiche erfolgte am 23. Juni abends. Kaiser Wilhelm II. mit seiner Gemahlin, Kaiser Franz Joseph, der greise Großherzog Friedrich von Baden, zahlreiche andere deutsche Bundesfürsten und viele Vertreter europäischer Höfe und Staaten umstanden König Alberts Bahre. Unter so ehrenvollem Geleite war noch kein Fürst Sachsens zur Ruhe bestattet worden. — König Georg bestieg den Thron mit einer Ansprache an sein Volk, worin er gelobte, die Regierung im Geiste seines Bruders führen zu wollen. Eine Abordnung der städtischen Körperschaften unter der Führung des Oberbürgermeisters brachte ihm am 7. Juli glückwünschend die Huldigung der Residenzstadt dar.



## XV.

# Bauten und Stadtverſchönerung.

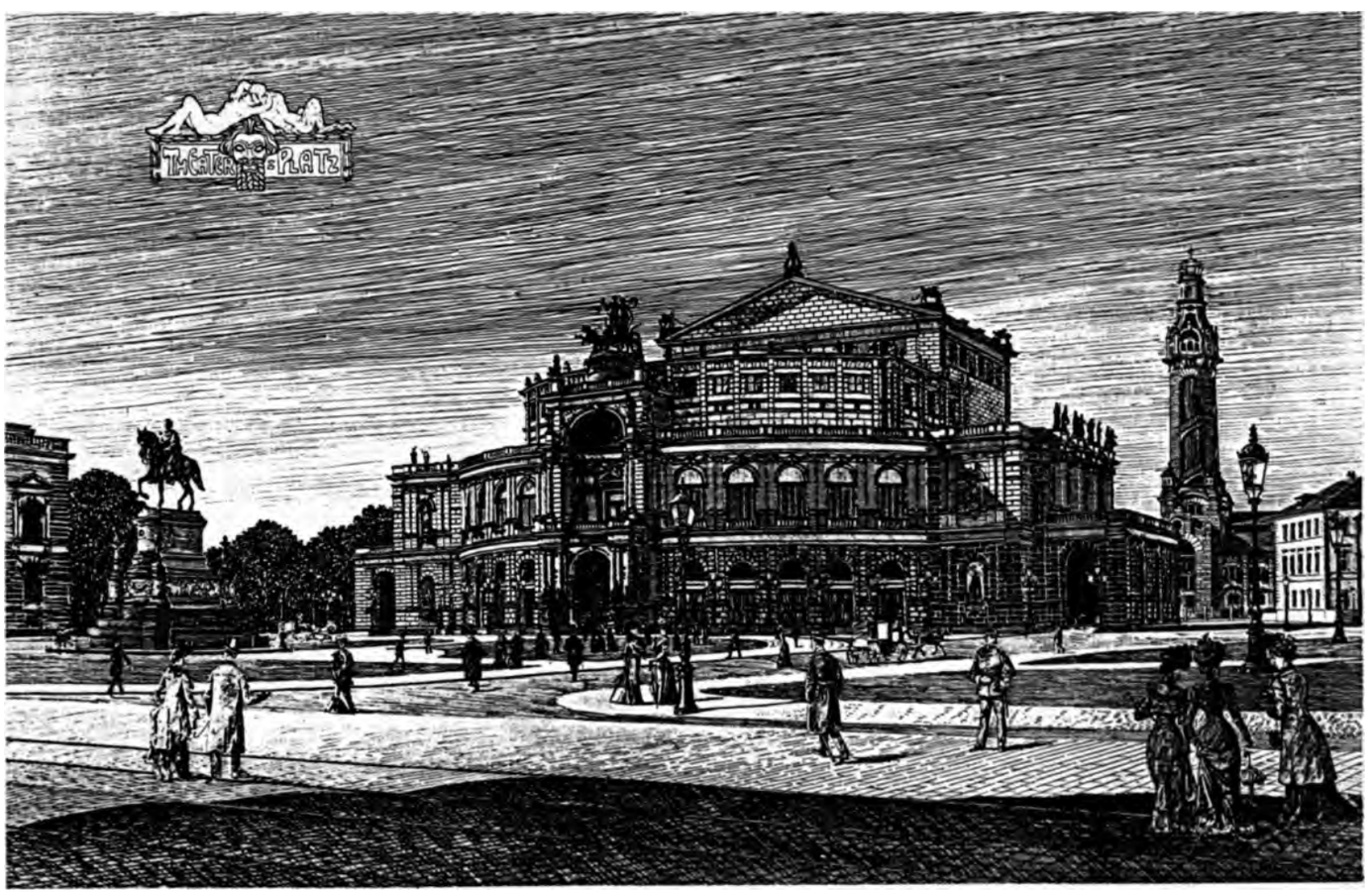
Das eigentliche Stadtbild Dresdens iſt von den Künſtlern jederzeit auf der Elbſeite ober- und unterhalb der Auguſtusbrücke geſucht worden. Als Maßſtab für das baukünſtleriſche Vermögen der Jahrhunderte kann es daher angeſehen werden, wie ſie die Stadt gerade nach dieſer Seite hin umgeſtaltet haben. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts büßte das königliche Schloß durch einen Brand ſeine maleriſchen Giebelbauten ein. Dafür entſtanden nahe dabei der herrliche Zwinger, dann die reizvolle katholiſche Hofkirche, die einfachen aber gefälligen Brühlſchen Gebäude auf der Terraſſe und hoch darüber herausragend die mächtige Frauenkirche; die Elbbrücke wurde verſchönert und auch das rechtselbiſche Dresden erhielt in dem Blockhauſe und dem Japaniſchen Palais zwei bedeutende Bauwerke. Die Flußufer ſowie die Plätze am Schloſſe und vor dem Zwinger blieben zwar unfertig und die dort ſtehenden Häuſer waren ärmlich, aber ſie beeinträchtigten nicht das großartige Bild, das die Elbſeite der Stadt mit ihren Monumentalbauten im Verein mit der überall hereinragenden ſchönen Natur darbot. Dem 19. Jahrhundert ward die Auf-

gabe, dieſe Schöpfungen zu pflegen und ſeine eignen Werke in den koſtbaren Rahmen einzupaſſen. Durch die Erbauung der Freitreppe zur Brühlſchen Terraſſe ward dem Schloßplatz 1814 eine wirkſame Verſchönerung zu teil. Die Ausgeſtaltung des wüſten Raumes zwiſchen Zwinger und Elbe nahm dann ein Meiſter erſten Ranges in die Hand: Gottfried Semper, der 1834 als Lehrer der Baukunſt nach Dresden berufen worden war. Er ſchlug vor, die öffentlichen Bauten, die man damals plante, zu vereinigen und damit eine große Platzanlage nach Art eines Forums zu ſchaffen, deren Hauptachſe ſich vom Zwinger nach der Elbe erſtreckte. Dem neuen Hoftheater gedachte er ſeine Stelle gegenüber der katholiſchen Kirche anzuweiſen; es ſollte mit dem Weſtflügel des nach Norden zu offenen Zwingers durch ein Orangeriegebäude verbunden und als Gegenſtück im Anſchluſſe an den Oſtflügel des Zwingers der Muſeumsbau errichtet werden. An der Elbe wollte er einen Landungsplatz mit breiten Treppen und monumentalen Fahnenmaſten anlegen. Es hätte ein Platz von überwältigender Wirkung werden können, aber der große Plan ſcheiterte an dem Kleinmut der Zeitgenoſſen, den man nicht nachträglich wird damit rechtfertigen wollen, daß ſeine Ausführung allerdings dem ſpäter ſteigenden Verkehr nach dem Poſtplatze hin ein ſtarkes Hindernis bereitet haben würde. Die Orangerie wurde an ein Nebengäßchen der Oſtra-Allee gelegt; das Theater erhielt zwar den von Semper gewählten Platz, blieb aber ohne Verbindung mit ſeiner architektoniſchen Umgebung allein ſtehen; das Muſeumsgebäude endlich wurde als Abſchluß des Zwingers verwendet und ſo deſſen köſtlicher Hof für den Blick von der Elbe her verbaut. Wenn die beiden neuen Bauwerke auch in ihrer Vereinzelung noch eine ſchöne Wirkung erzielten, ſo war dies nur der geſtaltenden Kraft ihres Erbauers zu danken.

Mit dem in den Jahren 1838 bis 1841 errichteten Hoftheater begründete Semper ſeinen Weltruf. Das prächtige Gebäude, das den Stil der italieniſchen Renaiſſance in Dresden für lange Zeit zur Herrſchaft brachte, wurde in ganz Deutſchland als nationales Kunſtwerk hochgeſchätzt: als es am 21. September 1869 niederbrannte, war das Bedauern der Kunſtfreunde allgemein. Bald nach dem Brande berief die Staatsregierung einen Ausſchuß, der ihr Vorſchläge wegen des Neubaues machen ſollte. Dieſer empfahl, um das Muſeum von der feuergefährlichen Nähe des Theaters zu befreien, einen Bauplatz in den Anlagen zwiſchen Zwinger und Stallſtraße zu wählen und einen engeren Wettbewerb auszuſchreiben. Mit beiden Vorſchlägen war aber Dresdens Bürgerſchaft nicht einverſtanden. Sie ſträubte ſich namentlich dagegen, daß ein Teil der Zwingeranlagen und des Zwingerteichs geopfert werde, und richtete an die Ständeverſammlung die Bitte, den Erbauer des alten Theaters zu Rate zu

ziehen und das neue wieder auf dem früheren Platze aufbauen zu lassen. Die Berufung Sempers stieß in den regierenden Kreisen zunächst auf Schwierigkeiten wegen seiner Beteiligung an dem Maiaufstande 1849, bei dessen Niederschlagung er aus Dresden hatte flüchten müssen. Es gelang aber, diese persönlichen Bedenken zu beseitigen, und im Februar 1870 erhielt Semper den Auftrag, den Neubau auszuführen. Er entschloß sich zu einer durchgreifenden Änderung des früheren Planes. Bei dem abgebrannten Theater war die Halbkreisform des Zuschauerraumes auch im Äußern vollständig zur Erscheinung gekommen. In dieser schön durchgeführten Rundung lag der Hauptreiz des Baues, aber sie hatte auch den Nachteil, daß sich Zugänge und Treppen, Vestibüle und Garderoben gerade an der Stirnseite wegen der scharfen Biegung nicht in jener Größe und Pracht hatten anbringen lassen, die sie als Vorbereitung zu dem glänzenden Zuschauerraume beanspruchen mußten: Vorräume und Foyers waren zu bloßen Korridoren und Gängen herabgesunken. Diese Mängel galt es bei dem Neubaue zu vermeiden. Anfang September 1870 legte Semper die Pläne vor. Das neue Gebäude sollte soweit zurückgeschoben werden, daß das Museum seiner ganzen Länge nach gegen den Platz frei und damit vor der feuergefährlichen Nachbarschaft des Theaters sicher gestellt würde. Die Zahl der Sitze ward auf höchstens 2000, nur 200 mehr als früher, festgesetzt, aber das neue Gebäude übertraf an Flächeninhalt das alte fast um die Hälfte, eine Vergrößerung, die hauptsächlich den Vestibülen und Treppen, sowie der Bühne zu gute kam. Der neue Bau zeichnete sich vor dem alten durch kräftigere Gliederung der Massen aus und stellte sich in noch höherem Sinne als eine monumentale Anlage dar. Hatte das frühere Theater einen übersichtlicheren, einheitlicheren Charakter, so besaß das neue einen Vorzug in der Klarheit, die auf den ersten Blick die Bestimmung aller Teile erkennen ließ; freilich war es dem Künstler nicht gelungen, zwischen dem Zuschauerraume und dem durch die Anforderungen der neueren Bühnentechnik mächtig emporgetriebenen Bühnenhause eine harmonische Vermittlung zu finden. Für die Ausgestaltung im einzelnen waren nicht wieder die feinen zierlichen Formen der Frührenaissance gewählt, sondern die kräftigen, der größeren Massenentwicklung entsprechenden der Hochrenaissance. Die Dekoration, die sich am alten Theater in reicher Weise auf alle Teile erstreckt hatte, wurde auf das Zuschauerhaus und dessen Anbauten beschränkt, namentlich auf den Mittelbau der vorderen Schauseite, den eine bronzene Pantherquadriga mit Dionysos und Ariadne zu krönen bestimmt war.

Die Ausführung des Baues ward dem Sohne des Künstlers, Manfred Semper, anvertraut. Am 27. März 1871 begannen die Arbeiten. Bewilligt




Theaterplatz

Vorlagen und der die Verbindung mit dem Café herſtellende Säulengang fielen weg. Die Erweiterung des Bauplatzes nach Süden hin benutzte der Künſtler, um dem Ausſtellungsgebäude eine große Rundhalle mit hoher Glaskuppel einzufügen, der die Rolle einer beide Gebäudegruppen zu einer Einheit zuſammenfaſſenden „Dominante“ zufallen ſollte. Der Architektenverein wandte ſich auch gegen den neuen Plan in einer Petition an den Landtag, worin er beſonders betonte, daß durch die immer noch bedeutende Höhe des Akademiegebäudes die Brühlſche Terraſſe vom gegenüberliegenden Elbufer geſehen zu einer Ufermauer herabgedrückt und die majeſtätiſche Kuppel der Frauenkirche zum großen Teile verdeckt werde; er machte den Vorſchlag, das Akademie- und das Ausſtellungsgebäude mit Rückſicht auf die außerordentlichen Schwierigkeiten, die aus ihrer Zuſammenlegung auf dieſem Bauplatze entſtünden, völlig zu trennen, das Ausſtellungsgebäude allein in einem einſtöckigen Baue, verbunden mit einer Kolonnade, auf der Terraſſe zu errichten und das Akademiegebäude auf einen andern Platz zu verweiſen. Es war alles vergeblich. Der Plan wurde genehmigt und in den Jahren 1886 bis 1893 mit einem Koſtenaufwande von ſchließlich 4 088 000 Mark, zu denen noch gegen 450 000 Mark für den bildneriſchen Schmuck hinzutraten, ausgeführt.

Noch war das Werk nicht vollendet, da zeigte ſich ſchon, daß es ſeine Aufgaben nur unvollkommen erfüllte. Die Ausſtellungsräume boten, bei übermäßiger Höhe, zu wenig Grundfläche für größere Ausſtellungen; der Kuppelraum war ungenügend beleuchtet, genau wie der im Muſeum, der ein warnendes Beiſpiel hätte ſein ſollen. Auch in der Akademie, beſonders in dem tiefgelegenen ſüdlichen Teile, fehlte es einzelnen Künſtlerwerkſtätten an gutem Lichte. Im Äußeren zeigte der Bau manche Schönheiten, namentlich die ſtattliche Säulenhalle am Ausſtellungsgebäude machte eine bedeutende Wirkung. Aber die Mängel des ganzen ließen keine rechte Freude an den Vorzügen im einzelnen aufkommen. Das wuchtige Werk war überladen, ſeine Umrißlinien ohne Reiz und die zwecklos gefaltete Glaskuppel für das Stadtbild geradezu eine Störung. Der reiche bildneriſche Schmuck der Gebäude, deſſen Zierlichkeit überdies im Widerſpruch ſtand mit den derben Architekturformen, vermochte die Fehler der Anlage nicht zu verdecken. Die Aufgabe, auf dieſem ungünſtigen Bauplatze etwas Befriedigendes zu ſchaffen, hätte, wenn ſie überhaupt lösbar war, einen Meiſter erſten Ranges erfordert. Ein ſolcher war Lipſius bei aller Tüchtigkeit nicht; er ward von der Laſt der übernommenen Verantwortung erdrückt und ſtarb ſorgenvoll kurz vor der Vollendung ſeines Werkes.

Man hätte glauben ſollen, daß dieſe Erfahrungen für lange Zeit von dem Wagnis, hinter den Feſtungsmauern der Terraſſe einen Monumentalbau

zu errichten, abschrecken würden. Aber die herrliche Lage am Elbufer war zu verlockend, und schon nach zwei Jahren tauchte wieder ein solcher Plan auf. Für das Finanzministerium, das bisher seinen Sitz in dem unscheinbaren Finanzhause am Schloßplatze gehabt, war in der Neustadt auf den ehemaligen Mönchswiesen gegenüber der Terrasse, wo sich lange Zeit die unförmlichen Pontonschuppen breit gemacht hatten, ein neues Dienstgebäude errichtet worden. Dieses mächtige Gebäude, vom Geheimen Oberbaurat Wanckel entworfen, vom Landbaumeister Reichelt mit einem Aufwande von 4 Millionen Mark ausgeführt, wurde im Herbst 1896 vollendet und in Gebrauch genommen. Für das freigewordene alte Finanzhaus hatte man keine Verwendung. Da nahm das Finanzministerium den 1892 auch schon im Landtage angeregten Gedanken auf, dort ein neues Landtagsgebäude zu errichten zum Ersatz des unzulänglichen Landhauses, dessen Erweiterung schon seit langen Jahren geplant und zu dem für diesen Zweck schon die angrenzenden Häuser hinzugekauft waren. Die Regierung legte dem Landtage 1895 mit der Forderung von 6 Millionen Mark den Entwurf eines neuen Ständehauses vor, den der an Lipsius' Stelle als Lehrer der Baukunst an die Akademie berufene Erbauer des deutschen Reichstagshauses, Paul Wallot, ausgearbeitet hatte. Es war beabsichtigt, das an das Finanzhaus anstoßende Brühlsche Palais mit dem Baue zu verbinden und seine Räume zur Aufnahme der Ersten Kammer herzurichten, den Neubau am Schloßplatze aber in seinem Hauptgeschosse der Zweiten Kammer zuzuweisen. Auf Antrag der Regierung wurde beschlossen, das Brühlsche Palais dem königlichen Hausfideikommiß für 1 600 000 Mark abzukaufen. Die Zweite Kammer genehmigte auch fast einstimmig den Wallotschen Plan, nicht so die Erste Kammer, der die Aussicht, in dem zwar prächtigen, aber nicht gut beleuchteten Festsaale des Brühlschen Palais tagen zu sollen, nicht genehm war. Dagegen gefiel ihr der Vorschlag des Oberbürgermeisters Beutler, auch noch die im Osten an das Palais anstoßenden alten Häuser, mit deren Besitzern Beutler bereits vorläufige Käufe abgeschlossen hatte, für einen Gesamtkaufpreis von 582 000 Mark zu erwerben und dann alle auf dem Baublocke stehenden Gebäude mitsamt dem Palais abzutragen, um einen freistehenden einheitlichen Neubau zu errichten und dabei zugleich die wünschenswerte Verbreiterung der ihn umgebenden Straßen, der Brühlschen Gasse und der Augustusstraße, durchzuführen. Diesen Vorschlag nahm auch die Regierung an. Sie unterbreitete dem nächsten Landtage 1897 einen völlig neuen Plan. Das Brühlsche Palais, das die Staatstechniker nun für baufällig erklärten, wurde zum Abbruche bebestimmt; da aber der Bauplatz sehr teuer geworden war, wollte die Regierung zu seiner besseren Ausnutzung in dem geplanten Gebäude neben dem Landtage

auch das Stenographische Institut, die Oberrechnungskammer, die Staatsschuldenverwaltung, die Landrenten- und Landeskulturrentenbank mit unterbringen. Um allen diesen Zwecken zu genügen, mußte das Gebäude notwendigerweise eine ungeheure Höhe erhalten, so daß es mit seiner Masse das benachbarte Schloß und die katholische Kirche fast erdrückt haben würde. Gegen diesen Plan erhob sich auch in der Zweiten Kammer Widerspruch. Hier tauchte im Laufe der Verhandlungen die Forderung auf, die Brühlsche Terrasse abzutragen, damit das Erdgeschoß des Ständehauses besser benutzbar werde und der ganze Bau mehr zur Geltung komme. Diesem Verlangen entsprechend ließ die Regierung neue Pläne bearbeiten, die mit dem Abbruche des vorderen Teils der Terrasse rechneten. Der Rat, der im Herbst 1897 um Abtretung der für den Bauplatz unentbehrlichen Terrassengasse ersucht wurde, stand dem Vorhaben zunächst wohlwollend gegenüber und wollte sich nur seine Entscheidung noch vorbehalten, bis durch Modelle dargestellt sei, wie sich durch den Bau das Stadtbild gestalten werde. In der Bewohnerschaft Dresdens aber, die von vornherein lebhaften Anteil an der Sache nahm, erhob sich Anfang 1898 eine starke Bewegung zu gunsten der bedrohten Terrasse; man verlangte, daß auch ihr vorderer Teil, von wo aus sich gerade ein besonders reizvoller Überblick über das Leben auf dem Schloßplatze und der Augustusbrücke und eine prächtige Fernsicht auf die Berge der Lößnitz bietet, nicht angetastet werde. Unter dem Drucke der öffentlichen Meinung entschloß sich Wallot, zu seinen bisherigen beiden Plänen, die auf der Verkürzung der Terrasse und der Zurückschiebung der Freitreppe bis an das alte Akademiegebäude fußten, einen dritten auszuarbeiten, wonach die Terrasse nur ein wenig nach der Elbe hin verdrückt und ihr vorderer erhöhter Teil in gleiche Höhenlage mit dem hinteren gebracht werden sollte. Für diesen dritten Plan erwärmten sich die städtischen Körperschaften und wurden beim Landtage vorstellig. Zugleich gaben auf Veranlassung des Rates einige bedeutende auswärtige Architekten ihr Gutachen dahin ab, daß der Abbruch und die Rückschiebung der Terrasse das Bild des Platzes der künstlerischen Geschlossenheit beraube, während ihre Erhaltung das Ständehaus, ohne es zu schädigen, in ein besseres Verhältnis zu den benachbarten Bauten bringe; auch sie gaben dem dritten Plane Wallots weitaus den Vorzug und zahlreiche einheimische Architekten schlossen sich ihrem Gutachten an. Nichtsdestoweniger und trotz einer erneuten Petition der städtischen Körperschaften bestand die Zweite Kammer auf dem Abbruche der Terrasse und verwarf den empfohlenen Plan. Dagegen trat nun die Erste Kammer, die sich überhaupt für den geplanten Neubau wenig begeisterte, unter dem Beifalle der Dresdner für die Erhaltung der Terrasse ein, lehnte alle drei Entwürfe ab und

forderte deren Vereinfachung. Erst im Vereinigungsverfahren kamen beide Kammern im Mai 1898 überein, die Terrasse unverkürzt zu lassen und einen neuen, weniger kostspieligen Plan in Anlehnung an den von der Stadtverwaltung empfohlenen zu verlangen. Ein solcher wurde von Wallot ausgearbeitet und im April 1899 in einem großen Gipsmodell der Öffentlichkeit vorgeführt; ein danebengestelltes zweites Modell desselben Bauwerks, aber mit verkürzter Terrasse, bewies, daß die Regierung und der Baumeister sich doch noch mit der Hoffnung trugen, den Abbruch der Terrasse durchsetzen zu können. Der Rat lud daher nochmals auswärtige Architekten zur Begutachtung ein, und diese sprachen sich aufs neue dahin aus, daß ein Gebäude von solcher Massenentwicklung das Stadtbild ungünstig beeinflusse, daß aber die Terrasse, unverändert erhalten, die Masse vermindere und der Umgebung besser anpasse. In der Terrassengasse hatte die Stadt den Hebel in der Hand, um ihren Wünschen Nachdruck zu geben. Es kam endlich mit dem Ministerium ein Vertrag zu stande, wonach die Stadtgemeinde die Abtretung der Terrassengasse und den bisher nur bedingungsweise in Aussicht gestellten Beitrag von 200 000 Mark unter der Voraussetzung endgültig zusagte, daß die Terrasse in ihrer Ausdehnung unverändert erhalten und die Brühlsche Gasse sowie die Augustusstraße angemessen verbreitert werde. Der dem Landtage 1899 vorgelegte und von ihm angenommene neueste Plan Wallots, bei dem die Gebäudemasse durch Ausschaltung der mit den Zwecken der Landstände nicht unmittelbar zusammenhängenden Räume verringert worden war, entsprach in der Hauptsache den Forderungen der Stadt; nur mußte darnach ein schmaler Streifen von der Rückseite der Terrasse abgetragen werden, um einen breiteren Lichtschacht für das Erdgeschoß des Gebäudes zu erlangen. Mit dieser Lösung der Streitfrage gab man sich auf allen Seiten zufrieden. Siegerin blieb die öffentliche Meinung, die die städtischen Körperschaften und durch diese dann auch die Regierung und die Landstände gezwungen hatte, von jeder wesentlichen Umgestaltung der Brühlschen Terrasse abzusehen. Den meisten wäre es freilich noch lieber gewesen, wenn man dem auch im Landtage laut gewordenen Vorschlage, für das Ständehaus einen ganz andern Platz zu wählen, Gehör geschenkt hätte. Aber dieser Ausweg war durch den übereilten Abbruch des Finanzhauses, der einen baldigen Neubau an dieser Stelle zur Notwendigkeit machte, von vornherein so gut wie abgeschnitten worden. Im Frühjahr 1900 begannen die Arbeiten mit dem Abbruche des Brühlschen Palais. Wie bei der Kunstakademie verschlang der Baugrund große Summen, und nach zweijähriger Tätigkeit war das Bauwerk nicht einmal über den Erdboden heraus gewachsen. Noch im April 1902 wirkten eine Anzahl Mitglieder der Ersten Kammer, natürlich ohne Erfolg, beim

Landtage für die Einstellung des Baues und die Wiederaufnahme des früheren Planes, das alte Landhaus umzubauen.

Das schlichte alte Akademiegebäude auf der Terrasse, das man zu einem Kaffeehause hatte einrichten wollen, war inzwischen an die Krone abgetreten und 1896 im Barockstil erneuert worden, um die bisher im Brühlschen Palais untergebrachte Sekundogenitur-Bibliothek und die Kupferstichsammlung König Friedrich Augusts II. aufzunehmen.

Während die beiden großen Bauten an der Terrasse in ihren Anfängen jedesmal der Gegenstand lebhaften Streites gewesen waren, vollzog sich daneben ein nicht minder bedeutendes architektonisches Unternehmen in vollster Ruhe und zur stetig wachsenden Freude der Einwohnerschaft Dresdens wie des ganzen Landes: der Umbau des königlichen Schlosses. Schon bald nach seinem Regierungsantritte hatte König Albert die Verschönerung der Innenräume des Schlosses in Angriff nehmen lassen, in den Jahren 1883 bis 1888 wurde dann der Schloßhof mit seinen reich geschmückten Treppentürmen sorgfältig erneuert. Die 3 Millionen Mark, die das Land ihm zur Wettinjubelfeier 1889 als Huldigungsgabe darbrachte, ermöglichten ihm die völlige Erneuerung des Schlosses auch nach außen hin zu unternehmen, eine zweite gleich hohe Jubiläumsgabe lieferte die Mittel zur Fortsetzung des Baues, und mit Hilfe des Erlöses für das Brühlsche Palais konnte er würdig vollendet werden. Die mit der Durchführung des Werkes betrauten Künstler, Hofbaurat Gustav Dunger und Hofbauinspektor Gustav Frölich, wuchsen mit ihrer Aufgabe und lösten sie vortrefflich. Der Bau begann am 24. Juli 1889 mit dem Abbruche des an das Schloß angelehnten, bisher als Staatsarchiv benutzten alten Ballhauses am Taschenberge. In den ersten beiden Jahren wurden die Schauseiten des westlichen und südlichen Schloßflügels im Stile der deutschen Renaissance umgebaut und im Innern der Thronsaal Augusts des Starken erneuert. In der zweiten Bauperiode erfolgte der Abbruch der vier früher zum Schlosse hinzugekauften Häuser am Taschenberge und die Errichtung eines neuen Schloßflügels mit einem Eckturme an der Schloßstraße; durch einen steinernen Übergang an Stelle des bisherigen eisernen blieb die Verbindung mit dem Taschenbergpalais aufrechterhalten. Die dritte Bauperiode von 1894 bis 1895 brachte den Umbau des an der Schloßstraße stehenden Flügels mit dem Hauptportale und die Umgestaltung des Haupttreppenhauses. Dann wurde in den Jahren 1896 bis 1899 der Nordflügel umgebaut, ein neuer Übergang nach der katholischen Hofkirche in Kupfer ausgeführt und auf der Hofseite entlang der Festsäle unter Benutzung der früher offenen Loggia eine Galerie zwischen den beiden Ecktreppentürmen hergestellt. Die fünfte und letzte Bauperiode von Ostern 1899 bis Weihnachten 1901 um-

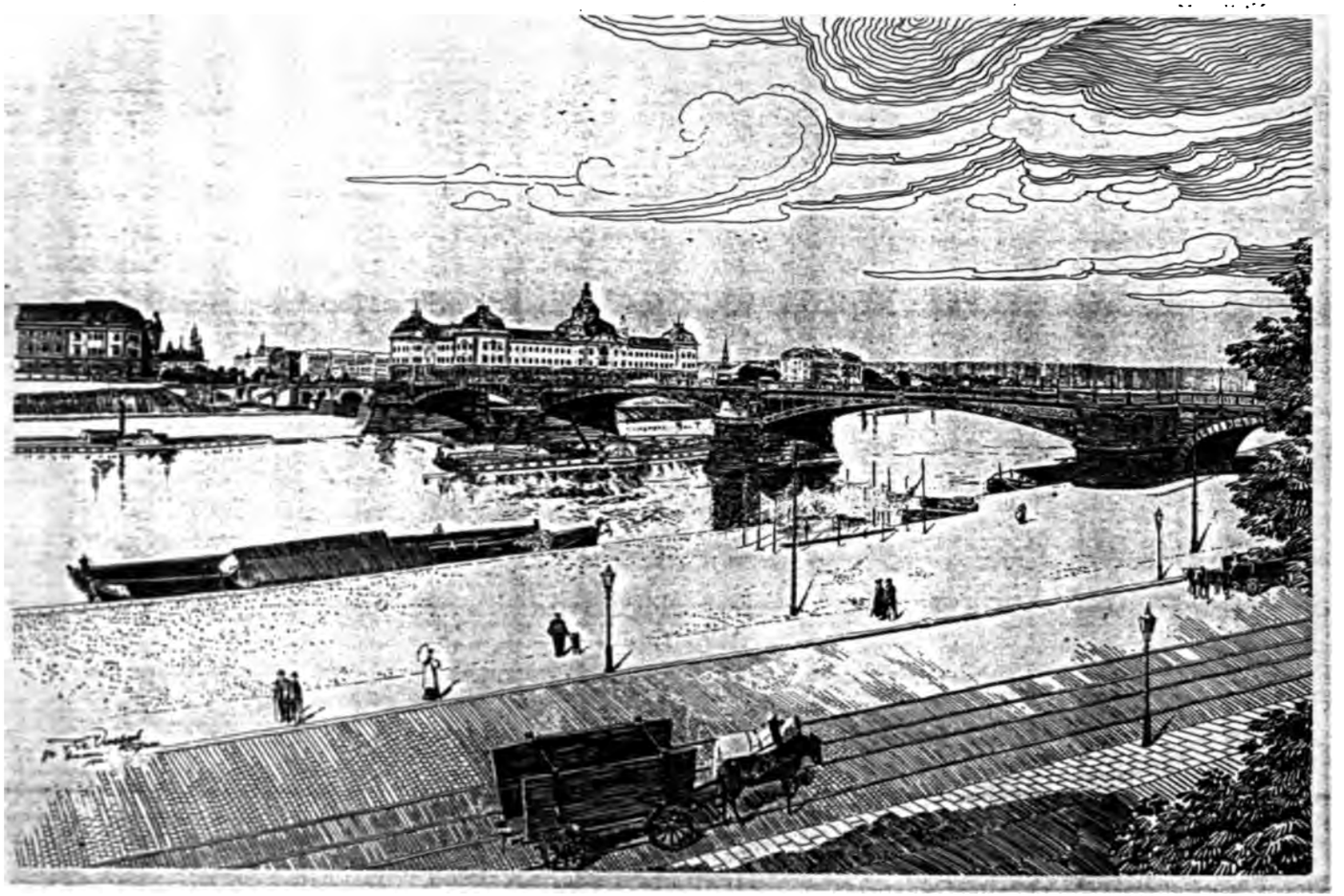
faßte den schwierigsten Teil des Werkes, den Umbau des Georgenschlosses, der in den Formen der Dresdner Frührenaissance erfolgte. Hier ward am 26. Mai 1900 der Grundstein des ganzen Baues eingefügt und die vom Könige vollzogene Urkunde unter dem Postament der westlichen Portalfigur am Schloßplatze niedergelegt. Die Wohnräume des Königs und der Königin im ersten und zweiten Obergeschosse wurden durch einen Anbau nach dem Stallhofe zu erweitert und übereinstimmend mit der übrigen Innenarchitektur im Charakter des 18. Jahrhunderts neu ausgestattet. Ein großer, seit vielen Jahrzehnten herbeigesehnter Vorteil für den Verkehr war es, daß das mittlere Tor soweit verbreitert wurde, um die gleichzeitige Durchfahrt zweier Wagen zuzulassen; zugleich legte man auf der Westseite des vorspringenden Georgenbaues einen neuen Durchlaß für Fußgänger an und versetzte dorthin das schöne alte Renaissancetor von der Nordseite. Das Weihnachtsfest 1901 sah das Bauwerk von der Bretthülle befreit: mit seinem hohen Giebel, dem wuchtigen Reiterbilde Herzog Georgs des Bärtigen und den als Erkerträger dienenden mächtigen Kriegergestalten zu beiden Seiten der Durchfahrt gab es ein Bild von hoher malerischer und monumentaler Wirkung. Das im 16. Jahrhundert erbaute, durch einen Brand im Jahre 1701 teilweise zerstörte Schloß war nun glänzend wiederhergestellt und vollendet. Als König Albert am 23. Januar 1902 die altgewohnten Räume im Hause seiner Väter wieder bezog, begrüßte die aufsteigende Wettinerflagge den Abschluß eines wahrhaft königlichen Werkes.

Schloß und Hofkirche, Museum und Hoftheater gaben nun ein großartiges architektonisches Gesamtbild, das durch die an der Elbseite des Platzes noch stehen gebliebenen älteren Baulichkeiten, die bescheidenen Häuschen des „Italienischen Dörfchens“ und das vornehm einfache Hotel Bellevue, eher gehoben als beeinträchtigt wurde. Aber hinter dem Hotel Bellevue, nach der Stallstraße zu, befand sich noch ein Stück Land, dessen Bebauung für die abschließende Gestaltung des Theaterplatzes von Bedeutung werden mußte. Dieses Gelände war im Jahre 1861 vom König Johann der Dresdner Künstlerschaft als Bauplatz für ein Künstlerhaus überwiesen worden. Die Kunstgenossenschaft vermochte aber lange Zeit nicht die Gelder zum Baue aufzubringen, und schließlich erhoben sich Bedenken gegen den Bauplatz selbst, dessen Lage auf zugeschüttetem Festungsgraben kostspielige Gründungsarbeiten notwendig gemacht hätte. Da ließ sich das Finanzministerium bereit finden, den Platz gegen eine reichliche Geldentschädigung zu übernehmen. Die Regierung gedachte darauf ein Fernheiz- und Elektrizitätswerk zu errichten, das die zahlreichen in der Nähe gelegenen Hof- und Staatsgebäude mit Dampfheizung und elektrischer Beleuchtung versorgen

sollte, und forderte im Februar 1896 vom Landtage die Bewilligung der dazu nötigen Mittel. Für den Plan war in erster Linie das Bedürfnis der katholischen Hofkirche bestimmend, denn in dieser ließ sich eine eigene Heizungsanlage nicht anbringen, da ihre Architektur die Errichtung von Essen schlechterdings nicht gestattete. Wenn die Regierung vorwiegend die Mißstände und die Feuergefährlichkeit der Heizungsanlagen in den andern Gebäuden geltend machte, so konnte der Landtag deren Beseitigung zwar für erwünscht, aber nicht als so dringend anerkennen, daß sie die Errichtung eines Zentralheizwerkes rechtfertigten; überdies verlangte er genauere Nachweise über die Ausführbarkeit des Werkes und die von ihm zu erwartenden finanziellen Vorteile. Die Regierung zog daher ihre Vorlage einstweilen zurück und brachte sie mit besserer Begründung beim nächsten Landtage im November 1897 wieder ein. Nach dem vom Oberbaurat Temper entworfenen Plane war beabsichtigt, die Heizung und Beleuchtung durch das Werk auf das Zoll- und Steuerdirektionsgebäude, das Hoftheater, die Gemäldegalerie, die Zwingergebäude, die katholische Hofkirche, das Schloß, das künftige Ständehaus, die alte und die neue Kunstakademie nebst Ausstellungsgebäude, das Albertinum, das alte und das neue Polizeidirektionsgebäude zu erstrecken und außer diesen 12 noch weitere 7 in der Nähe gelegene Staatsgebäude mit elektrischem Licht zu versorgen. In dem den Mittelpunkt der Anlage bildenden großen Kesselhause wollte man 10 Doppelkessel von je 200 Quadratmetern Heizfläche aufstellen; in wasserdicht hergestellten unterirdischen begehbaren Kanälen sollten die Rohre für den Dampf und das zurückfließende Kondenswasser sowie die Kabelleitungen nach den einzelnen, bis zu 900 Metern weit vom Werke entfernt liegenden Gebäuden geführt werden. Das Unternehmen erregte insofern Bedenken, als die geplante Ausnutzung der Dampfkesselanlage zugleich für Heizungs- und Beleuchtungszwecke bisher außer in Amerika noch nicht angewandt worden war. Die Stadtverwaltung nahm besonders an dem riesigen Dampfschornsteine Anstoß, der die Schönheit des Theaterplatzes ungemein schädigen mußte, auch wenn man ihn mit einem architektonisch ausgebildeten turmartigen Steinmantel umhüllte; alle Bemühungen, die Regierung zur Wahl eines andern Bauplatzes zu bestimmen, scheiterten aber daran, daß ein solcher in der Nähe schlechterdings nicht zur Verfügung stand. Die Anlage, die zwar kostspielig, aber zweifellos sehr vorteilhaft für die Sicherheit der angeschlossenen, zum Teil mit unersetzlichen Kunstschätzen gefüllten Gebäude war, fand Genehmigung, und der Bau wurde in den Jahren 1898 bis 1900 ausgeführt. Zu gleicher Zeit entstanden etwas weiter elbabwärts noch zwei andere staatliche Neubauten, die sich weithin geltend machten: ein Hoffuttermagazin und ein Requisitengebäude für das Hoftheater; ihr gefälliges Äußere stach vorteilhaft ab gegen die Form-

Zeichnung von W. Krei

Kopenhagener Schloss



Zeichnung von F. Voretzsch

**Carola - Brücke**

geführt; in dem Gebäude wurde auch das neu eingesetzte Oberverwaltungsgericht mit untergebracht, das Anfang 1901 seine Tätigkeit begann. Der Polizeipalast und die beiden Gerichtsgebäude, die alle nicht auf freien Plätzen stehen, haben dem Staatsfiskus vielfach den Vorwurf zugezogen, daß er seine Bauten nicht an die richtigen Stellen zu setzen verstehe — schwerlich mit Recht. Auch frühere Jahrhunderte haben, wie das Taschenbergpalais, das Brühlsche Palais, das Landhaus zeigten, ihre Großbauten häufig an Straßen von mäßiger Breite gesetzt. Aber bei diesen pflegte der Schmuck in geringer Höhe und vorwiegend um die Eingänge vereinigt zu sein, wo das Auge des Vorübergehenden ihn leicht gewahr wurde. In wirkungsvoller Weise wurde dies auch beim Amtsgerichtsgebäude durchgeführt, während der überreiche Zierat auf der Oberkante des Polizeihauses seinen Zweck verfehlt. Die Vorliebe der Neuzeit, ihre Monumentalbauten an große Plätze zu stellen, hat häufig nur zur Herabdrückung ihrer Massenwirkung geführt.

Bei den vielen Bauten der Stadtgemeinde handelte es sich naturgemäß vorwiegend um Nützlichkeitsaufgaben, daher konnten nur wenige von ihnen auf künstlerische Bedeutung Anspruch erheben. Dennoch wurde gerade im städtischen Bauwesen ein lebhafter Streit um die Stilfrage ausgetragen. Der 1890 angestellte Stadtbaumeister Rettig gedachte wieder an die Zeit anzuknüpfen, der Dresden auf dem Gebiete des Bauwesens hauptsächlich seinen Ruhm verdankt: die erste Hälfte des 18. Jahrhunderts. Im Stile dieser Zeit bearbeitete er im Verein mit dem Architekten Theodor Fischer die Pläne zu einer Markthalle auf dem Antonsplatze, zur neunten Bürgerschule an der Silbermannstraße und zum Neubau der Dreikönigschule; seine Entwürfe verwendeten in den Fassaden die Lisenneneinteilung des Dresdner Barocks und wollten hauptsächlich durch einfache Formen und edle Verhältnisse wirken. Die Pläne zur Markthalle und zu der Bürgerschule wurden von beiden städtischen Körperschaften angenommen; gegen den vom Rate genehmigten Entwurf zur Dreikönigschule aber machten die einheimischen Architekten, gereizt durch absprechende Äußerungen Rettigs über ihre Leistungen, scharfe Opposition. In der Stadtverordnetensitzung am 12. März 1891 kam es zur Auseinandersetzung. Rettig gab zu, die Häuser der König Johann-Straße als herausfordernde Protzenbauten und die Formen ihrer Schauseiten als Zippel-Zappel-Stil bezeichnet zu haben; man habe in das Antlitz der schönen Stadt Dresden, deren Architekten im 18. Jahrhundert gerade im Wohnhausbau ein ganz eigenartiges und unübertreffliches System geschaffen hätten, mit dieser Straße eine Schmarre hineingehauen, die kaum wieder vernarben werde. Der Oberbürgermeister Stübel unterstützte ihn lebhaft und betonte, die Dresdner Architekten müßten zum Ein-

fachen, zur Schönheit und Vornehmheit der Formen zurückkehren; daß die Schönheit nicht in Zieraten bestehe, mit denen äußerlich ein Gebäude überladen werde, dafür scheine das Verständnis verloren gegangen zu sein. Die Gegner hatten für den Rettigschen Entwurf den Namen Hungerstil erfunden und bekämpften ihn unter Berufung auf den Bürgerstolz und die Heimatliebe. Das Ergebnis der Abstimmung war, daß die Stadtverordneten nur die Grundrisse genehmigten, die Schauseiten aber ablehnten. Nachdem Rettig in der nächsten Sitzung bei der Wahl eines Stadtbaurats den kürzeren gezogen hatte, legte er sein Amt als Stadtbaumeister nieder. Entwürfe zu den Schauseiten der Dreikönigschule wurden durch einen unter den Dresdner Architekten ausgeschriebenen Wettbewerb beschafft. Schon am 4. November 1892 konnte das Schulgebäude eingeweiht werden. Die Bauzeichnungen für die Markthalle hatte Rettig auch noch nach seinem Ausscheiden aus dem städtischen Dienste angefertigt. Dieses Bauwerk, das mit seinen fein abgewogenen Verhältnissen, der Schlichtheit der in reinem Sandstein ausgeführten Schauseiten und dem an den Portalen und Eckbauten vereinigten bildnerischen Schmucke eine vorzügliche Wirkung erzielt, wurde dem Rate am 15. Juli 1893 übergeben; die Baukosten betrugen 1 Million Mark.

Das bedeutsamste bauliche Unternehmen der Stadtgemeinde war die Errichtung eines Ausstellungsgebäudes. Schon als man im Mai 1883 über die Bewilligung eines Beitrags zum Garantiefonds des sechsten deutschen Turnfestes beriet, wurde im Stadtverordnetensaale, unter Hinweis auf Wien mit seiner Rotunde, München mit seinem Glaspalast und Frankfurt mit dem Palmengarten, die Erbauung einer ständigen Festhalle auf Stadtkosten angeregt. Noch dringender machte sich in den nächsten Jahren, angesichts der immer mehr in Aufnahme kommenden Fachausstellungen, das Bedürfnis nach einem festen Ausstellungsgebäude geltend. Die Stadtgemeinde erwarb daher im Jahre 1887 zur Errichtung einer Ausstellungs- und Festhalle die an der Pirnaischen Landstraße vor dem Großen Garten gelegene Feldparzelle, auf der 1885 der hölzerne Festbau für das Turnfest gestanden hatte. Eine unerwünschte Einengung des Ausstellungsplatzes trat aber dadurch ein, daß man, um die Aufhebung des auf dem Gelände haftenden Bauverbots zu erlangen, dem Staatsfiskus den äußeren Teil der Parzelle zur Verwendung für den königlichen Botanischen Garten überlassen mußte. Zur Erlangung von Plänen für die Halle wurde ein Wettbewerb veranstaltet, bei dem der Architekt Alfred Hauschild den ersten Preis davontrug. Der Anschlag nach den Hauschildschen Plänen ergab aber mehr als 2 Millionen Mark Baukosten. Man trug Bedenken, eine so hohe Summe aufzuwenden, und hielt daran fest, daß das Gebäude nicht mehr als die in dem Anleiheplane

aus Holz und Glas abzuhelfen. Aus Anlaß der für das Jahr 1903 geplanten Deutschen Städteausstellung entschloß man sich aber, die Ausstellungsräume durch massive Flügelanbauten zu erweitern und gleichzeitig an der Südfront einen großen Konzertsaal mit Räumlichkeiten für einen ständigen Restaurationsbetrieb anzubauen. Mit diesen nach den Vorschlägen des Architekten Stadtrat Richter bis zum Frühjahr 1903 ausgeführten Arbeiten ward der Ausbau des Palastes vollendet.

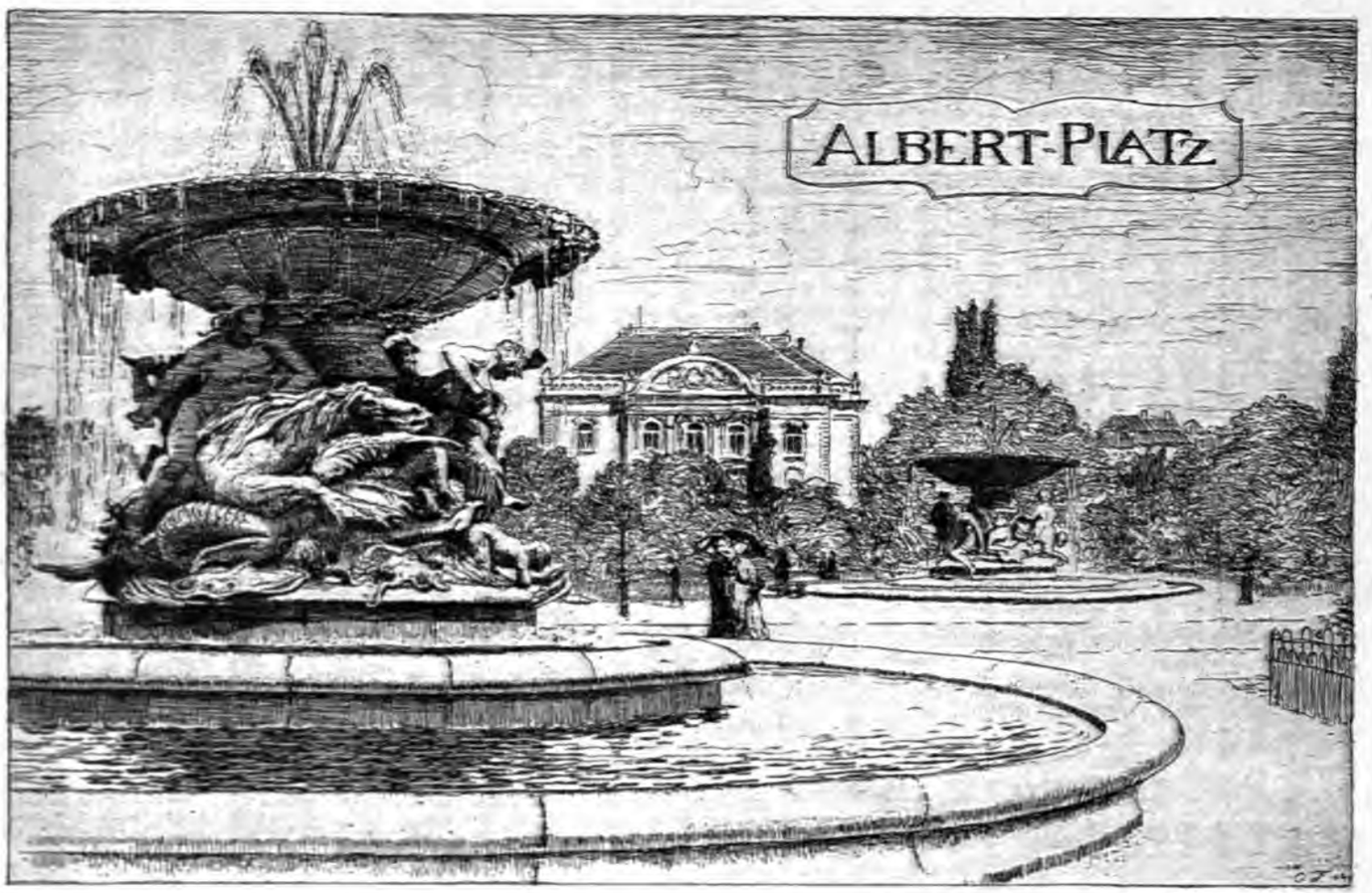
Lebhaft machen sich im Stadtbilde die zahlreichen neuen Kirchen geltend: seit den siebziger Jahren sind ihrer zehn von der protestantischen Bürgerschaft, zwei von Ausländergemeinden und eine von der Militärverwaltung errichtet worden. Als Kunstwerke von Bedeutung erwiesen sich die von Ludwig Möckel in frühgotischem Stile erbaute, 1878 eingeweihte Johanneskirche, die mit ihrem stark herausgerückten, reichgestalteten Turme der Pillnitzer Straße einen guten Abschluß gab, die 1887 vollendete gotische Martin Luther-Kirche in der Antonstadt, nach den Plänen von Giese und Weidner erbaut, die von Karl Barth im Stile der deutschen Renaissance entworfene Trinitatiskirche für die Johannstadt 1894, die Garnisonkirche von Lossow und Viehweger, die unter Einem Turme seit 1900 die evangelische und die katholische Militärgemeinde vereinigt, weiter 1901 die von dem Berliner Architekten Jürgen Kröger im romanischen Stile erbaute Jakobikirche am Wettinerplatze, die, als Zentralbau mit starkem Mittelturme über dem Kirchschiff angelegt, die Anforderungen des protestantischen Gottesdienstes in der vollkommensten Weise erfüllt und innen wie außen einen harmonischen Eindruck macht, endlich die von Georg Weidenbach in Leipzig erbaute, 1903 vollendete Lukaskirche für die Südvorstadt, an die sich ein reichgestaltetes großes Pfarr- und Gemeindehaus anlehnt. Ein Ereignis in der Entwicklung der Dresdner Kirchenbaukunst war aber auch die Wiederherstellung des vom Brande zerstörten Innern der Kreuzkirche: hier haben Schilling und Gräbner den ganzen früher durch Pfeiler, Emporen und Betstübchen zerschnittenen mächtigen Raum zu einheitlicher Wirkung zusammengefaßt und in einem modernen freien Ornamentalstile durchgebildet, so daß die Kirche mit ihren schlanken Säulen, ihrem hohen Gewölbe und ihrem reichen künstlerischen Schmucke seit ihrer am 9. September 1900 erfolgten Wiedereinweihung eine Sehenswürdigkeit der Stadt ist. Die Kosten dieser Wiederherstellung haben 1 785 000 Mark betragen, wovon 1 146 000 Mark durch die Brandkasse erstattet wurden.

Aber selbst so zahlreiche öffentliche Gebäude, wie Dresden sie über die ganze Stadt hin zerstreut besitzt, vermögen gegen die Masse der Privathäuser nicht aufzukommen und die äußere Erscheinung der Straßen nicht so sehr zu

Jakobikirche

hausstraße, erbaut von Lossow und Viehweger, und im Jahre 1900 die Sächsische Handelsbank, seit 1901 Filiale der Deutschen Bank an der Johannesallee, von Schilling und Gräbner. In dem früheren Geschmacke bewegten sich wieder die von Sommerschuh und Rumpel im Stile der italienischen Hochrenaissance entworfenen Gebäude der Dresdner Bank in der König Johann-Straße, vollendet 1897, und zweier Bankgeschäfte am Altmarkte und in der Schloßstraße, die zwar an sich vornehm, im Straßenbilde aber fremdartig und störend wirken.

In den Vorstädten wie in manchen Vororten, namentlich Blasewitz, sind in den neunziger Jahren neben einzelnen Bauten modernen Stils zahlreiche Wohnhäuser und Villen in altdeutschen Formen entstanden, die von dem Aufschwunge der heimischen Baukunst Zeugnis ablegen. Mit ihren Erkern und Türmchen, ihren luftigen Altanen und hohen Ziegeldächern erwecken sie den Eindruck deutscher Gemütlichkeit und ersetzen die der Landschaft entgangenen natürlichen Reize durch künstlerische. Besondere Pracht ist beim Bau großer Villen in dem neuen Viertel auf der Nordseite des Großen Gartens, zwischen der stattlichen Stübelallee, der Canaletto- und Fürstenstraße entfaltet worden. Ein anderer moderner Stadtteil ist südlich vom Schweizerviertel im Entstehen. Dort war zunächst seit 1894 die Eisenstuckstraße mit häßlichen freistehenden Zinshäusern bebaut worden, in denen die ganze Hohlheit des damals blühenden Bauspekulantentums zum Ausdruck kam. Die dahinter gelegene weit ausgedehnte Landfläche nach Plauen und Räcknitz hin hatte die Dresdner Baugesellschaft in ihre Hand gebracht, um sie der Bebauung nach einheitlichem Plane zu erschließen. Es bedurfte einer Reihe von Jahren, ehe über den vom Architekten Stadtrat Richter entworfenen Bebauungsplan eine Einigung mit den städtischen Behörden erzielt wurde. Inzwischen war das wüst daliegende Land zu einer Steppe geworden, in der die Jugend unbehelligt ihre Indianerspiele ausführte; allmählich aber begannen fleißige Leute aus der Nachbarschaft sich des brachliegenden Bodens zu bemächtigen; es entstand eine Kolonie von Hunderten kleiner Kartoffelpflanzungen, in denen sich zur Sommerszeit, in ergötzlichem Gegensatz zur Vornehmheit des benachbarten Schweizerviertels, ein reges Volksleben von harmloser Urwüchsigkeit entfaltete. Im Frühjahr 1899 kam endlich der Bebauungsplan zu stande, nach dem das Gelände in abwechslungsreicher Mischung teils mit Einzelhäusern, teils mit Gruppenbauten und an den beiden großen Hauptverkehrsadern, der Münchner und der Nürnberger Straße, auch mit geschlossenen Häuserreihen besetzt werden darf. Durch die 40 Meter breite Münchner Straße wurde die Straßenbahn gelegt und damit die Verbindung zwischen Plauen und Blasewitz, den beiden wohlhabendsten Vororten der Stadt, wie sie schon den Gegenstand der ersten Konzession einer Pferdeeisen-


ALBERT-PLATZ

seinen Schöpfern Ehre. – Nicht minder gereichte der 1896 auf dem Platze am Taschenberge errichtete Wettin-Obelisk seinem Standorte zur Zierde. Es war 1889 von den für die Kosten des Wettinfestzugs gesammelten Geldern ein Überschuß von 33 750 Mark verblieben und der Stadt zum Zwecke einer dauernden Erinnerung an das Jubelfest übereignet worden. Man beschloß, nach dem Modelle der von den Architekten Schilling und Gräbner entworfenen, mit den Figuren „Vergangenheit" und „Gegenwart" von Johannes Schilling geschmückten beiden Obelisken, die während des Festes auf dem Schloßplatze aufgestellt waren, einen solchen Obelisken in Kupfer und Bronze ausführen zu lassen. Die Enthüllung des Werkes erfolgte am 23. April 1896 im Beisein der ganzen königlichen Familie. Zu den Kosten, die sich auf etwa 112 000 Mark beliefen, trug die Stadtkasse 20 000 Mark, das übrige der Dr. Güntzsche Verschönerungsfonds bei.

Den glänzenden Schluß der langen Reihe von Denkmälern, die das 19. Jahrhundert unserer Stadt geschenkt hat, sollen die beiden bilden, die um der Person der Gefeierten wie um ihres künstlerischen Wertes willen zu den hervorragendsten gehören werden und deren Ausführung bereits der Vollendung nahe ist. Ein Bismarck-Denkmal wird seinen Platz mitten im flutenden Leben der innern Stadt, auf der Allee beim Ministerhotel an der Seestraße erhalten und im Jahre 1903 aufgestellt werden. Schon 1892 waren dem Rate 3000 Mark, die von den Festkosten des Bismarckempfangs übrig blieben, als Grundstock zu einem solchen Denkmale übergeben worden, im November 1894 trat dann aus der Bürgerschaft ein Ausschuß zusammen, der die Geldsammlungen und die sonstigen Vorbereitungen in die Hand nahm. Es war der erste Fall, daß man einem Lebenden in Dresden ein Denkmal zu setzen gedachte, aber die Begeisterung für den Helden überwand alle Bedenken. Ein allgemeiner und ein engerer Wettbewerb unter den Bildhauern brachte kein befriedigendes Ergebnis, die Aufgabe wurde alsdann dem heimischen Meister Robert Diez übertragen. Den ursprünglichen Plan, das Denkmal auf dem Bismarckplatze aufzustellen, ließ man bald fallen. – Zu Anfang des Jahres 1896 bildete sich unter dem Vorsitze des Oberbürgermeisters Beutler ein Bürgerausschuß, um die Errichtung eines Denkmals für den König Albert zur Feier seines 25jährigen Regierungsjubiläums vorzubereiten. Das Vorhaben fand die Genehmigung des Königs. Nachdem von den Ausschußmitgliedern gegen 125 000 Mark gesammelt und 75 000 Mark aus dem Dr. Güntzschen Verschönerungsfonds bewilligt waren, erging ein öffentlicher Aufruf und das Ausschreiben zum künstlerischen Wettbewerb. Max Baumbach in Berlin, ein geborner Sachse, erhielt den ersten Preis und den Auftrag zur Ausführung. Die von ihm geschaffene Reiterfigur war im Bronzeguß eben fertiggestellt, als der

gefeierte Monarch aus der Zahl der Lebenden abberufen wurde. Nach Vollendung des neuen Ständehauses soll das Denkmal den Schloßplatz zieren.

Noch eine andre Kunst hat in der Verschönerung der Stadt fleißig mitgearbeitet: die des Gärtners. Der Ruf einer Gartenstadt, den Dresden genoß, seitdem im 17. und 18. Jahrhundert die landesfürstliche Familie und die Vornehmen des Hofes zahlreiche Gärten mit Sommerpalästen anlegten, ist ihr erhalten geblieben. Besonders hat sich der königliche Große Garten unter der Pflege des seit 1873 angestellten Gartendirektors Friedrich Bouché zu einer Anlage entwickelt, mit der sich an Größe und Schönheit nur wenige in Europa messen können. Der ursprünglich in Kreuzesform angelegte Garten wurde bedeutend erweitert und zu einem großen Rechteck ausgestaltet: im Jahre 1878 wurden im Südosten einige Strehlener Felder, 1879 im Südwesten die vor der Großen Wirtschaft liegenden Flächen hinzugezogen, seit 1881 an Stelle des Kiesgrundes bei der Krähenhütte der Carola-See und die ihn umschließenden Parkanlagen geschaffen und seit 1893 auch im Nordosten bei Gruna ein Wiesenpark mit einem neuen See angelegt, während sich in die Nordwestecke der von Oskar Drude geleitete königliche Botanische Garten, der in den Jahren 1889 bis 1892 von der Moritzallee dorthin verlegt wurde, und bald nachher der städtische Ausstellungspark einfügten. Verbreiterung und Vermehrung der Fußwege, Reit- und Fahrbahnen, Herrichtung von Spielplätzen, Anlegung eines eignen Wasserwerks im Jahre 1892 und endlich die 1898 auf städtische Kosten eingeführte elektrische Beleuchtung der Hauptalleen haben den Großen Garten, zu dessen Unterhaltung die Stadt jährlich 10000 Mark beisteuert, in steigendem Maße zu einer Erholungsstätte für alle Kreise des Volkes gemacht. – Von den übrigen königlichen Gärten ist besonders der beim Japanischen Palais und die Zwingeranlage verschönert worden. Die Stadtgemeinde selbst besaß bis zur Erwerbung des König Albert-Parks keine großen, zu Gartenanlagen geeigneten Ländereien, aber die kleinen Flächen, die ihr zur Verfügung standen, wurden von ihr benutzt, um in das graue Einerlei von Straßenwänden und Pflaster durch grüne Baumreihen und Grasflächen, durch Buschwerk und Blumenbeete eine das Auge erquickende Abwechslung zu bringen. Die in den Großen Garten überleitende Bürgerwiese entwickelte sich immer mehr zu einem reizvollen Fleckchen Erde, der angrenzende Georgplatz hat sich ihr 1880 angegliedert und zahlreiche andere Plätze sind nach und nach mit Gartenanlagen geschmückt worden, so der Albertplatz, der Bismarck- und der Moltkeplatz, der Sternplatz, der Striesener und der Sachsenplatz, das Gelände am Ausgange der Johann Georgen-Allee, zuletzt noch 1898 der bis dahin öde liegende, mit schlechtem Pflaster bedeckte Kaiser Wilhelm-Platz. Die gesamten städtischen Anlagen hatten im Jahre 1901 einen

Umfang von 425 000 Quadratmetern erreicht. Dem Beiſpiele der öffentlichen Verwaltung iſt die Einwohnerſchaft gefolgt: Tauſende gut gepflegter Privatgärten, namentlich in den Villenvierteln, erfreuen den die Straßen Durchwandernden und geben davon Zeugnis, wie ſich ein tief eingewurzelter Sinn für die Natur mit Erfolg auch im lärmenden Getriebe der Großſtadt zu betätigen vermag.

und zu diesem Zwecke Vertreter in allen wichtigen Handelsplätzen des Auslandes halten und besondere Reisende aussenden. Die Tätigkeit dieses Vereins hat sich in der Folge dem Absatze sächsischer Industrie-Erzeugnisse ungemein förderlich erwiesen. Aus Anlaß eines Besuchs, den die Vertreter der Hamburger und Bremer Handelskammer dem Dresdner Industriebezirke abstatteten, eröffnete der Verein am 11. Juni 1886 im Prinz Max-Palais und dem angrenzenden Grundstücke der Gartenbaugesellschaft „Flora" an der Ostra-Allee eine Ausstellung von Fabrikaten, die nachher den Grundstock zu seinem Exportmusterlager bildete. Bei einem abends auf dem Belvedere veranstalteten Mahle rühmte der Hamburger Reeder Adolf Wörmann, unter Hinweis auf den regen Schiffsverkehr, der hier die Elbe belebte, die Tüchtigkeit der in Sachsen geleisteten Arbeit, worauf der Oberbürgermeister Stübel mit Recht betonen durfte, daß die Fortschritte, die Dresden im letzten Jahrzehnt aufzuweisen habe, die Frucht eigner Tätigkeit der Bewohnerschaft seien. Als bald darauf, am 28. Juni, an derselben Stelle die erste Wanderversammlung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft festlich empfangen wurde, brachte der Oberbürgermeister das gleiche Gefühl berechtigten Bürgerstolzes zum Ausdruck, indem er den Landwirten die Notwendigkeit vor Augen führte, mit den Städtern als ihren Abnehmern Frieden zu halten.

Die Beschwerden der Landwirtschaft waren freilich gerade damals begründet genug, und ihre schwierige Lage blieb nicht ohne Rückwirkung auf das Gedeihen der städtischen Gewerbe. In den Jahren 1885 und 1886 hatte die Industrie über erschwerten Absatz und gedrückte Preise zu klagen. Aber schon 1887 begann wieder ein allgemeiner Aufschwung. Auch eine im Mai auf dem schönen Wiesenplane vor der Großen Wirtschaft abgehaltene internationale Gartenbau-Ausstellung, bei der die sächsische und besonders die Dresdner Gärtnerkunst neben der der hervorragendsten Gartenbauländer Europas ehrenvoll bestand, und eine im August an derselben Stelle veranstaltete internationale Bäckerei-Ausstellung äußerten eine belebende Wirkung auf den Gang der Geschäfte. In den nächsten Jahren waren alle Industrien voll beschäftigt, teilweise sogar mit Aufträgen überhäuft, neue Unternehmungen tauchten in großer Zahl auf, die Gründung von Aktiengesellschaften, meist unter Übernahme bereits bestehender Betriebe, vollzog sich um so leichter, als das Kapital bei dem niedrigen Stande des Zinsfußes Gelegenheit zu höheren Erträgnissen suchte. Übermäßige Steigerung der Warenerzeugung und manche Erschwerungen der Einfuhr in ausländischen Staaten führten in den Jahren 1890 bis 1893 zu einer rückläufigen Bewegung, aber die neuen Handelsverträge erweckten das Vertrauen der Geschäftswelt in die Zukunft, seit 1894 hob sich der Absatz

wieder und es folgte ein industrieller Aufschwung, wie ihn Deutschland in solcher Stärke noch nicht erlebt hatte.

Nach alledem konnte das Bild, das die allgemeine Gewerbezählung des Jahres 1895 von dem Umfange des Handels und der Industrie in Dresden lieferte, nicht überraschen. Die Zahl der erwerbstätigen Personen in Gewerbe, Handel und Verkehr war seit 1861 von 57,22 auf 65,14 Prozent der Erwerbstätigen überhaupt gestiegen, dagegen die der Beamten, Künstler und Gelehrten von 10,80 auf 8,32 Prozent, die der Rentner und Berufslosen von 10,17 auf 9,10 Prozent gefallen. Während 1875 in der Stadt 14 346 gewerbliche Betriebe mit 50 165 darin tätigen Personen vorhanden gewesen waren, wurden jetzt 27 537 Betriebe mit 129 339 Personen gezählt; darunter waren Großbetriebe mit mehr als 50 Personen im Jahre 1875 80 mit 9733 Personen, jetzt 311 mit 40 087 Personen. Die Zahl der gewerblichen Betriebe überhaupt hatte sich demnach in den letzten 20 Jahren verdoppelt, die der Großbetriebe sogar vervierfacht, während doch die Einwohnerzahl der Stadt nur von 197 000 auf 336 000, also um 71 Prozent, gewachsen war. Dresdens Umwandlung zur Industrie- und Handelsstadt machte mächtige Fortschritte. Die Mannigfaltigkeit der hier gepflegten Industrien hatte noch zugenommen, am meisten aber war der Aufschwung doch den schon von alters her vorhandenen Gewerbszweigen zu gute gekommen. An der Spitze stand nach wie vor die Nähmaschinenfabrikation und in ihr die Fabrik von Seidel & Naumann. Diese war 1869 in der kleinen Plauenschen Gasse errichtet und 1884 in die neuen großen Gebäude an der Hamburger Straße verlegt worden; 1886 ging sie an eine Aktiengesellschaft über und dehnte ihren Betrieb auf die Herstellung der damals schnell in Aufnahme kommenden Fahrräder aus. In unablässigem Wachstum brachte es die Fabrik bis zu einer jährlichen Erzeugung von 80 000 Nähmaschinen und 30 000 Fahrrädern, beschäftigte 2000 Arbeiter, erzielte einen Umsatz von $7^1/_2$ Million und einen Reingewinn von $1^1/_3$ Million Mark und verteilte an ihre Aktionäre Dividenden bis zu 40 Prozent. Der Begründer und Leiter des Unternehmens, Bruno Naumann, hatte sich aus eigner Kraft vom armen Mechanikergehilfen zum reichen Fabrikherrn emporgeschwungen, der die Herrschaft Königsbrück mit dem Sitze in der Ersten Ständekammer erwerben und sich einen Stall kostspieliger Rennpferde halten konnte – ein hervorragendes Beispiel jenes neuen Industrieadels, der der alten Aristokratie für jeden angestammten Ahnen eine selbstverdiente Million gegenüberstellt. Auf dem Gebiete der Maschinen- und Instrumentenfabrikation waren neben Naumanns Schöpfung und der noch blühenden Nähmaschinenfabrik von Clemens Müller zu Bedeutung gelangt die 1873 gegründete Mühlen- und Maschinenbauanstalt der Gebrüder

Karl und Christian Seck, die 1887 von Moritz Hille errichtete Gasmotorenfabrik, die Fabrik photographischer Apparate von R. Hüttig und Sohn, die Panzerkassen-, Fahrrad- und Maschinenfabrik von H. W. Schladitz, alle im Besitze von Aktiengesellschaften. Die Elbschiffahrtsgesellschaft „Kette", die auf der Elbe einen Schiffspark von 27 Ketten-, 12 Rad- und 9 Hafendampfern und einer Anzahl Frachtschiffe unterhielt, beschäftigte auf der ihr seit 1877 gehörigen Schiffswerft im Vorort Übigau gegen 900 Arbeiter, und auch auf der Werft der Sächsischen Dampfschiffs- und Maschinenbauanstalt an der Leipziger Straße, seit 1884 im Besitze der Österreichischen Nordwest-Dampfschiffahrtsgesellschaft, herrschte fortdauernd reges Leben. Unter den Metallwarenfabriken gewannen einen weitverbreiteten Ruf die „Vereinigten Eschebachschen Werke": aus der 1867 errichteten Klempnerwerkstatt Karl Eschebachs hervorgegangen, hatte die Fabrik von 1880 bis 1900 das ehemalige Gebäude des Garnisonlazaretts am Hospitalplatze inne und wurde 1890 mit dem von Eschebach begründeten Radeberger Werke zu einem Aktienunternehmen verschmolzen, das einen Jahresumsatz von 5 Millionen und einen Reingewinn von 1 Million Mark erzielte und allein in Dresden über etwa 700 Arbeiter verfügte. Die alte Steingutfabrik von Villeroy & Boch mit 1500 Arbeitern und die an eine Aktiengesellschaft übergegangene Siemenssche Glasfabrik mit 1000 Arbeitern gehörten noch immer zu den größten Industrieanlagen der Stadt. In der Textilindustrie hatte die Gardinen- und Spitzenmanufaktur-Aktiengesellschaft mit 400 Arbeitern eine hervorragende Stellung gewonnen, während die Kammgarnspinnerei von Creutznach & Scheller ihren alten Ruf behauptete. Die außerordentliche Entwicklung der vervielfältigenden Künste hatte die Zahl der in den polygraphischen Gewerben beschäftigten Personen seit 1875 auf das Dreifache, auf etwa 4000, steigen lassen: die Kunstdruckanstalten von Römmler & Jonas und von Wilhelm Hoffmann gehörten zu den angesehensten im Reiche, die von Stengel & Co. versorgte ganz Europa mit den im letzten Jahrzehnt massenhaft verbrauchten Ansichtspostkarten. Zu fast einzig dastehender Berühmtheit gelangte die chemische Fabrik Karl Lingners durch das von ihr hergestellte antiseptische Mundwasser „Odol", das mit Hilfe eines geschickt geleiteten Ankündigungswesens einen Siegeszug über die ganze bewohnte Erde antrat. Einen Weltruf errangen sich auch die Erzeugnisse der Dresdner Zigarettenfabriken, deren nach und nach einige 80 entstanden, darunter manche, wie die von Georg A. Jasmatzi und der Compagnie Laferme, mit Hunderten von Arbeitern. In der Nahrungsmittelindustrie waren eine neue Erscheinung in der Stadt die Molkereien, namentlich die 1880 errichtete der Gebrüder Pfund, die mit ihrem gut geordneten Vertriebe von Milchprodukten für das Wohlbefinden namentlich der jugendlichen Be-

völkerung wichtig geworden sind. Die Schokoladenfabrikation hat sich den früheren Rang zu bewahren gewußt: an ihre Spitze trat die Fabrik von Hartwig & Vogel mit einer Arbeiterschaft von 1000 Personen. Etwa 16 Prozent aller in Deutschland hergestellten Schokolade war, wenn die Arbeiterzahl als Maßstab gilt, Dresdner Erzeugnis. Auf fast derselben Höhe stand die Erzeugung von Fahrrädern mit 14, von Steingut mit 13 und von Nähmaschinen mit $12^1/_2$ Prozent der deutschen Produktion.

Die Gewerbezählung von 1895 ließ auf den meisten Gebieten der gewerblichen Tätigkeit wesentliche Fortschritte des großen Betriebes gegenüber dem kleinen erkennen. Es zeigte sich, daß die Auffaugung des Handwerks durch die Großindustrie in einzelnen Zweigen, namentlich der Verarbeitung der Metalle, in immer bedrohlichere Nähe rückte. Ganze Kleingewerbe, wie die der Feilenhauer, Gelbgießer, Nadler, Nagelschmiede und Zirkelschmiede, waren im Aussterben begriffen. Eins der größten Handwerke, die Schuhmacherei, bot unter dem bedrückenden Wettbewerbe der Schuhfabriken dem Nachwuchse so wenig lockende Aussichten, daß sich in Dresden auf etwa $1^1/_2$ Tausend Meister kaum noch 3 Dutzend Lehrlinge fanden. Nur ein Teil der Handwerker vermochte in der bisherigen Weise fortzuarbeiten. Manchen gelang es vorwärts zu kommen, indem sie sich unter Vervollkommnung der Betriebseinrichtungen auf die Herstellung weniger Sonderartikel verlegten. Für die Mehrzahl aber war es ein Glück, daß die neuzeitlichen Verhältnisse die Errichtung von Handelsgeschäften auch mit wenig Kapital ermöglichten: so vermochten sie als Kleinhändler ihre Selbständigkeit zu erhalten und blieben davor bewahrt, als Lohnarbeiter in der Großindustrie aufzugehen.

Die Arbeitskräfte, deren die Industrie bei ihrer steigenden Entwicklung bedurfte, strömten ihr vorwiegend vom Lande und aus den kleinen Städten, zum Teil aus weiter Ferne, zu. Fremde Arbeiter fühlten sich von der Großstadt unwiderstehlich angezogen, weil sie hier mannigfaltigere und bessere Lebensbedingungen zu finden hofften als daheim. Während in den Jahren 1875 bis 1880 bei dem Wachstum der Einwohnerzahl nur 47,17 Prozent auf Rechnung der Zuwanderung zu setzen waren, betrug dieser Prozentsatz nach der Volkszählung von 1885 schon 57,35 und nach der von 1895 sogar 61,07. In den wirtschaftlich sehr günstigen nächsten 5 Jahren bis 1900 nahm dann der Geburtenüberschuß stark zu, während die Zuwanderung plötzlich fast auf die Hälfte der vorangegangenen Periode zurückfiel und nur noch 37,16 Prozent des Zuwachses ausmachte: es war inzwischen offenbar eine Sättigung der Industrie mit fremden Arbeitern eingetreten und viele von den zugewanderten hatten hier Familien gegründet. Durch die starke Zuwanderung waren naturgemäß

in der Zusammensetzung der Einwohnerschaft wesentliche Verschiebungen eingetreten. Der Anteil der Ortsgebürtigen an der Gesamtbevölkerung ging seit 1875 allmählich etwas aufwärts, erreichte im Jahre 1880 die Höhe von 39,56 Prozent und fiel dann bis 1900 auf 38,45 Prozent zurück; der Anteil der aus dem übrigen Königreich Sachsen Gebürtigen verringerte sich seit 1885 von 41,18 auf 37,47 Prozent. Dagegen war die Zahl der aus den andern deutschen Staaten stammenden Dresdner Einwohner in fortwährendem Steigen. Dresden bildete aber nicht den Mittelpunkt eines nach allen Richtungen gleichmäßig ausgedehnten Zuzugsgebiets: es waren vorzugsweise die Landwirtschaft treibenden Gegenden des Ostens und Nordostens, die ihre Bevölkerung hierher abgaben. So war auch in diesem kleinen Gebiete der große Zug wiederzuerkennen, dem die innern Wanderungen im Deutschen Reiche folgen. Nichtsächsische Deutsche wohnten in Dresden im Jahre 1885 15,38 Prozent, im Jahre 1900 18,98 Prozent; von ihnen waren allein die aus der preußischen Provinz Schlesien Gebürtigen von 4,56 auf 7,64 Prozent gestiegen. Es befanden sich unter den 396 146 Einwohnern, die am 1. Dezember 1900 in Dresden gezählt wurden, 301 000 geborene Sachsen, davon etwas über die Hälfte geborene Dresdner; von den übrigen Einwohnern stammten 75 000 aus andern deutschen Staaten und 20 000 aus dem Auslande. Seit 1871 war der Prozentsatz der Sachsen von 87,80 auf 75,91 gefallen, dagegen der der Staatsfremden von 12,20 auf 24,09, der der Reichsfremden, hauptsächlich Österreicher, von 3,53 auf 5,09 gestiegen. Die Vermehrung der Ausländer kam nicht der vorwiegend aus Rentnern und Studierenden bestehenden „Fremdenkolonie" zu gute: die Engländer und Amerikaner waren im Jahre 1900 mit 1654 Köpfen nur um etwa 300 stärker vertreten als 1875, während die damals vorhandenen 1000 Russen und Polen der vermögenden Klassen aus nationalen Beweggründen Deutschland nach und nach den Rücken gekehrt hatten und durch eine ungefähr gleichgroße Zahl russischer und polnischer Arbeiter ersetzt waren. Die Hauptmasse des fremdsprachigen Ausländertums stellten aber nun die Tschechen, die, gegen 2600 Köpfe zählend, fast durchgängig dem arbeitenden und dienenden Stande angehörten und namentlich zahlreich als Schneider- und Schuhmachergesellen ihr Brot suchten. Diese fremden Elemente, an Bildung und Sitte von den einheimischen Arbeitern unterschieden, vermochten einen Einfluß auf deren Anschauungen und Lebensgewohnheiten um so weniger auszuüben, als sich die Deutschen seit dem Nationalitätenkampfe in Österreich ihnen gegenüber meist abweisend verhielten. Dagegen konnte die Anwesenheit von 75 000 Deutschen aus andern Staaten, die zum Teil den gebildeten Klassen angehörten, nicht ohne Einwirkung auf die Stammeseigentümlichkeiten der Bevölkerung bleiben.

Sie hat sich vor allem stark in der Zurückdrängung des sächsischen Dialekts geäußert, zumal da dieser gleichzeitig von der Schule mehr als früher bekämpft wurde; und wenn vielleicht dem weichen Charakter der Obersachsen etwas norddeutsche Schärfe zugesetzt worden ist, so wird dies kein Nachteil für ihn gewesen sein.

Es konnte nicht ausbleiben, daß das starke Anschwellen der Bevölkerung Mißstände im Wohnungswesen zeitigte. Nach den Ergebnissen einer 1886 angestellten behördlichen Erhebung bestand schon damals Wohnungsmangel: etwa 5000 kleine Wohnungen, in denen der sechste Teil der gesamten Bevölkerung wohnte, waren als überfüllt zu betrachten. Um die Herstellung kleiner Wohnungen zu erleichtern, wurde aus den Kreisen der Hausbesitzer angeregt, die baupolizeilichen Vorschriften einzuschränken, wonach jede Wohnung mindestens 30 Quadratmeter Grundfläche und einen eignen Abort besitzen mußte. Aber wenn auch der lebhafte Luftwechsel im Elbtale, der durchlässige Untergrund, genügende Entwässerungsanlagen, eine vorzügliche Wasserleitung, ausgedehnte Waldungen im Norden der Stadt, zahlreiche mit Bäumen bepflanzte Straßen und Plätze und umfangreiche Villenviertel mit Privatgärten die gesundheitlichen Verhältnisse der Stadt als günstig erscheinen ließen, so glaubte es die Baupolizei doch nicht verantworten zu können, zur Beseitigung eines augenblicklichen Bedürfnisses die Anforderungen der Gesundheitspflege im Bauwesen herabzusetzen. Im Jahre 1887 machte sich der Wohnungsmangel als wirklicher Notstand fühlbar, und die Gemeinde hatte mehr als bisher obdachlose Familien unterzubringen. Nun erfuhr zwar die Bautätigkeit, angeregt durch das große Unternehmen des Durchbruchs der König Johann-Straße, einen bedeutenden Aufschwung, der zugleich auf manche einheimische Industriezweige einen belebenden Einfluß ausübte und auch während des geschäftlichen Niederganges zu Anfang der neunziger Jahre nicht wesentlich nachließ: die jährliche Zahl der Wohnhausneubauten, die 1885 auf 79 herabgegangen war, hatte sich 1889 schon wieder auf 255 gehoben und erreichte 1899 mit 355 ihren Höhepunkt. Inzwischen hatte aber auch die Vermehrung der Bevölkerung wieder so große Fortschritte gemacht, daß von einer Erleichterung der Wohnungsnot nicht eher etwas zu spüren war, als bis wieder eine rückläufige Bewegung im Wirtschaftsleben und damit ein Nachlassen des Zuflusses, ja sogar ein Abfluß eintrat.

Die Versuche, dem Mangel an kleinen Wohnungen durch Erbauung von Arbeiterwohnhäusern zu steuern, gehen bis in die ersten Zeiten der großindustriellen Entwicklung Dresdens zurück. Beim goldnen Ehejubelfeste des Königs Johann schenkte der seit 1856 in Dresden wohnhafte ehemalige Großkaufmann Johann Meyer aus St. Petersburg, der zum Danke für mehrere

Stipendienstiftungen 1866 zum Ehrenbürger ernannt worden war, 300000 Mark zur Erbauung von Arbeiterwohnhäusern unter der Bedingung, daß die Stadtgemeinde in beiden Stadthälften Baugründe dazu beschaffe. Aus dieser Stiftung, deren Grundstock 1896 von den Enkeln Meyers noch um die Hälfte erhöht wurde, sind seit 1873 in der Leipziger Vorstadt und der Friedrichstadt nach und nach 18 Häuser mit 111 Wohnungen erbaut worden. Um dieselbe Zeit errichteten Villeroy & Boch und später Jordan & Timäus eine Anzahl Wohnhäuser für die bei ihnen beschäftigten Arbeiter. Dieses Vorgehen von Privatunternehmern hat aber wenig Nachfolge gefunden, hauptsächlich weil sich die Fabrikarbeiter, für die doch vielfach gerade die in der Großstadt herrschende größere Bewegungsfreiheit lockend gewesen war, nur ungern in die Abhängigkeit begaben, die mit dem Wohnen in einem dem Arbeitgeber gehörigen Hause verbunden ist. Mit solcher Abneigung hatten Gemeinde und Staat nicht zu rechnen, wenn sie ihren Bediensteten die Sorge um die Wohnung zu erleichtern suchten: die Stadt hat seit 1888 6 Häuser bei der Gasfabrik in Reick und auf der Maternistraße, der Staatsfiskus seit 1894 19 Häuser, größtenteils in der Friedrichstadt und im Vororte Löbtau gelegen und für Arbeiter und Beamte der Eisenbahnen bestimmt, errichten lassen. Von Bedeutung ist aber auch die Tätigkeit gemeinnütziger Vereine auf diesem Gebiete geworden. Im Jahre 1871 war ein „Dresdner Bauverein für Familienwohnungen" zusammengetreten, aber schon 1875 hatte er nach Herstellung von 3 Häusern das Bauen wieder eingestellt. Der im Jahre 1886 auf Anregung des Mietbewohnervereins gegründete „Gemeinnützige Bauverein", eine Aktiengesellschaft, die den Anteilinhabern eine Anwartschaft auf Wohnung gewährt, eröffnete 1888 die erste Gruppe seiner Vereinshäuser in der Friedrichstraße und hat dort bisher 12 und in Löbtau 3 große Häuser mit kleinen und mittleren Wohnungen fertiggestellt. Sechs ähnliche Häuser besitzt der unter dem Schutze der Königin Carola stehende „Johannesverein" seit 1890 in der Sebnitzer Straße, ebenso seit 1892 der „Stadtverein für innere Mission" 4 Häuser in der Friedensstraße und der Mietbewohnerverein 5 Häuser. Zuletzt ist der 1898 gegründete „Spar- und Bauverein" mit gutem Erfolg für die Beschaffung kleinerer Wohnungen tätig gewesen und hat in Dresden und Umgegend bereits 21 Häuser hergestellt. Dazu sind ihm vom Landesversicherungsamte Hypothekengelder und von mehreren Industriellen Beihilfen gewährt worden. In jüngster Zeit hat ihm der Reichsfiskus einen Baublock in Löbtau in Erbbaurecht zur Errichtung von Wohnungen, hauptsächlich für Postbeamte, überlassen; seine Versuche aber, von der Stadtgemeinde finanzielle Unterstützung zu erlangen, sind hauptsächlich an der Gegnerschaft des im Stadtverordnetensaale ausschlaggebenden Hausbesitzerstandes ge-

scheitert. Als 1901 der Privatgelehrte Dr. Krenkel der Stadt 300000 Mark zur Erbauung von Häusern mit billigen Wohnungen unter der Bedingung hinterließ, daß die Gemeinde die Bauplätze dazu unentgeltlich hergebe, wurde dieses Vermächtnis allerdings angenommen. Im ganzen jedoch haben sich bisher die Bestrebungen zur Lösung der Wohnungsfrage in Dresden weder bei den Behörden noch in der Bevölkerung zu einer den Forderungen der modernen Sozialpolitiker entsprechenden allgemeinen Würdigung durchzuringen vermocht.

Für die bemittelten Klassen hat es sich bei der Wohnungsfrage immer nur um die Aufwendung eines höheren oder geringeren Mietzinses gehandelt, an geeigneten Wohnungen selbst ist nie Mangel gewesen. Besonders in den neunziger Jahren wurde eine Fülle geräumiger, allen Anforderungen der Zeit entsprechender Wohnungen hergestellt. Daß diese in ihrer großen Mehrzahl Abnehmer fanden, lieferte den besten Beweis, wie sehr mit dem Aufschwunge des Erwerbslebens ein höherer Wohlstand in breite Schichten der Bevölkerung geflossen war. Das in Dresden steuerpflichtige Einkommen hatte sich zwischen 1888 und 1900 von 205 auf 405½ Million Mark, der auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Durchschnittsbetrag von 690 auf 872 Mark erhöht, und an dieser Steigerung war überwiegend das Einkommen aus Arbeitslohn, Handels- und Gewerbebetrieb beteiligt. Der jährliche Ertrag der Steuern für die politische und die Schulgemeinde war in derselben Zeit von 19,61 auf 27,84 Mark auf jeden Einwohner gewachsen. Die Summe der von der Dresdner Bevölkerung an Staat und Gemeinde jährlich entrichteten Steuern und Abgaben erreichte im Jahre 1900 die stattliche Höhe von mehr als 17 Millionen Mark. Dresden brachte 21 Prozent der gesamten Einkommensteuer des Staates auf, während seine Bevölkerung doch nur 9,43 Prozent der Landesbewohner ausmachte. Daß die Stadt damit auch den fünften Teil der Kosten aller hier ausgeführten Staatsbauten getragen hat, ist eine in den Kreisen der Landesvertreter nicht immer genügend gewürdigte Tatsache.

Das Bild wirtschaftlicher Blüte, das diese Zahlen bieten, zeigte sich nach außen hin auch in dem mächtigen Anschwellen des Verkehrs. Die Personenbeförderung auf den Straßenbahnen war innerhalb der letzten zehn Jahre fast auf das Fünffache gewachsen, der Brief- und Telegrammverkehr hatte sich verdoppelt, und der Güteraustausch auf den Eisenbahnen und zu Wasser wies stetig wachsende Ziffern auf. Da trat im Sommer 1900, während die deutsche Industrie auf der Pariser Weltausstellung Triumphe feierte, so plötzlich ein Umschwung ein, daß selbst viele Beteiligte davon überrascht wurden. Die Ursache war dieselbe wie einst bei dem Zusammenbruch während der Wiener Weltausstellung: vermöge des der Industrie von den Banken gewährten un-

beschränkten Kredits hatten zahllose Gründungen und Betriebserweiterungen die Warenerzeugung so gesteigert, daß die Nachfrage damit nicht Schritt halten konnte. Überspekulation im Baustellenhandel und Überproduktion im Wohnhausbau bewirkten in Verbindung mit der äußersten Geldknappheit, die die Beschaffung von Hypotheken ungemein erschwerte, zunächst eine Krisis im Baugewerbe, der zahlreiche Bauunternehmer zum Opfer fielen. Dabei wurden viele Industrien, die Baubedarfsgegenstände herstellten, in Mitleidenschaft gezogen. Überdies wirkte eine schwere Kohlennot lähmend auf das ganze Wirtschaftsleben: ein im Januar 1900 ausgebrochener Ausstand der böhmischen Kohlengrubenarbeiter hatte einen nie dagewesenen Mangel an Kohlen zur Folge, der viele Gewerbtreibende zu wochenlanger Einstellung des Betriebes nötigte und selbst dem Straßenbahnverkehr und der öffentlichen Beleuchtung Beschränkungen auferlegte; auch nach der Beilegung des Ausstandes noch dauerte die Kohlenteuerung in drückender Weise fort. Die Kaufkraft weiter Bevölkerungskreise ging zurück, der Absatz stockte, Arbeitseinschränkungen und selbst Arbeiterentlassungen wurden unvermeidlich. Das Gründungsfieber, das in den drei Jahren 1897 bis 1899 allein im Dresdner Handelskammerbezirke 56 Aktiengesellschaften mit 70 Millionen Mark Kapital gezeitigt hatte, war wie mit einem Schlage verschwunden. Die schlimmsten Erschütterungen des Erwerbslebens brachte das Jahr 1901. Eine der größten Aktiengesellschaften in der Elektrizitätsindustrie, die Besitzerin der vormals Kummerschen Werke in Niedersedlitz, war durch ertragslose Bahnunternehmungen an den Rand des Abgrundes geraten und riß die „Kreditanstalt für Industrie und Handel", die ihr in einem die eignen Kräfte weit übersteigenden Maße, bis zur Höhe von fast 9 Millionen, Kredit gewährt hatte, mit ins Verderben. Als die schwierige Lage der Kreditanstalt bekannt wurde, erfolgte am 10. und 11. Juni ein Ansturm der Geldeinleger auf ihre Kasse. Nur durch die Hilfe der Sächsischen, der Dresdner und der Deutschen Bank ward es ihr ermöglicht, auf dem Wege der Liquidation ihre Geschäfte abzuwickeln, wobei sich ein Kapitalverlust von 17½ Million Mark ergab. Die Kummersche Gesellschaft mit ihren Tochterunternehmungen verfiel dem Konkurs. Kurz darauf brach infolge maßloser Kreditgewährung an die Kasseler Trebertrocknungsgesellschaft die Leipziger Bank zusammen. Der Fall dieser früher hochangesehenen Anstalt erzeugte in weiten Kreisen der Besitzenden ein solches Mißtrauen gegen die Aktienbanken, daß am 25. Juni nicht nur die Filiale der Leipziger Bank, sondern zugleich auch die Dresdner Bank einen Ansturm ihrer Einleger zu bestehen hatte. Doch die mit einem Grundkapitale von 130 Millionen und einem Reservefonds von 34 Millionen ausgestattete Dresdner Bank, jetzt eine der größten in Deutschland, zeigte sich

allen Anforderungen gewachsen und vermochte in wenigen Tagen sehr bedeutende Summen zurückzuzahlen. Die Vorgänge im Bankwesen vermehrten die Schwierigkeit der Kreditbeschaffung für die Industrie und beschleunigten deren Niedergang. Die Betriebseinschränkungen wurden fast allgemein, Lohnherabsetzungen und Arbeitslosigkeit nahmen einen bedenklichen Umfang an, bittere Not zog in viele Arbeiterfamilien ein. Zu den wenigen Gewerbszweigen, die noch eine aufsteigende Entwicklung zeigten, gehörten glücklicherweise gerade einige in Dresden stark vertretene Fabrikationen: die von Nähmaschinen, Pianofortes und photographischen Papieren und Apparaten. Schwer dagegen war die elektrische und die Maschinenindustrie betroffen, und am trübsten sah es im Baugewerbe aus. Der Grundstückshandel war auf ein Drittel seines Umfangs vom Jahre 1897 zurückgegangen, die Zahl der Zwangsversteigerungen von Häusern und Baustellen aber auf das Fünffache gestiegen. Der schlechte Stand des Grundstücksmarktes brachte schließlich auch noch ein Kreditinstitut zu Falle, mit dem Tausende von Kleinbürgern und Gewerbtreibenden als Spareinleger oder Wechselschuldner in Verbindung standen: die „Spar- und Vorschußbank", die 1897 aus dem schon seit 40 Jahren bestehenden „Spar- und Vorschußvereine" hervorgegangen war. Sie hatte die Sparer durch hohe Verzinsung der Einlagen an sich gezogen und gegen 8 Millionen Mark Spargelder in unsichern Hypotheken angelegt, die bei dem Niedergange der Grundstückspreise zum Teil ihren Wert verloren. Die Bank vermochte die von ihr zurückgeforderten Gelder nicht zu beschaffen und meldete am 4. Dezember 1901 den Konkurs an. Um den sofortigen Ruin zahlreicher wenig bemittelter Dresdner Einwohner abzuwenden, leitete der Oberbürgermeister Beutler eine Hilfstätigkeit ein, die darauf hinauslief, daß die Stadtgemeinde und mehrere Bankhäuser gemeinschaftlich auf die Einlagebücher der Vorschußbank bis zur Höhe von 25 Prozent Darlehen gewährten. Eine Vereinigung von Einlegern suchte durch Erwerbung und allmähliche Verwertung der von der Bank beliehenen Grundstücke die Verluste herabzumindern.

An diese Vorgänge schlossen sich tiefgreifende Veränderungen im Bankwesen Dresdens. Die 1898 gegründete „Sächsische Handelsbank" fand keinen ausreichenden Boden für ihre Geschäftstätigkeit und löste sich auf. Ihr neues Bankgebäude kaufte die Deutsche Bank; sie eröffnete alsbald nach dem Falle der Leipziger Bank in der Absicht, deren Kundschaft an sich zu ziehen, ein Zweiggeschäft in Dresden und nahm in dieses zugleich die Bankfirma Menz, Blochmann & Co. auf. Im Sommer 1902 mußte auch noch das Bankhaus Eduard Rockisch' Nachfolger, das sich vorwiegend in Fabrikunternehmungen und Grundstücksspekulationen betätigt hatte, in Liquidation treten; die Dresdner

Bank übernahm die Ordnung seiner Verhältnisse und damit auch seine Kundschaft. Endlich ging das alte Bankhaus Günther & Rudolph samt seinem neuen Gebäude am Altmarkte an die Allgemeine deutsche Kreditanstalt in Leipzig über. So war das Ergebnis des Kreditsturzes die Aufsaugung einer Anzahl kleinerer Banken durch wenige große, eine Entwicklung, die durch die deutsche Börsengesetzgebung ohnehin begünstigt wurde. Den Hauptvorteil aber hatte neben den unter behördlicher Aufsicht arbeitenden Banken, wie der Sächsischen Bank und der seit 1872 hier bestehenden Filiale der Landständischen Bank des Markgraftums Oberlausitz, besonders die Reichsbank. Die Dresdner Reichsbankstelle blickte seit ihrer im Jahre 1875 erfolgten Begründung auf eine fruchtbare Tätigkeit zurück. Ihr Geschäftsumsatz war zwischen 1876 und 1901 von 629 Millionen auf $4^1/_6$ Milliarde gestiegen. Während sich der Geschäftsverkehr bei der Reichsbank seit 1875 im allgemeinen um das Doppelte vermehrt hatte, war er bei der Dresdner Bankstelle auf das Siebenfache gewachsen. So konnte es nicht ausbleiben, daß der Bundesrat einen lange gehegten Wunsch der Dresdner Geschäftswelt endlich erfüllte, indem er die Bankstelle vom 1. Januar 1903 an in eine Hauptbankstelle verwandelte.

Auch der Sparkasse hatte die Erschütterung des Vertrauens in die Sicherheit der Privatbanken beträchtliche Gelder zugeführt. Bei dieser 1828 in städtische Verwaltung übergegangenen Anstalt hatte sich der Geldverkehr seit 1868 verzehnfacht: die Einzahlungen betrugen im Jahre 1901 24 Millionen, die Rückzahlungen 20 Millionen Mark; am Ende des Jahres waren 269 577 Sparbücher mit 84,8 Millionen Einlage vorhanden. Die ansehnlichen Überschüsse der Sparkasse wurden, soweit man sie nicht zur Unterhaltung eines Sicherheitsschatzes und zur Deckung von Kursverlusten an Wertpapieren brauchte, für gemeinnützige Zwecke, vorzugsweise für städtische Wohltätigkeitsanstalten und zur Kranken- und Armenpflege, verwendet und haben für solche Zwecke bisher nahezu $4^1/_2$ Million Mark abgeworfen.

Der Aufschwung der Sparkassen beweist aber schwerlich mehr, als daß die Vorteile dieser Anstalten in steigendem Maße von den Sparern und Geldanlegern, besonders aus dem Mittelstande, erkannt worden sind. Eine Vermehrung des Spartriebes ist in den breiten Schichten des Volkes und namentlich des Arbeiterstandes keineswegs zu beobachten gewesen. Gegenüber dem Massenelend, wie es in einer starken Industriebevölkerung herrscht, war ohnehin von Selbsthilfe ebenso wie von Wohltätigkeitsbestrebungen eine durchgreifende Wirkung nicht mehr zu erhoffen, hier vermochte nur noch die staatliche Zwangsgewalt vollen Erfolg zu erzielen. Die Reichsgesetzgebung über die Arbeiterversicherung schuf für Millionen ein Recht auf Unterstützung im Falle von Krankheit und Arbeits-

unfähigkeit. Die Invalidenversicherung zwar äußerte ihre wohltätigen Wirkungen nur allmählich, und es gab im Jahre 1901 in der Stadt noch nicht mehr als 1725 Rentenempfänger, um so größere Bedeutung aber hat von Anfang an die Krankenversicherung gehabt. Es wurden im Jahre 1884 sieben Ortskrankenkassen errichtet; sie schlossen zu gemeinsamer Verwaltung einen Verband, verschmolzen sich aber schon nach zwei Jahren zu einer einzigen, die im Jahre 1901 fast 81 000 Mitglieder zählte. Die Gesamtleistung der in der Stadt bestehenden Krankenkassen, denen 133 000 Personen, also der dritte Teil der ganzen Einwohnerschaft, als Mitglieder angehörten, belief sich für das Jahr 1901 auf die ansehnliche Summe von 3 070 000 Mark.

Für die Arbeiter der städtischen Gas- und Wasserwerke, später auch der Elektrizitätswerke, bestand eine eigne Betriebskrankenkasse. Nachdem aber die Stadtverwaltung durch die fortwährende Vermehrung und Ausdehnung ihrer gemeinwirtschaftlichen Betriebe zur größten Arbeitgeberin des Ortes geworden war, wollte sie die Versicherung ihrer gesamten Arbeiterschaft selbständig regeln, namentlich in der Absicht, sich einen tüchtigen Arbeiterstamm zu schaffen und zu erhalten, der an dem Betriebe mehr Anteil nimmt als häufig wechselnde Leute. Sie rief vom 1. Januar 1902 an eine allgemeine städtische Betriebskrankenkasse ins Leben, der alle im städtischen Dienste stehenden Versicherungspflichtigen, zusammen etwa 5 600, darunter gegen 1 500 vorübergehend bei der Schneebeseitigung beschäftigte Personen, angehören sollten und die den Versicherten mannigfache Vorteile gegenüber der Ortskrankenkasse bot, namentlich hinsichtlich der längeren Dauer der Krankenunterstützung und ihrer Ausdehnung auf die Familienangehörigen. Noch mehr kam die Absicht der Stadtgemeinde, die sozialen Pflichten gegenüber ihren Arbeitern in erhöhtem Maße und für die Privatunternehmungen vorbildlich zu erfüllen, in einer Ende 1902 festgestellten Arbeiterordnung zum Ausdruck, die die Verhältnisse der städtischen Arbeiter im Sinne einer Annäherung ihrer Stellung an die des Beamtentums regelte und ihnen schwerwiegende Vorteile, wie Pension, Witwen- und Waisenunterstützung, Lohnzulage, Urlaub und Unterstützung bei militärischen Übungen verschaffte.

Die Privatwohltätigkeit, die sich früher in einem schlecht geregelten Almosenspenden zersplittert hatte, war mit Vorliebe der Krankenfürsorge zugewandt. Neben den städtischen Krankenanstalten entstanden Vereinskrankenhäuser, die aber auch von der Stadtgemeinde unterstützt wurden: 1878 die neue Kinderheilanstalt an der Chemnitzer Straße und das vom Albertverein zur Ausbildung von Pflegerinnen begründete „Carolahaus“ an der Blasewitzer Straße, dem die Stadt 1884 zur Errichtung eines Isolierhauses für Diphtheritis- und Scharlachkranke 60 000 Mark bewilligte — 1893 ein neues großes Krankenhaus der

Diakonissenanstalt an der Holzhofgasse, zu dessen Bau die Stadt 100 000 Mark aus den Sparkassenüberschüssen beitrug – 1896 das zu Ehren der Gemahlin des Prinzen Georg benannte „Maria Anna-Kinderhospital" und das von der Königin Carola gestiftete „Sächsische Krüppelheim" in Trachenberge. Stiftungen und Vermächtnisse zu gunsten von Kranken-, Versorgungs- und Erziehungsanstalten nahmen entsprechend dem steigenden Wohlstande an Zahl und Umfang zu: zu den bedeutendsten gehörte das Vermächtnis des 1897 verstorbenen Rentners Tischer für das Bürgerhospital, das der Frau Müller-Berset zur Errichtung einer Erziehungsanstalt für arme Mädchen, die als „Eugenienanstalt" im Oktober 1901 auf dem Rittergute Klingenberg eröffnet wurde, und das Vermächtnis des 1901 verstorbenen Kaufmanns Schlüter, hauptsächlich zur Begründung von Freistellen in städtischen Anstalten bestimmt. Einige alte Stiftungen, so das Maternihospital und die Ehrlichsche Stiftung zur Unterhaltung einer Erziehungsanstalt, erfuhren beträchtlichen Vermögenszuwachs durch vorteilhafte Verwertung der ihnen gehörigen, allmählich zu Baugrund gewordenen Ländereien und vermochten ihre Räume und die Zahl ihrer Pfleglinge zu vergrößern. Die Stiftung des im Jahre 1875 verstorbenen Dr. Justus Friedrich Güntz, die seit 1856 die Erträgnisse des „Dresdner Anzeigers" teils für die Wohltätigkeitsanstalten, teils für die Verschönerung der Stadt zur Verfügung stellte, wuchs fortwährend an Umfang und erfuhr eine bedeutende Verstärkung, als ihr 1895 Clemens Blochmann die Buchdruckerei, in der der Anzeiger hergestellt wurde, als Geschenk übereignete; die jährlichen Erträgnisse dieser von den beiden ersten Bürgermeistern der Stadt verwalteten Stiftung haben sich von 56 000 Mark im Jahre 1857 auf 321 000 Mark im Jahre 1901 erhöht. Das Vermögen der in städtischer Verwaltung stehenden, überwiegend Wohltätigkeitszwecken gewidmeten Stiftungen ist in den Jahren 1878 bis 1901 von 11½ auf 41½ Million Mark gestiegen.

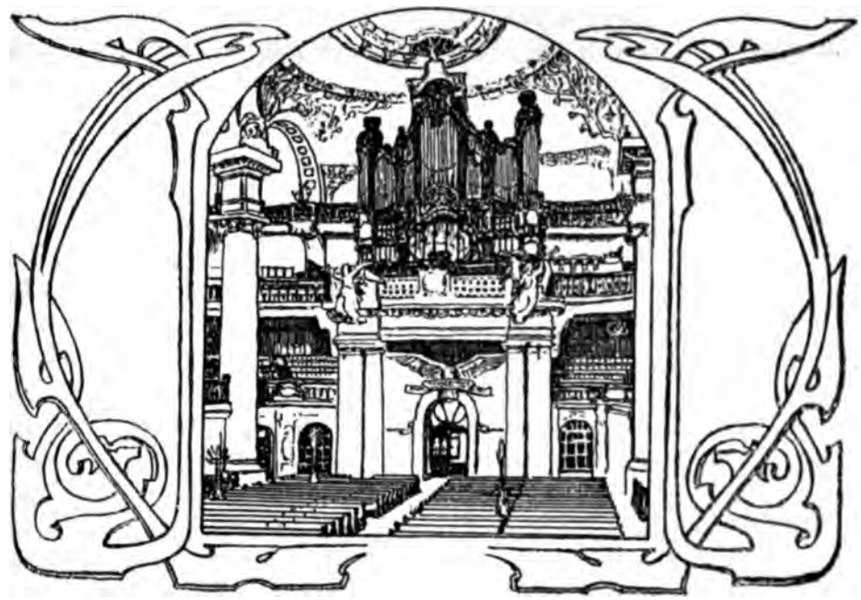
Der öffentlichen Liebestätigkeit in Armen- und Krankenpflege traten seit den siebziger Jahren Bestrebungen zur Seite, die, von national- und sozialpolitischen Beweggründen ausgehend, den Schäden des gesamten Volkskörpers ihre Aufmerksamkeit zuwendeten. Die volksfreundlich gesinnten Kräfte hatten sich bisher überwiegend im politischen Parteileben verbraucht. Nachdem aber mit der Gewährung des allgemeinen Wahlrechts zum Reichstage der Kampf um die Volksrechte einen großen Teil seiner Bedeutung verloren hatte, fingen die im öffentlichen Leben stehenden Männer an, sich ohne Rücksicht auf die Parteistellung zur Pflege des Volkswohls zu verbinden. Die hervorragendste Vereinigung solcher Art war der „Gemeinnützige Verein", der am 24. November 1874 unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Bönisch in der Absicht zusammentrat, die sittlichen, geistigen und wirtschaftlichen Interessen der Dresdner Be-

völkerung zu fördern. Er begann seine Tätigkeit sogleich mit der Veranstaltung öffentlicher und unentgeltlicher Vorträge für jedermann; solche sind seitdem ununterbrochen jeden Winter im Stadtverordnetensaale gehalten worden, und Vertreter aller Wissensgebiete haben sich in den Dienst dieses Unternehmens gestellt. Im Herbst 1875 eröffnete der Verein zwei Volksbibliotheken; für diese Aufgabe gewann er alsbald die Unterstützung der Stadtgemeinde, und auf deren Kosten sind nach und nach 12 solcher Bibliotheken gegründet worden, die es im Jahre 1901 auf eine Ausleiheziffer von 190 000 Bänden brachten. Seit 1879 sandte der Verein jeden Sommer Hunderte von erholungsbedürftigen armen Kindern in „Ferienkolonien"; dazu wurden ihm aus den bemittelten Bevölkerungskreisen alljährlich ansehnliche Mittel gespendet, und mit Hilfe von Vermächtnissen konnte er sich 1891 im Walde bei Klingenberg ein eignes „Sommerheim" erbauen. Auch die vom Vereine seit 1881 eingerichteten Schülerwerkstätten für Handfertigkeitsunterricht und die seit 1884 gepflegten Jugendspiele haben für die körperliche Schulung und Kräftigung des heranwachsenden Geschlechts gute Frucht getragen. Ähnliche Ziele wie der Gemeinnützige Verein verfolgte der im Jahre 1888 vom Professor Böhmert gegründete Verein „Volkswohl". Er wollte den Tausenden seiner Mitglieder und ihren Angehörigen Sammelplätze zu körperlicher Erholung, geistiger Anregung und harmloser Geselligkeit bieten. Zu diesem Zwecke hat er Volks-Unterhaltungs- und Leseabende, Unterrichtskurse und Vorträge veranstaltet, Lehrlings-, Mädchen- und Volksheime und im Heidepark Spielplätze eingerichtet und damit die geistige und sittliche Hebung weiter Volkskreise gefördert.

Wenn die Leitung eines großen Gemeinwesens im rechten sozialen Sinne erfaßt wird, wird sie sich nicht daran genügen lassen, daß die zusammengeströmten, vielgestaltigen Menschenmassen Arbeit und Brot finden, sie übernimmt auch die Aufgabe, ordnend darauf einzuwirken, wie sie leben und wohnen und selbst wie sie sich erholen und unterhalten. Nicht während der sauren Arbeit, in der frohen Muße nur gedeiht, was den Einwohner zum Bürger macht, dem das Wohl der Stadt und des Vaterlandes am Herzen liegt: das Heimatsgefühl. Wo die Menschen sich mit einander freuen, da fühlen sie sich am liebsten gebunden. Aber nicht von der Zersplitterung der unzähligen, nach Bildung und Besitz gesonderten Vergnügungsvereine, sondern nur von der ausgleichenden Geselligkeit allgemeiner Volksfeste können erzieherische Wirkungen auf die Massen ausgehen. Was die alte Zeit den Dresdnern als ihr größtes Volksfest überliefert hat, die jeden Sommer mit dem Festschießen der Bogenschützengilde verbundene „Vogelwiese", entspricht nicht den neuzeitlichen Anforderungen, und ihre Genüsse, so gern sie noch von der Masse aufgesucht werden, entbehren des ver-

edelnden Inhalts. Die Sozialdemokratie hat es verstanden, ihre Arbeiterfeste mit einem anfeuernden Gedanken zu erfüllen, den sie, wie immer übertreibend, als die Befreiung der Menschheit aus den Fesseln des Kapitalismus bezeichnet. Dem gegenüber kommt es der bürgerlichen Gesellschaft zu, ihre Feste immer mehr unter die Zucht des Vaterlandsgedankens zu bringen. Die besten Helfer bieten sich ihr in den Vereinen, die in körperlichen Übungen auf die Stärkung der nationalen Wehr- und Arbeitskraft abzielen. Die Turnvereine stehen in voller Blüte; der älteste von ihnen, der 1844 gegründete Allgemeine Turnverein, hat 1897 eine eigne neue Turnanstalt in der Permoserstraße, der Turnverein für Neu- und Antonstadt schon 1881 eine solche in der Alaunstraße bezogen. Seit dem Beginn der achtziger Jahre ist der Rudersport in Dresden eingeführt. Die erste Ruderregatta wurde am 16. September 1883 auf der Elbe zwischen Wachwitz und Blasewitz von der Rudergesellschaft Albis unter Teilnahme fremder Rudervereine veranstaltet; der 1890 durch Verschmelzung der drei Vereine Albis, Germania und Triton entstandene „Dresdner Ruderverein" bezog 1898 ein eignes Klub- und Bootshaus in Blasewitz. Zahlreiche Radfahrervereine, Fecht-, Schwimm- und Fußballklubs haben in den letzten zwei Jahrzehnten den Rahmen der Spiel- und Sportbestrebungen erweitert. Und wo sich ihnen noch die spielfreudige Schuljugend hinzugesellte, konnte es an selbsttätigen Kräften für die Belebung neuer, der geistigen und leiblichen Volksgesundung dienender Feste nicht fehlen. Es war im Reiche der Plan großer deutscher Nationalfestspiele aufgetaucht und ein Ausschuß zusammengetreten, um allerwärts dafür zu wirken. Der Oberbürgermeister Beutler, der ihm angehörte, vertrat die Anschauung, daß es darauf ankomme, zunächst örtliche Festspiele ins Leben zu rufen, aus denen erst allmählich die Nationalfestspiele herauswachsen könnten. Auf seine Veranlassung bildete sich am 11. November 1898 ein „Verein für vaterländische Festspiele" mit dem Zwecke, in Dresden alljährlich in der Sedanfestwoche Spiele einzurichten und später den von dem Reichsausschusse gehegten Gedanken allgemeiner Nationalfestspiele zu unterstützen. In einer am 19. Februar 1899 in der Kreuzschule abgehaltenen Versammlung stellte sich auch der Reichsausschuß auf diesen Boden und erweiterte sich zu einem Reichsverein für vaterländische Festspiele, der sich in Zweigvereine gliedern sollte. Die Dresdner Festspiele wurden zum ersten Male am 3. September 1899 mit Wettkämpfen von Turnern und Fechtern, Ruderern und Schwimmern, Radfahrern und Ballspielern, mit Jugendspielen und Aufführungen der Gesangvereine auf der Vogelwiese begangen und so in planvollerer Weise ein Gedanke wieder aufgenommen, der sich vereinzelt schon bei den Sedanfesten der Jahre 1875 und 1888 Geltung zu verschaffen gesucht hatte. Die Festspiele

gewannen mit jedem Jahre an Volkstümlichkeit; 1902 fanden ſie auf den neuen ſtädtiſchen Spielwieſen vor „Antons“ ſtatt. Wenn ſie an Umfang und Geſtalt ſo zunehmen, daß die im Volke vorhandene Feſtesluſt dabei ihre Befriedigung findet, kann Dresden es noch erleben, daß in ihrem Singen und Jauchzen der Lärm der benachbarten Vogelwieſe untergeht. „Brot und Spiele“ ſollen auch die Großſtädte der Neuzeit ihren Bewohnern bieten, nur muß das Brot durch Arbeit verdient und das Spiel von vaterländiſchem Geiſte getragen ſein.



## XVII.

# Das kirchliche Leben.

Mit dem kirchlichen Leben Dresdens war es in den sechziger Jahren nicht gut bestellt. Die orthodoxe Theologie, mit der man von oben her die vom politischen Radikalismus geförderte Freigeisterei bekämpfen wollte, hatte keine Macht über die Gemüter mehr. Nur die hervorragenden Prediger Langbein und Rüling vermochten bei der evangelischen Hofkirche noch einen Kreis kirchlich Gesinnter, hauptsächlich aus dem Adel und der Beamtenschaft, zusammenzuhalten. Der Kirchenbesuch war in den meisten Gemeinden schlecht, die Versorgung der Stadt mit Kirchen und Geistlichkeit mangelhaft, die Seelsorge völlig ungenügend. Die Kirche litt, freilich schon seit der Reformation, an dem Mangel einer lebenskräftigen Gemeindeordnung. Es waren daher bedeutende Fortschritte, als 1868 die sächsische Kirchenvorstands- und Synodalordnung das Laientum zur Verwaltung der kirchlichen Angelegenheiten heranzog und 1873 das Kirchenregiment, das bis dahin vom Kultusministerium und den Kreishauptmannschaften ausgeübt wurde, im Landeskonsistorium einen festen Mittelpunkt und rein kirchlichen Charakter erhielt. Kam hierzu noch die Vermehrung der geistlichen Kräfte und die Bildung kleinerer Gemeinden, so ließ sich ein Wiederaufblühen des kirchlichen Lebens um so mehr

erhoffen, als der ernste religiöse Sinn, der sich nach den Erschütterungen der Revolutionsjahre vieler Orten in Deutschland regte, nun doch auch in Dresden wirksam zu werden begann.

Den Anfang mit der Zerteilung übergroßer Gemeinden hatte 1874 der Pfarrer Emil Sulze an der Johannisparochie in Chemnitz gemacht. Seinem Beispiele folgte in Dresden der Kreuzpfarrer und Stadtsuperintendent Moritz Franz, der 1873 an die Stelle des zum Oberhofprediger ernannten Kohlschütter getreten war. Von der Kreuzparochie, die damals 90 000 Seelen, davon 18 000 in den eingepfarrten Dorfschaften, umfaßte, wurden auf sein Betreiben am 1. Januar 1878 zwei neue Gemeinden abgezweigt, die der Frauenkirche mit 12 000 und die der Johanneskirche mit 23 000 Seelen; gemeinsam blieben allen dreien der Elias- und Trinitatisfriedhof und auch der 1881 geweihte neue Johannesfriedhof auf Tolkewitzer Flur. An der Frauenkirche, die bis dahin nur Predigtkirche gewesen war, wirkte seitdem als Pfarrer der bisherige Stadtprediger und Landsuperintendent Ernst Meier, an der neugebauten Johanneskirche, deren Einweihung am 24. April 1878 erfolgte, ward der Diakonus Clemens Peter als Pfarrer angestellt. Es zeigte sich bald, daß diese Teilung wie auch die selbständige geistliche Versorgung der bei der Kreuzparochie verbliebenen Landgemeinden eine wesentliche Förderung des kirchlichen Lebens mit sich brachte. Inzwischen war 1876 Sulze als Pfarrer an die Dreikönigskirche berufen worden. Sogleich nahm er auch hier die Vorarbeiten zur Teilung seiner großen Parochie in Angriff. Er betrachtete nicht den öffentlichen Gottesdienst, sondern die Seelsorge als die wichtigste Aufgabe des Geistlichen und suchte mit Hilfe des Kirchenvorstandes eine Gemeindeseelsorge ins Leben zu rufen; für erstrebenswert hielt er kleine Gemeinden von etwa 3000 Seelen wie in England, in jeder nur ein Geistlicher, aber viele Helfer in der Seelsorge und der Liebestätigkeit. Es gelte, meinte er, ernste sittliche Schäden zu bekämpfen, gegen die die Predigt, und wenn mit Engelszungen geredet würde, nicht aufkommen könne. Nur in kleinen Gemeinden werde sich ein die Sittlichkeit hebender Geist der Gemeinschaft herausbilden, der das einzelne Mitglied nicht sinken lasse. Von dem Segen, den der Zusammenschluß der Gemeindemitglieder zu einer großen Familie bringen müsse, könne in dem Chaos einer Parochie von Zehntausenden nichts empfunden werden. — Seinen Bemühungen gelang es, bis zum Jahre 1881 die Teilung der Neustädter Parochie in vier selbständige Gemeinden durchzusetzen: die Dreikönigsgemeinde in der innern Neustadt, die Martin Luther-Gemeinde in der Antonstadt, die St. Pauli-Gemeinde in der östlichen und die St. Petri-Gemeinde in der westlichen Leipziger Vorstadt mit 21 400, 21 800, 8700 und 4000 Seelen. Die einzelnen Gemeinden wurden

in mehrere Bezirke eingeteilt, von denen jeder einen bestimmten Geistlichen zur Ausübung der Seelsorge zugewiesen erhielt. Diese Einrichtung von Seelsorgerbezirken ging bald auch auf die andern Parochien der Stadt über und bürgerte sich allmählich in der ganzen Landeskirche ein. Nachdem die schwierige vermögensrechtliche Auseinandersetzung der Neustädter Gemeinden beendet war, machte sich Sulze an die Fortführung seines Werkes. Er schlug 1885 vor, von der Dreikönigsgemeinde den um die Königsbrücker Straße gelegenen Nordbezirk abzutrennen. Der Kirchenvorstand ging noch darüber hinaus und beschloß, auch aus dem von der Hauptstraße und der Glacisstraße begrenzten ehemaligen Bereiche der Kasernen eine neue Gemeinde, wenn auch ohne eigne Kirche, zu bilden. Eine so weitgehende Teilung stieß aber bei den kirchlichen Behörden wie beim Stadtrate auf Widerspruch und unterblieb.

Damit waren Sulzes Bestrebungen, soweit sie auf die Bildung ganz kleiner Gemeinden hinzielten, gescheitert, jedoch die Zerteilung der übergroßen Parochien und die Errichtung neuer Kirchen machte in den übrigen Stadtteilen auch künftig gute Fortschritte. Freilich wuchs die Bevölkerung so schnell, daß in manchen neugebildeten Gemeinden die geistlichen Kräfte bald wieder an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit anlangten. Von der Annenkirchgemeinde wurde 1884 die Wilsdruffer Vorstadt als St. Jacobi-Parochie abgetrennt und erhielt das alte Kirchlein des Ehrlichschen Gestifts als einstweiliges Gotteshaus zugewiesen. Aus der Johannesparochie mußte 1887 die mächtig gewachsene Johannstadt ausgepfarrt werden; sie bildete seitdem die Trinitatisparochie. Von der großen Kreuzkirchgemeinde löste sich 1889 die Südvorstadt mit Räcknitz, Zschertnitz und Kleinpestitz als Lukasparochie los. Die Auspfarrung der zur Kreuzkirche gehörigen 16 Dörfer hatte 1876 mit Roßthal begonnen, 1880 wurde Striesen, 1887 Blasewitz und Neugruna selbständig, 1891 Löbtau und Naußlitz, 1893 Strehlen, und 1902 wurde aus den letzten noch in die städtische Hauptkirche eingepfarrten Landgemeinden Bannewitz, Boderitz und Kleinnaundorf eine eigne Parochie gebildet.

Mit der Gründung neuer Gemeinden verband sich die Einrichtung neuer Gottesdienste. Hierin entfaltete Franz Dibelius, der 1874 von Berlin als Pfarrer an die Annenkirche berufen worden war, eine bahnbrechende Tätigkeit. Die von ihm alsbald eingeführten Kindergottesdienste, anfangs von der Lehrerschaft scharf bekämpft, wurden schnell in allen Gemeinden Dresdens und nach und nach im ganzen Lande heimisch, ebenso erzielte er mit der Verlegung der verödeten Sonntagnachmittags-Gottesdienste auf den Abend eine überraschende Hebung des Kirchenbesuchs. Und nachdem er 1884 Kreuzpfarrer und Superintendent geworden war, arbeitete er unermüdlich an der Ausgestaltung

der zahlreichen neuen Gemeinden und sein anfeuerndes Wirken machte sich im ganzen kirchlichen Leben der Stadt geltend.

Kirche und Geistlichkeit rückten der Bevölkerung näher. In den meisten Gemeinden war nun auch die Möglichkeit einer besseren Seelsorge geschaffen. Namentlich die Einteilung in Seelsorgerbezirke übte einen wohltätigen Einfluß, auch auf die Geistlichen selbst, bei denen vor der Verantwortung für ihren Bezirk die theologische Richtung zurücktrat. Ohnehin gab es keine zu schroffen Gegensätze und Meinungsstreitigkeiten unter den Geistlichen Dresdens. Die Richtung der strengen Lutheraner hatte hier wenig Vertreter. Auf der andern Seite besaß der Protestantenverein, der die Männer des kirchlichen Fortschritts und die Vertreter des Gemeindeprinzips in sich vereinigte, zur Blütezeit des politischen Liberalismus zwar im Rate manche Freunde, die dafür sorgten, daß seine Richtung bei der Besetzung der geistlichen Ämter nicht unberücksichtigt blieb, aber zu einem ausgebreiteten Einflusse in der Bevölkerung konnte er es nicht bringen. Im ganzen und großen herrschte unter der Geistlichkeit eine friedliche, vermittelnde Richtung vor.

Für das Verhältnis der Geistlichen zum Volke ward die Zivilstandsgesetzgebung des Jahres 1875 von großer Bedeutung: mehr als was das geistliche Amt dadurch plötzlich an äußerer Macht einbüßte, gewann es allmählich an innerer Kraft. Namentlich die notwendig gewordene Festsetzung der Geistlichenbesoldung und die Unentgeltlichkeit der Amtshandlungen hatte gute Folgen. Mit der Aufhebung des kirchlichen Zwanges trat zwar zunächst ein Ausfall an Taufen, Trauungen und kirchlichen Beerdigungen ein, aber schon nach wenigen Jahren war diese kirchenfeindliche Strömung überwunden und gelangte die kirchliche Sitte wieder zur vollen Geltung. Der Kirchenbesuch wurde immer lebhafter, besonders wo hervorragende Prediger ihre Gemeinde zu ergreifen und zu erbauen verstanden. Die stetig steigenden Einnahmen aus den Cymbelgeldern und den Kollekten für christliche Liebeswerke waren sprechende Zeugen für die wachsende Anziehungskraft der Gotteshäuser. Selbst die Zahl der Kommunikanten, die in Sachsen im allgemeinen zurückging, wuchs in Dresden und ward bei der Kreuzkirche zuletzt größer als zu der Zeit, da die Parochie noch die dreifache Seelenzahl besaß. So regt sich in Dresdens Kirchen ein Leben, wie es vor drei Jahrzehnten niemand zu erhoffen gewagt hätte und wie kaum eine andre deutsche Großstadt es aufweist. Die ernste evangelische Gesinnung weiter Bevölkerungskreise gab sich wiederholt auch außerhalb der Kirche kund, so bei der großartigen nationalen Feier von Luthers 400jährigem Geburtstage, bei den im Jahre 1888 veranstalteten Luther-Festspielen und besonders bei der Feier zur Erinnerung an die Einführung der Reformation am 7. Juli 1889.

Dieser Tag wurde mit einem evangelischen Volksfeste im Garten des Feldschlößchens beschlossen, dem gegen 3000 Personen, darunter Vertreter der Stadt und die Kirchen- und Schulvorstände, beiwohnten. Der Festredner Meier wollte Dresden nicht nur als eine Stadt der Kunst und Wissenschaft, des Handels und der Industrie gelten lassen, sondern auch als eine Stadt des Glaubens; er richtete an die Versammelten die Frage, ob sie gesinnt seien, treu zum Evangelium zu halten, wie es Luther gelehrt, dem lebendigen Gott bis zum Tode ergeben zu sein im Geiste des großen Reformators, worauf die ganze Gemeinde mit einem lauten Ja antwortete und den Choral „Eine feste Burg ist unser Gott" anstimmte.

Die Geistlichkeit selbst war bestrebt, durch Heranziehung der Laien die frühere Pastorenkirche immer mehr zu einer Volkskirche umzugestalten. In den einzelnen Gemeinden wurden mancherlei neue Einrichtungen geschaffen, durch die sich die Kirche in engere Beziehung zum Volke setzte. Als besonders segensreich erwies sich die nach und nach in allen Parochien eingeführte Gemeindediakonie, die der Kirche erst wieder festen Boden in den untersten Volksschichten verschaffte. Dazu entfalteten alte und neue kirchliche Vereine große Regsamkeit und boten den Laien, besonders auch den Frauen, Gelegenheit zur Mitarbeit an den kirchlichen Aufgaben. Der Gustav Adolf-Verein und der Evangelische Bund fanden in Dresden ein dankbares Arbeitsfeld. Der Stadtverein für innere Mission zog die mannigfaltigsten kirchlichen und sozialen Aufgaben in den Bereich seiner Tätigkeit: Verbreitung christlicher Schriften, Abhaltung von Kindergottesdiensten und Andachten für Obdachlose, Unterstützung von Hilfsbedürftigen, Versorgung verwahrloster Kinder und gefallener Mädchen, Unterhaltung von Kindergarten, Knabenbeschäftigungsanstalt, Mädchenheim, Nähstuben und Dienstbotenlehranstalt, Frauenbeschäftigungsnachweis und Stellenvermittlung und dazu seit 1896 an Wintersonntagen die Veranstaltung volkstümlicher Dichter- und Komponistenabende – wahrlich eine Fülle ersprießlicher Arbeit zu gunsten der geistig und leiblich Bedürftigen im Volke. – In den aufblühenden Jünglings- und Jungfrauenvereinen waltete religiöser und zugleich jugendfroher Sinn, und die seit 1890 von Dibelius und andern Geistlichen begründeten evangelischen Arbeitervereine entwickelten sich hier günstiger als irgendwo im Lande: ihre Führer haben sich der Sorgen des kleinen Mannes redlich angenommen und in Tausenden die Religion und die Liebe zum Vaterlande zu erhalten gewußt.

Für das kirchliche Leben der Stadt waren die der evangelisch-lutherischen Landeskirche nicht angehörigen Einwohner nur von untergeordneter Bedeutung. Zwar hatte sich die Zahl der Katholiken in den Jahren 1871 bis 1900 von 9768 auf 37113, das ist von 5,52 auf 9,28 Prozent der Bevölkerung erhöht.

Aber der Zuwachs bestand überwiegend aus eingewanderten polnischen, schlesischen, böhmischen und italienischen Arbeitern, also kulturell minderwertigen Glaubensgenossen, die der katholischen Kirche wenig innere Stärkung brachten, um so mehr aber ihre Kräfte in Anspruch nahmen. Katholisch-konfessionelle Vereinigungen, namentlich der Vincentius-, der Elisabeth- und die Gesellenvereine, entfalteten unter der Führung der Geistlichen große Rührigkeit, und reichliche Mittel wurden auf die Gründung von Wohltätigkeits- und Heilanstalten verwendet, in die man gern auch Protestanten aufnahm. Aber die ganze Propaganda blieb im Volke erfolglos: im Jahre 1902 sind in Dresden nur 12 Lutheraner zum Katholizismus, dagegen 196 Katholiken zur evangelischen Kirche übergetreten. Dresden hat sich bei aller Umwälzung seiner Bevölkerungsverhältnisse den Charakter einer protestantischen Stadt unversehrt bewahrt.

## XVIII.

# Wiſſenſchaft und Kunſt.

Der wirtſchaftliche Aufſchwung Deutſchlands in den letzten drei Jahrzehnten hat zu einer ungeheuren Anſammlung von Arbeitskräften und Geldmitteln in den Städten und Induſtriebezirken geführt. Die in den Großſtädten zuſammengeſtrömten Menſchenmaſſen fanden hier Arbeit und Brot und traten in den Mitgenuß hochentwickelter öffentlicher Einrichtungen. Aber damit konnten die Leiſtungen der Großſtädte ihnen gegenüber nicht erſchöpft ſein. Wenn man nicht darnach geſtrebt hätte, der Anhäufung wirtſchaftlicher Kräfte ein Gegengewicht durch höhere Entfaltung des Geiſteslebens zu bieten, würden die Großſtädte ſchwerlich einen Fortſchritt in der Kulturentwicklung bedeuten und weder Anſpruch noch Ausſicht auf dauernde Blüte haben. Die Aufgabe war in dieſer Hinſicht um ſo größer, als es ſich zugleich darum handelte, das Bildungsweſen zum Teil auf neuen Grundlagen aufzubauen. Die alte literariſche Kultur Deutſchlands, die ſich noch bei der großen Schillerfeier im Jahre 1859 als die Trägerin des Volksempfindens gezeigt hatte, war ſeit dem Ende der ſechziger Jahre durch den induſtriellen Erwerbsgeiſt zurückgedrängt und der vorwiegende Einfluß im Kulturleben von den humaniſtiſch Gebildeten auf die Männer der Naturwiſſenſchaften und der Technik, der Induſtrie und des Handels übergegangen. Es kam darauf an, das unter dieſen Einflüſſen heranwachſende Geſchlecht mit einer neuen zeitgemäßen Bildung zu durchdringen. Die Sorge dafür fiel den techniſchen und kommerziellen Bildungsanſtalten zu, die mit dem neuzeitlichen Erwerbsleben die nächſte Fühlung hatten.

Dresden besaß in der „Polytechnischen Schule“ eine Anstalt, die, aus kleinen Anfängen hervorgegangen, sich seit den siebziger Jahren zur weitaus bedeutendsten Kraft im geistigen Leben der Stadt entwickelte. In die neuzeitlichen Bahnen wurde die Anstalt vom Professor Gustav Zeuner geleitet, der, bisher Direktor der Bergakademie in Freiberg, 1873 an ihre Spitze trat. Sie erweiterte sich um eine allgemein-wissenschaftliche Abteilung und um eine Abteilung für Hochbau, die auch den Architekten die Gelegenheit zu vielseitiger wissenschaftlicher Durchbildung bieten sollte. Als am 4. November 1875 das neue stattliche Gebäude am Bismarckplatze eingeweiht wurde, wies Zeuner in seiner Festrede der Anstalt, die nun den Namen „Polytechnikum“ führte, die Aufgabe zu, den Studierenden die Wissenschaft und ihre Methoden in ihrer ganzen Ausdehnung zu lehren, ohne Beschränkung durch die augenblicklichen Bedürfnisse des praktischen Lebens. Er steckte ihr damit das Ziel einer Hochschule; die Verfassung einer solchen wurde ihr bei der Feier ihres fünfzigjährigen Bestehens am 1. Mai 1878 beigelegt. Zeuner selbst konnte das nötige Gewicht in die Wagschale werfen, um der jungen Hochschule gegenüber den alten Fakultäten die Anerkennung der Ebenbürtigkeit zu verschaffen. Mit einer glänzenden Lehrgabe ausgerüstet, erschloß er Tausenden begeisterter Schüler das Reich der Mechanik, der technischen Physik und der Maschinentheorie und erwarb sich als Forscher einen Weltruhm, vor allem auf dem Gebiete der mechanischen Wärmetheorie, einer jungen Wissenschaft, deren Einführung in die Technik er sich zur Lebensaufgabe gemacht hatte. Sein Organisationswerk brachte er zum Abschluß, indem er die volle Selbstverwaltung am Polytechnikum herbeiführen half. Am 1. April 1890 trat ein neues Statut in Kraft, nach dem die Anstalt den Namen „Technische Hochschule“ führt; das Professorenkollegium wählt seitdem jährlich einen Rektor, der mit dem Senat die allgemeinen Verwaltungsgeschäfte regelt. Zeuner legte sein Direktoramt nieder und Professor Hartig war der erste, der zum Rektor gewählt wurde. Im Januar 1900 vollendete sich die Gleichstellung der Technischen Hochschule mit der Universität, indem ihr König Albert, dem Beispiele Kaiser Wilhelms folgend, das Recht der Promotion zum „Doktor-Ingenieur“ erteilte.

Mit Zeuner, der sein Lehramt noch bis 1897 ausübte, arbeiteten zahlreiche tüchtige Lehrkräfte an der Vervollkommnung der Anstalt. Manche von ihnen gehörten ihr schon seit den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens an: so der Mineralog und Geolog Bruno Geinitz, ein ungemein fruchtbarer Naturforscher, und der Geodät August Nagel, der in seinem Fache eine epochemachende Lehrtätigkeit entfaltete und von dessen Arbeiten an der europäischen Gradmessung gerühmt wurde, daß sie unter allen die genauesten Ergebnisse geliefert habe.

Zu den Zierden der Anstalt gehörte seit 1870 der Chemiker Rudolf Schmitt, aus dessen Anregung die Errichtung der Salizylsäurefabrik in Radebeul hervorging, und seit 1876 August Toepler, einer der hervorragendsten Experimentalphysiker, der Erfinder zahlreicher physikalischer Instrumente und Entdecker sinnreicher Methoden. Neben ihnen wirkte seit 1863 der Technolog Ernst Hartig; er führte schon in den siebziger Jahren die experimentellen Arbeiten an der Anstalt ein, während man anderwärts noch nicht daran dachte, mechanische Laboratorien an den technischen Schulen zu halten. Eine bedeutende Kraft ward auch der seit 1873 hier lehrende Ingenieur Otto Mohr, der seine Wissenschaft durch wertvolle Beiträge zur Graphostatik bereichert hat.

Einen Markstein in der Entwicklung der Hochschule bezeichnet die Errichtung einer Anzahl neuer Institute auf dem von der Stadt dazu geschenkten Gelände unterhalb Räcknitz. Ein von Leonidas Lewicki geleitetes Maschinen-Laboratorium, das in großartiger Weise mit Maschinen für Dampf-, Wasser- und elektrischen Betrieb ausgestattet ist, wurde zu Ostern 1902 eröffnet; eine mechanisch-technische Versuchsanstalt zur Ausführung von Festigkeitsprüfungen für wissenschaftliche und gewerbliche Zwecke geht ihrer Vollendung entgegen, ein großes elektrotechnisches Institut ist im Bau begriffen. Eine eigenartige Einrichtung ist das 1898 von Hubert Engels geschaffene Flußbaulaboratorium, in dem sich die in der Natur durch das strömende Wasser am Gelände hervorgebrachten Veränderungen an einer Versuchsanlage beobachten lassen, wodurch bereits manche neue Gesichtspunkte für den Bau von Brücken und die Regulierung von Wasserläufen gewonnen worden sind.

Mehr und mehr ist die Hochschule zum geistigen Mittelpunkte der technischen und industriellen Kreise des Landes geworden. Welche Bedeutung sie selber diesen Beziehungen beilegte, gab sie zu erkennen, als sie im Jahre 1900 ihren ersten Ehrendoktortitel einem Großindustriellen verlieh: dem früheren Besitzer der Dresdner Glasfabrik, Friedrich Siemens, der sich durch die Erfindung des Regenerativverfahrens in Gasbeleuchtung und Feuerung bedeutende Verdienste um die Industrie wie um die Wissenschaft erworben hat. Am stärksten hat sich naturgemäß der Einfluß der Hochschule auf ihre nächste Umgebung geltend gemacht: die Dresdner Industriellen sind bei der Anlage und dem Betriebe ihrer Fabriken von den Professoren mit Rat und Tat am meisten unterstützt und von der Hochschule in ihrer technischen und allgemeinen Bildung gefördert worden. Aber auch die Stadtverwaltung hat von den ausgezeichneten Kräften der Hochschule nicht selten unmittelbar Nutzen zu ziehen gewußt: so wenn ihr Walther Hempel, der erfolgreiche Gasanalytiker, Beurteilungen des in den städtischen Gasfabriken erzeugten Leuchtgases lieferte und in die Er-

örterungen über die Verminderung der Rauch- und Rußbelästigung klärend eingriff, wenn Toepler Gutachten über den Anschluß der Blitzableiter an die Gas- und Wasserleitungen erstattete, wenn Lewicki und Rittershaus in dem Ausschusse zur Planung eines städtischen Elektrizitätswerkes mitarbeiteten oder wenn Gurlitt und Wallot in Fragen der Bauästhetik und der Stadtverschönerung Rat erteilten.

Aber abgesehen von solchen, vorwiegend die technische Welt berührenden Einflüssen ist die Hochschule auch für weitere Kreise der Gebildeten zu einer Quelle der Belehrung und geistigen Förderung geworden, und zwar durch die ihr im Anfange der siebziger Jahre angegliederte allgemein-wissenschaftliche Abteilung. An der alten Polytechnischen Schule waren im Bereiche der historisch-philosophischen Wissenschaften nur zwei Lehrstühle, diese freilich in vorzüglicher Besetzung, vorhanden: Literaturgeschichte lehrte Adolf Stern, Kunstgeschichte trug bis zu seinem 1882 erfolgten Tode Hermann Hettner vor. Daneben wurden nun noch vier ordentliche Professuren begründet: 1874 für Geographie, 1875 für Volkswirtschaftslehre und für Philosophie, 1879 für Geschichte. Die Vertreter dieser Wissenschaften boten den Angehörigen der Hochschule ein heilsames Gegengewicht gegen die Einseitigkeit des Fachstudiums und eröffneten zugleich allen Gebildeten die Möglichkeit, aus dem Besuche der Vorträge geistige Anregung zu schöpfen; namentlich hat der Lehrer der Philosophie Fritz Schultze durch seine populärwissenschaftlichen Vorträge auf weite Kreise zu wirken verstanden. Diese allgemeine Abteilung hat das Verhältnis der Hochschule zur Einwohnerschaft Dresdens mit der Zeit immer enger knüpfen helfen. Wenn die Stadtgemeinde der Anstalt bei der Einweihung des neuen Gebäudes im Jahre 1875 eine einmalige Gabe von 10000 Mark zu Stipendien stiftete, aber seit 1902 eine solche Summe jedes Jahr zu gleichem Zwecke darbringt, so beleuchtet dies auch ziffermäßig, wie sich die Anteilnahme Dresdens an der Technischen Hochschule gesteigert hat.

Gleichzeitig mit dem Polytechnikum war auch die seit 1780 bestehende „Tierarzneischule“ zur Hochschule erhoben worden. Naturgemäß hat diese „Tierärztliche Hochschule“, deren Gebäude an der Cirkusstraße im Jahre 1902 durch Neubauten erweitert wurden, im Bildungsleben der Stadt keine hervorragende Bedeutung gewinnen können, aber auf dem Gebiete des Veterinärwesens sind ihre Lehrkräfte und Einrichtungen den Interessen der Einwohnerschaft stets in hohem Grade förderlich gewesen.

Während sich die Industrie schon bald nach dem Beginne des großen Aufschwungs von Staats wegen mit Hochschulen versorgt sah, hat es der Handel fast überall erst gegen das Ende des Jahrhunderts zu wissenschaftlichen Bildungs-

anſtalten gebracht. Dresden iſt mit einer ähnlichen Anſtalt vorangegangen, dank der Vorausſicht und dem Gemeinſinne eines einzelnen Bürgers. Franz Ludwig Gehe, der Beſitzer des Drogen-Welthauſes Gehe & Co., hatte frühzeitig die Notwendigkeit erkannt, die Angehörigen des Handels- und Verkehrsfaches mit einer höheren Bildung auszurüſten, und trug ſich ſchon ſeit dem Anfange der ſechziger Jahre mit dem Plane der Gründung einer „Kommerzialakademie". Unter der beratenden Mitwirkung Dr. Theodor Petermanns erweiterte er ſeinen Plan ſpäter zu einer den politiſchen und ökonomiſchen Wiſſenſchaften gewidmeten freien Bildungsanſtalt, die unter dem Namen „Gehe-Stiftung" den in ihrem Berufe tätigen Männern die weitere Ausbildung und Vorbereitung für ſtaatsbürgerliches Wirken ermöglichen und erleichtern ſollte. In ſeinem Teſtamente widmete er dieſer Stiftung, die nebenbei auch hervorragende Verdienſte Einzelner um das öffentliche Wohl durch Sicherung eines ſorgenfreien Alters zu ehren beſtimmt war, den größten Teil ſeines in angeſtrengter Arbeit erworbenen Vermögens, 2 Millionen Mark, und übertrug den Meißner Kreisſtänden die Aufgabe, die Stiftung ins Werk zu ſetzen. Am 22. Juni 1882 ſtarb er. Da die Kreisſtände die ihnen zugedachte Aufgabe ablehnten, wurde von den Teſtamentsvollſtreckern zur Verwaltung der Stiftung ein Stiftsrat eingeſetzt, dem namentlich die Vorſitzenden der vier kreisſtändiſchen Körperſchaften der Erblande, der Landesälteſte der Oberlauſitz, die Oberbürgermeiſter von Dresden und Leipzig, der Vorſitzende und ein Abgeordneter der Dresdner Handelskammer angehörten; zum Geſchäftsleiter hatte der Stifter ſelbſt ſeinen Freund Petermann beſtimmt. Dem Zwecke der Stiftung ſollte nach den Satzungen die Veranſtaltung von Einzelvorträgen, Vortragsreihen, Übungen und Veröffentlichungen, ſowie die Unterhaltung einer ſtaatswiſſenſchaftlichen Fachbibliothek mit Leſezimmer dienen. Am 10. Januar 1885 wurde die Stiftung mit einem Vortrage des Profeſſors Ruge über die wachſende Bedeutung der neuen Welt im Saale der Börſe feierlich eröffnet. Die ſeitdem nur probeweiſe getroffenen Einrichtungen wurden 1893 zu endgültigen gemacht und zur Stütze der Vortragsreihen zwei ordentliche Lehrämter errichtet, eins für Staats- und Rechtslehre und eins für Nationalökonomie und Statiſtik; ein drittes für moraliſche und politiſche Wiſſenſchaften trat 1901 hinzu. Zu den öffentlichen Einzelvorträgen wurden namhafte Gelehrte, meiſt von den Univerſitäten, berufen, die der Gehe-Stiftung im Verein mit ihren eignen Lehrkräften den Charakter einer wiſſenſchaftlichen Anſtalt gewahrt haben, obwohl von den Zuhörern eine beſtimmte Vorbildung nicht gefordert wurde und bei dem durch Schule und Leben der Großſtadt gut entwickelten Verſtändniſſe der Bildungſuchenden auch nicht gefordert zu werden brauchte. Die 83 Einzelvorträge, die die Stiftung in den

ersten 15 Jahren ihrer Tätigkeit veranstaltete, wurden von 37 000 Personen besucht, unter denen der Zahl nach an erster Stelle die Gewerbtreibenden und Arbeiter, an zweiter die Kaufleute standen, während unter den 69 000 Besuchern der 932 Zyklusvorträge die Beamten und die Kaufleute am stärksten hervortraten; von der Bibliothek wurden bis zum Jahre 1900 über 134 000 Bücher, größtenteils zu Studienzwecken, ausgeliehen – Ziffern, die ungefähr erkennen lassen, welches Gewicht die Anstalt im geistigen Leben Dresdens gewonnen hat. Was die Güntz-Stiftung für die künstlerische Ausschmückung der Stadt, das bedeutet die Gehe-Stiftung für die wissenschaftliche Fortbildung ihrer Bürger.

Der politischen und wissenschaftlichen Belehrung sollte auch das „Lesemuseum" dienen, zu dessen Unterhaltung der „Verein zur Förderung Dresdens und des Fremdenverkehrs" eine eigne Museumsgesellschaft ins Leben rief. Am 17. Januar 1897 wurde es in ermieteten Räumlichkeiten am Georgplatze eröffnet, mußte aber, da die Gesellschaft nicht genügende Mittel aufzubringen vermochte, schon im Sommer 1902 geschlossen werden. Der Fabrikant Lingner übernahm es, Ersatz dafür zu schaffen. Mit Unterstützung der Dr. Güntzschen Stiftung richtete er in der Waisenhausstraße eine mit Zeitschriften und Nachschlagewerken gut ausgestattete „Lesehalle" ein, deren Benutzung den Mitgliedern und sonst einem jeden gegen Entgelt freisteht. Sie wurde am 27. Dezember 1902 der Öffentlichkeit übergeben. Eine große Volkslesehalle, zu der jedermann unentgeltlich Zutritt hat, soll damit verbunden und im Frühjahr 1903 eröffnet werden.

Unter den wissenschaftlichen Büchersammlungen hat die in allen geschichtlichen Fächern aufs reichste ausgestattete Königliche öffentliche Bibliothek weitaus den ersten Rang behauptet; neben dem regelmäßigen Zuwachs wurden ihr außerordentliche Bereicherungen zu teil, indem ihr König Albert im Jahre 1885 die große Ölser Schloßbibliothek und 1896 seine wertvolle Musikaliensammlung als Geschenk überwies. Neben ihr hat seit 1881 in den Fächern Rechtswissenschaft und vaterländische Geschichte die Stadtbibliothek Bedeutung gewonnen. Die reiche Bibliothek der Technischen Hochschule sorgt ausgiebig für alle literarischen Bedürfnisse auf dem Gebiete der technischen und Naturwissenschaften, während die vom Professor Gurlitt angelegte und 1898 eröffnete Sammlung für Baukunst, aus Plänen und Abbildungen bestehend, der kunstgeschichtlichen Forschung und Belehrung zu dienen bestimmt ist. Die mit der Kunstgewerbeschule verbundene Bibliothek und Vorbildersammlung ist für weite Kreise der Gewerbtreibenden ein unentbehrliches Bildungsmittel geworden.

Von den sonstigen königlichen Sammlungen wurde das Mineralogisch-geologische Museum durch allmähliche Herstellung einer prähistorischen Samm-

lung, das Zoologiſch-anthropologiſche Muſeum 1875 durch Angliederung einer ethnographiſchen Abteilung erweitert; die Porzellanſammlung erhielt 1890 in der Spitznerſchen Sammlung von altmeißner Porzellan, das Hiſtoriſche Muſeum 1893 in der Zſchilleſchen Sammlung mittelalterlicher Waffen einen bemerkenswerten Zuwachs. Die Gemeinde beſitzt neben dem Stadtmuſeum, dem in den letzten Jahren auch Mittel zur Erwerbung neuerer Gemälde ſtadtgeſchichtlichen Inhalts zur Verfügung geſtellt worden ſind, noch eine zweite Sammlung von lokalpatriotiſchem Intereſſe: 1885 hat ſie für 120 000 Mark das 1875 von Dr. Emil Peſchel in Theodor Körners Geburtshauſe begründete Körnermuſeum angekauft, das dem Gedächtnis der Befreiungskriege und der Goethe-Schillerſchen Literaturepoche gewidmet iſt. Von allen dieſen Sammlungen iſt ein reges wiſſenſchaftliches Leben ausgegangen. Für die Erforſchung der ſächſiſchen Landesgeſchichte bildete das Königliche Hauptſtaatsarchiv den Mittelpunkt, ebenſo wie das Ratsarchiv für die ortsgeſchichtlichen Beſtrebungen. Zahlreiche Fachvereine, von denen die angeſehenſten, wie die Geſellſchaft für Natur- und Heilkunde, die Naturwiſſenſchaftliche Geſellſchaft Iſis, der Verein für Erdkunde, der Königlich Sächſiſche Altertumsverein und der Verein für Geſchichte Dresdens, alle ſchon in der Zeit vor 1870 gegründet waren, haben die Ergebniſſe der Wiſſenſchaft durch Vorträge und Veröffentlichungen zu verbreiten geſucht. Die Tätigkeit der meiſten Gelehrten war hier weniger auf ſtrenges Forſchen als auf Belehrung gerichtet; ſie vermochte Dresden nach außen hin nicht in den Ruf einer Stadt der Wiſſenſchaft zu bringen, befruchtete aber um ſo mehr das geiſtige Leben im Innern. Dieſer beſcheidenen Stellung der Stadt in der wiſſenſchaftlichen Welt entſprach auch der Umfang ihres Buchhandels: nur auf einigen beſonderen Gebieten, wie dem der Technik, der Kunſtwiſſenſchaft und der Belletriſtik, hat ſich hier eine beachtenswerte Verlagstätigkeit entwickelt, und von den in Dresden erſcheinenden Zeitſchriften ſind nur wenige zu allgemeiner Bedeutung gelangt.

Noch mehr entbehrte das literariſche Leben in Dresden der Geſchloſſenheit und eines beſtimmten Gepräges. Zur Zeit Karl Gutzkows waren in der „Montagsgeſellſchaft“ hervorragende Schriftſteller und Künſtler vereinigt, die zwar auch keine Werke von beſonderer Dresdner Eigenart hervorbrachten, aber doch einen Mittelpunkt des literariſchen und künſtleriſchen Schaffens in der Stadt darſtellten. Dieſe Geſellſchaft verlor ſeit den ſechziger Jahren ihre Bedeutung. Sie wurde nicht erſetzt durch den 1862 von dem Romanſchriftſteller Eduard Duboc (Waldmüller) und dem Dramatiker Wilhelm Wolfſohn gegründeten „Literariſchen Verein“, auch nicht durch die 1871 zuſammengetretene Geſellſchaft der „Vierzehner“, an deren Spitze bis 1883 der Liederdichter Viktor von Strauß und Torney und nach ihm der Goethe-Forſcher Woldemar

von Biedermann stand. Ebensowenig wie sie haben die später entstandene „Gesellschaft für Literatur und Kunst" und der Schriftstellerklub „Symposion" das literarische Leben merkbar beeinflußt. Die in Dresden wohnenden Dichter waren jeder auf sich selbst gestellt. Der Leipziger Adolf Stern, der Schöpfer farbenreicher Epen, als Novellist ein Meister, hat fast sein ganzes Leben hier verbracht, zeigt aber in seinen Werken keine Dresdner Eigenart, nicht einmal in seiner Lyrik weht sächsische Heimatluft. Ebensowenig hat der Berliner Ferdinand Avenarius in seinen geist- und gemütvollen Gedichten Spuren von Dresdner Einfluß aufzuweisen. Ernst Eckstein aus Gießen, Humorist und Verfasser vielgelesener kulturgeschichtlicher Romane, blieb seinem Wohnorte innerlich ebenso fremd wie die Vorkämpfer des Naturalismus auf der Bühne, der Ostpreuße Hermann Sudermann und der Schlesier Gerhart Hauptmann, die in den neunziger Jahren vorübergehend in Dresden lebten. Selbst Wilhelm von Polenz und Georg von Ompteda, zwei der beliebtesten Romanschriftsteller der neuesten Zeit, haben sich, obwohl in Dresden erzogen und noch vorwiegend hier weilend, nicht zu Dresdner Dichtern entwickelt: Polenz schildert am erfolgreichsten das Leben seiner Oberlausitzer Heimat, während sich die Dichtungen des Hannoveraners Ompteda mit Vorliebe in den höheren Gesellschaftskreisen bewegen, die ohnehin wenig an landschaftlichen Besonderheiten festzuhalten pflegen. Und wenn Ompteda in manchen seiner Romane den Schauplatz der Handlung nach Dresden verlegt und dabei die Stadt und ihre Umgebung dichterisch verherrlicht, so sind doch die Menschen, mit denen er sie bevölkert, keine ausgeprägten Dresdner. Seit dem Volks- und Jugendschriftsteller Gustav Nieritz, der 1876 starb, hat Dresden keinen Dichter von Bedeutung geboren, und so ist auch nichts von dichterischer Bedeutung aus Dresdner Geist geboren worden. Was die hier lebenden Dichter geschaffen haben, berührt sich höchstens äußerlich mit der Stadt und gehört der deutschen, nicht der örtlichen Geistesentwicklung an. Eine besondere Dresdner Literargeschichte würde als Erzeugnisse der Heimatkunst nur untergeordnete Erscheinungen aufführen können.

Einen vorübergehenden Zusammenschluß der in der Stadt lebenden Schriftsteller brachte der 17. internationale Kongreß zum Schutze des geistigen Eigentums an Schrift- und Kunstwerken, der hier in den Tagen vom 21. bis 27. September 1895, zum ersten Male in Deutschland, stattfand und es sich zur Aufgabe stellte, bei der bevorstehenden Durchsicht der Berner Konvention, der Grundverfassung für das internationale Urheberrecht, die Wünsche der Schriftsteller, Künstler und Verleger zur Geltung zu bringen. Die etwa 100 ausländischen Teilnehmer der Versammlung waren zur Hälfte Franzosen. Die Presse glaubte dies als ein erfreuliches Anzeichen beginnender Annäherung des

Nachbarvolkes deuten zu dürfen, und dadurch gewann der Kongreß für die Bevölkerung ein politisches Interesse. Die Versammlung fand namentlich bei ihren Ausflügen nach Meißen und der Sächsischen Schweiz einen überaus freundlichen Empfang und hinterließ auch in den literarischen Kreisen Dresdens manche Anregung.

Der Naturalismus, der seit dem Ende der achtziger Jahre auch in der schriftstellerischen Produktion überhand nahm, schied die Literaturfreunde in zwei Lager. Anhänger der neuen Richtung fanden sich in der „Literarischen Gesellschaft" zusammen, die das moderne Schrifttum fördern und überhaupt der Literatur eine gleichberechtigte Stellung neben der Musik im öffentlichen Leben erringen helfen wollte. Sie ließ zu diesem Zwecke nicht nur Vorträge halten, sondern veranstaltete ebenso wie der Verein „Dresdner Presse" auch Vorlesungen von Dichterwerken durch die Verfasser selbst und Aufführungen moderner Dramen durch Mitglieder des königlichen Hofschauspiels. Daß die Gesellschaft hierbei die aufsehenerregenden Erscheinungen bevorzugte, verschaffte ihr starken Zuwachs und ihren Veranstaltungen die Aufmerksamkeit weiter Kreise.

Theater und Musik hatten in Dresden schon das ganze Jahrhundert hindurch einen so hohen Rang eingenommen, daß eine reichere Befruchtung dieser alten Kulturgebiete in einer Zeit, die so viele neue, dem praktischen Leben zugewandte Aufgaben mit sich brachte, von vornherein nicht zu erwarten war. In der Tat ist die Pflege der Schauspiel- und Tonkunst mit dem Wachstume der Stadt nur mehr in die Breite gegangen, und auch dies fast ganz in der ersten Zeit des nationalen Aufschwungs. Die Kunsttempel, die noch heute das Interesse der Einwohnerschaft für das Theater befriedigen, haben sich alle schon in den siebziger Jahren aufgetan. Am 18. Mai 1872 wurde ein vom Schauspieldirektor Baumgart begründetes neues Theater, das vorwiegend den leichtgeschürzten Musen des Lustspiels und der Operette geweiht sein sollte, unter dem Namen „Herminiatheater", der sich im nächsten Jahre in „Residenztheater" verwandelte, in der Cirkusstraße eröffnet. Für die Neustadt ließ eine Aktiengesellschaft von Dresdner Bürgern durch den Architekten Bernhard Schreiber ein Theater erbauen, zu dem die Stadt das Bauland auf dem Albertplatze schenkte. Dieses „Alberttheater" wurde von der königlichen Hofbühne, hauptsächlich zur Aufführung von Schauspielen und Lustspielen, erpachtet und am 20. September 1873 mit der Darstellung von Goethes „Iphigenie auf Tauris" eröffnet. An Stelle des Altstädter Hoftheaters diente nach dem Brande ein bretterner Interimsbau als Opern- und Tragödienhaus, bis auch das neuerbaute große Hoftheater am 2. Februar 1878, gleichfalls mit „Iphigenie auf Tauris", feierlich eingeweiht wurde.

Von den einſtigen Hauptkräften des Schauſpiels war Dawiſon ſchon ſeit 1864, Devrient ſeit 1868 nicht mehr tätig; die alten Rivalen ſtarben beide im Sommer 1872. Marie Bayer ging in das Fach der Mütter über, Pauline Ulrich ſtand auf der Höhe ihrer Kunſt; neben dieſen beiden bildete Friedrich Dettmer, der Heldendarſteller, bis 1879 eine Zierde der Hofbühne. Von 1871 bis 1896 war Karl Porth, ſeit 1889 Klara Salbach, ſeit 1895 Paul Wiecke eine Hauptſtütze des Spielplans. Die unvergänglichen Werke der Klaſſiker des Dramas, Shakeſpeare, Goethe, Schiller, hat die Hofbühne mit demſelben Eifer gepflegt wie früher, nur nicht mit dem gleichen Erfolge. Denn auch in die Kunſt der ſchauſpieleriſchen Darſtellung war der Naturalismus eingedrungen und ließ es nur noch ſelten zu einem einheitlichen Stile in der Aufführung klaſſiſcher Dramen kommen. Den Werken der modernen Naturaliſten wurden die Pforten des Hoftheaters nur ſpät und zögernd geöffnet: ihr Haupt Ibſen hielt erſt im Jahre 1889 ſeinen Einzug. Die Theaterleitung hat durch ihre abwartende Haltung den Kunſtfreunden die Notwendigkeit erſpart, ſich gegen das Übergreifen von Richtungen zu wehren, die teils nach neuen Zielen und künſtleriſchen Mitteln erſt noch ſuchten, teils mit ihren oft völlig kunſtloſen Wirklichkeitsſchilderungen ſchon nach anderthalb Jahrzehnt als ein Schaden für die wahre Kunſt erkannt wurden. Ein ernſter Fortſchritt dagegen war es, daß auf der Bühne des Hoftheaters die von kraftvollem Realismus erfüllten Werke eines Grillparzer, eines Hebbel, eines Ludwig, eines Anzengruber, heimiſch wurden. — Um die Genüſſe und den Bildungsgehalt des Theaters den unbemittelten Klaſſen mehr als bisher zugänglich zu machen, begann man billige Schauſpielaufführungen zu veranſtalten, deren erſte am 28. September 1902 im Neuſtädter Hoftheater ſtattfand.

Für die Entwicklung und Pflege der Oper war der Genius Richard Wagners beſtimmend: er hat mit ſeinen Werken die klaſſiſche Oper in der Gunſt der Theaterbeſucher zurückgedrängt und das große Muſikdrama zur Herrſchaft gebracht. Dieſe Wagner-Ära begann, als am 21. Januar 1869 unter unerhörtem Andrange die „Meiſterſinger" aufgeführt wurden. Als der Meiſter im Januar 1873, zum erſten Male ſeit ſeiner Flucht nach dem Maiaufſtande, wieder in Dresden erſchien und ſeine zu einem „Wagner-Verein" zuſammengetretenen Verehrer ihn bei einem Feſtmahle auf dem Belvedere feierten, war ſein Sieg auf der Hofbühne bereits entſchieden. Mit jugendlichem Feuereifer trat Ernſt Schuch, der ein halbes Jahr vorher an Stelle des zurückgetretenen Karl Krebs Kapellmeiſter geworden war, für Wagners Schöpfungen ein und verſtand ſie in muſtergültigen Aufführungen den anfänglich widerſtrebenden Muſikfreunden nahe zu bringen, während neben ihm bis 1877 Julius Rietz

und dann bis 1882 Franz Wüllner die klassische Richtung sorgsam weiterpflegten. Von da an trat die Spieloper mehr und mehr in den Hintergrund, und die Gesangskräfte, die für ihre Aufgaben sich eigneten, wie die seit 1873 wirkende Clementine Schuch-Proska und seit 1875 Anton Erl, wurden immer seltener. Dagegen standen für das Musikdrama stets Kräfte ersten Ranges zur Verfügung, so seit 1873 Therese Malten und seit 1889 Marie Wittich, ferner die Tenoristen Lorenz Riese, Heinrich Gudehus und Georg Anthes, die Baritonisten Eugen Degele, Karl Scheidemantel und Karl Perron. Die jährliche Zahl der Wagner-Aufführungen ist seit der Mitte der siebziger Jahre auf das Doppelte gewachsen. Der äußere Prunk, mit dem das Musikdrama auftritt, hat das große Publikum verwöhnt und der einfach ausgestatteten klassischen Oper vollends entfremdet, zugleich aber den Aufwand und damit die Platzpreise so gesteigert, daß die Zahl der regelmäßigen Theaterbesucher nicht in gleichem Maße wie die der Einwohner hat zunehmen können. Schon aus diesem Grunde vermochte das Theater im Volksleben nicht mehr eine so wichtige Rolle zu spielen wie noch vor drei Jahrzehnten.

Die Königliche musikalische Kapelle hat sich ihren alten Weltruhm voll bewahrt. Als sie am 22. September 1898 die Feier ihres 350jährigen Bestehens beging, wollten die städtischen Körperschaften ihre unvergleichlichen Verdienste um das musikalische Leben Dresdens ehren, indem sie ihrem Leiter, dem Generalmusikdirektor von Schuch, die große goldne Ehrendenkmünze der Stadt verliehen. Die Kapelle ist für die Oper der alten wie der neuen Richtung jederzeit eine gleich sichere Stütze gewesen und hat außerdem mit ihren Sinfoniekonzerten den Musikfreunden die höchsten Genüsse geboten. Ihre Mitglieder, darunter Künstler wie Johann Lauterbach, Friedrich Grützmacher, Eduard Rappoldi und Henri Petri, haben sich auch sonst in Vereinigungen zur Pflege der Kammermusik und bei den Übungs- und Aufführungsabenden des Tonkünstlervereins als unübertreffliche Vermittler namentlich klassischer Tondichtungen betätigt. Gegenüber der Königlichen Kapelle hat kein Orchester der Stadt zu künstlerischer Bedeutung gelangen können. Doch machte sich der 1896 aus Liebhabern zusammengetretene „Mozart-Verein“ um die Wiederbelebung der Werke Mozarts und anderer älterer Meister verdient. Auf dem Gebiete der Kirchenmusik hat, neben den berühmten Messen in der katholischen Hofkirche, der Kreuzkantor Wermann, seit 1875 Nachfolger Julius Ottos, die Sonnabendvespern in der Kreuzkirche zu einer Quelle künstlerischen Genusses und zugleich kirchlicher Erbauung für Tausende gestaltet. Die Gesangvereine sind außerordentlich zahlreich und für die Pflege der Musik im Volke von immer größerer Wichtigkeit geworden; neben den schon lange bestehenden Dreyßigschen und

Robert Schumannschen Singakademien, dem Neustädter Chorgesangverein und den Männergesangvereinen „Orpheus“ und „Liedertafel“ tat sich seit 1876 der „Dresdner Männergesangverein“ und seit 1885 der „Lehrergesangverein“ durch Leistungsfähigkeit hervor. Auch das künstlerische Schaffen namhafter Tondichter wie Reinhold Becker, Franz Curti, Felix Draeseke, Edmund Kretschmer, Heinrich Schulz-Beuthen, Oskar Wermann hat das seinige dazu beigetragen, der Stadt ihren alten Ruhm im Reiche der Musik unvermindert zu erhalten.

Nicht so unberührt vom Wechsel der Zeiten war Dresdens Bedeutung als Sitz der bildenden Künste geblieben. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts hatte sie fast nur auf den großartigen landesfürstlichen Sammlungen beruht – ein lebendiges Kunstschaffen vermochte in der Zeit der politischen und wirtschaftlichen Zerrüttung nicht mehr zu gedeihen. Erst unter König Friedrich August II. fing es wieder an sich zu entfalten: Künstler wie Ludwig Richter, Julius Schnorr von Carolsfeld, Eduard Bendemann und Julius Hübner, Ernst Rietschel und Ernst Hähnel wirkten an der Akademie nebeneinander. Eine Stadt, in der Werke wie Richters Volksbücher, Rethels Totentanz, Schnorrs Bilderbibel und Rietschels Luther-Denkmal entstanden, konnte wohl wieder Anspruch darauf machen, in der vordersten Reihe der deutschen Kunststätten genannt zu werden. Aber als die großen nationalen Ereignisse heraufzogen, waren die Sterne am Kunsthimmel Dresdens schon im Untergehen. Bendemann hatte Sachsen bereits 1859 verlassen, Rietschel war 1861 gestorben, Schnorr folgte ihm 1872. Auch Richters Schaffen hatte seinen Höhepunkt längst überschritten. Zu Weihnachten 1878 wurde ihm „in dankbarer Anerkennung seiner bahnbrechenden und unvergänglichen, namentlich auch der Veredelung des deutschen Familien- und Volkslebens gewidmeten künstlerischen Leistungen“ das Ehrenbürgerrecht der Stadt verliehen. Am 19. Juni 1884 ging der ehrwürdige Meister in die Ewigkeit ein. Die Spuren, die Richters und Schnorrs akademisches Wirken hinterließ, waren nicht tief genug, um lange Zeit sichtbar zu bleiben. Nur wenige von ihren Schülern brachten es zu einer angesehenen Stellung in der Kunstwelt.

Glücklicher war die Bildhauerschule Rietschels und Hähnels: diese fanden einen ebenbürtigen Nachfolger in ihrem Schüler Johannes Schilling. Selten hat das erste große Werk eines jungen Künstlers so einmütige Bewunderung geerntet wie die von ihm geschaffenen vier Figurengruppen der Tageszeiten. Als Schilling dann aus dem Wettbewerbe um das Nationaldenkmal der deutschen Einigung als Sieger hervorging, winkten ihm die höchsten künstlerischen Erfolge. Es war kein geringer Ruhm für Dresden als Kunststadt, daß schon wieder ein Ehrenmal der ganzen Nation hier entstand, und als die fertigen Modelle

in der Werkſtatt an der Eliasſtraße ausgeſtellt wurden, ſtrömten die Dresdner in Scharen dahin und freuten ſich der gelungenen Arbeit ihres Mitbürgers. Seit der Aufſtellung des Denkmals auf dem Niederwalde war Schilling einer der volkstümlichſten Künſtler Deutſchlands. Als er Mitte Oktober 1883 von der Enthüllungsfeier zurückkehrte, ernannten ihn die ſtädtiſchen Körperſchaften einſtimmig zum Ehrenbürger. Der Rat glaubte damals dem älteren Hähnel wegen ſeiner Verdienſte um das Fortblühen der heimiſchen Bildhauerſchule nach Rietſchels Tode die gleiche Auszeichnung nicht verſagen zu dürfen, aber deſſen Schaffen war nicht ſo in das Volk gedrungen, als daß die Gemeindevertreter dieſer Ehrung mit der gleichen Einhelligkeit zugeſtimmt hätten. Als Hähnel im Jahre 1891 ſtarb, trat an ſeine Stelle Robert Diez, der ſich 1879 mit ſeiner Figur des „Gänſediebs“ und dann mit den beiden Zierbrunnen auf dem Albertplatze in die erſte Reihe der im neuzeitlichen realiſtiſchen Sinne ſchaffenden deutſchen Plaſtiker geſtellt hatte. Sein Einfluß auf das heranwachſende Bildhauergeſchlecht war nachhaltig, aber auch aus Schillings Schule ſind fortdauernd tüchtige Kräfte hervorgegangen. Starke Reibungen haben zwiſchen den beiden Richtungen nicht ſtattgefunden, nur ſuchte naturgemäß immer das jüngere Geſchlecht dem älteren den Rang ſtreitig zu machen.

Lebhaft aber waren die Kämpfe, die unter den Malern ausgefochten wurden. Der Gegenſatz zwar, der ſeit den vierziger Jahren zwiſchen den Münchner Klaſſiziſten unter Schnorrs Führung und den romantiſchen Düſſeldorfern unter Bendemann und Hübner beſtanden hatte, war beſeitigt, ſobald Theodor Große an Schnorrs Stelle trat. Dieſer Gegenſatz hatte jetzt auch keine Bedeutung mehr, denn ſchon ſtrebte eine neue, vorwiegend koloriſtiſche Richtung, den Düſſeldorfern wie den Münchnern gleich feindlich, nach der Herrſchaft. Welch ein Aufruhr unter den Kunſtfreunden, als im Januar 1872 Hans Makarts Abundantia-Bilder im Kunſtverein ausgeſtellt wurden! Aber keine Entrüſtung über die mangelhafte Zeichnerkunſt und die Sinnlichkeit des großen Wiener Koloriſten konnte es hindern, daß ſeine farbenſprühenden Bilder ihren Siegeszug durch Deutſchland vollendeten. Auch die Dresdner Akademie mußte ſich zu Zugeſtändniſſen an den neuen Kolorismus herbeilaſſen: 1876 wurde Ferdinand Pauwels, einer ſeiner tüchtigſten Vertreter, von Weimar in eine Lehrſtelle für Hiſtorien- und Genremalerei berufen und im folgenden Jahre der vorbereitende Malſaal ſeinem Schüler Leon Pohle, der ſich bald zum hervorragendſten Bildnismaler Dresdens aufſchwang, anvertraut. Neben ihnen wirkte in den unteren Klaſſen ſeit 1870 Heinrich Hofmann, deſſen formſchöne bibliſche Bilder eine ungemeine Verbreitung fanden, und der feine Koloriſt Julius Scholtz, während die Lehrſtelle für Landſchaftsmalerei ſeit 1880 der jüngere Friedrich Preller

innehatte. Bei solchen Lehrkräften konnte der junge Maler wohl etwas Tüchtiges lernen, aber die herrschende akademische Kunstübung, die dem Studium der Natur noch zu wenig Platz einräumte, ließ es auch bei den Begabten nicht leicht zu einer freien persönlichen Entwicklung kommen. Das Bemerkenswerteste, was in dieser Zeit von der Dresdner Malerschule geleistet worden ist, findet sich in den Arbeiten zur Ausschmückung des Hoftheaters, des Polytechnikums, der Albrechtsburg und mehrerer Gymnasien im Lande niedergelegt.

Als zu Anfang der achtziger Jahre Naturalismus und Freilichtmalerei von Frankreich herüberkamen und die jüngeren Künstler Deutschlands, voran Münchens, in ihren Bann zogen, war von einer solchen Wirkung auf die Künstler in Dresden zunächst noch wenig zu spüren. Hier nahmen es die Kunstgelehrten auf sich, den neuesten Richtungen die Bahn zu ebnen. Paul Schumann bemühte sich im „Dresdner Anzeiger" die Werke der modernen Naturalisten und Phantasiekünstler weiteren Kreisen verständlich zu machen. In gleichem Sinne wirkte Ferdinand Avenarius, der seit 1887 den „Kunstwart" herausgab und bald zu einem der führenden Kunstblätter erhob. Die Forderung der Rückkehr zur Natur und zur persönlichen Eigenart im künstlerischen Schaffen verfocht noch ein dritter Dresdner Gelehrter, Julius Langbehn, in seinem „Rembrandt als Erzieher", einem Buche ebenso voll von Geist wie von Schrullen, das, 1890 ohne Angabe des Verfassers erschienen, in den nächsten zehn Jahren 45 Auflagen erlebte und eine ganze Literatur von Nachahmungen und Gegenschriften hervorrief. Unmittelbar wurden aber die Gebildeten Dresdens doch erst dadurch in die Bewegung hineingezogen, daß die königlichen Sammlungen unter dem Einflusse des vortragenden Rates in der Generaldirektion, Woldemar von Seidlitz, eines eifrigen Förderers der neuesten Kunstrichtungen, anfingen, diesen ihre geweihten Hallen zu öffnen. In die von Karl Woermann geleitete Gemäldegalerie hielten 1892 Uhdes „Heilige Nacht", 1893 Klingers „Beweinung Christi" unter dem lebhaften Widerspruche aller Freunde der alten Kunstweise ihren Einzug. Gleichzeitig schuf Georg Treu in der Sammlung der Gipsabgüsse eine moderne Abteilung, und im Kupferstichkabinett wurde mit Aufwand bedeutender Mittel die rasch aufblühende neueste Griffelkunst gepflegt.

Um Uhdes und Klingers Werke entbrannte eine heftige Preßfehde, und selbst die Säle des Landtags hallten von dem Lärm der Streitenden wieder. Vielfach schossen die Verfechter des Neuen in der Presse weit über das Ziel hinaus und wirkten verbitternd, indem sie bei ihren Urteilen über Künstler und Kunstwerke die Schöpfungen des vorangegangenen Geschlechts durchgängig als Nachahmung verwarfen, gleichzeitig aber bloße Nachahmungen des Neuen, an denen es wahrlich nicht fehlte, als vollwertig behandelten. Die einander schroff

gegenüberstehenden Anschauungen suchte Woermann in seinem 1894 erschienenen Buche „Was uns die Kunstgeschichte lehrt“ zu versöhnen. Angesichts der Erfahrung, daß jede nach eignem Ausdruck ringende Zeit besonders ungerecht gegen die jüngst vorhergegangene zu sein pflege, betonte er richtig, Künstlern müsse man eine gewisse Unduldsamkeit gegen Künstler andrer Richtung nachsehen, weil manche von ihnen ihre Eigenart nur im Kampfe gegen fremde Eigenarten behaupten könnten, aber dem kunstgeschichtlich geschulten Beobachter sollten gerade die Lehren der Kunstgeschichte ein gerechteres Urteil über die Richtung des jüngstverflossenen Menschenalters ermöglichen.

In der Künstlerschaft gewann die Bewegung nur langsam Boden. Als die hergebrachten akademischen Ausstellungen im sogenannten Dublettensaale auf der Brühlschen Terrasse mit dem Abbruche dieses Gebäudes 1886 zunächst aufgehört hatten, veranstaltete die Kunstgenossenschaft im Sommer 1887 in den Räumen des Polytechnikums eine internationale Ausstellung von Aquarellen, Pastellen und Handzeichnungen und wiederholte sie in den Jahren 1890 und 1892. Diese von Paul Kießling geleiteten Aquarellausstellungen gelangen vortrefflich; besonders die erste erlangte Bedeutung dadurch, daß sie den Dresdnern zum ersten Male in größerem Umfange Werke der neuen Freilichtmalerei und des Impressionismus vorführte. Hieran hatte aber die heimische Malerei keinen Anteil, so sehr sie sich sonst durch köstliche Handzeichnungen Ludwig Richters und durch treffliche Aquarelle seiner Schüler Mohn und Oehme hervortat. Die Dresdner Künstlerschaft verhielt sich im ganzen gegenüber den neuen Richtungen noch ablehnend. Als sie 1891 auf der internationalen Kunstausstellung zu Berlin eine eigne Abteilung hergerichtet hatte, wurde das wenige Gute und Selbständige von der Masse des Althergebrachten erdrückt, und die Kritik sprach sich übereinstimmend dahin aus, daß Dresden zur Zeit unter den deutschen Kunststädten den niedrigsten Rang einnehme. Diese Urteile veranlaßten die Presse in Dresden, scharfe Anklagen gegen den an der Kunstakademie üblichen Betrieb des Unterrichts zu erheben, die in der Forderung einer durchgreifenden Erneuerung der Lehrerschaft gipfelten. Zu einer solchen Erneuerung ward im folgenden Jahre in der Tat der Anfang gemacht, indem an Großes Stelle sein ehemaliger Schüler Hermann Prell trat, der sich durch seine Wandmalereien im Rathause zu Hildesheim und im Museum zu Breslau einen bedeutenden Ruf erworben hatte. An ihm und Diez fanden die der neuen Richtung zuneigenden jungen Kräfte nun auch im Akademischen Rate, der im wesentlichen über die für Kunstzwecke ausgeworfenen, nicht geringen Staatsgelder verfügte, ihre Förderer. Das kampflustige Häuflein wuchs zusehends. Um sich völlig auf eigne Füße zu stellen, traten sie am 28. Februar 1894 aus der Kunstgenossenschaft

aus und gründeten unter der Führung des Malers Karl Bantzer einen eignen „Verein bildender Künstler", der seine Mitglieder aber nicht etwa auf die neue Richtung verpflichtete, sondern jeder eigenartigen Begabung eine freie Entwicklung gewährleisten wollte. Diese „Sezessionisten", wie sie nach Münchner Vorbild genannt wurden, machten ihre Freilichtstudien vorzugsweise in dem lieblichen Gebergrunde bei Goppeln und begründeten damit wieder ein Stück Dresdner Heimatkunst. Die Schönheiten der Stadt freilich wurden der Kunst erst wieder erschlossen, als zu Ostern 1895 an Hübners Stelle der Impressionist Gotthardt Kuehl, dessen Bilder aus Paris auf der ersten Aquarellausstellung der Gegenstand heftiger Anfeindung gewesen waren, als Professor der Genremalerei an die Akademie berufen wurde. Er leitete seine Schüler mit Erfolg zur Wiedergabe malerischer Stadtbilder an und schuf von seiner Werkstatt in der Kunstakademie aus eine große Reihe von Darstellungen der Augustusbrücke und ihrer Umgebung, die zwar, ungleich den Werken Canalettos, weniger die Gegenstände an sich als vielmehr ihre wechselnde Erscheinung in Luft und Licht wiedergeben wollten, aber doch den Ruhm der architektonischen Schönheiten Dresdens aufs neue in die Welt hinaus trugen. Derselbe Künstler wurde hier gleichzeitig der Neugestalter des Ausstellungswesens.

Am 1. August 1894 ward das neue staatliche Ausstellungsgebäude auf der Brühlschen Terrasse mit einer akademischen Ausstellung – der ersten nach fünfjähriger Pause – in Gegenwart des Königs feierlich eröffnet. Das Äußere des Palastes war prunkvoll genug, die übermäßig hohen Innenräume aber für die Ausstellung wenig günstig und ihr Inhalt nicht über das gewohnte Maß hinausragend. Die Ausstellung des folgenden Jahres, die nur Arbeiten deutscher Künstler enthielt, machte zwar bei ihrer Beschränkung auf eine kleinere Zahl von Kunstwerken, die sich günstiger aufstellen ließen, einen besseren Eindruck, konnte aber auch nicht auf höhere Bedeutung Anspruch erheben. Die akademischen Ausstellungen hatten sich überlebt; die staatlichen Räume wurden dem Sächsischen Kunstverein für seine dauernden Ausstellungen überlassen. Da bot der neue städtische Ausstellungspalast die Möglichkeit, das Kunstausstellungswesen auf breiterer Grundlage wieder aufzubauen. Unter Kuehls Leitung trat ein Ausschuß von Künstlern und Kunstgelehrten zusammen, um für den Sommer 1897 zum ersten Male in Dresden eine internationale Kunstausstellung zu veranstalten. Der Plan fand bei dem Minister des Innern von Metzsch wie bei dem Oberbürgermeister Beutler bereitwillige Förderung: die Stadt stellte den Ausstellungspalast unentgeltlich zur Verfügung und zeichnete 50 000 Mark, der Staat 60 000 Mark zu dem Garantiefonds. Im Gegensatze zu den bisherigen internationalen Ausstellungen in München und Berlin, die stets den Eindruck großer

Stadt in den letzten zehn Jahren allein den Dresdner Bildhauern gegen 320 000 Mark zugewendet habe. Er war aber auch weiter darauf bedacht, sie zu fördern, und vermittelte, daß aus der Dr. Güntzschen Stiftung noch 10 000 Mark zum Ankaufe deutscher Bildwerke auf der Ausstellung, sowie Gelder für einen bildnerischen Schmuck des Altstädter Eingangs der Carolabrücke und für einen freien Wettbewerb unter den Dresdner Bildhauern bewilligt wurden.

Die zweite internationale Kunstausstellung wurde am 20. April 1901 eröffnet. Sehr reich war darin wieder die französische und belgische Bildhauerei vertreten. Die von dem Architekten Kreis ausgestattete Haupthalle mit Bartholomés Totendenkmal machte eine feierliche Wirkung. Auch ein besonderer Saal mit alten und neuen Meisterwerken der Bildnismalerei, eine auserlesene Abteilung für Griffelkunst und eine reichhaltige Vertretung aller Zweige des Kunstgewerbes trugen dazu bei, der Ausstellung, die sich durch ihr Plakat mit dem „grünen Jungen" nicht gerade vorteilhaft in die Öffentlichkeit eingeführt hatte, dieselbe allgemeine Anerkennung zu verschaffen wie ihren beiden Vorgängerinnen.

Die großen Ausstellungen hatten im Verein mit den Vorführungen der Kunsthändler in ihren Salons viel gewirkt, um das lange vermißte Interesse weiter Bevölkerungskreise an den Angelegenheiten der bildenden Künste endlich hervorzurufen. Nun konnten hier auch die Bestrebungen gedeihen, die das Kunstgewerbe aus der Nachahmung der historischen Stilarten zu befreien und für die Herstellung häuslicher Gebrauchsgegenstände eine neue, aus deren Zweckbestimmung heraus abgeleitete, mit einfachen Mitteln und echten Stoffen arbeitende Kunstweise einzuführen trachteten. Diese moderne kunstgewerbliche Richtung fand an der Akademie in Otto Gußmann, an der Kunstgewerbeschule in Karl Groß ihre eifrigsten Vertreter. Zahlreiche junge Architekten, Bildhauer und Maler begannen sich im Entwerfen kunstgewerblicher Gegenstände zu betätigen, und eine nur im neuen Stile arbeitende Fabrik, die „Dresdner Werkstätten für Handwerkskunst", wurde 1898 in Laubegast eröffnet. Schnell verbreitete sich der neue Geschmack über die verschiedensten Gebiete des kunstgewerblichen Schaffens.

Dresden war wieder eine Stadt der lebendigen Kunst geworden. Und dabei waren die Kunstsammlungen, die früher den höchsten Ruhm der Stadt ausgemacht hatten, nicht in den Hintergrund getreten, sondern im Gegenteil erst vollends auf die Höhe der Zeit gebracht worden. Die Nachwirkungen des großen Krieges, denen die Industrie und das städtische Erwerbsleben ihren Aufschwung verdankten, halfen auch ein neues Aufblühen der königlichen Sammlungen herbeiführen: reichliche Zuflüsse aus der französischen Kriegskosten-

entschädigung ermöglichten es 1874, die zu Ankäufen bisher verfügbaren 43 500 Mark jährlich auf 72 000 Mark zu erhöhen, sowie 450 000 Mark zur Verstärkung des Reservefonds und 300 000 Mark zur Bildung eines Grundstocks für die Zwecke der neueren Kunst, besonders zur Erwerbung von Gemälden zeitgenössischer Meister, anzulegen. Der Gemäldegalerie kam überdies eine Stiftung des 1879 verstorbenen Malers Pröll-Heuer zu gute, deren ansehnliche Erträgnisse zum Ankaufe von Werken deutscher lebender Künstler dienen sollten. Mit Hilfe dieser Stiftung konnte die Abteilung der modernen Gemälde auf eine solche Reichhaltigkeit gebracht werden, daß sie das Schaffen der Malerei in den letzten Jahrzehnten wie kaum eine andre deutsche Galerie veranschaulichte. Eine der köstlichsten Perlen der neuzeitlichen Landschaftsmalerei, Arnold Böcklins „Sommertag", wurde der Galerie im Jahre 1902 als Geschenk eines Dresdner Kunstfreundes zu teil. Aber auch die alte Kunst ging nicht leer aus, ihre Schätze vermehrten sich durch den Ankauf von Meisterwerken wie Murillos „Tod der heiligen Clara" und Hobbemas „Wassermühle". — In dem aus dem alten Zeughause hervorgegangenen Albertinum wurde unter Treus Leitung das bisher im Zwinger aufgestellte Mengssche Museum der Gipsabgüsse und die Antikensammlung aus dem Japanischen Palais mit den neuerworbenen Werken der modernen Plastik zu einer großartigen, musterhaft geordneten Skulpturensammlung vereinigt. Die Gipssammlung, die namentlich durch die Abgüsse der Olympischen Altertümer und die Modelle aller Werke Rietschels und Hähnels bereichert worden war, wurde am 21. Januar 1891 eröffnet; die nach den Ergebnissen der Altertumsforschung völlig umgestaltete Antikensammlung war seit dem 26. Dezember 1894 der Öffentlichkeit zugänglich. Ergänzend stellte sich dem Gipsmuseum die Modellsammlung der Werke Schillings zur Seite, die dieser seit 1888 in einem mit staatlicher Unterstützung errichteten Gebäude an der Striesener Straße ausgestellt hatte.

Alle Museen wurden nach englischem Vorbilde durch bessere Aufstellung und eingehende Erläuterung der einzelnen Gegenstände, durch gedruckte Kataloge und fachmännische Veröffentlichungen für die Wissenschaft mehr als bisher nutzbar, zugleich aber auch durch weitgehende Erleichterung ihres Besuchs zu einer reicher fließenden Quelle der Belehrung und Erhebung für die Bevölkerung gemacht. Daß diese sich im letzten Jahrzehnt zu einer lebendigen Anteilnahme an der Entwicklung der Kunst emporschwang, war zum nicht geringen Teile den Bemühungen der Kunstgelehrten zu danken. Für das Gedeihen der Kunstwissenschaft auf Dresdens Boden war es bezeichnend, daß neben vielen Einzelforschungen in den letzten Jahren allein zwei Handbücher der allgemeinen Kunstgeschichte, von Cornelius Gurlitt und von Karl Woermann, hier entstanden

ſind. Und für die Bemühungen der Dresdner Gelehrten, die Kunſt im Volke heimiſch zu machen, lag eine Anerkennung darin, daß der erſte deutſche Kunſterziehungstag Ende September 1901 in Dresden abgehalten wurde.

Wenn auf den Namen einer Großſtadt nur diejenige vollen Anſpruch erheben darf, die zur wirtſchaftlichen Blüte den Aufſchwung des geiſtigen Lebens geſellt, und wenn das ſicherſte Zeichen hochſtehender Geiſteskultur eine lebendige Kunſtpflege iſt, ſo hat im letzten Jahrzehnt kaum eine deutſche Stadt eifriger nach dieſem großſtädtiſchen Ziele geſtrebt als Dresden.

# Regiſter.


Ackermann, Stadtverordneten-vorſteher 8. 11. 23. 49. 52. 63. 67. 71. 78. 81. 89. – Tod 155 fg.
Ackermannſtiftung 156.
Adam, Architekt 98. 101. 208.
Aktiengeſellſchaften 27 fg. 217 fg. 225.
Albert, Kronprinz 14 fg. – König 17 fg. 23. 24. 41. 60. 64 fg. 69. 71. 73 fg. 77 fg. 88. 124 fg. 127 fg. 136. 140. 181 fg. – Tod 186 fg. – 197 fg. 212. 240. 244. 254.
Albertbrücke 39. 41.
Albertdenkmal 213.
Alberthafen ſ. Elbhafen.
Albertinum 192. 258.
Albertpark 168 fg.
Albertplatz 15. 211.
Albertsbahnhof 132.
Albertſtadt 42 fg. 123.
Alberttheater 247.
Albertverein 67. 228.
Albertvereinsfeſt 67.
Albert-Carola-Stiftung 23.
Albrecht, Erzherzog 128.
Albrechtſtraße 168.
Altertumsverein, Sächſiſcher, 245.
Alte Stadt 208. 256.
Altmarkt 55. 101. 165.
Amalie, Königin 17.
Amerikaniſches Viertel ſ. Südvorſtadt.
Amtsgerichtsgebäude 202.
Amtsketten 124.
Andreſen, Bildhauer 212.
Anleihen 111. 173.
Annenkirche 235.
Annenſchule 110. 119. 210.
Anſchlagſäulen 7.
Anthes, Opernſänger 249.
Antikenſammlung 258.
Antiſemiten 80 fg.
Antons 169 fg. 232.
Anzeiger, Dresdner, 7. 20. 87. 229. 252.
Aquarellausſtellungen 253.
Arbeiterbildungsverein 10. 79.
Arbeiterhäuſer 223.
Arbeiterordnung 228.
Arbeitervereine, evangeliſche, 237.
Arbeiterverſicherung 227.
Arbeitsanſtalt 62. 110.
Architekten- und Ingenieurvereine 78. 212.
Architektenverein 192 fg.
Armenpflege 61 fg.
Aſphaltpflaſter 55. 109.
Auguſta, Kaiſerin 17.
Auguſte Viktoria, Kaiſerin 77. 182. 187.
Auguſtenhaus 116.
Auguſtusbrücke 45. 46. 97. 201.
Auguſtusſtraße 55.
Ausländer 221. 238.
Ausſchiffungsplätze 40.
Ausſtellungsgebäude ſ. Kunſtakademie.
Ausſtellungspalaſt 204 fg. 210. 254 fg.
Automobilfahrzeuge 152.
Avenarius, Schriftſteller 246. 252.

Bäckereiausſtellung 79. 217.
Badeanſtalten 56. 117.
Badergaſſe 98.
Bahnhöfe 6. 32. 131 fg.
Bahnhofsanlagen 131 – 141.
Bakteriologiſche Unterſuchungsanſtalt 115.
Bamberger, Reichstagsabgeordneter 21.
Bank, Deutſche, 209. 225 fg.
Bank, Dresdner, 28. 98. 209. 225.
Bank, Landſtändiſche, 227.
Bank, Sächſiſche, 5. 225. 227.
Bankverein, Sächſiſcher, 28.
Bankweſen 5. 27 fg. 225 fg.
Bannewitz 236.
Bantzer, Maler 129. 254.
Barnewitz, Maſchinenfabrik 29.
Barth, Architekt 74. 206.
Bau-Ausſtellung 256.
Baubank 100 fg.
Baugeſellſchaft, Dresdner, 36 fg. 100. 209.

Baugeſellſchaften 36 fg. 100.
Baugeſetz 157.
Bäumer, Bildhauer 211.
Baumgart, Schauſpieldirektor 247.
Baumbach, Bildhauer 213.
Bauordnung 156 fg.
Bautätigkeit 34 fg. 41 fg. 101. 225.
Bauverein für Familienwohnungen 223.
Bauverein Großer Garten 38. 102.
Bauverwaltung 105 fg.
Bayer, Schauſpielerin 248.
Bayriſch Brauhaus 27.
Bebauungspläne 158 fg.
Bebel, Drechſlermeiſter 16. 22. 80. 82. 83.
Becker, Komponiſt 250.
Behrens, Bildhauer 210.
Bellevue, Hotel 27. 124 fg. 198.
Bellingrath, Ingenieur 32.
Bendemann, Maler 250 fg.
Berlin 5. 17. 44. 50. 70. 78. 79. 81. 142. 143. 148. 164. 246. 253. 254.
Berlin-Dresdner Eiſenbahn 35. 135.
Berliner Bahnhof 132.
Bernert, Biſchof 72.
Betriebsamt 155.
Beutler, Oberbürgermeiſter 120 fg. 128 fg. 130. 145 fg. 154 fg. 158. 160. 167. 174. 178 fg. 186. 187. 194. 200. 213. 226. 231. 254. 256.
Bevölkerungsverhältniſſe 35. 220 fg. 237 fg.
Beyer, Maſchinenfabrik 29.
Bezirksſchulgruppen 117 fg.
Bezirksſchulinſpektor 118.
Bezirksvermögen 104.
Bibliothek, Königliche, 244.
v. Biedermann, Geheimer Rat 246.
Bierdruckapparate 116.
Bieren, Redakteur 20.
Bierling, Erzgießerei 74. 211.
Bierling, Lederfabrik 27. 147.
Bildhauerei 250 fg. 256.
v. Bismarck, Reichskanzler 15. 20. 23. 123 fg. 182. 183 fg.
Bismarckdenkmal 213.
Bismarckplatz 15.
Bismarckſtiftung 183.
Bismarckſtraße 137.
Blaſewitz 44. 148 fg. 176 fg. 209. 231. 235.
Blochmann, Buchdruckereibeſitzer 229.
v. Blumenthal, Feldmarſchall 128.
Bochow, Privatſchuldirektor 172.
v. Bodenſtedt, Schriftſteller 19.
Boderitz 235.
Bogenſchützengilde 75. 230.
Böhmert, Profeſſor 62. 185. 230.
Böhmiſcher Bahnhof 132 fg.
Böniſch, Bürgermeiſter 58. 91 fg. 120. 229.
Börſe 27 fg.
Börſen- und Handelsblatt, Dresdner, 20.
Botaniſcher Garten 202. 204. 214.
Bouché, Gartendirektor 214.
Boxbergſches Palais 207.
Bramſch, Preßhefenfabrik 6.
Bräter, Stadtbaurat 110. 205.
Bremen 217. 255.
Breslau 253.
Brühlſches Palais 194. 196 fg. 207.
Brühlſche Terraſſe 195 fg. 211. 212.
Buchhandel 245.
Bürgerausſchuß für patriotiſche Kundgebungen 181 fg.
Bürgerhoſpital 17. 23. 111. 229.
Bürgerrecht 21.
Bürgerſchule, neunte, 203.
Bürgerwieſe 56. 211. 214.

Canzler, Oberlandbaumeiſter 191. 202.
Carola, Königin 23. 24. 76. 77. 140. 200. 223. 229.
Carolabrücke 97. 200 fg. 210. 257.
Carolahaus 228.
Carolaſee 214.
Chemiſches Unterſuchungsamt 117.
Chemnitz 5. 234.
Cholera 59. 122 fg.
Chriſtlich-ſozialer Verein 79. 82.
Chryſander, Sekretär 124.
Clauß, Gewerbeſchuldirektor 170.
Collenbuſch, Tabakfabrik 27.
Compagnie Laferme 219.
Cotta 36. 136. 139. 150. 175 fg.
Cranachausſtellung 255.
Creutznach & Scheller 219.
Curti, Komponiſt 250.

Dampfkeſſel 34.
Dampfſchiffahrt 32. 43.
Dampfſchiffbauanſtalt, Sächſiſche, 27. 29. 219.
Dampfſchifflandeplatz 40.
Dampfſpritzen 184.
Dawiſon, Schauſpieler 4. 248.
Degele, Opernſänger 249.
Degenhard, Stadtgärtner 56.
Deſſau 143.
Dettmer, Schauſpieler 248.
Deutſche Bank ſ. Bank uſw.
Deutſch-freiſinnige Partei 82.
Devrient, Schauſpieler 4. 248.
Diakoniſſenanſtalt 229.
Dibelius, Superintendent 235. 237.
Dieſtel, Architekt 208.
Diethe, Maler 210.
Dietrich, Maler 210.
Diez, Bildhauer 211. 213. 251 fg.
v. Dönhoff, Geſandter 123.
Donndorf, Bildhauer 41.
Drahtſeilbahnen 46.
Draeſeke, Komponiſt 183. 250.
Dreikönigſchule 75. 119. 203 fg.
Dreikönigskirche 234 fg.

Dresdner Anzeiger s. Anzeiger usw.
Dreßler, Tabakfabrik 27.
Dreyßigsche Singakademie 249.
Droschkenwesen 7. 152.
Drude, Professor 214.
Dublettensaal 253.
Duboc, Schriftsteller 245.
Dunger, Hofbaurat 197.
Düngerexportgesellschaft 93 fg.
Düsseldorf 251.

Eckstein, Schriftsteller 246.
Ehrenbürgerrecht 15. 48. 63. 65. 66. 81. 116. 120. 184. 223. 250. 251.
Ehrlichsches Gestift 149. 229. 235.
Einkommensteuer 91 fg. 112. 176. 224.
Einkommenverhältnisse 224.
v. Einsiedel, Kreishauptmann 49. 82.
Einverleibungen 102 fg. 174 fg.
Einwohnerzahl 35 fg. 179. 220 fg.
Eisenbahnbrücke 139. 141.
Eisenbahnverkehr 32. 76. 133.
Eisenstuckstraße 209.
Elberfeld 61.
Elbhafen 132. 136.
Elbhochflut 123.
Elbschiffahrt 32.
Elbuferregulierung 40.
Elektrische Beleuchtung 143 fg. 146 fg. 150.
Elektr. Straßenbahnen 147 fg.
Elektrizitätswerk, staatliches, 137.
Elektrizitätswerke, städtische, 143–151.
Engels, Professor 241.
Entbindungsinstitut 166.
Entwässerung s. Schleusen.
Epler, Bildhauer 212.
Erfurt 10.
Erl, Opernsänger 249.
Eschebach, Metallwarenfabrik 219.
v. Ettinger 44.
Eugenienanstalt 229.
Evangelische Freischule 172.
Evangelischer Bund 237.
Exportverein 216 fg.

Fabrice, v., Kriegsminister 43.
Fabrikbezirke 6. 34 fg. 158 fg.
Fabriken 6. 27 fg. 34.
Fahnenmasten 212.
Fahrrad 151 fg.
Feldschlößchenbrauerei 6.
Felsenkellerbrauerei 6.
Ferdinandplatz 211.
Ferienkolonien 230.
Fernheizwerk 169. 198 fg.
Fernsprechwesen s. Telephon.
Festspiele 231.
Festungsräume 95 fg. 110.
Feuerwehr 56. 78. 184.
Feuerwehrdepot 56.
Feuerwehrtag 78.
Fiedler, Oberarzt 116.
Fiedlerhaus 116.
Finanzministerialgebäude 194.
Finanzverwaltung 48. 85. 89 fg. 112 fg.
Fischer, Architekt 203.
Fischer, Bildhauer 211.
Fischhaus 52. 169.
Fleischbeschau 57. 117. 163.
Fleischerinnung 57. 163 fg.
Fleischhallen 100.
Florenz 24.
Flora, Gartenbaugesellschaft 205. 217.
Flutkanäle s. Schleusen.
Fölsch, Ingenieur 50. 51.
Försterling, Kupferschmiedemeister 10.
Forstmännerversammlung 78.
Fortbildungsschulen 59 fg. 118.
Fortbildungsverein für Arbeiter 16.
Fortschrittspartei 9 fg. 16. 18 fg. 21 fg. 65. 81. 87. 92.
Fortschrittsverein 19.
Frankfurt a. M. 8. 20. 81. 145. 164. 172. 204.
Franz, Superintendent 234.
Franz Joseph, Kaiser von Österreich 183. 187.
Frauenkirche 234.
Frauenklinik 166. 168.
Frauenschutz, Töchterschule 172.
Freiberg 54. 73. 75. 127. 240.
Freimaurerinstitut 208.
Fremdenkolonie 221.
Friedensfeier 13.
Friedrich, Großherzog von Baden 187.
Friedrich, Möbelfabrik 29.
Friedrich, Stadtbaurat 107. 110.
Friedrich August, Prinz 127. 187.
Friedrich Christian, Prinz 127.
Friedrich Karl, Prinz 66.
Friedrich Wilhelm, Kronprinz 17. 66. 67. – Friedrich, Kaiser 70 fg.
Friedrichsruh 123.
v. Friesen, Staatsminister 22.
Frölich, Hofbauinspektor 197.
Fuhrwesengesellschaft, Dresdner, 152.
Fürstenzug 210.

Gambrinusbrauerei 27.
Gardinenmanufaktur 219.
Garnison 42 fg.
Garnisonkirche 206.
Garnisonlazarett 219.
Gartenanlagen 55 fg. 214.
Gartenbauausstellungen 79. 182. 206. 217.
Gasfabriken 90. 112 fg. 146. 151.
Gasglühlicht 145. 151.
Gehe, Kaufmann 243.
Gehestiftung 243 fg.
Gehe & Co. 6.
Geinitz, Professor 240.
Gelbe Suppe 94.
Gemäldegalerie 252 fg. 258.
Gemeindediakonie 237.
Gemeindesteuern 85 fg. 111 fg.
Gemeinnütziger Bauverein 223.
Gemeinnütziger Verein 229 fg.

Gendarmen, berittene, 152.
Generaldirektionsgebäude 138.
Genesungshäuser 116.
Geographentag 78.
Georg, Prinz 14 fg. 19. 24. 66. 71. 128. – König 187.
Georg d. J., Prinz 127.
Georgbrunnen 211.
Georgentor 198. 210.
Georgplatz 15. 212. 214.
v. Gerber, Staatsminister 19.
Gerichtsgebäude 202.
Gerth-Noritzsch, Rechtsanwalt 85.
Gesangvereine 249 fg.
Gesellschaft für Literatur und Kunst 246.
Gesellschaft für Natur- und Heilkunde 245.
Gewerbe 4 fg. 26 fg. 217 fg.
Gewerbeausstellungen 31.
Gewerbehaus 31.
Gewerbeverein 31.
Gewerbeschiedsgericht 63.
Gewerbeschule 170.
Gewerbezählung 218.
Gey, Maler 67. 210.
Giese, Architekt 37. 140. 207.
Giese und Weidner 206.
Gießen 246.
Goldner Stipendienfonds 17.
Gonne, Maler 210.
Goppeln 254.
Grabowski, Stadtrat 120.
Gräbner, Architekt 255.
Gradnauer, Redakteur 127. 185.
Graff, Direktor der Kunstgewerbeschule 31.
Groß, Bildhauer 257.
Große, Maler 251. 253.
Großer Garten 214.
Großlichterfelde 148.
Grubenräumungstarif 93 fg.
Grumbt, Fabrikant 147.
Gruna 174 fg.
Grunaer Straße 37. 42.
Gründerzeit 27 fg.
Grundrentenanstalt 160.
Grundwertabgaben 85 fg.
Grützmacher, Konzertmeister 249.
Gudehus, Opernsänger 249.
Günther & Rudolph 28. 98. 227.
Güntz, Advokat 229.
Güntzsche Stiftung 87. 229. 244.
Güntzscher Verschönerungsfonds 24. 129. 167. 170. 211. 213. 257.
Gurlitt, Professor 98. 242. 244. 258.
Gustav Adolf-Verein 237.
Gußmann, Maler 257.
Gutzkow, Schriftsteller 245.
Gutzkowdenkmal 78. 212.
Gymnasium, Königliches, 60. 210.

Hähnel, Bildhauer 74. 211. 212. 250 fg. 258.
Halle 51.
Hamburg 122. 123. 143. 217.
Handel 4 fg. 26 fg. 216 fg.
Handelsbank, Dresdner, 28.
Handelsbank, Sächsische, 209. 226.
Handelskammer 4.
Handfertigkeitsunterricht 230.
Handwerk 81. 220.
Hansastraße 141.
Hartig, Professor 240. 241.
Hartmann, Bildhauer 129. 210.
Hartwig, Baumeister 82. 85 bis 94. 145. 155.
Hartwig & Vogel 6. 220.
Hasse, Stadtbaurat 113. 143. 155.
Hauptbahnhof s. Bahnhofsanlagen.
Hauptmann, Schriftsteller 246.
Hauptstaatsarchiv 191. 197. 245.
Hauptstraße 212.
Hausbesitzerverein 84 fg. 155.
Hauschild, Architekt 129. 204.
Haushaltplan 85 fg.
Heide, Dresdner, 168 fg.
Heidepark 169.
Heinrich, Prinz 68.
Helios, Elektrizitätswerke, 145. 146.
Hempel, Professor 114. 241.
Henoch, Baurat 50. 51.
Henze, Bildhauer 13. 15. 24. 210.
Herminiatheater 247.
Herrmannstiftung 211.
Hertel, Bürgermeister 48. 91.
Hetschel, Bürgermeister 155. 179.
Hettner, Professor 242.
Heubner, Stadtrat 60.
v. Heyden, Salizylsäurefabrik 30.
Heyn, Professor 201.
Hildesheim 253.
Hille, Gasmotorenfabrik 219.
Historisches Museum 192. 245.
Hochbauamt 107. 166.
Hochbauwesen 110 fg. 203 fg. 205.
Hofbrauhaus Cotta 27.
Hoffmann, Kunstanstalt 219.
Hoffuttermagazin 199.
Hofmann, Maler 210. 251.
Hoftheater 189 fg. 210. 247 fg.
Holbeinplatz 211.
Holzpflaster 55. 152.
Hospiz s. Vereinshaus.
Hübner, Maler 250 fg. 254.
Hultzsch, Handelskammerpräsident 82.
Hupmannsches Haus 119.
Hüttig & Sohn 219.

Ilgen, Apotheker 208.
Industrie 6. 26 fg. 216 fg.
Innungen 75. 81.
Invalidenversicherung 228.
Isis, Gesellschaft, 245.
Italienisches Dörfchen 198.

Jacoby, Dr. med. 18.
Jagdschutzverein 75.
Jägerkaserne 43.
Jakobikirche 206. 235.
Jakobshospital 56.

Jasmatzi, Zigarettenfabrik 219.
Jena 126.
Johann, König 13 fg. 17. 198.
Johann-Amalien-Stiftung 17.
Johanndenkmal 74.
Johanneum 192.
Johannesfriedhof 234.
Johanneskirche 206. 234 fg.
Johannesverein 223.
Johann Georg, Prinz 128. 187.
Johann Meyer-Stiftung 223.
Johannstadt 37. 42. 103.
Johannstädter Ufer 169.
Jordan, Fabrikant 51. 63.
Jordan & Timäus 6. 223.
Journal, Dresdner, 20.
Judeich, Advokat 11.
Juden 80. 81.
Jugendspiele 230 fg.
Jünglingsvereine 237.

Kaden, Zigarrenfabrikant 127. 185.
Kadity 177 fg.
Kaisergeburtstag 19.
Kaiserpalast 208. 210.
Kaiser Wilhelm-Platz 15. 214.
Kanalisation s. Schleusen.
Kaps, Pianofortefabrik 29.
Kasernen 58.
Kaskel, Bankier 28. 39.
Kassenverein, Dresdner, 28.
Katholiken 237 fg.
Käuffer, Hauptmann 22.
Kettenschleppschiffahrt 32. 126. 219.
Kickelhayn, Architekt 208.
Kießling, Maler 210. 253.
Kietz, Bildhauer 212.
Kindergottesdienst 235 fg.
Kinderheilanstalt 17. 228.
Kirche 233 fg.
Kircheisen, Bildhauer 212.
Kirchenbau 206.
Kissingen 126.
Kleinnaundorf 235.
Kleinpestitz 235.
Klemm, Kaufmann 126 fg.
Klemm, Oberappellationsrat 82.
Klette, Herm., Stadtbaurat 107. 110. 149. 200.
Klette, Otto, Baurat 136.
Klingenberg 174. 229. 230.
Klinger, Maler u. Bildhauer 252. 255.
Klotzsche 133.
Knöfel, Schuhmachermeister 10.
Koch, Baupolizeikommissar 97.
Kohlennot 225.
Köln 5. 145.
Kongresse 78.
König, Bildhauer 210.
König Albert-Hafen s. Elbhafen.
König Albert-Park s. Albertpark.
König Johann-Stiftung 17.
König Johann-Straße 98 fg. 109. 113. 149. 203.
Königin Amalien-Stiftung 17.
Königsberg 18.
Königsbrück 218.
v. Könneritz, Finanzminister 135.
Konservative Partei 9 fg. 16. 18 fg. 21 fg. 80 fg. 126. 185 fg.
Konservativer Verein 22. 83.
Konstitutionelle Zeitung 9. 20.
Köpcke, Geheimer Rat 136.
Körnerdenkmal 212.
Körnermuseum 245.
Krankenanstalten 228 fg.
Krankenhäuser s. Stadtkrankenhaus.
Krankenversicherung 106. 228.
Krankheiten, ansteckende, 114 fg. 122 fg.
Krause, Gartendirektor 56.
Krebs, Hofkapellmeister 248.
Kreditanstalt, Allgemeine deutsche, 227.
Kreditanstalt für Handel und Industrie 225.
Kreditbank, Sächsische, 28.
Kreis, Architekt 257.
Krenkel, Privatgelehrter 224.
Kretschmer, Komponist 250.
Kretzschmar, Advokat 63.
Kreuzkirche 184. 206. 210. 234 fg. 249.
Kreuzkirchenbrand 184.
Kreuzschule 60. 75. 210.
Kreuzstraße 100 fg.
Krieg, Oberregierungsrat 145.
Kröger, Architekt 206.
Krüger, Bauinspektor 141.
Krüppelheim, Sächsisches, 229.
Küchenmeister, Arzt 57.
Kuehl, Maler 254 fg.
Kummer & Co., Elektrizitätswerke 144 fg. 225.
Kunstakademie 191 fg. 210. 250 fg.
Kunstausstellungen 253 fg.
Kunsterziehungstag 259.
Kunstgenossenschaft 67. 72. 78. 198. 253. 256.
Kunstgewerbe 257.
Kunstgewerbemuseum 31.
Kunstgewerbeschule 31. 244.
Kunstverein, Sächsischer, 251. 254.
Kunstsammlungen s. Museen.
Kunze, Stadtrat 62. 120.
Kupferstichkabinett 252.

Landeskonsistorium 233.
Landesverfassung 64.
Landgericht 23.
Landgerichtsgebäude 202.
Landhausstraße 55.
Landtag 64. 186. 191 fg. 194 fg.
Landtagswahlen 186.
Landwirtschaftsgesellschaft 167.
Langbehn, Privatgelehrter 252.
Langbein, Hofprediger 233.
Langebrück 133.
Laubegast 257.
Lauterbach, Konzertmeister 249.
Lebensmittelversorgung 163 fg.
Lehmann, Rechtsanwalt 82.
Lehrergesangverein 250.

Leipzig 5. 9. 19. 20. 23. 32. 61. 69. 75. 94. 131. 153. 185. 192. 227. 246.
Leipziger Bahnhof 132 fg.
Leipziger Bank 5. 225 fg.
Le Maistre, Polizeipräsident 152.
Leopold, Direktor der Frauenklinik 166.
Lesehalle 244.
Leuchtgas 113 fg.
Leupold, Bürgermeister 154. 155. 179.
Lewicki, Professor 241. 242.
Liebig, Kunstgärtner 30.
Liebknecht, Schriftsteller 16. 22.
Liedertafel, Dresdner, 23. 123. 250.
Lingke, Hotelbesitzer 82. 85.
Lingner, Fabrikant 219. 244.
Lipsius, Architekt 192 fg. 207.
Literarische Gesellschaft 247.
Literarischer Verein 245.
Literatur 245 fg.
Löbtau 36. 46. 108. 139. 150. 175 fg. 223. 235.
Löhmann, Oberingenieur 50. 51.
London 44. 46. 55. 148.
Loschwitz 32. 42.
Lößnitz 45. 133.
Lossow und Diehweger 206. 207. 209.
Lößsches Palais 120.
Lübeck 143.
Luise, Prinzessin 127.
Luitpold, Prinzregent von Bayern 183.
Lukaskirche 206. 235.
Lutherdenkmal 68 fg.
Lutherfeier 68 fg. 236.
Lutherfestspiele 236.

Magdeburg 33.
Makart, Maler 251.
Maklerbank, Sächsische, 28.
Malerei 250 fg.
Malten, Opernsängerin 249.
Manck, Oberingenieur 41. 51. 53 fg. 107. 108.
Männergesangverein, Dresdner, 250.
Manteuffelsches Brauhaus 114.
Mappe, Künstlerverein 67.
Marcolinisches Palais 114.
Maria Anna, Prinzessin 71.
Maria Anna-Kinderhospital 229.
Maria Josepha, Prinzessin 72.
Maria Isabella, Prinzessin 128.
Marie, Königin 55.
Marienbrücke 139. 141.
Markthallen 138. 139. 164 fg. 203 fg.
Marschallstraße 42.
Marstall 56. 106.
Martin Luther-Kirche 69. 206. 234.
Maternihospital 167. 229.
Mau, Juwelier 207. 208.
Mayhoff, Professor 22.
Mehnert, Bankdirektor 83.
Meier, Superintendent 234. 237.
Meißen 65. 75. 78. 247.
Mengssches Museum 258.
Menz, Blochmann & Co. 226.
v. Metzsch, Staatsminister 254.
Meyer, Großkaufmann 222 fg.
Michten 177 fg.
Mietbewohnerverein 117. 223.
Mietzinsabgaben 85 fg.
Milchprüfung 57.
Militärfiskalische Grundstücke 97.
Militärgebäude 42 fg. 142.
Minckwitz, Stadtrat 18. 22. 81.
Mineralogisches Museum 244.
Ministerialgebäude 201.
Miquel, Reichstagsabgeordneter 21.
Möbius, Stadtbaumeister 205.
Möckel, Architekt 206. 211.
Mohn, Maler 253.
Mohr, Professor 241.
v. Moltke, Feldmarschall 15. 66. 78.
Moltkeplatz 15.
Montagsgesellschaft 245.
Moritzburg 73.
Moritzstraße 96. 100 fg.
Moszinsky-Palais 207.
Mozartverein 249.
Müller, Nähmaschinenfabrik 6. 218.
Müller-Berset, Frau, 229.
Müller & Co., Tabakfabrik 27.
München 126. 143. 204. 216. 251. 252. 254.
Münchner Straße 209.
Museen 244 fg. 256. 257 fg.
Musik 248 fg.
Musikalische Kapelle, Königliche, 249.

Nachrichten, Dresdner, 20. 22. 88.
Nagel, Professor 240.
Nake, Bürgermeister 97 fg. 117 fg. 120. 154.
Nationalfesttag 19. 70. 181 fg.
Nationalliberale Partei 9 fg. 16. 18 fg. 21 fg. 80 fg. 126. 185 fg.
Naumann, Nähmaschinenfabrikant 218.
Naußlitz 108. 177 fg. 235.
Neubert, Bürgermeister 12. 48. 102.
Neudorf 57. 102.
Neugruna 235.
Neustädter Chorgesangverein 250.
Neville, Ingenieur 39.
Nicolai, Architekt 24. 192. 207.
Niederseblitz 133. 225.
Niedner, Stadtbezirksarzt 57.
Nieritz, Schriftsteller 246.
Nieritzdenkmal 212.
Nordwestdampfschiffahrts-Gesellschaft, Österreichische, 149. 219.
v. Nostitz-Wallwitz, Staatsminister 20. 65. 72.

Nürnberger Platz 159.
Nürnberger Straße 209.

Oberpostdirektion 32.
Oberverwaltungsgericht 203.
Oehme, Maler 253.
Omnibusse 43. 152.
v. Ompteda, Schriftsteller 246.
Opernhaus 190 fg. 247 fg.
Orpheus, Männergesangverein, 250.
Ortskrankenkasse 228.
Ostbahnstraße 137.
Osterloh, Arzt 125.
Ostragehege 136. 139. 163 fg.
Otto, Erzherzog 72.
Otto, Maler 210.
Otto, Kreuzkantor 249.
Ottodenkmal 212.

Palais de Saxe 207.
Paris 3. 55. 96. 143. 224. 254. 256.
Parkanlagen 169 fg.
Parrish, Ingenieur 46.
Pauligemeinde 234.
Paulinengarten 172.
Pauwels, Maler 251.
Perron, Opernsänger 249.
Peschel, Museumsdirektor 245.
Peter, Pfarrer 234.
Petermann, Ministerialsekretär 243.
Peters, Oberfinanzrat 136.
Petri, Konzertmeister 249.
Petrigemeinde 234.
Petzold & Aulhorn 6.
Pfähler, Versicherungsdirektor 11.
Pferdeeisenbahnen 44 fg. 148 fg.
Pfotenhauer, Oberbürgermeister 7. 13 fg. 17. 19. 48. 49.
Pfund, Molkerei 219.
Pieschen 36. 46. 135. 174. 177.
Pillnitz 17. 23.
Pinkert, Blumenfabrikant 79.
Pirna 152.
Pius IX., Papst 18.
Plauen 35. 38. 43. 44. 83. 150. 176 fg. 209.
Plauenscher Lagerkeller 27.
Pohle, Maler 251.
v. Polenz, Schriftsteller 246.
Polizeidirektion 7. 45. 50. 178.
Polizeigebäude 202 fg.
Polizeikosten 177 fg.
Polytechnikum s. Technische Hochschule.
Porth, Schauspieler 248.
Porzellansammlung 192. 245.
Posse, Staatsarchivar 72.
Postwesen 32.
Prager Straße 109. 133 fg.
Preller, Maler 251.
Prell, Maler 253.
Presse, Dresdner, 20.
Preßler, Ingenieur 38. 132. 135. 140.
Prinz Max-Palais 207. 217.
Pröll-Heuer, Maler 258.
Promenaden 96 fg.
Protestantenverein 236.

Räcknitz 175. 177 fg. 236.
Räcknitzer Hochbehälter 162. 169.
Räcknitzer Stadtgut 173.
Radebeul 30. 241.
Radeberg 219.
Rappoldi, Konzertmeister 249.
Rat 7. 48 fg. 84 fg. 106. 120. 155.
Rathaus 119 fg. 179 fg.
Ratsarchiv 120. 179. 245.
Realgymnasien 119.
Realschulen 119. 170.
Reform, Deutsche, 79.
Reformationsjubelfest 236.
Reformgymnasium 172.
Reformierte Kirche 120.
Reformpartei 79 fg. 126 fg. 185 fg.
Reichelt, Landbaumeister 194.
Reichsbankstelle 227.
Reichstagswahlen 9 fg. 16. 18 fg. 21 fg. 79 fg. 126 fg. 185 fg.
Reichsverein 19. 20. 21.
Reichszeitung 20.
Reich 113. 145 fg. 177 fg. 223.
Reiterkaserne 171.
Residenzbaubank 100 fg.
Residenzcafé 101.
Residenztheater 247.
Rethel, Maler 250.
Rettig, Stadtbaumeister 110. 203 fg. 208.
Richter, Architekt 206. 209.
Richter, Maler 250. 253.
Richterdenkmal 212.
Riese, Opernsänger 249.
Rietschel, Bildhauer 68 fg. 250 fg. 258.
Rietscheldenkmal 212.
Riez, Hofkapellmeister 248.
Ringstraße 96 fg.
Rittershaus, Professor 242.
Robert Schumannsche Singakademie 250.
Rochsches Haus 101.
Rockisch' Nachfolger 226.
Rom 76.
Römmler & Jonas 219.
Römisch, Pianofortefabrik 29.
Rosenkranz, Pianofortefabrik 29.
Roßbach, Architekt 202.
Roßthal 235.
Rost & Co. 29. 146.
Rudervereine 231.
Ruge, Professor 243.
Rüger, Bürgermeister 91. Finanzminister 186.
Rühm, Bildhauer 210.
Rüling, Hofprediger 233.

Sachsenplatz 41.
Sächsische Arbeiterzeitung s. Arbeiterzeitung usw.
Salbach, Ingenieur 51 fg. 128. 161 fg.
Salbach, Schauspielerin 248.
Saloppe 50 fg.
Sanitätskonferenz 123.
Schaffrath, Advokat 8. 10. 11. 44. 202.

Schanzen 6. 17. 57.
Scheidemantel, Opernsänger 249.
Schickert, Finanzrat 90.
Schießgasse 202.
Schiffbrücke 17.
Schilling, Bildhauer 66. 74. 210. 211. 212. 213. 250 fg.
Schillingmuseum 258.
Schilling und Gräbner 206. 208. 209. 213.
Schlacht- und Viehhof 57. 117. 163 fg.
Schladitz, Panzerkassenfabrik 219.
Schleinitz, Architekt 208.
Schlesischer Bahnhof 132 fg.
Schleusen 53 fg. 103. 104. 107 fg. 160 fg.
Schlickſche Dampfschiffbauanstalt 27. 29.
Schlittschuhbahnen 117.
Schloßstraße 109.
Schloßumbau 73. 197 fg.
Schlüter, Kaufmann 229.
Schmidt, Wasserbauinspektor 40.
Schmiedel, Kreishauptmann 130.
Schmitt, Professor 241.
Schnorr v. Carolsfeld, Maler 250 fg.
Scholtz, Maler 251.
Schönburgsches Palais 100. 207.
Schreiber, Architekt 247.
Schriftstellerverbandstag 78. 79.
Schubert, Advokat 21.
Schubert, Architekt 212.
Schuch, Generalmusikdirektor 248. 249.
Schuch-Proska, Opernsängerin 249.
Schuckert & Co. 144 fg.
Schulärzte 119.
Schulschreiber 119.
Schulwesen 59 fg. 117 fg. 170 fg.
Schultze, Professor 242.
Schulz-Beuthen, Komponist 250.
Schumann, Redakteur 252.
Schusterhaus 185.
Schützenkaserne 42.
Schwab, Ingenieur 147.
Schwarze, Generalstaatsanwalt 10. 11. 16. 21. 81. 82.
Schwauß, Polizeidirektor 50.
Schweizerviertel 209.
Schwemmkanalisation 109. 160.
Schweninger, Arzt 124.
Seck, Maschinenfabrik 219.
Sedanfeier 19. 70. 181 fg. 231.
Seelsorge 234 fg.
Seestraße 109. 158.
Seffner, Bildhauer 255.
Seidel, Kunstgärtner 30.
Seidel & Naumann 218.
v. Seidlitz, Regierungsrat 252.
Seidnitz 177 fg.
Semper, Architekt 189 fg. 207.
Semperdenkmal 212.
Semperstiftung 212.
Sezessionisten 254.
Sibyllenort 186.
Siechenhaus 115.
Siegel, Advokat 9. 11.
Siegesdenkmal 13. 24.
Siemens, Ingenieur 30. 113. 241.
Siemensche Glasfabrik 30. 219.
Siemens & Halske 143–149.
Skulpturensammlung 191. 252. 258.
Sommerschuh und Rumpel 209.
Sonntagsches Haus 40. 42.
Sozialdemokratische Partei 10. 11. 16. 18 fg. 21 fg. 79 fg. 127. 231.
Sparkasse 227.
Spar- und Bauverein 223.
Spar- und Vorschußbank 226.
Spielplätze 167 fg.
Sportplatz 167 fg.
Sprachverein 79.
Stadtbauräte 107. 155.
Städteausstellung 206.
Städteordnung 21. 64 fg.
Stadtbibliothek 63. 120. 179. 244.
Stadtflur 104. 177. 179.
Stadtgärtnerei 55 fg.
Stadthaus an der Annenstraße 111.
Stadthaushalt 173.
Stadt-Irren- und Siechenhaus 115.
Stadtkrankenhaus, Friedrichstädter, 87 fg. 114 fg.
Stadtkrankenhaus, Johannstädter, 166 fg.
Stadtmuseum 120. 179. 245.
Stadtrat s. Rat.
Stadtschulrat 118 fg.
Stadtverein für innere Mission 208. 223. 237.
Stadtverordnetenkollegium 7 fg. 21. 44. 47. 48 fg. 65. 84 fg. 99. 155 fg.
Stadtvermögen 173.
Ständehaus 169. 194 fg.
Standesämter 63.
Statistisches Bureau 63.
Stein, Advokat 16.
Steinmüller, Maschinenfabrik 146.
Stengel & Co. 219.
Sterblichkeit 114.
Stern, Professor 242. 246.
Steuerreform 90 fg. 112.
Stiftungen 229.
Stöckel, Stadtverordnetenvorsteher 156. 186.
Stöcker, Hofprediger 79 fg.
Straßenanlagen 36 fg. 104.
Straßenbahnen 44 fg. 147 fg.
Straßenbahngesellschaft, Deutsche, 147 fg.
Straßenbahngesellschaft, Dresdner, 148 fg.
Straßenbauordnung 157 fg.
Straßenbeleuchtung 112 fg. 145 fg. 150 fg.
Straßenpflasterung 54 fg. 109.

Straßenreinigung 110.
v. Strauß und Torney, Geh. Rat 245.
Strehlen 46. 102 fg. 108. 135. 137. 157. 159. 177. 235.
Striesen 36. 46. 102 fg. 157. 159 fg. 177. 235.
Stübel, Oberbürgermeister 8. 22. 24. 49 fg. 54. 56. 57. 62. 63. 65–81. 85–94. 96. 105. 111. 116 fg. 120. 124. 127. – Tod 128 fg. – 144 fg. 154. 174. 203. 211. 217.
Stübelallee 129.
Stübelbrunnen 129.
Stübelstiftung 129.
Stuttgart 41. 216.
Sudermann, Schriftsteller 246.
Südvorstadt 53. 134.
Sulze, Pfarrer 234 fg.
Symposion 246.

Tauberth, Betriebsoberinspektor 10. 11.
Technische Hochschule 149. 168 fg. 201 fg. 210. 240 fg. 244. 253.
Telegraphenwesen 32. 152.
Telephon 142 fg. 151.
Temper, Oberbaurat 199. 202.
Terrassenufer 42.
Teucher, Stadtrat 39. 120.
Tharandt 73. 127.
Theater 247 fg.
Theaterplatz 198 fg.
Theaterrequisitengebäude 199.
Thiele, Lederfabrik 27.
Thomaß, Maschinenfabrik 29.
Tiedgestiftung 211.
Tiefbauamt 107.
Tiefbauwesen 8. 107 fg. 139 fg. 160 fg. 170. 173. 200.
Tierärztliche Hochschule 242.
Tischer, Rentner 229.
Töchterschulen, höhere, 60. 172.
Tolkewitz 162. 234.
Tonkünstlerverein 249.
Toepler, Professor 241. 242.
Trachau 177 fg.
Trachenberge 174. 177. 229.
v. Treitschke, Professor 4. 69.
Treppenbeleuchtung 117.
Treu, Museumsdirektor 252. 256.
Trichinenschauämter 116.
Trinitatiskirche 206. 235.
Truppeneinzug 14 fg.
Turnfest 69. 204.
Turnvereine 231.
Türpe, Möbelfabrik 29.

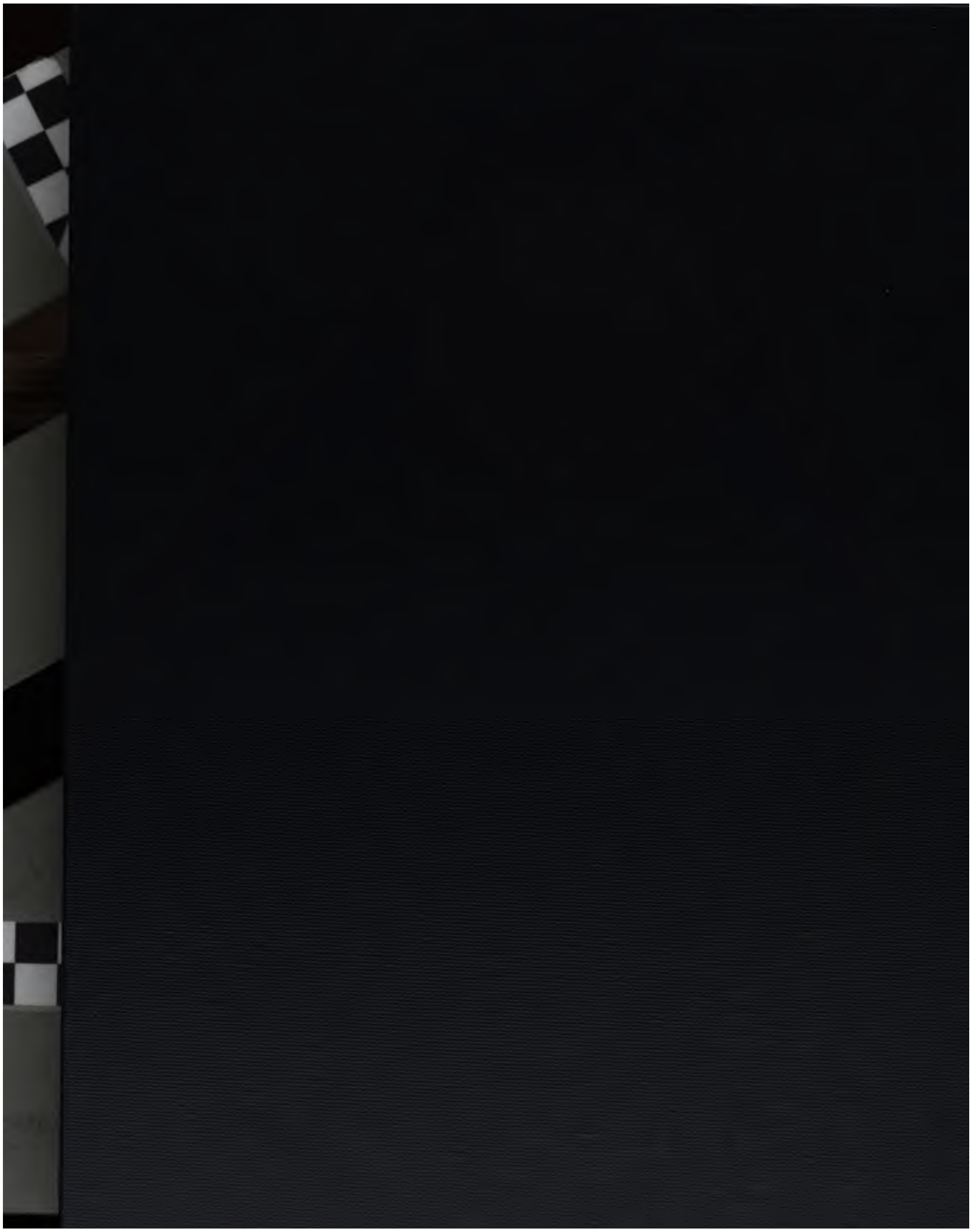
Überschwemmung 123. 185.
Übigau 177 fg. 219.
v. Uhde, Maler 252.
Ulrich, Schauspielerin 248.
v. Ungern-Sternberg, Redakteur 20.
Union, Tabakfabrik 27.
Unterrichtsanstalten, höhere, 60 fg.

Variététheater 28.
Velozipede s. Fahrrad.
Verbrauchsabgaben 91 fg.
Verein bildender Künstler 254 fg.
Verein Dresdner Presse 247.
Verein für Erdkunde 245.
Verein für Geschichte Dresdens 245.
Verein für öffentliche Gesundheitspflege 78.
Verein für vaterländische Festspiele 231.
Verein gegen Armennot 62.
Verein zur Förderung Dresdens 243.
Vereinshaus 208.
Verkehrsanstalten 32. 43 fg. 151 fg. 224.
Vermessungswesen 63.
Versammlungen 78.
Verwaltungsbericht 63.
Vierzehner 245.
Viktoriahaus 207 fg.
Viktoriastraße 8.
Villeroy & Boch 6. 219. 223.
Vitzthumsches Gymnasium 171 fg.
Vogel, Stadtrat 186.
Vogelwiese 230 fg.
Volksbad 170.
Volksbibliotheken 230.
Volksbote (Volkszeitung) 21.
Volksbrausebäder 117. 170.
Volksfeste 230 fg.
Volksfreund, Sächsischer, 22.
Volkslesehalle 244.
Volksschulen 59 fg. 117 fg. 172 fg.
Volkswohl, Verein, 169. 230.
Vororte 35 fg. 174 fg.

Wacht, Deutsche, 126.
Wagner, Komponist 248.
Wagnerverein 248.
Waisenhausstraße 152.
Waldow, Geh. Baurat 201.
Waldschlößchenbrauerei 6.
Wallot, Architekt 194 fg. 242. 255.
Walster, Schriftsteller 16.
Walter, Kaufmann 11. 31.
Walther, Maler 210.
Walthers Weinberg 116.
Wanckel, Geh. Oberbaurat 194.
Wasserversorgung 50 fg. 122. 161 fg.
Wasserwerk an der Saloppe 51 fg. 90. 110. 123. 162 fg. 168.
Wasserwerk in Tolkewitz 161 fg.
v. Watzdorf, Finanzminister 186.
Wechslerbank, Dresdner, 28.
Weidenbach, Architekt 206.
Weidner, Architekt 140.
Weimarische Bank 5.
Weißbach, Architekt 74. 207.
Weißer Hirsch 150.
Weißeritz 185.
Weißeritzverlegung 132. 138 fg.
Werkstätten für Handwerkskunst, Dresdner, 257.
Wermann, Kreuzkantor 249. 250.

Weſtend, Dresdner, 38.
Wettiner Gymnaſium 60. 110.
Wettinerſtraße 38. 88. 132. 135.
Wettinfeier 72 fg.
Wettinobelisk 213.
Wiecke, Schauſpieler 248.
Wien 23. 31. 51. 73. 124. 181. 204. 251.
Wiener Straße 138.
Wigard, Profeſſor 10. 11. 16. 56. 65. 80. 81.
Wilhelm I., Kaiſer 13. 17 fg. 66 fg. 70. 77. 182. 212.
Wilhelm, Prinz 68. — Wilhelm II., Kaiſer 71. 76 fg. 123. 128. 182 fg. 187. 240.
Wilsdruffer Straße 158.
Winckel, Direktor der Frauenklinik 166.
Windiſch, Rechtsanwalt 181.
Wiſſenſchaft 239 fg.
Wittich, Opernſängerin 249.
Wochenblatt, Sächſiſches, 83.
Wochenmärkte 164 fg.
Wohnhausbau 207 fg. 222 fg.
Wohnungsordnung 159 fg.
Wohnungsverhältniſſe 36. 58. 157. 159 fg. 222 fg.
Wölfnitz 177 fg.
Wolfſohn, Schriftſteller 245.
Woermann, Galeriedirektor 252 fg. 258.
Woermann, Reeder 217.
Worms 69.
Wüllner, Hofkapellmeiſter 249.

Zeitung, Dresdner, 20.
Zeitungen 19 fg.
Zentralbank für Landerwerb 37. 42. 102.
Zentralbahnhof ſ. Bahnhofsanlagen.
Zentralſchlachthof ſ. Schlachthof.
Zentraltheater 208.
Zeughaus 191.
Zeuner, Profeſſor 240.
Zimmermann, Redakteur 126 fg.
Zoologiſches Muſeum 245.
Zſchertnitz 177 fg. 235.

This preservation photocopy was made
at BookLab, Inc. in compliance with copyright law.
The paper meets the requirements of ANSI/NISO
Z39.48-1992 (Permanence of Paper)

Austin 1995